



111. Sitzung

Düsseldorf, Donnerstag, 21. April 2016

Mitteilungen der Präsidentin..... 11415

1 Schwache Wirtschaft in den NRW-Regionen, Einbruch der Industrieproduktion, Nullwachstum, Wirtschaftskrise – Sprach- und strategielose Landesregierung gefährdet Zukunft des Wirtschaftsstandorts Nordrhein-Westfalen

Aktuelle Stunde
auf Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/11754

In Verbindung mit:

Wirtschaftliche Entwicklung in Nordrhein-Westfalen: Rot-Grün muss Alarm-signale endlich zur Kenntnis nehmen und in der Wirtschaftspolitik grundlegend umsteuern

Aktuelle Stunde
auf Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/11755..... 11415

Christian Lindner (FDP)..... 11415
Armin Laschet (CDU) 11417
Frank Sundermann (SPD)..... 11418
Dr. Joachim Paul (PIRATEN) 11421
Reiner Priggen (GRÜNE) 11422
Minister Garrelt Duin 11424
Hendrik Wüst (CDU) 11426
Michael Hübner (SPD)..... 11428
Christian Lindner (FDP)..... 11430
Reiner Priggen (GRÜNE) 11431
Dr. Joachim Paul (PIRATEN) 11433
Minister Garrelt Duin 11434
Hendrik Wüst (CDU) 11436
Michael Hübner (SPD)..... 11437
Reiner Priggen (GRÜNE) 11438

2 Landesregierung muss Masterplan zur Beschleunigung der Planungsverfahren im Bundesfernstraßenbau vorlegen, um alle Projekte des Bundesverkehrswegeplans umzusetzen

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion FDP
Drucksache 16/11697 11438

Klaus Vossemer (CDU)..... 11438
Christof Rasche (FDP)..... 11440
Andreas Becker (SPD)..... 11441
Arndt Klocke (GRÜNE) 11442
Oliver Bayer (PIRATEN) 11444
Minister Michael Groschek 11445

Ergebnis..... 11447

3 Die soziale Wohnraumförderung braucht bedarfsgerechte Finanzierungsgrundlagen

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/11704 11447

Jochen Ott (SPD)..... 11447
Arndt Klocke (GRÜNE) 11449
Wilhelm Hausmann (CDU) 11450
Holger Ellerbrock (FDP)..... 11452
Oliver Bayer (PIRATEN) 11454
Minister Michael Groschek 11456
Sarah Philipp (SPD)..... 11457
Bernhard Schemmer (CDU) 11459

Ergebnis..... 11460

4 Auch betriebliche Kindertageseinrichtungen sind förderungswürdig!

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/11700 – Neudruck 11461

Marcel Hafke (FDP) 11461
Dr. Dennis Maelzer (SPD) 11462
Bernhard Tenhumberg (CDU) 11463
Andrea Asch (GRÜNE) 11466
Olaf Wegner (PIRATEN) 11468
Ministerin Christina Kampmann 11469
Britta Altenkamp (SPD) 11469

Ergebnis 11470

5 Kontrolle der NRW.BANK durch den Landtag sicherstellen

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/8975

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 16/11282 11470

Stefan Zimkeit (SPD) 11470
Bernd Krückel (CDU) 11470
Martin-Sebastian Abel (GRÜNE) 11472
Ralf Witzel (FDP) 11472
Dietmar Schulz (PIRATEN) 11473
Minister Dr. Norbert Walter-Borjans 11475

Ergebnis 11476

6 Halbjahresbericht des Petitionsausschusses..... 11476

Inge Howe (SPD) 11477

7 Notruf für den Notfallsanitäter: Die Landesregierung muss Mitarbeitenden im Rettungsdienst und in den Kommunen den Rücken stärken!

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/11699 11481

Ina Scharrenbach (CDU) 11481
Serdar Yüksel (SPD) 11482
Arif Ünal (GRÜNE) 11483
Susanne Schneider (FDP) 11484
Daniel Düngel (PIRATEN) 11485
Ministerin Barbara Steffens 11486

Ergebnis 11488

8 Potenziale des Radverkehrs in Nordrhein-Westfalen erkennen und nutzen

Große Anfrage 17
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/10043

Antwort
der Landesregierung
Drucksache 16/11412 11488

Andreas Becker (SPD) 11488
Arndt Klocke (GRÜNE) 11489
Henning Rehbaum (CDU) 11490
Dr. Joachim Stamp (FDP) 11492
Oliver Bayer (PIRATEN) 11492
Minister Michael Groschek 11493

Ergebnis 11495

Nachtrag zur Abstimmung zu TOP 12
der 110. Plenarsitzung

9 Abschied von der Arbeitsgesellschaft: Im Informationszeitalter brauchen wir eine Volksabstimmung über das Bedingungslose Grundeinkommen

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/11692 11495

Ergebnis 11495

10 Gründung eines Beirates für die Niederdeutsche Sprache

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/11433 11496

Henning Rehbaum (CDU) 11496
Andreas Bialas (SPD) 11497
Oliver Keymis (GRÜNE) 11498
Ingola Schmitz (FDP) 11499
Hanns-Jörg Rohwedder (PIRATEN) 11499
Ministerin Christina Kampmann 11500

Ergebnis 11501

**11 Das nordrhein-westfälische Parlament
braucht eine fortschrittliche Debatten-
kultur, die den Erwartungen der Ge-
sellschaft folgt**

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/11689 11501

Oliver Bayer (PIRATEN) 11501
Prof. Dr. Rainer Bovermann (SPD) 11502
Heiko Hendriks (CDU) 11504
Stefan Engstfeld (GRÜNE) 11507
Angela Freimuth (FDP) 11509
Michele Marsching (PIRATEN) 11511

Ergebnis 11512

Entschuldigt waren:

Ministerpräsidentin Hannelore Kraft
(ab 16 Uhr)
Minister Garrelt Duin
(von 12:30 bis 15 Uhr)
Minister Franz-Josef Lersch-Mense
Ministerin Sylvia Löhrmann
(ab 16 Uhr)
Minister Johannes Remmel
Ministerin Svenja Schulze
(ab 15:30 Uhr)
Martin Börschel (SPD)
(bis 15 Uhr)
Helene Hammelrath (SPD)
Stefan Kämmerling (SPD)
Hubertus Kramer (SPD)
(ab 15 Uhr)
Martina Maaßen (GRÜNE)
(ab 16 Uhr)
Andreas Terhaag (FDP)
Birgit Rydlewski (PIRATEN)
Torsten Sommer (PIRATEN)
Daniel Schwerd (fraktionslos)

Beginn: 10:04 Uhr

Präsidentin Carina Gödecke: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich begrüße Sie alle ganz herzlich zu der 111. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen. Mein Gruß gilt auch unseren Gästen auf der Zuschauertribüne sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich **sechs Abgeordnete entschuldigt**; ihre Namen werden wir wie immer in das Protokoll aufnehmen.

Auch heute feiert ein Kollege in unseren Reihen und mit uns gemeinsam **Geburtstag**. Ich gratuliere dem Kollegen **Jens Geyer** von der Fraktion der SPD in unser aller Namen ganz herzlich. Herzlichen Glückwunsch im Namen des Hohen Hauses,

(Beifall von allen Fraktionen und der Regierungsbank)

einen wunderschönen heutigen Geburtstag und vor allen Dingen ein gutes neues Lebensjahr, versehen mit viel Gesundheit!

(Zuruf)

– Heute haben wir keinen vergessen. Das ist gut so.

Wir treten nunmehr in die heutige **Tagesordnung** ein.

Ich rufe auf:

1 Schwache Wirtschaft in den NRW-Regionen, Einbruch der Industrieproduktion, Nullwachstum, Wirtschaftskrise – Sprach- und strategielose Landesregierung gefährdet Zukunft des Wirtschaftsstandorts Nordrhein-Westfalen

Aktuelle Stunde
auf Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/11754

In Verbindung mit:

Wirtschaftliche Entwicklung in Nordrhein-Westfalen: Rot-Grün muss Alarmsignale endlich zur Kenntnis nehmen und in der Wirtschaftspolitik grundlegend umsteuern

Aktuelle Stunde
auf Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/11755

Die Fraktion der FDP hat mit Schreiben vom 18. April 2016 gemäß § 95 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Landtags zu der erstgenannten aktuellen Frage der Landespolitik eine Aussprache beantragt.

Die Fraktion der CDU hat mit Schreiben ebenfalls vom 18. April 2016 gemäß § 95 Abs. 1 der Geschäftsordnung zu der als Zweites aufgeführten aktuellen Frage der Landespolitik eine Aussprache beantragt.

Ich habe die beiden Beantragungen miteinander verbunden, sodass ich die verbundene Aussprache im Rahmen einer Aktuellen Stunde eröffne und als erstem Redner vonseiten der Fraktion der FDP Herrn Kollegen Lindner das Wort erteile.

Christian Lindner (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wir sprechen über das Wirtschaftswachstum, das für viele ein abstrakter Begriff ist; aber seine Auswirkungen sind konkret. In einer prosperierenden Wirtschaft wird investiert, werden Gewinne erzielt, und deshalb wachsen dem Staat auch höhere Einnahmen zu. Er ist stabiler finanziert. In einer prosperierenden Wirtschaft werden neue Unternehmen gegründet, Arbeitsplätze geschaffen und bestehende Arbeitsplätze sind sicherer. In einer prosperierenden Wirtschaft wird mehr Wohlstand erzielt, der natürlich auch über Tarifabschlüsse den Beschäftigten zugutekommt. Wachstum hebt also wie die Flut alle Boote – die kleinen und die großen.

Wenn Wachstum fehlt, ist es für die Menschen schwieriger, für sich selbst individuell sozialen Aufstieg zu organisieren. Das ist die große Frage, die auch Sie von der Regierung beschäftigt: Was tun wir für die Menschen, die mit ihrer persönlichen Lebenssituation noch nicht zufrieden sein können? In welcher Gesellschaft gelingt es ihnen besser, in ihrem Leben Fortschritt zu erzielen – in einer stagnierenden Gesellschaft, in der die Verbesserung der eigenen Lebenssituation nur im harten Verteilungskampf möglich ist, oder in einer dynamisch wachsenden Gesellschaft, in der man sich mit Fleiß und Talent ein Stück am größer werdenden Wohlstand erarbeiten kann?

Wachstumsorientierte Politik ist also geradezu ein Gebot sozialer Gerechtigkeit. Deshalb ist die Debatte, die wir führen müssen, für die Sozialdemokratie so peinlich.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Die Lage bei uns in Nordrhein-Westfalen, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist schon seit vielen Jahren in dieser Hinsicht angespannt. Nordrhein-Westfalen hat seit vielen Jahren eine Wachstumslücke auf den Bund von etwa 0,4 Prozentpunkten im Jahr. Im vergangenen Jahr hat das nordrhein-westfälische Wirtschaftswachstum aber zero betragen: null, gar nichts, rote Laterne in Deutschland. Berücksichtigt man die wachsende Bevölkerungszahl, ist das Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt in Nordrhein-Westfalen sogar um einen halben Prozentpunkt gesunken.

Das heißt, Nordrhein-Westfalen stagniert nicht nur, sondern Nordrhein-Westfalen schrumpft in seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Der Abstand zum Bundesdurchschnitt der Länder beträgt jetzt per annum über zwei Prozentpunkte. Selbst Brandenburg ist im vergangenen Jahr um 2,7 % gewachsen.

In Zahlen ausgedrückt bedeutet das: In diesem Landeshaushalt fehlen wegen des niedrigeren Wachstums in einem Jahr 500 Millionen €. Die Einkommen der Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen wären im vergangenen Jahr um 18 Milliarden € höher gewesen, wenn wir nur das Wirtschaftswachstum des Bundesdurchschnitts gehabt hätten. Nordrhein-Westfalen wird durch die Wachstumsschwäche ärmer und perspektivloser. Und das ist Ihre Verantwortung!

(Beifall von der FDP und der CDU)

Frau Kraft hingegen hat ja in einer bemerkenswerten Pressekonferenz gesagt: Nein, die Wachstumsschwäche Nordrhein-Westfalens sei dem Strukturwandel zu verdanken. Nordrhein-Westfalen stecke in einem Strukturwandel, und deshalb sei ja erklärbar, dass wir nicht so wachsen wie andere.

Seit 50 Jahren Strukturwandel! Sechs Jahre Regierung Rot-Grün – und immer noch Strukturwandel! Mit der Lage des Landes haben Sie nichts zu tun! Hat das Saarland – obwohl es jetzt Wachstum hat – nicht auch einen Strukturwandel in der Montanindustrie gehabt? Haben die ostdeutschen Länder, die 1989 mit gar nichts angefangen haben, keinen Strukturwandel gehabt? Wer jetzt immer noch vom Strukturwandel als Erklärung für die Wachstumsschwäche sprechen muss, der gibt in Wahrheit den politischen Offenbarungseid ab! Nichts anderes ist das.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Es ist auch in der Sache falsch.

Reiner Priggen wird gleich hier herkommen und sagen: All das, was die FDP sagt, ist falsch. Das alles kennen wir schon: abgedroschene Phrasen!

(Lachen und Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

– Das ist doch die Wahrheit. – Ich meine, wir kennen uns jetzt im 17. Jahr. Da kann man in etwa erahnen, was kommt, liebe Freundinnen und liebe Freunde.

(Zuruf von den GRÜNEN)

– Sprechen Sie mal mit anderen, Frau Kollegin! – Die Wirtschaftsforschungsinstitute sagen: Es handelt sich – weil die Schwäche bei uns flächendeckend, sektor- und branchenübergreifend zu verzeichnen ist – eben nicht nur um eine Frage des Strukturwandels. Das hat nichts mit Strukturwandel zu tun. Es hat etwas mit Ihrer Politik zu tun, meine Damen und Herren der Regierungskoalition!

(Beifall von der FDP und der CDU)

Landesentwicklungsplan: Das Ziel ist, mehr industrielle Fläche zu vermeiden. – Das muss korrigiert werden.

Immer mehr Bürokratie von Tariftreue bis Hygieneampel: Bitte, entfesseln Sie den Mittelstand in Nordrhein-Westfalen!

Die Straßenverkehrsinfrastrukturinvestitionen sind auf dem niedrigsten Stand aller Zeiten. Sorgen Sie dafür, dass in Nordrhein-Westfalen die Infrastruktur in einem zukunftsfähigen Zustand ist!

Es wird eine ideologische Energiepolitik mit Leitentscheidungen zu Garzweiler betrieben. Dabei geht es lediglich noch um grüne Prestigeprojekte, die aber nichts zur nachhaltigen Energieversorgung dieses Landes beitragen.

(Beifall von der FDP und der CDU – Zurufe von der SPD)

– Na sicher!

All das führt zu dieser Wachstumsschwäche, die wir in Nordrhein-Westfalen haben. Ich kann es auch mit dem Satz sagen, den der Präsident der IHK NRW, Ralf Kersting, dafür vorgestern in der „Westfalenpost“ benutzt hat:

„Das Land sendet keine Signale, die das Vertrauen in den Standort stärken“, und zwar, weil die Wirtschaftspolitik in Nordrhein-Westfalen seit Jahren keine Priorität hat. Und wenn es Wirtschaftspolitik gibt, dann wird sie von Herrn Remmel gemacht.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Die Ergebnisse können wir hier beobachten.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Herr Duin hat gesagt, die Schwäche des Wachstums in Nordrhein-Westfalen sei – ich zitiere ihn – „unerfreulich, aber nicht überraschend“. Er bezieht sich darauf, dass wir stark durch Industrie und Energie geprägt sind und diese Branchen gegenwärtig Anpassungsprobleme haben. Ja aber, Herr Duin, warum denn? Doch auch wegen der falschen politischen Entscheidungen, die in Berlin getroffen werden. Wenn beim EEG zum Beispiel jetzt auch die Umlage auf den Eigenstrom gezahlt werden soll, wie das der sozialdemokratische Wirtschaftsminister beschlossen hat, dann schwächt das den Stahlstandort Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Setzen Sie sich dafür ein, dass diese Dinge korrigiert werden!

(Beifall von der FDP und der CDU)

Am 14. April, dem Stahl-Aktionstag, standen die Sozialdemokraten Hannelore Kraft und Sigmar Gabriel vor den Stahlarbeitern und haben Krokodilstränen vergossen. In Berlin wird nichts verändert. Und während Sie da vor den Stahlarbeitern gestanden haben,

hat die SPD-NRW-Genossin Hendricks in Brüssel schon über die nächsten Fesseln für Industrie und Energie in Deutschland verhandelt.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Präsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Christian Lindner (FDP): Ich komme zum Ende, Frau Präsidentin.

Das ist doch der Grund, warum es in Nordrhein-Westfalen keine Dynamik gibt. Dies ist so, weil in Land und Bund gleichermaßen in die falsche Richtung gearbeitet wird. Und wer SPD wählt, der weiß nicht, was er bekommt. Bekommt er Kraft NRW pro Stahl oder bekommt er Hendricks Berlin kontra Stahl?

Das muss sich ändern. Nordrhein-Westfalen braucht eine wachstumsorientierte Politik im Interesse der Menschen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Präsidentin Carina Gödecke: Danke, Herr Kollege Lindner. – Für die CDU-Fraktion hat Herr Kollege Laschet jetzt das Wort.

Armin Laschet (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Christian Lindner hat die Lage beschrieben, die Zahlen genannt. Mich hat das ...

(Zuruf von der SPD: Die sind leider falsch!)

– Na ja, Statistik. Man kann gegen vieles argumentieren, aber nicht gegen Statistiken, gegen Ergebnisse, die auf dem Tisch liegen.

(Zurufe von der SPD)

Das können Sie nicht. Und mich ...

(Zurufe von der SPD)

– Aber Sie können das auch alles weiterhin nicht ernst nehmen, was in diesem Land im Wirtschaftswachstum passiert.

(Zuruf von der SPD)

Mich hat das an den 4. Oktober 1957 erinnert. An diesem Tag ging die Meldung um die Welt: Die Sowjetunion hat den ersten Erdsatelliten ins All geschossen. Das hat man als den Sputnik-Schock beschrieben. Plötzlich stand ein ganzes Land vor der Frage: Was ist denn da passiert? Warum sind wir plötzlich nicht mehr die, die wir dachten zu sein, nämlich federführend in der ganzen Welt? Das hat die amerikanische Nation damals erschüttert.

Dieser Sputnik-Schock, dass nach 70 Jahren Nordrhein-Westfalen dieses Land zum ersten Mal ganz

hinten liegt unter den 16 Ländern, müsste uns jetzt an diesem Punkt endlich wachrütteln. Da kann man nicht weitermachen wie bisher.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Und was hat die amerikanische Regierung damals gemacht? Sie hat als Erstes gesagt: Wir brauchen eine schonungslose Analyse. Wie konnte es dazu kommen? Was haben wir verpasst? Woran fehlt es? Was müssen wir jetzt tun?

Als Zweites hat sie eine Vision entwickelt. Sie hat gesagt: Okay, das haben wir jetzt nicht geschafft, aber unsere Vision ist, dass wir den ersten Menschen auf den Mond schicken wollen.

Drittens hat man alle Kräfte gebündelt, einen Plan mit klaren Prioritäten und einer Konzentration auf alle verfügbaren Kräfte entworfen. Man hat die NASA gegründet. Man hat massiv in Bildung, Forschung und Entwicklung investiert. Man hat technologische Erneuerung auf den Weg gebracht. Man hat damals einen Vorgänger des Internets erfunden. Das ganze Land wusste: Wir wollen etwas ändern.

In Nordrhein-Westfalen auf der Regierungsbank können Sie gerade erleben: Das löst hier Belustigung aus. Reagiert man auf das, was da passiert ist? – Na ja, was soll man denn daran machen? Frau Kraft sagt, das sind keinesfalls Landesgesetze, die Politik ist unschuldig. Die Gründe werden überall gesucht: Den Strukturwandel hat Christian Lindner erwähnt; aber auch Lohndumping in China, die Wirtschaftskrise in Brasilien, Russland-Sanktionen.

Sie erinnern sich: Unter den deutschen Ländern wurden Russland-Sanktionen wegen der Krimkrise nur von Nordrhein-Westfalen erlassen. In Bayern gibt es keine Sanktionen gegenüber Russland,

(Zuruf von den PIRATEN: Er fährt ja auch zu Putin auf einen Kaffee!)

in Baden-Württemberg ebenfalls. Es ist etwas, was nur für Nordrhein-Westfalen erfunden wurde. So will uns die Landesregierung weismachen: Jeder in der ganzen Welt soll verantwortlich sein, nur nicht die zwölf Personen links und rechts auf dieser Regierungsbank, die nicht!

(Beifall von der CDU und der FDP)

Daran merkt man: Erstens. Schon die Analysefähigkeit fehlt, weil Sie das gar nicht ernst nehmen, was da passiert. Zweitens. Die Konsequenz daraus, nämlich „Wir müssen jetzt etwas ändern“, fehlt, und – die „FAZ“ hat das auf den Punkt gebracht –: „Je länger die Ministerpräsidentin spricht, desto mehr klingt es, als müsse sich Nordrhein-Westfalen in sein von außen bestimmtes Schicksal fügen.“

Wir hier, die Fraktionen auf dieser Seite des Plenarsaals, sagen Ihnen: Wir wollen uns nicht in dieses

Schicksal fügen. Wir wollen Nordrhein-Westfalen voranbringen und nicht so tatenlos sein, wie Sie es gegenüber diesen Fragen sind.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Es ist nicht nur eine Statistik. Das ist nicht nur Platz 16 von 16, diese 0,0 % Wirtschaftswachstum. Das hat Folgen für jeden einzelnen Menschen in diesem Land. Wenn uns die Hans-Böckler-Stiftung sagt, die Kinderarmut nimmt zu, weil wir zu wenig Arbeit haben, sollte Sie das doch wachrütteln. Wenn die Kollegen vor Ort im Ruhrgebiet rund um newPark und woanders sagen, wir brauchen hier im Ruhrgebiet Arbeitsplätze, und wenn die Kinderarmut bei uns zunimmt, dann müsste das doch – dachte ich bisher – einen Sozialdemokraten wachrütteln und sagen lassen: Wir müssen etwas ändern, das darf nicht so bleiben! – Was soll denn noch passieren?

(Beifall von der CDU und der FDP)

Herr Römer traut sich bei so einem Thema ja gar nicht mehr ans Pult,

(Zurufe von der SPD: Oh, oh!)

aber wenn er heute sprechen würde, würde er sagen:

(Zurufe von der SPD)

Herr Laschet, Sie reden das Land schlecht. – Nein, die Menschen diesem Land rufen verzweifelt: Liebe Landesregierung,

(Lachen von der SPD)

nimm unsere Sorgen ernst! Nimm unsere Sorgen ernst!

(Beifall von der CDU und der FDP)

Die Stahlarbeiter wollen, dass Sie ihre Sorgen ernst nehmen. Die wollen keine neuen Beschlüsse von Herrn Remmel. Die wollen keine Frau Hendricks, die nach Brüssel geht und sagt: Bitte noch höhere CO₂-Werte! Die wollen Sozialdemokraten, die sagen: Uns liegt die Arbeit in diesem Land am Herzen, jetzt muss mal Schluss sein mit immer mehr CO₂-Regeln! Das ist doch die Lage.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Dem damaligen amerikanischen Präsidenten ist es gelungen, Millionen Menschen für das Projekt zu begeistern und nach dem Schock zu sagen: Jetzt packen wir alle an. Alle Kräfte werden gebündelt, um das Land wieder nach vorne zu bringen. – Mein Eindruck aber ist: Sie schaffen es nicht, Millionen Menschen anzusprechen. Sie schaffen es nicht einmal, die zwölf Minister auf eine Linie zu bringen, weil jeder macht, was er will, und jeder jeden blockiert. Und das tut Nordrhein-Westfalen schlecht.

(Anhaltender Beifall von der CDU und der FDP)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Laschet. – Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Sundermann.

Frank Sundermann (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich habe mich persönlich eigentlich sehr gefreut, dass diese Aktuelle Stunde hier beantragt wurde, und zwar aus einem ganz einfachen Grund: weil ich mir – und, so denke ich, auch alle Damen und Herren hier im Haus – gewünscht habe, dass wir uns hier heute einmal ernsthaft mit diesem Thema auseinandersetzen.

(Zuruf von der FDP: Wie ernst wollen Sie es denn?)

Ich kann sagen: Meine beiden Vorredner haben diese Latte, die sie sich vielleicht selbst gesetzt haben, hier heute eindeutig gerissen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Christian Lindner [FDP]: Das hat er vorher schon aufgeschrieben!)

Was ich besonders enttäuschend finde, sind die Krokodilstränen, die hier vergossen worden sind. Ich glaube, der ganze Plenarsaal ist überschwemmt mit Krokodilstränen.

Wenn Sie sich mit dieser Situation im Land wirklich ernsthaft auseinandersetzen würden – und wir reden die Situation in diesem Land ja nicht schön –,

(Lachen von der CDU und der FDP)

wenn Sie diese Dinge aufnehmen würden und hier ernsthaft betrachten würden, dann würde Herr Lindner keinen volkswirtschaftlichen Exkurs machen und würde sich Herr Laschet hier nicht als weltraumpolitischer Sprecher geben und über irgendwelche Dinge sprechen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zurufe von der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, wenn wir uns diesem Thema jetzt einmal seriös nähern wollen,

(Lachen von der CDU und der FDP – Zurufe von der CDU und der FDP: Oje!)

dann müssen wir als Erstes über die Ursachen sprechen und ein Stück weit in die Analyse einsteigen.

(Zurufe von der CDU und der FDP: Jetzt kommt Struktur rein! – Jetzt kommt's!)

Wir sehen, dass das Wirtschaftswachstum in diesem Land schlecht ist.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Ich möchte drei Punkte nennen, worin wir auch ein Stück weit die Ursachen sehen. Wir werden hier aber natürlich auch – weil Sie hier so herumtoben – eine

differenzierte Betrachtung bezogen auf das Land anstellen, und wir werden natürlich auch unsere Lösungsansätze, unsere Maßnahmen zeigen – nicht die, die wir ergreifen wollen, sondern die, die wir in der Vergangenheit schon ergriffen haben.

(Lachen von der CDU und der FDP – Zuruf von der CDU: Das ist doch das Problem!)

Das werden wir Ihnen hier gleich sagen, meine Damen und Herren.

(Lachen und lebhafte Zurufe von der CDU und der FDP)

Die wesentlichen Gründe für die Probleme sind doch nicht unbedingt hausgemacht. Die Probleme der Energie sind hier doch auch angesprochen worden. Und wenn Sie sich dem seriös nähern, dann sehen Sie doch: Die Unternehmen RWE und E.ON haben Probleme; das wissen Sie doch.

(Ulrich Alda [FDP]: Aber warum?)

– Weil sie auch die Energiewende verschlafen haben und auch, Herr Lindner und Herr Laschet,

(Ulrich Alda [FDP]: Ach, die Unternehmen sind schuld daran?)

weil Sie bei den Fragen des Atomausstiegs eine Rolle rückwärts gemacht haben.

(Christian Lindner [FDP]: So ein Quatsch!)

– Natürlich! Auch das ist der Grund.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Christian Lindner [FDP]: So ein Quatsch!)

– Natürlich ist das so. Herr Lindner, wenn Sie sich einmal damit beschäftigen würden, dann würden Sie das bestätigen. Das ist doch so.

(Zuruf von der Regierungsbank: Genau! So ist es! – Christian Lindner [FDP]: Das genaue Gegenteil ist der Fall!)

Einmal hü, einmal hott. Wie sollen die Unternehmen eine Unternehmensstrategie entwickeln?

(Christian Lindner [FDP]: Ihr habt doch keine Mehrheit mehr!)

Das Zweite, meine Damen und Herren: Wir haben in Nordrhein-Westfalen eine stark grundstoffindustriegeprägte Wirtschaft, und wir haben hier einen starken Maschinenbau, der exportorientiert ist. Die wirtschaftlichen Schwächen in den BRICS-Staaten sind hier sicherlich auch schon erwähnt worden.

Meine Damen und Herren, das muss man einfach auch zur Kenntnis nehmen, wenn man sich diesem Thema ernsthaft widmet und hier nicht nur eine Rede halten will, die sich dann in irgendwelchen Zeitungen wiederfindet.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, hier wurde auch gesagt, dass volkswirtschaftliche Zahlen abstrakt sind; sie sind auch abstrakt. Ich möchte einmal zwei Dinge nennen, wie vielleicht auch Menschen, die sich mit der Wirtschaft in diesem Land intensiv und ernsthaft auseinandersetzen, dieses Land sehen.

Als Erstes zitiere ich Verena Riegel – sie ist die Geschäftsführerin von Creditreform Münster – aus den „Westfälischen Nachrichten“ vom letzten Mittwoch. Sie sagt:

„Der Mittelstand ist hochzufrieden – das Stimmungsbild ist grandios.“

Sie fand für die herausragende aktuelle Wirtschaftslage der mittelständischen Unternehmen des Münsterlandes nur euphorische Vokabeln, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Als Zweites zitiere ich hier Ulf Reichardt, Hauptgeschäftsführer der IHK, zur Konjunkturumfrage der sieben rheinischen IHKs. Er sagt:

„Wir sehen im Rheinland zurzeit ... eine überdurchschnittlich gute Geschäftslage. Auch hinsichtlich der Geschäftsentwicklung in diesem Jahr sind die Unternehmen zuversichtlich.“

Zuversichtlicher als Sie!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zuruf von Ulrich Alda [FDP])

So, meine Damen und Herren, wollen wir einmal schauen, was diese Landesregierung getan hat,

(Lutz Lienenkämper [CDU]: Dass das Wachstum null ist!)

damit sich die Wirtschaft in diesem Land gut entwickelt.

Als Erstes schauen wir auf die Struktur. Meine Damen und Herren, der Strukturwandel ist eben angesprochen worden. Sie bekommen das vielleicht gar nicht so richtig mit: Wir sind schon längst im nächsten Strukturwandel drin,

(Zuruf von der CDU: Nein!)

und das ist nämlich die Zukunftsfrage, die Zukunftsfrage der Digitalisierung, Industrie 4.0, Wirtschaft 4.0!

(Lutz Lienenkämper [CDU]: Ei, ei! – Zuruf von der CDU: Das gibt's doch nicht!)

Ja, warum sagen Sie denn nichts dazu, Herr Laschet? Sie reden über Mondfahrten, anstatt sich einmal mit den Problemen dieses Landes auseinanderzusetzen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Lachen von der CDU)

Die Frage der Digitalisierung, meine Damen und Herren, hat die Landesregierung mit der Regierungserklärung von Hannelore Kraft am Anfang letzten Jahres wegweisend in den Mittelpunkt dieser Politik gestellt.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN – Lachen und Zurufe von der CDU)

– Ja, das wollen Sie nicht hören; das kann ich gut verstehen. Das müssen Sie sich aber anhören.

Das Nächste, meine Damen und Herren: Auch der Wirtschaftsminister hat – mit den Aktivitäten von Prof. Kollmann – hier vieles geleistet.

Das Zweite ist Bildung, meine Damen und Herren. Das ist nämlich Wirtschaftspolitik, die wir machen können: Bildung.

(Christian Lindner [FDP]: Aber da seid ihr doch auch am Schluss!)

Jeder dritte Euro dieses Haushaltes wird in Bildung gesteckt.

(Lutz Lienenkämper [CDU]: Nullwachstum!)

Die Ausgaben für frühkindliche Bildung haben wir verdoppelt.

(Lutz Lienenkämper [CDU]: Nullwachstum!)

Kein Land gibt mehr Geld für Forschung aus als Nordrhein-Westfalen. Das sind die Fakten, die Sie sich anhören müssen!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ich möchte noch einen weiteren Aspekt in die Diskussion einbringen, der hier aus meiner Sicht viel zu selten erwähnt wird. Das sind die Kommunen. Kommunen sorgen nämlich dafür, dass Wirtschaftswachstum vor Ort funktioniert.

(Zuruf von der CDU)

Wir geben den Kommunen 2,7 Milliarden € – 30 % mehr als Sie in Ihrem letzten Regierungsjahr. Das ist extrem wichtig.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Und, meine Damen und Herren, Ihr Lieblingsbeispiel ist ja immer der Landesentwicklungsplan. Ich weiß gar nicht, ob das Stichwort „Tariffreue- und Vergabegesetz“ schon gefallen ist – es kommt aber ganz bestimmt noch.

Lassen Sie mich einen Satz zum Landesentwicklungsplan sagen:

(Zurufe von der CDU und der FDP)

Beim Landesentwicklungsplan ist es doch so: Wir machen das. Wir schaffen verlässliche Rahmenbedingungen für 15 Jahre.

(Lachen von Lutz Lienenkämper [CDU])

Vor dieser Fragestellung haben Sie sich in den fünf Jahren, in denen Sie regiert haben, doch weggeduckt!

(Zurufe von Lutz Lienenkämper [CDU] und Josef Hovenjürgen [CDU])

Weggeduckt haben Sie sich!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Lebhaftes Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, zusammenfassend möchte ich noch sagen: Sichere Rahmenbedingungen, Investitionen in Bildung und Infrastruktur –

(Lutz Lienenkämper [CDU]: Nullwachstum! – Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

das ist der Mix, der unser Land langfristig nach vorne bringt. Und das sind genau die Dinge, die wir tun.

(Lutz Lienenkämper [CDU]: Nach vorne? Nullwachstum!)

Zum Schluss: Nachdem sich Herr Lindner hier ja sehr „nabelschauig“ gebracht hat und Herr Laschet ja den Blick aus dem All auf dieses Land geworfen hat, möchte ich auch noch einmal den Blick von außen auf unser Land werfen.

(Lutz Lienenkämper [CDU]: Das ist klar!)

Wir sind zum zweiten Mal Europas attraktivster Wirtschaftsstandort geworden.

(Beifall von der SPD – Lutz Lienenkämper [CDU]: Nullwachstum!)

Und, meine Damen und Herren, unser Land hat mit großem – mit großem! – Abstand die meisten Direktinvestitionen aus dem Ausland.

(Lutz Lienenkämper [CDU]: Nullwachstum!)

Meine Damen und Herren, ...

Präsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Frank Sundermann (SPD): ... die Opposition sieht Nordrhein-Westfalen schlecht. Das Ausland sieht Nordrhein-Westfalen stark. Das eine ist gut. Das andere ist unwichtig. – Glück auf!

(Anhaltender Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Sundermann. – Für die Fraktion der Piraten spricht jetzt Herr Dr. Paul.

Dr. Joachim Paul (PIRATEN): Verehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Liebe Zuschauer! Ich muss schon sagen, Herr Laschet, Herr Lindner: Das war wirklich beeindruckend – ich glaube, bei Kraftfahrzeugen nennt man das Spurtreue –, wie Sie völlig stringent in Ihrer Argumentation der wirtschaftspolitischen „Gesäßgeografie“ des 19. Jahrhunderts folgen. Gratuliere. Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN – Zurufe von der CDU: Oh! Oh!)

Und das im Informationszeitalter! Das kann man machen. Wohin das allerdings führt, darüber möchte ich nicht spekulieren.

(Zuruf von der CDU: Das sind die Linken! – Unruhe)

– Ja, das mit den Linken sind diese klassischen Schemata. Sie beweisen das ja gerade wieder: Lineardenken.

Alle alten Strukturen der Industriegesellschaft sind daran zu zerfallen. Und ihre Kadaver verpesteten die Luft.

(Zuruf von der CDU: Oh! Oh! – Weitere Zurufe von der FDP)

Diesen Satz sagte der Medienphilosoph Vilém Flusser 1991 auf der CULTEC-Tagung in Essen.

(Zurufe von der CDU und der FDP)

Vor diesem Hintergrund müssen wir den dieses Land beutelnden Strukturwandel nicht als Entschuldigung, sondern auch als Chance begreifen. Da ich hier als Opposition mein Geld verdiene, kann ich die Landesregierung natürlich nicht loben. Ich bin mir allerdings relativ sicher, sie hätte mehr getan, wenn mehr Kohle zur Verfügung gestanden hätte.

(Heiterkeit von der CDU)

Es stellt sich natürlich die Frage, woran das liegt.

(Zurufe von der CDU)

Auf jeden Fall sind wir in Nordrhein-Westfalen im Krisenmodus angekommen. Es steigt auch so ein bisschen die Panik. Alle wissen: Eine mausgraue Wirtschaftspolitik fällt nicht auf, solange die Konjunktur läuft. Aber spätestens jetzt wird allen klar: Der Landesregierung gebricht es an Ideen und Gestaltungswillen, wie eine effektive Wirtschaftspolitik aussehen könnte, die tatsächlich allen Menschen in unserem Land zugutekommt.

Was wir also brauchen, ist eine ehrliche Analyse. Der Krisenmodus ist allerdings kein guter Ratgeber für ehrliche Analysen. Zu diesem Fazit muss man auch kommen, wenn man sich die Erklärungsversuche der Landesregierung anschaut, warum Nordrhein-Westfalen wirtschaftlich stagniert. Da werden alle mögli-

chen Interpretationen angeboten, und die Landesregierung hätte damit nichts zu tun. Doch, sie hat etwas damit zu tun. Denn auch mit dem Geld, das zur Verfügung steht, kann man die Weichen richtig stellen.

Letzte Woche waren die Stahlarbeiter in Duisburg auf der Straße, um für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze zu demonstrieren. Das ist absolut legitim und nachvollziehbar. Aber dass sie das tun, liegt auch daran, dass bis heute keine ausreichenden wirtschaftlichen Alternativen vorliegen. Daran ist die Landesregierung nicht ganz unschuldig.

Die Landesregierung muss diesbezüglich endlich raus aus der comfort zone. Sie muss dahin, wo es wehtut. Dazu gehören die schmerzhaften Einsichten: Der Anteil des verarbeitenden Gewerbes in Nordrhein-Westfalen liegt unter dem Bundesdurchschnitt. Nordrhein-Westfalen ist also nicht mehr das Herzland der Industrie. Das muss man einmal auf sich wirken lassen. Ich glaube nicht, dass die meisten das hier nachvollzogen haben.

Bei der Energiewende gibt man sich immer noch mit den Illusionen ab, der Braunkohleabbau hätte noch eine gewisse Zukunft vor sich. Dabei wissen wir alle doch längst, dass der Ausstieg schneller kommt, ja schneller kommen muss, als manchem lieb ist. Statt den Bürgern die unschöne Wahrheit zu sagen, ihnen reinen Wein einzuschenken, wird einfach weitergemacht. Aber die Zeiten ändern sich.

Es geht auch um Vertrauen. Welches Vertrauen sollen die Bürgerinnen und Bürger in die Gestaltungsfähigkeit der Politik haben, wenn schon der alte Strukturwandel zu Massenarbeitslosigkeit geführt hat? Mit diesem Ergebnis wirbt man nicht für den neuen Strukturwandel und das damit Anpacken, wie Herr Laschet das so schön mit seinem „Mondfahrtprogramm“ gerade gesagt hat. Ich hatte einiges vergessen. Die Geschichtsvorlesung war schon beeindruckend.

(Heiterkeit von den PIRATEN)

Man braucht Vertrauen. Dieses Vertrauen muss erst wieder erarbeitet werden. Das hat die Landesregierung zurzeit nicht. Das muss man einfach konstatieren, wenn man mit den Menschen draußen spricht.

Die Gründungsquote von Start-ups in Nordrhein-Westfalen ist unterdurchschnittlich. Das ist auch ein Stück weit in der Verantwortung der Landesregierung. Die Leute wollen wissen, wie es weitergeht. Was gilt es zu tun? Brauchen wir etwa mehr angebotsorientierte Wirtschaftspolitik? Müssen der Umweltschutz zurückgeschraubt, Standards gesenkt und Unternehmen entlastet werden, damit es in Nordrhein-Westfalen wieder gut geht?

(Zuruf von der FDP: Genau!)

Ich möchte von Ihnen einmal eine Rechnung haben. Rechnen wir einmal das Tariftreuevergabegesetz in

Wirtschaftswachstumspunkte um. Die Rechnung will ich von Ihnen sehen.

(Zurufe)

Das ist Klein-Klein aus dem 19. Jahrhundert, was ihr da macht. Das ist auch nicht zukunftsfähig. Das geht völlig an der Realität vorbei.

(Beifall von den PIRATEN)

Wir haben zurzeit gute Rahmenbedingungen. Die Zinsen sind niedrig, der Ölpreis auch. Woran es mangelt, sind Investitionen und nicht zuletzt öffentliche. Zu diesem Ergebnis kommen auch unter anderem die OECD und das Bundeswirtschaftsministerium. Es war ein Fehler der letzten zwei Jahrzehnte, von der Substanz zu leben und den Fokus allein auf die Staatsverschuldung zu richten, statt die kaputtgehende Infrastruktur als Schulden für die nächsten Generationen nicht mit in die Rechnung einzubeziehen. An dieser Rechnung ist Schwarz-Gelb nicht unbeteiligt.

(Beifall von den PIRATEN – Zuruf von der FDP)

Es gibt viele Beispiele für volkswirtschaftliche lohnende Investitionen; Herr Sundermann hat es in seiner Rede kurz angerissen, die Bildung zum Beispiel. Nicht zuletzt Schulen, auch berufsbildende Schulen sowie Hochschulen sind fit für die Informationsrevolution zu machen.

Aber auch eine wirkliche Investitionsoffensive in Glasfasernetze bringt das Land voran. Da die geförderten Netze in kommunaler Hand verbleiben, können sie verpachtet werden und würden in der Zukunft Einnahmen abwerfen. So geht vorausschauende Wirtschaftspolitik.

(Beifall von den PIRATEN)

Die Kommunen leiden jetzt, weil sie Anteile an STEAG und RWE und den überholten Kohlegeschäften übernommen haben, die inzwischen kaum mehr Dividenden abwerfen. Das ist natürlich ein Problem.

(Michele Marsching [PIRATEN]: Gar keine mehr!)

– Gar keine mehr? Oh! Damit verringert sich natürlich auch der kommunale Spielraum für Zukunftsinvestitionen. Statt aber vorausschauend und die Energiewende ernst zu nehmen, wird hier von, ich glaube, fast vier Fraktionen wieder in den alten Strukturen des 19. Jahrhunderts gedacht. Und das wird katastrophale Folgen zeitigen.

(Zuruf von der CDU: Des 18. Jahrhunderts!)

De facto ist das Land immer noch auf der Suche nach Alternativen zu Kohle und Stahl.

Was wir brauchen, sind ein paar kräftige und zugfähige Zukunftsvisionen. Warum eigentlich wird der Tesla nicht in Nordrhein-Westfalen gebaut?

(Zuruf von Dr. Stefan Berger [CDU])

Das Land und die Menschen haben ein irrsinniges Potenzial. Ich werde in meinem zweiten Beitrag nachher noch etwas dazu ausführen. Schließlich soll man am Ende immer konstruktiv sein. – Zunächst vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den PIRATEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Dr. Paul. – Für Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt Herr Kollege Priggen.

Reiner Priggen (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Christian Lindner hat recht gehabt, als er gesagt hat, wir kennen uns jetzt fast 17 Jahre, die wir hier im Landtag sind. Man weiß zwar ungefähr, was der andere sagt, aber ich bin immer wieder überrascht, wenn von ihm dann Sprüche wie „Wachstum hebt wie die Flut alle Boote“ und Ähnliches kommen.

Wenn man so lange hier im Landtag ist, so lange Landespolitik macht, sich wirklich Gedanken über dieses starke solidarische Land und die strukturellen Probleme macht und es dann auf eine so flapsige Art serviert bekommt, wie Sie das getan haben, dann kann ich das nicht verstehen. Das zeigt doch, dass Sie gar nicht hier in die Verantwortung, sondern eigentlich nach Berlin wollen.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Aber, Armin Laschet, auch was du gemacht hast, habe ich nicht verstanden. Ich habe nicht verstanden, was das mit dem Sputnik-Projekt und der Raumfahrt soll und wen du auf den Mond schießen willst.

(Heiterkeit und Beifall von den GRÜNEN, der SPD und den PIRATEN – Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

Du hast gesagt, das Erste sei eine schonungslose Analyse, das Zweite die Vision und das Dritte die Konzentration. Wenn man aber einmal die Rede durchgeht – das Gleiche haben wir vor gut zehn Tagen im Wirtschaftsausschuss thematisiert –, dann ist davon in dem Beitrag hier – das gilt auch für den Beitrag im Wirtschaftsausschuss – nichts übrig. Aus eurer Sicht sind das Tariftreue- und Vergabegesetz, die Klimaschutzvorgaben oder der Landesentwicklungsplan für die Strukturschwäche verantwortlich.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Herr Remmel ist verantwortlich! Die Entwicklungsbremse sitzt dort!)

Es glaubt doch niemand von euch daran, dass es diese Punkte sind, die die strukturellen Probleme des Landes ausmachen. Niemand glaubt das.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Das macht ihr ja präventiv. Wirtschaftsminister Duin hat das am 31. März schon richtig benannt; so alt ist dieses Thema schon. Von wegen Aktuelle Stunde! Ihr hättet einen Antrag stellen können und auf den Tisch legen können, was eure Vorstellung dazu ist.

(Armin Laschet [CDU]: Genau!)

Wenn man Ministerpräsident werden will, wird das eigentlich erwartet. Nichts ist gekommen,

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

sondern nur ein billiger, dürrer Antrag für eine Aktuelle Stunde.

Der Wirtschaftsminister hat es doch richtig benannt. Er hat sich nicht davor gedrückt, sondern hat gesagt: Die Zahlen sind nicht erfreulich, aber wenn man ein Stück weit analysiert, was im Land los ist, dann ist damit zu rechnen. Dann muss man die Punkte in der Analyse auch benennen.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Ja, das stimmt wohl!)

– Ja, Josef Hovenjürgen, darüber brauchst du dich gar nicht aufzuregen. Genau der Punkt ist es, den ich bei euch vermisste.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Da sitzt die Bremse!)

Der Wirtschaftsminister hat gesagt, es seien die Probleme des Bergbaus, der Energieversorger, der Stahl- und der Chemieindustrie. Diese Branchen seien besonders von einer Reihe von negativen Entwicklungen betroffen. Der Vertreter von Minister Duin hat es im Wirtschaftsausschuss doch auch klar benannt. Die Zahlen dazu sind doch – ihr wart schließlich dabei – auf den Tisch gelegt worden. Der Anteil an der Grundstoffindustrie beträgt auf Landesebene 30 %, auf Bundesebene 18 %. Das heißt, wir sind im Bereich der Grundstoffindustrie von der internationalen Entwicklung und von Krisen besonders betroffen.

Wer sich vor diesem Hintergrund hier darüber lustig macht, dass der Strukturwandel in diesem Land schon so lange dauert, der hat weder das Land noch die Wirkungsweise des Strukturwandels kapiert.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Das ist keine schonungslose Analyse, die gemacht wird. Während der ersten Phase des Strukturwandels gab es 600.000 Steinkohlebergleute und über 800.000 Mantelbeschäftigte, und in zwei Jahren werden wir das Ende des Steinkohlebergbaus in Nordrhein-Westfalen erleben. Anderthalb Millionen Menschen sind aus der Beschäftigung gegangen. Es ist

nicht zu sozialen Brüchen gekommen, aber zu Strukturproblemen. Jetzt erleben wir einen permanenten Prozess. Ich verstehe gar nicht, wie man sich darüber lustig machen kann, wenn der Kollege Paul anspricht, dass die Digitalisierung eine Revolutionierung des gesamten industriellen Produktionsprozesses ist.

(Christian Lindner [FDP]: Macht doch mal was! Macht doch mal was!)

Davon kommt in eurem Beitrag, in der schonungslosen Analyse, die notwendig wäre, nichts vor.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Ich muss gar nicht alles teilen, was Herr Prof. Roland Döhrn vom RWI sagt. Aber er hat in einem kleinen Zeitungsinterview im „Kölner Stadt-Anzeiger“ mehr Analyse geliefert als die gesamte CDU-Fraktion, die in die Regierung will, in ihren Beiträgen hier und auch im Wirtschaftsausschuss.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Wenn die Energiewende ein Problem ist, dann kann man sich doch nicht hinstellen und das einfach nur thematisieren und ausblenden, dass seit der Konferenz von Rio 1992 alle Bundesregierungen die Energiewende als Ziel ihrer Politik in Deutschland definiert haben. Angefangen hat dies bei Bundeskanzler Kohl, dann kam Schröder unter Rot-Grün und Merkel. Sie haben sich Klimaschutzziele wie die Reduktion von CO₂ um 40 % bis 2020 und fortfolgend 80 bis 95 % bis 2050 und den Ausbau der erneuerbaren Energien auf die Fahnen geschrieben. Das ist das Ziel der Politik.

Dann ist ein Land wie Nordrhein-Westfalen, in dem zwei Drittel der Emissionen aus der Stromproduktion von Steinkohle und Braunkohle stammen, besonders von diesen Zielsetzungen betroffen.

(Armin Laschet [CDU]: Ja!)

– Ja, aber wo bleibt denn deine Analyse zu dem Punkt?

Ich möchte an der Stelle auch ganz konkret werden. Wenn wir dann aus der Analyse heraus eine Leitentscheidung treffen, die die bekannten internen Probleme zwischen Sozialdemokraten und Grünen berücksichtigt hat, und ihr beide euch hierhin stellt und sagt: „Diese Leitentscheidung, die nur ein Teil der notwendigen Reduktion wirklich in Anspruch nimmt, ist falsch. Wir akzeptieren, dass die Menschen nicht mehr vertrieben werden, aber wir würden diese Leitentscheidung rückgängig machen“, dann ist das ein Ignorieren des Problems und des Strukturwandels.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Ihr benennt in keiner Form die Maßnahmen, die aufgrund des Strukturwandel, der Energiewende und der Digitalisierung notwendig wären und kommen

müssten. Als Herr Kollege Paul den Tesla angesprochen hat, wurde gelacht. Aber wir müssten uns dem riesigen Bereich der Stromerzeugung und der Mobilität widmen. Denn wir wären aufgrund unserer Struktur das Land, das für die Elektromobilität in der Bundesrepublik Deutschland Maßstäbe setzen sollte und müsste.

Das sind alles Aufgaben, die wir angepackt haben. Bei euch kommt das aber alles nicht vor. Ihr tut so, als ob ihr die SPD in der Gewerkschaftstreue, in der Treue zur Kohle noch überholen könntet, und ignoriert völlig, dass bei allen Schwierigkeiten, die es bei den Kollegen gibt, der Prozess nur in diese Richtung gehen kann. Da drückt ihr euch. Dazu gibt es keine Analyse, und daraus folgen auch keine Konsequenzen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Wer in der Situation – und ich spreche jetzt nur einen Teil an – allen Ernstes behauptet, das Tariftreue- und Vergabegesetz sei ursächlich für diese Schwierigkeiten in Nordrhein-Westfalen, der leistet damit doch den absoluten Offenbarungseid. Das ist doch völliger Quatsch.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Selbst wenn es dieses Gesetz nicht gäbe, würde das doch überhaupt nichts daran ändern.

Das heißt, wenn wir es seriös machen wollen – das richtet sich an die Kollegen der CDU und der FDP –, dann muss man sich darüber unterhalten, welche Maßnahmen notwendig wären, um im Rahmen der Energiewende, des Strukturwandels und der Digitalisierung tatsächlich nach vorne zu kommen. Dazu vermisste ich aber einen Beitrag von euch. Wir haben in zwei Koalitionsverträgen viel mehr Positives hineingeschrieben und setzen es im Einklang mit der Regierung Meter für Meter um.

Präsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Reiner Priggen (GRÜNE): Insofern kann ich nicht verstehen, wie ihr euch hier so hinstellen könnt. Ihr habt fünf Jahre Verantwortung im Land gehabt. In der Zeit habt ihr genau die Kohlekraftwerke gebaut, die nun kein Geld bringen. Du bist mit Christa Thoben im Kabinett gewesen. Ich könnte jedes einzelne Kraftwerk aufzählen, das jetzt den Kommunen Schwierigkeiten macht. Die habt ihr alle angestoßen, weil ihr nicht wahrhaben wolltet, dass die Ziele von Merkel, wenn sie konsequent umgesetzt werden, zu Problemen führen.

Präsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit, bitte.

Reiner Priggen (GRÜNE): Das ist alles geschenkt. Das Problem ist jetzt da.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Insofern darf mir keiner übel nehmen, dass ich kein Vertrauen in eine Opposition habe, die nicht in der Lage ist, eine solche Analyse zu machen, sondern uns irgendetwas von Raumfahrt, Mondfahrt und der NASA erzählt. Da arbeiten wir lieber hart an dem Thema weiter und werden es auch hinbekommen. Ich denke, dass wir in den Zukunftsfeldern wesentlich besser aufgestellt sind und mehr bieten können als das, was ihr hier geboten habt. – Danke.

(Langanhaltender Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Priggen. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Duin.

Garrelt Duin, Minister für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Da – wir haben es gerade noch einmal auf den Punkt gebracht gehört – Herr Laschet auf dem Mond ist, wenden wir uns dem Oppositionsführer zu.

Herr Lindner,

(Lachen von der CDU)

Sie waren schon – zum Teil waren wir es parallel – einmal Abgeordneter in der Opposition, Sie waren schon einmal Abgeordneter, als Ihre Fraktion an der Regierung beteiligt war. Das kann beides Freude machen; das hängt davon ab, ob man die eigene Rolle annimmt. Sie waren allerdings noch nie Träger von Verantwortung in einem Kabinett.

(Zuruf von der FDP: Oh!)

Nun stellen wir uns einmal vor, es wäre so; das mag für meine Leute nicht angenehm sein, aber wir stellen uns vor, es wäre so. Sie würden sehr schnell feststellen, dass das Talent für schwungvolle Parteitage- oder Plenarreden im Ministerbüro nicht weiterhilft.

(Heiterkeit von der SPD)

Was würden Sie dort tun, Herr Lindner? – Guter Rat ist da nicht teuer. Sie würden mit dem RWI oder anderen verfügbaren Experten sprechen. Sie würden die Analysen lesen, Sie würden diskutieren, Sie würden wahrscheinlich abwägen.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Da bin ich mir nicht so sicher!)

Und Sie würden zu den eigentlichen Ursachen durchdringen – auch den Ursachen eines solchen Wachstums, dessen Zahlen wir jüngst zur Kenntnis genommen haben.

Sie würden zum Beispiel beim Stellenabbau ankommen. Sie würden sich vor Augen führen – denn der Stellenabbau schlägt beim BIP besonders stark zu Buche –, dass in Nordrhein-Westfalen – ich nenne nur einige – diejenigen, die hohe dreistellige Zahlen, zum Teil vierstellige Zahlen an Stellenabbau schon durchgeführt haben oder unmittelbar angekündigt waren Firmen wie Vallourec, E.ON, RWE, Gigaset, Johnson Controls, Karstadt, Opel, Dura, Fujitsu, Hoesch, BP sind. Außerdem nenne ich den Wegfall auf Auguste Victoria.

(Ralph Bombis [FDP]: newPark!)

All das würde Ihnen nahebringen, dass das auch etwas mit Zahlen zu tun hat.

Ich nehme Opel als Beispiel. Opel hat 200.000 Autos gebaut, die nicht mehr vom Band laufen. 2.700 Leute arbeiten dort nicht mehr. Im Schnitt erwirtschaftet ein Erwerbstätiger ein Bruttoinlandsprodukt von knapp 70.000 € im Jahr. Wenn das wegfällt, dann macht das deutlich – denn das kann bei den anderen Unternehmen in gleicher Weise zusammengerechnet werden –, wie stark in Nordrhein-Westfalen insbesondere der Mittelstand ist, wie stark in Nordrhein-Westfalen insbesondere die Familienbetriebe sind, um all diese Effekte zu kompensieren, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ihnen würde gesagt, dass eben nicht alle Bundesländer gleich sind. Ihnen würde gesagt, dass der Anteil der Grundstoffindustrie – und das sind vier von fünf Branchen, die von besonderer Härte gebeutelt werden – in Nordrhein-Westfalen sehr viel höher als im Rest der Bundesrepublik ist; in Nordrhein-Westfalen sind es 30 %, im Bund ohne NRW nur rund 18 %.

Natürlich unterliegen wir einer besonderen Belastung – das ist schon angesprochen worden – aufgrund der Energiewende. Der stark steigende Anteil erneuerbarer Energien, von allen immer im Mund geführt und gewollt, führt zu sinkenden Börsenstrompreisen, führt zu reduzierten Einsatzzeiten insbesondere von Steinkohle- und Gaskraftwerken.

Auf die Zahlen muss man in diesem Fall gar nicht genauer eingehen. Aber wir haben es mit vier großen Unternehmen zu tun. Eins ist ein schwedisches Staatsunternehmen, eins ist ein Staatsunternehmen im Süden der Republik, und dann gibt es zwei DAX-Konzerne, und die sind nicht in einem der anderen 15 Länder, sondern hier in Nordrhein-Westfalen angesiedelt, und deshalb obliegt uns und keinem anderen Bundesland diese besondere Herausforderung. Das muss man einmal zur Kenntnis nehmen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

All das sind Tatsachen, die auch die Opposition nicht umstoßen kann. Dann wird aber trotz dieser Analyse, die auch Sie nicht anders treffen können, leierhaft

wiederholt, es sei das Wassergesetz, es sei das Tariftreue- und Vergabegesetz oder – und das fand ich besonders spannend – die Bundesratsinitiative zum Unternehmensstrafrecht. Absurder geht es gar nicht, solche Vorwürfe hier ins Feld zu führen, wenn wir über solche ernsthaften Themen sprechen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Sie müssten, Herr Lindner, Ihren Werkzeugkasten dann neu bestücken.

(Dr. Joachim Paul [PIRATEN]: Womit?)

Denn die von Ihnen hier benannten Werkzeuge sind zu kleine Hämmerchen. Wir haben richtige Werkzeuge gewählt, und ich will Ihnen fünf beispielhaft nennen.

(Zuruf von Armin Laschet [CDU])

Wir wissen, in der Energiepolitik werden wir trotz des rasanten Ausbaus der Erneuerbaren, den wir unterstützen, noch über einen langen Zeitraum konventionelle Kraftwerke brauchen, und deswegen können sich auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Braunkohle auf uns verlassen. Sie wissen, dass wir sie nicht im Stich lassen.

(Zurufe von der CDU und der FDP)

Aber eines ist auch klar: Diese Landesregierung steht zu diesem eingeschlagenen Pfad.

(Weitere Zurufe von der CDU und der FDP)

Und noch eines ist klar: Mit der Braunkohle wird kein Wachstum mehr geschaffen. Wir werden sie noch über Jahrzehnte brauchen, aber Wachstum ist in diesem Bereich nicht mehr zu erwarten. Das muss man doch einmal zur Kenntnis nehmen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Und deswegen ist es richtig, dass wir mit der Leitentscheidung, mit dem Zeithorizont 2045 einen Pfad vorgegeben haben und dass wir gemeinsam mit der IG BCE, gemeinsam mit dem Unternehmen, gemeinsam mit allen Akteuren in der Region diesen Pfad weiter beschreiten bis 2045, und zwar volkswirtschaftlich vernünftig, aber auch sozial verträglich, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Das Zweite ist, dass wir die Investitionen in die Infrastruktur kräftig anheben. Der neue Bundesverkehrswegeplan, lieber Michael Groschek, ist ein grandioser Erfolg für Nordrhein-Westfalen. Nie gab es für Straßen und Brücken so viel Geld wie in den nächsten Jahren – nicht 21 %, wie sonst nach dem Königsteiner Schlüssel üblich, sondern 37 % für die Sofortmaßnahmen. Das ist ein Plus bei den anderen Maßnahmen von 25 %, ein großartiger Erfolg, der zeigt:

Wir in Nordrhein-Westfalen haben gemeinsam mit der Wirtschaft gekämpft. Wir haben Erfolg, und wir gehen diesen Weg konsequent weiter.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zuruf von Armin Laschet [CDU])

Dritter Punkt. Ein weiterer Aktivposten ist unsere Strategie zur Förderung der digitalen Wirtschaft. Da natürlich auch ein Wort zum Thema „Breitbandausbau“: Wir wollen eine Strategie zum Ausbau eines Glasfasernetzes ohne Wenn und Aber. Aber ich kann nicht in China, Schmallenberg oder sonst irgendwo, wo die Versorgungsquote mit 50 Mbit/s 2 % beträgt, sagen: „Wartet mal bis zum Jahr 2023, bis irgendjemand Glasfaser bringt“,

(Armin Laschet [CDU]: Dann macht es doch!)

sondern wir brauchen auch den Zwischenschritt mit 50 Mbit/s bis 2018 ohne Wenn und Aber.

(Armin Laschet [CDU]: Dann macht doch!)

Auch dafür haben wir alle Voraussetzungen geschaffen, meine Damen und Herren.

(Armin Laschet [CDU]: Dann macht doch!)

Man muss die Kirche mal im Dorf lassen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zuruf von Ralph Bombis [FDP])

Mir ist nicht bange um das Thema „Industrie 4.0“. Frank Stührenberg, der Chef des deutschen Familienunternehmens Phoenix Contact – viele von Ihnen sind schon bei ihm im Lipperland gewesen –, hat in dieser Woche beim Besuch der US-Fabrik in Harrisburg gesagt: Die Amerikaner haben das Internet, aber wir haben die Dinge.

Darum geht es. Kein Standort – auch in Deutschland nicht, nicht Berlin oder sonst wo – hat einen so starken industriellen und gewerblichen Kern, der die Voraussetzung für Industrie 4.0, für Wirtschaft und Arbeit 4.0 ist. Das wird hier passieren. Hier sind die Entwickler der nächsten Revolution von 5G.

5G – für diejenigen, die das noch nie gehört haben – ist der nächste Mobilfunkstandard. Gerade einmal sechs Jahre ist es her, dass wir mit 4G angefangen haben. Alle führenden Firmen, die diese Entwicklung ermöglichen, die dafür sorgen werden, dass wir die Smart-City-Pilotregion sind, sitzen in Nordrhein-Westfalen und haben unsere volle Unterstützung, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Einen vierten Punkt möchte ich gerne noch nennen, weil das zu einer differenzierten Betrachtung dazu gehört – Herr Sundermann hat schon darauf hingewiesen –: Creditreform ist ja eine seriöse Quelle, die das Münsterland und ihre wirtschaftlichen Kriterien

auf das Höchste gelobt hat. Dasselbe gilt für Ostwestfalen, für Südwestfalen und natürlich auch für das Rheinland. Insofern ist völlig klar, dass wir eine gute Perspektive haben.

Vorausschauende Wirtschaftspolitik – das will ich gerne zum Abschluss noch sagen –, wie ich sie hier seit dem ersten Tag verfolge, heißt: nicht lange jammern, dass Opel zumacht, sondern es am ersten Tag danach abreißen, damit Neues entstehen kann; nicht warten, bis das letzte Fördergefäß auf Auguste Victoria über Tage und der letzte Schnaps getrunken ist, sondern weit vorausplanen, was mit der Fläche passiert. – Genau das haben wir getan.

(Vereinzelt Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wir bewahren nicht das Vergangene vor der Zukunft, sondern wir geben den Innovationen Raum. Wir machen Wirtschaftspolitik an Fakten orientiert, nicht an Stimmungen und Interviews mit schlechter Laune.

(Zurufe von der CDU und der FDP)

Wir arbeiten hart. Wir gestalten. Wir gehen optimistisch an die Sache heran.

Klar ist: Wir sind noch nicht da, wo wir hinwollen. Wir sind noch nicht da, wo NRW hingehört. Aber die Aufholjagd hat längst begonnen, und wir haben einen langen Atem. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall von der SPD, den GRÜNEN und Ministerpräsidentin Hannelore Kraft)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister Duin. – Herr Minister Duin hat seine Redezeit um zwei Minuten überzogen. Drei von fünf Fraktionsrednern hatten ihre Redezeit auch bereits überzogen, sodass wir in der zweiten Runde großzügig sind, aber nicht die gesamten zwei Minuten gewähren werden.

Für die CDU-Fraktion hat jetzt Herr Kollege Wüst das Wort.

Hendrik Wüst (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Das Wirtschaftswachstum stockt, aber wenigstens der alte Rhetorikminister ist wieder da.

(Beifall von der CDU)

Kraftvolle Worte, Herr Minister, aber Sie regieren nicht erst seit heute, sondern Sie regieren mit Ihrer Koalition bereits seit sechs Jahren. Deswegen ist dieser Aufbruch bestenfalls ein rhetorischer.

Gehen wir Ihre Punkte einmal durch. Sie sagen: Wir – und ich denke, wenn Sie hier stehen, sprechen Sie für die Landesregierung und nicht für die SPD –

setzen auch weiter auf Braunkohle und Zukunft. – Die Ministerpräsidentin hat vor einigen Wochen – ich glaube, es war im Januar – ein Interview im „Handelsblatt“ gegeben. Darin haben Sie erklärt, Frau Ministerpräsidentin, 2050 sei Ihre Zielmarke bei der Braunkohle. Am gleichen Tag – das kann man ja nicht immer so timen ...

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Die Zielmarke des Unternehmens! Sie müssen richtig lesen!)

– 2050. Sie haben dem jedenfalls nicht widersprochen. Widersprochen hat allerdings wenige Stunden nach der Veröffentlichung Herr Priggen im Wirtschaftsausschuss hier im Landtag, als er von 15, 20 Jahren sprach. Deswegen möchte ich schon darum bitten, dass Sie dieses „wir“ noch einmal präzisieren, da Sie in dieser wesentlichen Frage für den Industriestandort Nordrhein-Westfalen chronisch zerstritten sind.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Infrastruktur, Verkehr: Ich halte eigentlich nichts davon, aber ich hatte es so schön in meiner Mappe. Sehen Sie das?

(Der Redner hält ein Schaubild hoch.)

Rot-Grün wenig, Schwarz-Gelb viel, Rot-Grün wieder wenig Investitionen in Verkehrsinfrastruktur. Sie hätten es längst anders machen können.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Das ist der Mittelabfluss aus dem Bundesverkehrswegeplan für Nordrhein-Westfalen. Wenn Sie heute eine Umkehr ankündigen, gerne. Das hätte ein bisschen früher passieren können.

(Lachen von Britta Altenkamp [SPD])

Digitalisierung: Herr Priggen, ich weiß nicht, wo Sie waren. Sie machen ja noch nicht so lange Wirtschaftspolitik, aber eigentlich sind Sie immer recht fleißig hier im Plenum.

(Lachen von den GRÜNEN)

Wir haben allein zehn Anträge zum Thema „Breitbandausbau“ gestellt, von den großen Fragen zu EFRE bis zum kleinen Bürgerbreitbandantrag. Da können Sie nicht sagen: Bei der Digitalisierung habt ihr nichts gemacht.

Wir haben hier eine Start-up-Debatte zu der Frage geführt: Welche Bedingungen brauchen Start-ups in Deutschland, in Nordrhein-Westfalen in Bezug auf ihre Finanzierung? So viel öffentliche Kohle, wie privat unterwegs ist und Anlagen sucht, kann man gar nicht ausgeben, darf man in dem Bereich auch nicht. Man muss nur die richtigen steuerrechtlichen Rahmenbedingungen schaffen, um so Wachstum zu generieren. Sie haben uns als Steuerhinterzieher und

Ähnliches bezeichnet. Das alles hatten wir hier. Sie haben es immer abgebugelt.

(Beifall von der CDU)

Irgendwann haben Sie dann gemerkt – Stichwort „Infrastruktur“ –, dass Sie Ihre Planzahlen zum Breitbandausbau, die durchaus ehrgeizig sind, nicht mehr erreichen. Herr Bolte musste irgendwann in der Sommerpause mit Herrn Becker ein Papier vorlegen, in dem es dann hieß: Den Zwischenschritt – wie Herr Minister eben gesagt hat – mit Vectoring, bis zu 50 MBit/s, müssen wir wohl gehen.

Bis dahin hatten Sie sich der Debatte total verweigert. Sie haben nicht zur Kenntnis genommen, dass unsere Industrie in Nordrhein-Westfalen, unser Mittelstand dezentral organisiert ist und mit der Politik „ausschließlich Glasfaser“, die Sie bisher vertreten haben, abgehängt wurde.

Im letzten Sommer sind Sie umgedreht, haben sich technologieneutral aufgestellt und haben erklärt: Glasfaser reicht auch später!

Aber jetzt können wir im ländlichen Raum auch eine etwas andere Politik fahren. Im letzten Sommer hatte Bayern schon ein Konzept mit 600 Kommunen, die uns jetzt die Fördermittel aus dem Bund abspenstig machen. Sie haben das nicht hingekriegt, weil Sie viel zu spät erkannt haben, dass es im Land nicht nur Großstädte gibt, sondern dass der Mittelstand dezentral ist.

Dann haben Sie angefangen, sich um Förderungen zu kümmern, und haben gemerkt, dass Sie dafür eigentlich keine Kohle haben. Dann haben Sie ein bisschen Geld für Gewerbegebiete zur Verfügung gestellt.

90 % der Gewerbe- und Industriegebiete in Nordrhein-Westfalen haben keinen Breitband-Internetanschluss. Was machen Sie? Sie warten auf das Geld vom Bund und fangen mit der ganzen Geschichte viel zu spät an. – Das war das Zweite.

Das dritte Stichwort: Industrie und Digitalisierung. Sie sprechen jetzt von Industrie 4.0. Da wäre es wirklich interessant, zu wissen, was in Ihrer Regierungszeit hier wirklich passiert ist.

Sie haben einen Digitalexperten, Herrn Prof. Kollmann, berufen. Er hat im Sommer 2014 ein erstes Interview gegeben und gesagt: Ja, wir haben 400 Start-ups. Das könnte mehr sein. Aber jetzt bin ich ja da und gebe Gas. – Ein Jahr später hat er wieder ein Interview gegeben und in der „WELT AM SONNTAG“ erklärt: Ich bin jetzt ein Jahr da. Hurra; wir haben 400 Start-ups.

Die spannende Frage wäre doch jetzt: Haben Sie in der Zwischenzeit einmal versucht, eine andere Politik aufzusetzen? Haben Sie versucht, die traditionelle Industrie mit Start-ups zusammenzubringen? Sind es vielleicht andere Start-ups?

In der Summe kann ich keinen Fortschritt erkennen. Die entscheidende Frage, wie man aus einem alten Industriestandort mit langen Wertschöpfungsketten und viel Industrie auch in der Ära „Industrie 4.0“ einen erfolgreichen Standort macht, ist längst nicht beantwortet. Herr Kollmann beantwortet sie jedenfalls zahlenmäßig nicht. Da sind Sie noch ein paar Antworten in der Sache, in der Substanz schuldig.

Dann sagen Sie: Wir weinen nicht dem Alten hinterher. Wir setzen auf Neues. Wir sind verliebt in das Neue. – Alle diese Sprüche sind wunderbar. Lesen Sie heute einmal die „Westfälischen Nachrichten“. Herr Schöler vom Care-Institut ist aus Münster fortgegangen. Er wurde von Ihnen – nicht von Ihnen persönlich; da muss ich jetzt dorthin gucken – vergrault und ist nun in Bayern. Er hat dort den gleichen Antrag vorgelegt und wird mit offenen Armen empfangen. Sie wollten ihn nicht haben. Stammzellenforschung war mit Ihnen nicht zu machen. Das Neue ist aus Nordrhein-Westfalen abgehauen. Diese Politik vertreibt es.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Genauso war aus Ihrer Sicht die Politik aus der Zeit der Regierung Rüttgers/Pinkwart nicht mehr up to date, die Zusammenarbeit von Wirtschaft und Hochschulen zu fördern. Da haben Sie sich mit Ihrer Hochschulpolitik geradezu an der Zukunft des Landes versündigt.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das passt nahtlos da hinein. Sie stellen sich hierhin und sagen: „Wir wollen das Neue; wir wollen Innovationen“, haben aber das Gegenteil davon gemacht. Entweder war es wirklich Ihr Sputnik-Schock, und Sie kehren jetzt bei Infrastruktur, Digitalisierung und Zusammenarbeit von Hochschulen und Wirtschaft um, oder es ist alles heiße Luft. Dann werden wir das in den nächsten Monaten verfolgen können.

Gestern Abend hat der Präsident von unternehmer nrw, Horst-Werner Maier-Hunke, Ihnen ins Stammbuch geschrieben, dass er in diesem Jahr mit Minuswachstum rechnet. Jetzt kann man sich über die Wortwahl „Minuswachstum streiten“. Das ist kein Wachstum mehr; das ist ein deutlicher Rückschritt. Deswegen müssen wir schon darauf bestehen, dass das heute keine heiße Luft bleibt, sondern hier wirklich eine Umkehr stattfindet.

Es hat mich fast traurig gemacht, dass ein gestandener Mann im Alter von Horst-Werner Maier-Hunke da vorne stehen und zum wiederholten Male flehen muss, dass in diesem Land endlich eine Willkommenskultur für Unternehmen vorherrscht.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Es hat mich fast beschämt, dass Sie das immer noch nicht mit ihm geklärt haben. Er fühlt sich offensicht-

lich genauso wie die Unternehmen und die Verbände, die er repräsentiert, nicht ausreichend willkommen. Das muss sich ebenfalls ändern, und nicht nur die Rhetorik. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Wüst. – Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Hübner.

Michael Hübner (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Wüst hat gerade die Willkommenskultur angesprochen. Warum schaut China positiv gestimmt nach Nordrhein-Westfalen? Weil wir Strukturwandel können; weil wir Strukturwandel in den letzten Jahrzehnten bewiesen haben und gemacht haben. Dazu will ich Ihnen auch das eine oder andere Bild aus der kommunalen Perspektive zeichnen.

Als Opel vor rund 40 Jahren nach Bochum gegangen ist, hatte das auch etwas mit Strukturwandel zu tun. Wie Reiner Priggen gerade gesagt hat, stand nämlich der Ausstieg aus dem Steinkohlebergbau damals schon bevor, und eine der Ansiedlungen war das Holen von Opel nach Bochum. Opel wurde nach Bochum geholt, und es war ein toller Erfolg. Die Leute und die Beschäftigten im Ruhrgebiet haben Autos von Opel gekauft, und Autos von Opel wurden dort gefahren.

Ein zweites Beispiel für den Strukturwandel, der eingeleitet worden ist und der heute immer noch gestaltet werden muss: Siemens wurde nach Gladbeck geholt. Siemens, ein großes Unternehmen, das nach dem Zweiten Weltkrieg in Süddeutschland angesiedelt war, hat gesagt: Wir gehen nicht irgendwohin; wir gehen ins Ruhrgebiet. – Sie sind dann nach Gladbeck gegangen.

1989 haben wir Siemens in Gladbeck abgewickelt. Seitdem läuft der Strukturwandel in Gladbeck weiter. Seit der Schließung von Opel in Bochum läuft er auch in Bochum weiter. Das begleiten wir seit der Gründung des Landes Nordrhein-Westfalen, indem wir Veränderungen einleiten und den Strukturwandel vernünftig gestalten.

Das sind keine abgedroschenen Phrasen, wie Herr Lindner es heute Morgen eingangs gesagt hat, sondern das ist Politikgestaltung. Das haben wir immer als ernsthaften Politikansatz verfolgt und werden es in der Wirtschafts- und Strukturpolitik hier in Nordrhein-Westfalen entsprechend fortführen.

(Beifall von der SPD)

Heute Morgen hat Christian Lindner gesagt, im Saarland gebe es auch einen Strukturwandel. Ja, die Kollegin Kramp-Karrenbauer hat auch etwas zu leisten. Was vergleichen Sie denn da, Herr Lindner? Das

Saarland hat ein Bruttoinlandsprodukt von rund 33 Milliarden €, während das Bruttoinlandsprodukt von Nordrhein-Westfalen bei annähernd 630 Milliarden € liegt. Ich erwähne diese Zahlen, damit wir uns einmal über die Verhältnismäßigkeit unterhalten können.

Der Umsatzeinbruch bei E.ON und bei RWE – diese Unternehmen haben hier in der Debatte ja auch eine Rolle gespielt – betrug alleine vom Jahr 2013 auf das Jahr 2014 bei E.ON etwa 8 Milliarden € und bei RWE 6 Milliarden €. Rund 2 Milliarden € haben wir bei den Stadtwerken verloren. Das entspricht der Hälfte der Wirtschaftsleistung des Saarlands, liebe Kolleginnen und Kollegen. Und da sagen Sie, das Saarland stehe vor der gleichen Herausforderung wie wir? Was Sie da machen, ist unlauter. Das geht von der Argumentation her überhaupt nicht.

Dazu will ich Ihnen noch ein Beispiel geben. Wir haben letztlich 16 Milliarden € Umsatz verloren. Es hat zu einem, wie Sie sagen, Nullwachstum geführt – wobei man abwarten muss, inwieweit es wirklich ein Nullwachstum sein wird. Herr Minister Duin hat Sie ja schon darauf hingewiesen, dass man vielleicht noch einmal das eine oder andere Gespräch mit dem einen oder anderen Wirtschaftsexperten führen sollte. Wenn Sie das so angehen, wie Sie es heute Morgen vorgetragen haben, kann das für Sie nur hilfreich sein.

Was bedeuten diese 16 Milliarden €, also 50 % des saarländischen Bruttoinlandsprodukts? Ich will das für Sie einmal auf eine durchschnittliche Pommesbude umrechnen. Vielleicht verstehen Sie die Zahl, die wir in Nordrhein-Westfalen haben, dann etwas besser. Die durchschnittliche Pommesbude macht 300.000 € Umsatz im Jahr. Wenn Sie 16 Milliarden € verlieren, entspricht das etwa 53.000 Pommesbuden. Dann sagt man vielleicht, dass eine Pommesbude im Saarland noch einen erheblichen Beitrag zum Wirtschaftswachstum im Saarland leisten kann.

(Lutz Lienenkämper [CDU]: Das ist ein Wirtschaftsexperte!)

In Nordrhein-Westfalen ist das aber nicht der Fall. Die Wirtschaft, insbesondere die mittelständische Wirtschaft, ist hier so stark, dass diese 16 Milliarden € kompensiert worden sind. Es hat immerhin noch zu einem Nullwachstum gereicht.

Ein anderes Beispiel: Schauen Sie einmal nach Baden-Württemberg. Da sagen Sie ja immer: Da gibt es die schwäbischen mittelständischen Unternehmen – 50 Millionen € Umsatz, 500 Beschäftigte. Lassen Sie uns das einmal ins Verhältnis zu den 16 Milliarden € setzen. Sie entsprechen 320 mittelständischen Unternehmen, die abgebaut worden wären. Stellen Sie sich einmal vor, was in Baden-Württemberg los wäre, wenn 320 mittelständische Unternehmen zugemacht hätten und das kompensiert werden müsste.

Die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen hat das kompensiert. Sie hat das geschafft. Sie hat es immerhin zu einem Nullwachstum gebracht. Sie hat die 16 Milliarden €, die in der Energiewirtschaft verloren gegangen sind, in der Wertschöpfung kompensiert. Das ist eine großartige Leistung, finde ich.

(Zuruf von Lutz Lienenkämper [CDU])

– Das ist eine großartige Leistung. Sie müssen das einfach ins Verhältnis setzen. Auch das gehört zu einer systematischen Bewertung und einer vernünftigen Analyse dazu und hat nichts mit den außerirdischen Argumenten zu tun, die heute Morgen vorgetragen worden sind.

(Beifall von der SPD)

Wir haben aber nicht nur in der Energieerzeugung ganz erhebliche Umsatzeinbrüche gehabt – Sie wissen das vielleicht –, sondern wir haben insbesondere wegen des mangelnden weltwirtschaftlichen Wachstums, insbesondere in den BRICS-Staaten, auch in der Grundstoffherzeugung im letzten Jahr erhebliche Umsatzeinbrüche gehabt. In der chemischen Industrie waren es minus 4,6 %.

(Zuruf von Armin Laschet [CDU])

– Herr Laschet, Sie wollen doch jetzt nicht ernsthaft darüber reden, dass andere Länder in der Bundesrepublik Deutschland die gleiche Abhängigkeit von der Grundstoffindustrie haben wie wir. Das wollen Sie doch nicht ernsthaft verkaufen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Das können Sie nur verkaufen, wenn Sie von ganz weit aus dem Weltall nach Nordrhein-Westfalen schauen. Es ist unglaublich, was Sie hier machen oder versuchen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zuruf von Armin Laschet [CDU])

Ich wollte mich gar nicht mehr mit Ihnen auseinandersetzen. Ich habe das extra alles aus meinem Manuskript rausgestrichen. Jetzt weiß ich aber auch, warum ich das machen wollte: weil Sie hier so billige Argumente vorgetragen haben.

(Beifall von der SPD)

Zur Abhängigkeit von der chemischen Industrie: Es gibt – Herr Laschet, vielleicht erinnern Sie sich – den einen oder anderen Chemiepark. In der Nähe von Marl soll es einen geben; in der Nähe von Köln soll es noch einen geben. Das sind nun einmal riesengroße Beschäftigungseffekte.

(Armin Laschet [CDU]: In Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und in Hessen gibt es auch Chemieparke!)

– Die Beschäftigungseffekte sind bei uns doch viel höher als in Hessen oder Baden-Württemberg. Jetzt lassen Sie doch einmal die Kirche im Dorf.

Die chemische Industrie hat um 4,6 % abgenommen. Der Maschinenbau hat um 3,4 % abgenommen.

(Anhaltende Zurufe von der CDU)

Die Metallerzeugung hat um 0,7 % abgenommen. Der Automobilbau – ich habe eingangs den Strukturwandel beschrieben; das kennen Sie ganz genau – hat deutlich abgenommen.

(Lutz Lienenkämper [CDU]: Baden-Württemberg hat keine Automobilindustrie, oder wie?)

Wir müssen mit Opel in Bochum den Strukturwandel wieder bewegen. Wir werden das auch ordentlich tun. Wir gestalten den neuen Strukturwandel. China schaut auf uns; China lobt uns.

Bleiben Sie konstruktiv. Gucken Sie nicht mit Weltallargumenten auf Nordrhein-Westfalen, sondern gestalten Sie den Strukturwandel mit. Dann ist Nordrhein-Westfalen viel geholfen. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Hübner. – Für die FDP-Fraktion spricht der Kollege Lindner.

Christian Lindner (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Reiner Priggen ist ein mutiger Mann; denn er hat Union und FDP eben hier vorgehalten, wir würden uns nicht intensiv genug mit der Analyse der Ausgangslage beschäftigen. Er hat dann hinzugefügt, selbst Herr Döhrn könne in einem Interview der „WAZ“ in wenigen Zeilen die Lage besser und treffender darstellen, als wir das hier in der Debatte vermocht hätten.

(Beifall von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

– Mehrdad Mostofizadeh applaudiert. – In dem genannten Interview erklärt Herr Döhrn, die wesentliche Ursache für die rote Laterne Nordrhein-Westfalens sei, dass hierzulande zu wenig investiert werde. – Das ist die Ausgangslage.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Herr Kollege, Sie hätten dann auch darlegen müssen, wie die Analyse ist.

Ich habe eben schon gesagt, dass bei der großen Wachstumsuntersuchung des Instituts der deutschen Wirtschaft, die meine Fraktion im vergangenen Jahr in Auftrag gegeben hat, klar dargelegt wurde: Es ist eben nicht der Strukturwandel. Vielmehr ist unsere Schwäche sektor-, flächen-, bran-

chenübergreifend. Überall ist die Produktivität niedriger; die Frauenerwerbsbeteiligung ist niedriger; die Bildungsergebnisse sind schlechter als anderswo.

Dann sagt Garrelt Duin: Ja, wo habt ihr denn etwas vorgelegt? Wo sind die Alternativen? – Herr Duin, es ist genau andersherum: Bei dem, was Sie an Kurswechsel seit 2010 gemacht haben – Tariftreuegesetz, LEP, Klimaschutzgesetz, Straßenbau,

(Zuruf von Michael Hübner [SPD])

Breitband, Hochschulzukunftsgesetz –, und zwar bei jeder dieser Einzelmaßnahmen, haben wir Sie darauf hingewiesen, dass Sie insgesamt dem Land Chancen nehmen. Und jetzt haben wir das Ergebnis dieser Politik.

(Beifall von der FDP und der CDU – Jochen Ott [SPD]: Total falsch! Wir haben doch Geld beim Straßenbau draufgelegt!)

– Nicht die einzelne Maßnahme, sondern die Grundlage Ihrer Politik ist falsch, weil sie die soziale Marktwirtschaft beschädigt.

(Jochen Ott [SPD]: Falsche Analyse, Herr Lindner!)

Es kommt jetzt für die aktuelle schwierige Situation unseres Landes ein Zweites hinzu.

(Jochen Ott [SPD]: Das stimmt doch nicht!)

Wir haben nicht nur die Fehlentscheidungen in Nordrhein-Westfalen, sondern es kommt ...

(Zuruf von Jochen Ott [SPD])

– Passt mal auf; 32 Millionen € im aktuellen Etat, das ist nichts. Und es gibt nicht nur Bundesstraßen, sondern auch Landesstraßen und Brücken im Landesstraßennetz.

(Jochen Ott [SPD]: Ihr habt die Landesstraßen kaputt gemacht! Ihr habt Straßen.NRW an die Wand gefahren! Sie haben keine Ahnung, wovon Sie reden!)

Das habt ihr alles völlig vernachlässigt.

(Anhaltende Zurufe von Jochen Ott [SPD])

– Mensch, Mensch, Mensch!

(Jochen Ott [SPD]: Aus dem Konzept gebracht!)

– Das wirkt jetzt sehr angefasst und dünnhäutig. Mann, Mann, Mann! Ich verstehe das ja, Jochen Ott; denn in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz habt ihr ja gesehen, was euch blüht, nämlich keine Mehrheit mehr. Da verstehe ich die Nervosität.

(Beifall von der FDP – Zurufe von der SPD)

Rot-Grün hat da keine Mehrheit mehr – und bei den Umfragen hier auch nicht. Da seht ihr, was euch blüht.

Heute hat Rot-Grün in dieser Debatte auch eines gezeigt: Unser Problem ist nicht nur null Wachstum; unser Problem ist auch null Idee; denn wir haben nichts gehört, um die Lage abzuwenden – nichts, null.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Es kommt Folgendes hinzu – das wollte ich noch ausführen, bevor ich mit Herrn Ott debattiert habe –: Das Problem ist doch, dass wir nicht nur Fehlentscheidungen hier in Nordrhein-Westfalen seit 2010 haben; seit Herbst 2013 kommen noch belastende Fehlentscheidungen der Großen Koalition für Mittelstand und Industrie dazu. Sigmar Gabriel hat bei der Vorstellung des Jahreswirtschaftsberichts gesagt, die deutsche Wirtschaft insgesamt – und hierzulande drückt es sich besonders stark aus – wachse weniger stark, als sie angesichts der Verfügbarkeit von Fachkräften, des niedrigen Ölpreises und der niedrigen Zinsen wachsen müsste.

Dass sie stärker wachsen müsste, stimmt. Aber der Grund dafür ist nicht, dass die Menschen sich ändern müssten, sondern, dass seit Herbst 2013 in Berlin auf die Fehlentscheidungen von Ihnen noch Mietpreisbremse, Dauersubventionen für Ökostrom, Einschränkungen bei Zeitarbeit, Werkverträge, die diskutiert werden, und Verschlechterungen bei der Erbschaftsteuer und so weiter obendrauf kommen.

(Beifall von der FDP)

Nicht die Menschen müssen sich ändern, sondern die Wirtschaftspolitik in Land und Bund muss sich ändern.

Reiner Priggen, Sie haben dazu aufgerufen, dass man sich ehrlich macht. Sie haben über die Energiewende gesprochen, die unser Land Nordrhein-Westfalen in besonderer Weise betrifft. Die Wahrheit ist doch: Es ist doch nicht ausschließlich ein Versagen der Unternehmen im Stahl- und Energiebereich, dass sie so schlecht dastehen. Vielmehr haben sich die politischen Rahmenbedingungen für diese Unternehmen verändert.

(Kai Schmalenbach [PIRATEN]: Absehbare Veränderungen!))

Nachdem man ihnen über Jahr und Tag gesagt hat, dass wir die Braunkohle brauchen, heißt es dann plötzlich: Rein in die Kartoffeln, raus aus den Kartoffeln. – Es ist im Jahr 2010 in Deutschland die Entscheidung getroffen worden, auf die Kernenergie nicht zu verzichten, sondern sie zu verlängern. Damals sind die deutschen Klimaschutzziele über den europäischen Standard hinaus erhöht worden.

(Michele Marsching [PIRATEN]: Großer Fehler! – Kai Schmalenbach [PIRATEN]: Fehler!)

Dann ist man doch aus der Kernenergie ausgestiegen. Aber die hohen Klimaschutzziele, die man mit Kernenergie erreichen wollte, sind nicht gesenkt,

sondern sogar noch weiter über den europäischen Standard hinaus erhöht worden.

(Beifall von der FDP – Zuruf von Britta Altenkamp [SPD])

Und das führt zu einer Deindustrialisierung unseres Landes.

(Michael Hübner [SPD]: Welche Atomkraftwerke haben wir in Nordrhein-Westfalen? Zählen Sie sie doch einmal auf!)

Wenn wir Stahl und Energie erhalten wollten,

(Zuruf von Michael Hübner [SPD])

müsste sich Hannelore Kraft in Berlin dafür starkmachen, dass Deutschland, wenn es auf die Kernenergie verzichtet, wenigstens in der Frage der Klimaschutzziele nur noch den europäischen Standard erreichen will. Das ist ambitioniert genug. Das sagt sogar ihr Vorvorgänger Wolfgang Clement.

(Michele Marsching [PIRATEN]: Clement, ja!)

Orientieren Sie sich an dem.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Lindner. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht der Kollege Priggen.

Reiner Priggen (GRÜNE): Herzlichen Dank, Herr Präsident. – Herzlichen Dank auch an Christian Lindner für das letzte Stichwort; denn ich würde das ganz gerne in einen etwas anderen Kontext stellen.

2010 – das ist richtig – hat die schwarz-gelbe Bundesregierung

(Zurufe von Christian Lindner [FDP] und Michele Marsching [PIRATEN])

das Atomausstiegsgesetz von Schröder und Fischer gedreht.

(Jochen Ott [SPD]: Genau!)

Der wirkliche Hintergrund ist: Schröder und Fischer haben ein Atomausstiegsgesetz gemacht und mit den Unternehmen verhandelt. Es hatte viel längere Laufzeiten, als ich mir in der Vorbereitung dieser Verhandlungen vorgestellt habe. Aber im Konsens mit den Unternehmen sind die übertragbaren Restlaufzeiten ausgehandelt worden.

Dann hat RWE politisch darauf gesetzt, dass irgendwann Schwarz-Gelb im Bund drankommt – die Traumkonstellation –

(Jochen Ott [SPD]: So ist es! So sieht es aus! – Michele Marsching [PIRATEN]: So ist es! Ganz genau!)

und man das zurückdreht. Man hat darauf verzichtet, in erneuerbare Energien und alles das zu investieren.

Dann habt ihr gedacht, dass ihr an die Regierung kommt. Es gab aber zunächst eine Große Koalition. Die SPD hat am Atomausstieg festgehalten. Als dann endlich die schwarz-gelbe Traumkonstellation kam, habt ihr es zurückgedreht, um es wenige Monate später, nach Fukushima, wieder zu kippen.

(Jochen Ott [SPD]: So ist es!)

Das ist der Punkt.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und den PIRATEN!)

Die Bundeskanzlerin hat nämlich richtig gesehen, dass die Atomkraft gesellschaftlich nicht mehr zu vermitteln war.

Aber die Kritik muss man doch bei den Unternehmen anlanden. Wer mehr als zehn Jahre eine Entwicklung in Richtung erneuerbare Energien und Energieeffizienz verpasst, der hat auf dem Markt heute genau die Probleme.

(Kai Schmalenbach [PIRATEN]: Der hat da gar nichts zu suchen!)

Der hat jetzt Schwierigkeiten, einen so geringen Anteil an erneuerbaren Energien zu haben, und muss das nachholen. Das ist der entscheidende Punkt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Christian Lindner, es hat nur noch die Wiedereinführung der Studiengebühren gefehlt. Ich bitte darum, dass du diesen Punkt demnächst auch bringst, damit wir auch da mit klaren Patenten rausgehen.

(Michael Hübner [SPD]: Landesjagdgesetz!)

– Und das Landesjagdgesetz.

(Zuruf von Christian Lindner [FDP] – Zuruf von Christof Rasche [FDP])

Ich würde gern noch zwei Punkte anbringen. Vom Kollegen Wüst ist die Frage der Infrastruktur angesprochen worden. Lesen Sie sich einmal das Interview von Prof. Döhrn im „Stadt-Anzeiger“ vom 1. April 2016 durch. Auf die Frage, was NRW machen müsse, sagt er, NRW müsse beim Bund mehr für die Verkehrsinfrastruktur – Zitat – herauschlagen.

Wer sich ein Stück weit diese Genese ansieht, der weiß, dass die langanhaltende Benachteiligung von Nordrhein-Westfalen ...

(Armin Laschet [CDU]: Hör doch auf! – Zuruf von Ralf Witzel [FDP] – Weiterer Zuruf von Armin Laschet [CDU])

Über 20 Jahre erhielt NRW nur 15 % und nicht den Anteil gemäß Königsteiner Schlüssel. Jetzt hat Mike Groschek 19 % durchgesetzt. Das ist genau einer

der Infrastrukturpunkte, die angesprochen worden sind.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Zuruf von Christof Rasche [FDP])

Kollege Wüst sagte eben, die CDU wisse, was Digitalisierung sei; sie habe zehn Anträge zum Breitbandausbau gestellt. Das hilft an dieser Stelle nicht; denn mit den zehn Anträgen zum Breitbandausbau korrespondiert ja, dass ihr 2009, im letzten Regierungsjahr, genau 1 Million € für Breitbandausbau zur Verfügung gestellt habt –

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Ui!)

mit einer Höchstgeschwindigkeit von 2 MBit/s, vom Bund vorgegeben. Das war euer Breitbandausbau.

Diese Regierung ist dazu übergegangen, aus der einen Million 11 Millionen € bei Remmel plus digitale Dividende zu machen. Jetzt wird jede Million, die der Bund in seinem Programm zur Verfügung stellt, kofinanziert. Für die Kommunen, die in Haushaltschwierigkeiten sind, übernimmt das Land NRW auch den 10%-Anteil. Deshalb läuft das jetzt im Land tatsächlich herausragend. Wir machen in Sachen Infrastruktur genau das. Davon ist bei der CDU aber nichts zu hören.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Der entscheidende Punkt ist die Digitalisierung. Das gilt gerade, wenn ich sie mir im Energiebereich ansehe. Wenn ich weiß, dass die Ziele der Bundesregierung jetzt 30 % und dann 40, 50 und 60 % erneuerbare Energien sind, kann ich mich doch nicht hier hinstellen und über die Energiewende jammern. Dann weiß ich, dass dieser Pfad so weitergeht. Das ist Ziel aller Regierungen.

Zu dieser Veränderung kommt dann die Digitalisierung dazu, die nicht mehr aussieht wie 1.000-MW-Kraftwerksblöcke, die auf der Wiese stehen und 60 % der Energie verschwenden. Moderne große Kraftwerke, die wir eine Zeit lang noch brauchen – da stimme ich ja mit Ihnen überein –, sehen so aus wie das direkt nebenan gelegene Kraftwerk der Stadtwerke Düsseldorf auf der Lausward – ein modernes Gaskraftwerk mit einem großen Wärmespeicher, mit Kraft-Wärme-Auskopplung und mit einem Wirkungsgrad von über 80 %. Das ist das, was wir als Ergänzung zu den erneuerbaren Energien brauchen – und die komplette Digitalisierung dazu.

Der Markt wird ganz anders aussehen. Das größte Taxi-Unternehmen der Welt besitzt nicht ein einziges Taxi. Das größte Wohnungsvermittlungsunternehmen der Welt besitzt nicht eine einzige Wohnung. Es wird in absehbarer Zeit nicht mehr entscheidend sein, wer die Kraftwerke besitzt, sondern es wird entscheidend sein, die Steuerung von Lastnachfrage, das Lastmanagement und die Steuerung zum Bei-

spiel der 1,4 Millionen PV-Anlagen, die wir jetzt haben, zu bündeln – natürlich bei Wahrung der Versorgungssicherheit. Das kann nicht anders sein. Das wird die Herausforderung sein. Dafür sind Firmen genug gerüstet. Diese müssen wir in Nordrhein-Westfalen unterstützen, damit sie weiterkommen.

Auf eines will ich noch einmal eingehen. Dr. Paul hatte das ja gerade versprochen. Eigentlich haben wir im Bereich Elektromobilität mit dem, was die Post jetzt in Aachen, in Bonn und wohl auch in Bochum machen wird, eine hervorragende Ausgangsposition im Bereich der Lieferverkehre. Es gibt nur ein Lieferfahrzeug, das auf gleichem technischen Niveau auf dem Weltmarkt angeboten wird. Es kommt von Nissan. Das andere ist tatsächlich das, was die Post als Ausgründung von der Aachener Hochschule macht. Kein anderer Autokonzern in Deutschland bietet ein Lieferfahrzeug für Post, für Pakete, für Ähnliches. Die wollen die Kapazitäten zur Jahresmitte verdoppeln. Sie könnten sie sogar noch einmal verdoppeln. Die müssen wir unterstützen.

Denn wenn Länder wie Norwegen sagen, ab 2025 würden Neuwagen für Pkw und Transport nur noch mit elektrischem Antrieb zugelassen, dann können wir genau diese Märkte bedienen, und zwar mit dem besten Produkt, das es in der Bundesrepublik gibt, das in der Praxis jetzt schon 500 Fahrzeuge umfasst und 1 Million km Praxiserfahrung hat. Das sollten wir unterstützen.

Das sollten wir auch in den Kommunen unterstützen. Ich bin neulich noch einmal dagewesen, weil ich Sorge hatte, dass die Post das nur für sich macht und es nicht für Handwerker und andere freigibt. Das Gegenteil ist der Fall. Die Post ist sehr wohl bereit, auch diese Fahrzeuge weiterzuverkaufen. Das müssen wir machen.

Natürlich würde ich mir wünschen, dass Tesla nicht nach Fessenheim geht, also an einen Reaktorstandort. Tesla gehört für mich ins Ruhrgebiet, auf einen Industriestandort in diesem Land.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Da sollten wir ein Angebot machen und die ganze Elektromobilität anschieben, anstatt immer dieses Untergangsszenario aufzubauen, das Sie schildern. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN, der SPD und den PIRATEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Priggen. – Für die Piraten spricht Herr Dr. Paul.

Dr. Joachim Paul (PIRATEN): Vielen Dank. – Verehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Jetzt ist wieder der Marxist dran. Buh!

(Heiterkeit und Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wer wissen will – einmal ganz kurz in eigener Sache –, wo ich ideologisch stehe, der muss bei Vilém Flusser oder Gotthard Günther nachlesen. Dann wird er feststellen: Da werden Marx wie auch liberale Gestalten ganz sauber abgehandelt. Die Realität und die Zukunft liegen jenseits von dem, was Marx erarbeitet hat und was die Liberalen aufgearbeitet haben. Schreibt euch das einmal hinter die Ohren!

Offensichtlich habt ihr nicht mitgekriegt – obwohl Herr Laschet ja vorhin sehr eindrucksvoll die US-Raumfahrt geschildert hat –, was in den USA auch wissenschaftspolitisch und ideologisch seit den 50er-Jahren im Hintergrund passiert ist.

(Zurufe von der FDP)

Das solltet ihr euch einmal hinter die Ohren schreiben.

Mein alter Freund Michael Geoghegan ist Knowledge-Hunter – so etwas gibt es in Amiland –, und zwar bei DuPont Chemical. Er hat neulich am Telefon herzlich gelacht, als ich ihm von Frau Freimuth erzählt habe, die der Meinung ist, dass die Großunternehmen zu den Feindbildern von Herrn Paul gehören. – So viel dazu.

Ich hatte vorhin angekündigt, ich wolle ein bisschen konstruktiv werden, und möchte auf ...

(Christof Rasche [FDP]: Alle fünf Jahre einmal!)

– Ach, Herr Rasche. Herr Rasche, im Gegensatz zu Ihnen war ich schon im Stahlwerk. Um Muckis zu bekommen, muss ich nicht in die Bude.

Im letzten Sommer waren wir mit dem Hochschulausschuss zu einer auswärtigen Sitzung in Jülich. Frau Ministerin Schulze war auch da. Wir hatten die Gelegenheit, ein längeres Gespräch mit dem aktuellen Chef von Jülich, Herrn Prof. Marquardt, zu führen – ein überaus kluger Kopf. Gespräche mit ihm sind absolut bereichernd. Vor dem Hintergrund der Schließung des letzten Batteriezellenwerks in Deutschland von Daimler entwickelte sich dort eine Diskussion, bei der Herr Marquardt geschildert hat, wie er sich in Zukunft Forschungs- und Wirtschaftsförderung vorstellt. Jülich ist nämlich im Bereich der Energiespeichertechnik und im Bereich der Computerspeichertechnik – Stichwort „Memristor“ – weltweit ziemlich vorne dabei. Er sagt: Man muss, um Abwanderungen von solchen Hightechunternehmen zu verhindern – und das ist die Chance für unser Land –, Forschungsförderung von der Grundlagenforschung bis zur fertigen Produktionsstraße denken. Sonst geht das nicht.

Ich gebe Ihnen ein anderes Beispiel aus dem Bereich Software. Wer glaubt, dass Siri – diese KI, die die blöden Fragen beantwortet – eine Entwicklung von

Apple ist, der irrt sich. Das ist mit US-amerikanischer staatlicher Förderung entwickelt worden, und Apple hat es dann umgesetzt.

Das sage ich nur einmal als Beispiel dafür, wie man das macht, damit nicht dasselbe passiert, was die liberale Freundin Maggie Thatcher in ihrer Regierungszeit gemacht hat, die den einzigen europäischen Prozessorhersteller, Inmos in Aberdeenshire, zu Grunde gerichtet hat, weil sie ihm die weitere Förderung versagt hat. Er war damals beim Umsatz durch Prozessorverkauf weltweit an dritter Stelle und konnte nicht weitermachen. Wer sich jetzt einmal im Internet die Seite von Inmos anguckt, sieht: Die Leute haben für ihr Unternehmen gebrannt.

(Christian Lindner [FDP]: Frau Thatcher ist keine Liberale, sondern Konservative!)

– Ja. Die Art und Weise, wie sie Politik gemacht hat, ist letztlich kein großer Unterschied zu Ihren Vorschlägen, Herr Lindner.

(Christian Lindner [FDP]: Nein, überhaupt nicht! – Weitere Zurufe)

– Danke. Das machen wir dann gelegentlich mal beim Bier.

(Christian Lindner [FDP]: Oberlehrer!)

– Ja, ab und zu. – Ich möchte an der Stelle noch einmal auf Folgendes hinweisen: Woher soll die Kohle denn kommen, wenn man bis zur fertigen Produktionsstraße fördert? Ich sage jetzt noch einmal: Buh! Vermögensteuer! Die Kohle für Investitionen fehlt ja hier im Land.

(Ralf Witzel [FDP]: Nur kassieren können Sie!)

Die Kohle fehlt hier.

(Zurufe von der FDP)

Wer sich einmal – das ist ja die übliche, klassische neoliberale Lüge und auch die FDP-Lüge, eigentlich die Monsterlüge –

(Armin Laschet [CDU]: Monsterlüge?)

die Vermögensverteilung in Deutschland anguckt, muss ja konstatieren, dass das obere Dezil – also die 10 % Vermögendsten – über 60 % des Gesamtvermögens verfügt.

(Zuruf von Christof Rasche [FDP])

Dann kommt immer das Argument: Wenn man das besteuert, geht das aber an die Betriebsvermögen. – Herr Lindner, wissen Sie, wie viel von diesen 60 % Betriebsvermögen sind? 1 %! Ein einziges armseliges Prozent! Aber Sie kommen dann immer mit dem Argument: Der Oma wird ihr Häuschen weggenommen – oder sonst irgendwas.

(Zuruf von Christian Lindner [FDP])

Wir haben auch hier ein Internetministerium, ein digitales Ministerium, vorgeschlagen, um diese Dinge zu koordinieren, gerade was den Bereich der Innovationen angeht. Dem ist seitens der Landesregierung leider nicht Folge geleistet worden. Da würde ich mir noch ein bisschen mehr Anpacken wünschen. Aber ich weiß, dass wir dafür letztlich Investitionen brauchen. Dann ist die Frage zu stellen, woher die Kohle kommen soll, Herr Duin. Da müssen wir irgendwann auch einmal reinen Wein einschenken. So geht es nicht weiter. Sonst ist die Kohle bald komplett in Panama oder auf den Jungferninseln oder sonst wo. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Dr. Paul. – Der Minister hat sich noch einmal gemeldet. Bitte schön.

Garrelt Duin, Minister für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk: Vielen Dank. – Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will gern die Gelegenheit nutzen, um kurz auf ein paar Dinge aus der bisherigen Debatte noch einmal konkret einzugehen. Ich habe die Rede gestern natürlich auch gehört, sehr geehrter Herr Wüst. Ich hatte Sie auch in den Jahren vorher schon gehört. Es war nicht sonderlich überraschend, was Herr Maier-Hunke gesagt hat. Wir sind auch mit unternehmer nrw genau über diese Fragen in einem sehr guten und immer wiederkehrenden Austausch.

Wenn es um das Wort „Willkommenskultur“ geht, dann dürfen Sie zum ersten einen ganz anderen Faktor überhaupt nicht ausblenden. Es ist nicht nur so, dass das schon zitierte Tochtermagazin der „Financial Times“ zum Vergleich von rund 450 europäischen Regionen sagt, die Region Nordrhein-Westfalen ist die Zukunftsregion Nummer eins. Sie ist nicht Platz sieben, nicht Platz 16 und nicht Platz 200-irgendwas, sondern Platz eins. Aber das ist zugegebenermaßen eher eine Prognose.

Wir haben doch auch schon die realen Zahlen der Direktinvestitionen aus dem Ausland, ob aus China oder von wo auf der Welt auch immer. Dort von den 16 Bundesländern innerhalb der Bundesrepublik Deutschland auf Platz eins zu sein, ist doch kein Zufall. Das hat etwas damit zu tun, dass wir eine Außenwirtschaftspolitik von großer Kontinuität und Intensität betreiben, um diese Kontakte zu pflegen und Werbung für den Standort Nordrhein-Westfalen zu machen – mit größtem Erfolg.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Das ist Willkommenskultur.

(Dietmar Brockes [FDP]: Wer wollte denn die Gesellschaft abschaffen? – Gegenrufe von der SPD)

– Niemand, Herr Brockes. Das wissen Sie doch besser, als Sie jetzt tun.

Zweitens. In der Debatte ist gesagt worden: Jetzt wollt ihr die Verantwortung auf die BRIC-Staaten schieben. – Für diejenigen, die nicht täglich mit diesen Dingen zu tun haben: BRIC ist eine Abkürzung und steht für Brasilien, Russland, Indien und China. Manche schreiben es noch mit S und nehmen Südafrika hinzu.

Bleiben wir den ersten vieren. Wenn die Analyse richtig ist, von der ich vorhin gesprochen habe und von der viele reden, haben wir einen deutlich überproportionalen Anteil in der Grundstoffindustrie, aber auch bei den Maschinenbauern. Diese haben auch einen überproportionalen Anteil am Export. Reden Sie doch einmal mit denen und fragen, wie es aussieht. Jeder Zeitungsleser kann wissen, dass in Brasilien gerade nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich alles drunter und drüber geht und es deswegen eben kein Markt mehr ist, in dem es sich aktuell lohnen würde, neu zu investieren, und in dem auch die schon existierenden Investments unter großem Druck stehen.

Zum Thema Russland ist ebenfalls so ziemlich allen bekannt, was dort passiert ist.

China hat das niedrigste Wachstum der letzten Jahrzehnte und geht mit seinen Produkten auf andere Märkte – wir haben gestern eigentlich sehr einvernehmlich über das Thema Stahl gesprochen –, setzt also sogar unsere Märkte noch unter Druck. Insofern ist es natürlich richtig, dieses Thema als eine der Ursachen zu benennen.

Ich will ganz deutlich sagen: Was ich schwer erträglich finde, ist eine gewisse Doppelzüngigkeit.

(Zurufe von der SPD: So ist es!)

Bei mir im Ministerium sitzt ein Unternehmer und sagt: Hören Sie mal, Herr Duin, wir haben ein echtes Problem mit meinem Unternehmen. Wir haben einen schweren Einbruch. Das liegt daran, dass der russische Markt nicht mehr zur Verfügung steht. Mit meinem Produkt hatte ich genau auf das Pferd gesetzt. Jetzt habe ich da richtig Malaise. – Drei Tage später sagt der gleiche Unternehmer in einem Interview: Schuld sind die Landesregierung, das Landeswassergesetz und die Bundesratsinitiative zum Unternehmensstrafrecht, all dieser Käse.

(Zuruf von der SPD: Landesjagdgesetz!)

Das ist eine Doppelzüngigkeit, die aus meiner Sicht schwer erträglich ist und die es trotzdem nicht schaffen wird, dass wir in unserem Einsatz für die tatsächlichen Probleme dieser Unternehmen in irgendeiner Weise nachlassen werden, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Das wird auch diese Doppelzüngigkeit nicht schaffen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Der dritte Punkt ist das von Herrn Wüst angesprochene Thema, ob wir nicht genügend Anschubfinanzierung beispielsweise im Bereich der digitalen Wirtschaft leisten.

Wir haben in unserer digitalen Strategie sehr deutlich gemacht, dass es um die drei K geht: Es geht um Köpfe, es geht um Kapital und es geht um Kooperation.

Wir haben in der vergangenen Woche eine Allianz „Wirtschaft und Arbeit 4.0“ geschmiedet. Dort waren Gewerkschafter vom DGB, der IG Metall und anderen sowie Arbeitgeberverbände – unternehmer nrw – vertreten. Herr Dr. Höfer als Vertreter der Industrie- und Handelskammern war vertreten. Wir haben danach eine gemeinsame Pressekonferenz gegeben. Herr Dr. Höfer hat gesagt, das seien alles Initiativen des Landes, die aufeinander aufbauten, und das fände er sehr gut. Die Gewerkschaften haben mitgemacht.

Es geht genau darum, in diesem wichtigen Feld für die wirtschaftliche Entwicklung Nordrhein-Westfalens für Vernetzung zu sorgen. Alle reden über dieses Thema, aber es reden zu wenige miteinander über die schon gemachten Erkenntnisse. Deswegen sind solche Dinge wichtig, wie wir sie mit unserer Anschubfinanzierung auf den Weg gebracht haben, etwa SmartFactoryOWL. Dabei geht es um Forschung, um Transfer und um Qualifikation. Das sind genau die drei entscheidenden Punkte.

Das brauchen wir nicht nur einmal irgendwo zentral. Angesichts der – wie man so schön sagt – polyzentrischen Struktur in Nordrhein-Westfalen und aufgrund der Stärke der Regionen brauchen wir das genau so, wie es ist. Wir werden Düsseldorf zu einem Marktplatz für Gründer und Investoren, beispielsweise Business Angels, ausbauen, die sich dort treffen können. Dort kann das Matching stattfinden, das Pitching stattfinden, um diesen Bereich weiter auszubauen.

Wir haben damit erste Erfolge. Das ist eine echte Trendwende. Wir werden morgen auf der Zeche Zollverein sein und die Schacht One GmbH taufen – ich weiß nicht, ob jemand von Ihnen mit dabei sein wird –; dann ist das ein Ableger von Haniel. Haniel hat keine große öffentliche Wirksamkeit, weil sie keine Endprodukte haben, auf denen „Haniel“ steht. Aber es ist eines der größten, wichtigsten und traditionsreichsten Familienunternehmen, was wir in Nordrhein-Westfalen haben.

Die haben nach langer Überlegung gesagt: Mit unserem Ableger für das Thema Digitales, mit unserer Digitaleinheit – sie haben natürlich auch erkannt, dass das Wissen, dass die Bits und Bytes der Rohstoff der

Zukunft sind – gehen wir nicht nach Berlin, sondern wir bleiben in Nordrhein-Westfalen, wir gehen nach Essen.

Das sind die Zeichen, die wir für diese Trendwende brauchen. Ich bin ihnen sehr dankbar, dass sie diese Entscheidung nach langen Gesprächen so getroffen haben, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Lassen Sie mich abschließend nur noch ein Zitat bringen, Herr Präsident. Es passt so gut hinein. Herr Prof. Burton Lee von der Stanford Uni hat in der „WAZ“ ein sehr großes Interview gegeben. Er gehört zu den Experten, die man ernst nehmen sollte. Er sagte – ich zitiere –:

„Ich bin beeindruckt über die Forschung zur IT-Sicherheit an der Ruhr-Uni Bochum. Das ist ein Juwel für die ganze Region. Ich bin sehr optimistisch, dass das Ruhrgebiet große Potenziale hat. Der Strukturwandel ist nicht über Nacht möglich. Wenn Landesregierung, Städte, Hochschulen, Konzerne und der Mittelstand zusammenarbeiten und ihren Fokus auf einen Kulturwandel legen, wird der Strukturwandel gelingen.“

Meine Damen und Herren, dieses Zitat des Professors ist absolut in unserem Sinne. Genau daran arbeiten wir: an der Kooperation aller Beteiligten zum Wohle des Wirtschaftsstandorts, zum Wohle der Wirtschaft, aber am Ende zum Wohle der in Nordrhein-Westfalen lebenden Menschen. Denn darum geht es im Kern. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Minister. – Zur Geschäftsordnung: Wir haben im Rahmen der Aktuellen Stunde die dritte Runde eröffnet, in der die Fraktionen von SPD und CDU noch Redezeit haben. Da der Herr Minister gerade seine Redezeit um 1:04 Minuten überzogen hat, haben darüber hinaus auch die anderen Fraktionen noch eine Redezeit von einer Minute.

Für die CDU-Fraktion hat sich Herr Kollege Wüst gemeldet.

Hendrik Wüst (CDU): Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich würde gerne Ihr Argument etwas näher beleuchten, dass wir alle entweder vom Mond zu hoch gucken oder irgendwie nicht ausreichend hoch genug. Das kommt ja mal so oder mal so. Im Ausland wisse man jedenfalls viel besser Bescheid über dieses Land als jedenfalls Teile dieses Hauses, so Ihr Vorwurf an uns. Das sähe man daran, dass Nordrhein-Westfalen die höchsten ausländischen Direktinvestitionen aller Bundesländer habe.

Das wiederum ist nicht ganz überraschend, weil Nordrhein-Westfalen das größte deutsche Bundesland ist. In absoluten Zahlen haben wir von vielem das meiste und das Höchste. Aber die Aussage, wir hätten die meisten ausländischen Direktinvestitionen, wird Sie nicht daran vorbeibringen, sich auch mit kritischen Punkten dieser Betrachtung auseinanderzusetzen.

Wenn man eine relative Betrachtung macht – pro Kopf oder pro Erwerbstätiger –, landet Nordrhein-Westfalen wieder auf Platz drei. Ich bin ja schon froh, dass es Platz drei ist und nicht wieder Platz 16. Wenn aber jetzt die FDI, die ausländischen Direktinvestitionen, in dieser Debatte Ihr Schwert sind, das alle anderen Argumente wegschlagen soll, dann ist es, glaube ich, ziemlich stumpf.

Ernst & Young hat im Übrigen 2015 schon darauf hingewiesen, dass Nordrhein-Westfalen ein Imageproblem im Ausland hat. Man kennt Nordrhein-Westfalen nicht ausreichend gut. Wenn potenzielle Investoren, Investoren, die noch nicht in Deutschland investiert sind, gefragt werden, was sie in Deutschland kennen, beschreiben sie Bayern – das kennt man – als besonders attraktiv. Jeder dritte sagt „Bayern“ und jeder zwanzigste sagt „Nordrhein-Westfalen“. Sie sollten also das Thema „ausländische Direktinvestitionen“ komplett aus Ihrem Repertoire streichen. Ich hoffe, Ihnen fällt noch etwas Besseres ein; denn das ist ziemlich schwach.

(Beifall von der CDU – Zuruf)

– Ich setze mich ja gerade mit Ihrem Argument auseinander.

Um die Dimension mal zu beschreiben – dazu liegt uns die letzte Zahl aus dem Jahr 2014 vor –, beträgt die Beschäftigungswirkung ausländischer Direktinvestitionen 2,5 % der Gesamtbeschäftigung. – Nur, um all das sauber einzuordnen und vom Kopf auf die Füße zu stellen.

Zu weiteren Themen Ihrer Gegenargumentation: Im Wirtschaftsausschuss haben Sie dazu Ihren Abteilungsleiter vortragen lassen. Insofern ist all das nicht neu. Niemand würde bestreiten, dass die Energiepolitik hier Probleme macht. Niemand würde bestreiten, dass die Schwierigkeiten in den BRICS-Staaten gerade in einer Region, in der der Anlagen- und Maschinenbau stark ist, Probleme verursachen.

Das wollen auch wir nicht bestreiten. Wir weisen Ihnen auch nicht die alleinige Schuld dafür zu. Aber – natürlich kommt hier ein Aber –: Wenn ich all das weiß – Sie sagen so großzügig: Ja, all das ist nicht überraschend, sondern sehr erwartbar –, muss ich an den Stellen, an denen ich selber agieren kann, umso kraftvoller zupacken.

Auch diesen Wunsch hat Ihnen Herr Maier-Hunke hinterlassen: in den letzten 13 Monaten Ihres Wirkens hier noch einmal die Ärmel hochzukrempeln.

Was ist dann da passiert? Als Sie, Herr Minister, vor rund vier Jahren als Wirtschaftsminister angetreten sind, haben Sie gesagt: Wir wollen als Nordrhein-Westfalen ein eigenes Papier als Beitrag zu einer gelingenden Energiewende machen. Dann haben Sie sich wahrscheinlich auf den Weg gemacht und fleißig gearbeitet. Davon gehe ich jedenfalls fest aus. Gekommen ist nichts, und jeder, der die Lage hier kennt, weiß warum nicht: In dieser Regierung sind Sie sich in dieser Frage nicht einig.

An dieser Stelle hätten Sie selber in Berlin Einfluss nehmen können und haben es nicht getan. Dann haben Sie eine Bundesumweltministerin geschickt, die jeden Tag etwas völlig anderes sagt als Sie. Die Sozialdemokratie ist doch sonst immer relativ geschlossen – im Gegensatz zu anderen Parteien, die ein bisschen freier unterwegs sind.

Aber was ist Ihr Beitrag an der Stelle, wo Sie einen Beitrag leisten können? Wo nimmt die Sozialdemokratie in Nordrhein-Westfalen Einfluss? Ich habe in Büchern gelesen – ich war ja nie dabei –, dass man auf Bundesparteitagen der SPD vor der Sozialdemokratie in Nordrhein-Westfalen schon mal Angst hatte. Offensichtlich ist das heute nicht mehr so. An der Stelle war Ihr Beitrag auch null.

Jetzt will ich zu dem kommen, was Sie immer als lästigen Kleinkram abtun.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Sie haben danach gerufen, wir mögen bitte etwa über das Nichtraucherschutzgesetz reden. Das tue ich jetzt nicht. Aber stellen Sie sich bei all den Dingen, die landespolitisch in Ihre Schublade „Kleinkram“ passen, die Kontrollfrage: Hat es geholfen, hat es einen Wachstumsschub ausgelöst, hat es psychologisch einen Aufbruch ausgelöst, dass man über den europäischen Klimaschutz, über die deutsche Klimapolitik noch ein eigenes Klimaschutzgesetz gepackt hat?

Hat es einen Innovationsschub ausgelöst, dass man noch zu der Bürokratie bei der Vergabe öffentlicher Aufträge noch eine eigene Landesbürokratie mit zwei Handreichungen über 40 Seiten draufgelegt hat? Hat es geholfen, dass sich Handwerk und Mittelstand hier entwickeln können?

Hat es geholfen, am Anfang der LEP-Debatte eine Null-Flächen-Politik durch Herrn Rammel und seine Gutachter zu verkünden? Hat es geholfen, sechs Jahre für den LEP zu brauchen? Sie werfen uns vor, wir hätten in fünf Jahren keinen neuen LEP hingelegt. Sie sind sechs Jahre dran. Wo ist er denn? Und die Debatte hat nicht geholfen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Hat es geholfen, dass man die Zusammenarbeit von Wirtschaft und Wissenschaft diskreditiert hat?

Nein, all das hat nicht geholfen – die Antwort liegt auf der Hand. Das wäre Ihre Obliegenheit gewesen, und dann wären vielleicht die Einschläge wegen BRICS, Russland und anderer Geschichten nicht ganz so schlimm gewesen, wie wir sie heute zu beklagen haben.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Wüst. – Für die SPD-Fraktion spricht noch einmal der Kollege Hübner.

Michael Hübner (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will gar nicht auf das Gesagte eingehen. Das wäre, glaube ich, vergossene Milch, wenn Sie es bis jetzt nicht nachvollzogen haben, welcher Zusammenhang zwischen dem Tariftreue- und Vergabegesetz und dem wirtschaftlichen Wachstum und welcher Zusammenhang zwischen dem Landesjagdgesetz und dem wirtschaftlichen Wachstum in Nordrhein-Westfalen besteht.

(Ralph Bombis [FDP]: Gar keiner!)

Was das Tariftreue- und Vergabegesetz anbetrifft, gibt es allerdings einen großen Zusammenhang zu guter Arbeit, für die wir als Sozialdemokratie und als rot-grüne Koalition stehen.

(Beifall von der SPD)

Ich will Ihnen einfach einmal aus einer uns vielleicht nicht ganz nahe stehenden Tageszeitung, aus der „Rheinischen Post“, etwas vorlesen. Dabei handelt es sich um ein Interview mit Joe Kaeser:

„Nordrhein-Westfalen bringt aus Sicht von Siemens-Chef Joe Kaeser sehr gute Voraussetzungen für den digitalen Wandel mit, weil NRW große Erfahrung mit dem Strukturwandel weg von der Kohle habe. Selbst China könne von NRW lernen, immerhin stehe dem Land gerade ein ähnlicher Umbau bevor, sagte Kaeser beim Digitalgipfel der Rheinischen Post, an dem auch Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) teilnahm.“

Das ist eine völlig richtige Einschätzung unserer Region, die zu Recht – und das nicht zum ersten Mal – als eine der attraktivsten Regionen gewählt worden ist. Ich finde, das unterstreicht noch einmal den richtigen Weg, den wir eingeschlagen haben.

(Zuruf von der FDP)

Wir haben bestimmte Dinge auf den Weg gebracht. Mit der Erwähnung dieser Punkte will ich schließen, weil ich denke, dass eine solche Debatte auch positiv belegt sein sollte. Dank Mike Groschek haben wir organisiert, dass wir über den Bundesverkehrswegeplan in den nächsten Jahren zusätzliche Investitionen in die Infrastruktur auf den Weg bringen können.

(Lutz Lienenkämper [CDU]: Ist ja lächerlich!))

Weiter haben wir die Bildungsinvestitionen erhöht. Herr Kollege, vielleicht erinnern Sie sich noch an die Studiengebühren. Auch die haben wir abgeschafft. Und mit Svenja Schulze haben wir richtig in Bildung investiert.

(Lachen von der CDU und der FDP)

Wir haben über eine halbe Milliarde € für Investitionen in den digitalen Umbau zur Verfügung gestellt.

(Zurufe von der CDU und der FDP)

Eines tut Ihnen immer noch weh: Ihre Landesregierung ist von 2005 bis 2010 durch die Kommunen gegangen und hat diesen über 3,5 Milliarden € weggenommen. Kollege Sundermann hat doch völlig recht: Wir stellen heute den Städten und Gemeinden allein in einem Jahr 3 Milliarden € mehr zur Verfügung. Es hat auch etwas mit attraktiver Strukturpolitik in diesem Land zu tun, wenn wir den Kommunen helfen, den Strukturwandel zu gestalten. Das ist absolut nötig. Das gestalten wir. Das machen wir. Wir halten unser Wort!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Hübner. – Für die Fraktion der Grünen hat sich noch der Kollege Priggen, dem noch eine Minute zur Verfügung steht, gemeldet.

Reiner Priggen (GRÜNE): Herzlichen Dank. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Herr Kollege Wüst, Herr Laschet hat davon gesprochen, dass eine schonungslose Analyse nötig sei. Da stimme ich ihm zu; aber die vermisste ich bei ihm. Ich weiß doch nach 16 Jahren, die ich hier bin, und auch aus den fünf bis sechs Jahren vorher aus Diskussionen und Auseinandersetzungen mit dem Koalitionspartner, dass es bei den Sozialdemokraten, wenn es um Braunkohle und Steinkohle geht, immer auch mehrere Richtungen gibt und dass das ein Ringen ist. Es war immer einfacher, darüber mit den Ostwestfalen und den Aachenern zu diskutieren, als mit den Kollegen aus dem Ruhrgebiet.

Herr Wüst hat eben hier vorne gesagt, Braunkohle sei ein wesentlicher Faktor für den Wirtschaftsstandort NRW. Ich vermisste bei Ihnen, dass Sie – ohne dass Sie diese internen Spannungen haben und diese aushalten müssen – nicht in der Lage und nicht bereit sind, diese Strukturanalyse wirklich sauber durchzuführen, sie dann zu relativieren und mit den Klimaschutzzielen – die Sie in der Bundesregierung jetzt schon mehrere Legislaturperioden hintereinander vertreten – in Übereinstimmung zu bringen. Das machen Sie nicht, davor drücken Sie sich.

Wer sich heute noch auf den Standpunkt stellt, die Leitentscheidung sei – bei der minimalen Menge, die zurückgenommen wird – ein Fehler, der hat wirklich nicht kapiert, was in diesem Bereich notwendig ist. Sie werden aber nicht drum herumkommen: Sie können so weitermachen, werden aber, wenn Sie in die Regierung hineinwollen, eine solche Analyse erstellen müssen, weil Sie sonst immer wieder zu falschen Schlüssen kommen. – Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Priggen. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Damit **schließe** ich die **Aktuelle Stunde**.

Ich rufe auf:

2 Landesregierung muss Masterplan zur Beschleunigung der Planungsverfahren im Bundesfernstraßenbau vorlegen, um alle Projekte des Bundesverkehrswegeplans umzusetzen

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion FDP
Drucksache 16/11697

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die CDU-Fraktion dem Kollegen Vossemer das Wort.

Klaus Vossemer (CDU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Journalist Wolfram Weidner hat einmal gesagt: „Autoschlängen sind meist giftig“. Und er hat recht. Autoschlängen sind wegen des vermehrten Ausstoßes von Stickoxiden Gift für unser Klima.

Sie sind aber auch Gift für unser Wirtschaftsklima, wenn Güter nicht mehr pünktlich aus Nordrhein-Westfalen herauskommen oder nach Nordrhein-Westfalen hineinkommen. Die meisten dieser doppelt giftigen Autoschlängen gibt es leider bei uns in Nordrhein-Westfalen. NRW ist Stauland Nummer eins in Deutschland. Im vergangenen Jahr gab es bei uns in Nordrhein-Westfalen 323.000 km Stau. Das entspricht fast der Strecke von der Erde bis zum Mond. Damit haben die Staus bei uns 2015 im wahrsten Sinne des Wortes eine astronomische Dimension erreicht.

Im gleichen Jahr aber wurden in Nordrhein-Westfalen rund 80 Millionen € weniger Bundesgelder verbaut als noch 2014. Der Grund ist seit langen Jahren der gleiche: Es fehlt ein Planungsvorrat. Nordrhein-Westfalen braucht aber erst einmal einen Planungsvorrat. Nur dann können die Mittel aus Berlin im Zuge des Bundesverkehrswegeplans in den kommenden Jahren auch abgerufen werden. Wir reden hier über

Mittel im zweistelligen Milliardenbereich. Es geht um ca. 13 Milliarden € allein für den Bundesfernstraßenbau.

Der Bundesverkehrswegeplan 2030 trägt den besonderen Bedürfnissen des Verkehrslandes Nordrhein-Westfalen Rechnung. Das Bundesverkehrsministerium hat die Haupttrouten anhand der drei Kriterien „Lückenschlüsse“ – wie beispielsweise der bei der A1 in der Eifel –, „Engpässe“ und „Erhalt vor Neubau“ ermittelt. Dadurch steigt der Anteil nordrhein-westfälischer Straßenprojekte an allen Bundesverkehrswegeplanprojekten von 16 auf 19,2 %. Das ist ein Anstieg um 20 %.

Der Bundesverkehrswegeplan 2030 belässt zudem alle nordrhein-westfälischen Autobahnprojekte im vordringlichen Bedarf. Das wichtigste NRW-Projekt im Schienenpersonennahverkehr, der Rhein-Ruhr-Express, wird mit 1,6 Milliarden € im vordringlichen Bedarf geführt.

Der von Bundesverkehrsminister Dobrindt vorgelegte Entwurf hat den maroden Zustand der Verkehrsinfrastruktur in Nordrhein-Westfalen in besonderer Weise berücksichtigt. Der erhebliche Anstieg des NRW-Anteils an allen Straßen- und Schienenprojekten bildet zusammengefasst ein Paket, das dem vielfach geforderten Aufbau West gleichkommt.

Herr Minister Groschek, Sie haben letzte Woche behauptet, aus dem Entwurf des Bundesverkehrswegeplans könne man endlich ablesen, welche strategische Bedeutung NRW als Logistikkreuzung habe. Damit verschweigen Sie aber wissentlich, dass der Bund dies schon lange erkannt hat, Sie mit den Planungen aber immer hinterherhinken.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Mit dem Entwurf des Bundesverkehrswegeplans 2030 hat der Bund darüber hinaus grünes Licht für viele wichtige Infrastrukturprojekte in Nordrhein-Westfalen gegeben.

Nun ist das Land am Zuge, für eine zügige Planung und Umsetzung der einzelnen Projekte zu sorgen. Anstatt jedoch in der Verkehrspolitik an einem Strang zu ziehen, tun sich krasse Gegensätze zwischen den Koalitionsfraktionen auf.

(Zuruf von der CDU: Jawohl!)

Verkehrsminister Groschek lobte im vergangenen Monat den Bundesverkehrswegeplan als das größte Antistauprogramm, das es jemals in Nordrhein-Westfalen gegeben habe. Herr Minister Groschek, Sie forderten noch am 18. März 2016 eine Willkommenskultur für röhrende Bagger in Nordrhein-Westfalen. Die Grünen aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, lehnen diesen Plan klar ab. Herr Klocke, Sie stellten Anfang April klar, dass man die positive Ein-

schätzung des Landesverkehrsministers zum Bundesverkehrswegeplan ausdrücklich nicht teile. Statt Einigkeit herrscht Zerstrittenheit in einer Zeit, in der Nordrhein-Westfalen geschlossen auftreten sollte.

Laut „FOCUS Online“ vom 18.04.2016 soll es Ende 2016 eine gemeinsame Stellungnahme der nordrhein-westfälischen Landesregierung geben. Dann wird es aber zu spät sein. Nordrhein-Westfalen muss sich jetzt mit einer Stimme beim Bund dafür einsetzen, um in der Endfassung des Bundesverkehrswegeplans die guten Ergebnisse zu sichern und weiter auszubauen. Im Dezember 2016 ist alles gelaufen, dann ist der Ofen bereits aus.

Meine Damen und Herren, die Unternehmen in unserem Land sind auf eine leistungsfähige Infrastruktur angewiesen, um im internationalen Wettbewerb bestehen zu können. Eine funktionierende Infrastruktur würde dazu beitragen, das Nullwachstum in Nordrhein-Westfalen mittelfristig zu beenden.

Es geht um die Zukunftsfähigkeit des Industriestandorts Nordrhein-Westfalen. Die Ministerpräsidentin muss ihre Richtlinienkompetenz nutzen, um eine gemeinsame Linie in der Koalition und in der Landesregierung herzustellen. Wir brauchen umgehend einen Masterplan, der eine Priorisierung der Projekte und einen konkreten Zeitplan für deren Umsetzung enthält; dafür haben wir gemeinsam mit der FDP diesen Antrag vorgelegt.

Rot-Grün muss jetzt aufhören, zu streiten und endlich anfangen, zu planen.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege.

Klaus Vossemer (CDU): Die gravierenden Wirtschaftszahlen sollten auch die letzten Ideologen wachrütteln; Nordrhein-Westfalen braucht jetzt eine handlungsfähige Landesregierung.

Schließen möchte ich mit den Worten von Konfuzius: Wenn über das Grundsätzliche keine Einigkeit besteht, ist es sinnlos, miteinander Pläne zu machen.

Wenn in diesem Hause keine Einigkeit bei Rot-Grün ...

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege.

Klaus Vossemer (CDU): ... zum Bundesverkehrswegeplan besteht, ist es sinnlos, dessen Realisierung zu planen. Wir appellieren daher nochmals eindringlich ...

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege, die Redezeit.

Klaus Voussem (CDU): ... an die Koalitionsfraktionen, sich endlich zu einigen, und bitten um Zustimmung zu unserem Antrag. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von der SPD: Sonntagsrede!)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Voussem. – Für die Fraktion der FDP spricht der Herr Kollege Rasche.

Christof Rasche (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bevor ich auf den Planungsstau in Nordrhein-Westfalen eingehe, einige allgemeine Aussagen zum Bundesverkehrswegeplan. Natürlich liegt es in der Natur der Sache, dass dieser Plan von denjenigen, die ihn erstellt haben, schönge-redet wird – in diesem Fall sind das SPD und CDU. Dazu vier kurze Punkte:

Erster Punkt. Der vordringliche Bedarf ist nicht durchfinanziert. Es wird unterstellt, dass die aktuellen Rekordinvestitionen im Bundeshaushalt fortgeschrieben werden. Das war noch nie der Fall. Auch Maut-einnahmen werden unterstellt, die es jetzt noch nicht gibt. Selbst, wenn das alles funktionieren würde, bliebe ein Delta von 12 Milliarden €.

Ich erinnere mich noch gut an das Jahr 2003. Da stand hier auch ein SPD-Verkehrsminister – Axel Horstmann –, der davon sprach, dass wir einen Bundesverkehrswegeplan 2003 hätten, den es so noch nie gegeben habe, weil er nämlich völlig durchfinanziert sei. Am Ende hat sich genau das Gegenteil erwiesen. So wird es auch 2030 aussehen, wenn wir dann erleben werden, dass zahlreiche Maßnahmen des vordringlichen Bedarfs nicht umgesetzt wurden, weil eben das Geld fehlt.

Bezeichnend war die Aussage von Minister Groschek am vergangenen Dienstag, als er sagte, wir würden uns nicht auf den VB konzentrieren, sondern auf den Bereich VBE. Das scheint mir realistisch zu sein, denn mehr ist kaum möglich.

Zweiter Punkt. Der Anteil von Nordrhein-Westfalen ist doch gering. Wir haben heute Minister Duin gehört, der einen Teilbereich prozentual benannt hat. So täuscht man die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land. Nach der Bevölkerung und nach der Wirtschaftskraft stehen uns 21 % zu, die SPD und die CDU prahlen mit 19 %. Zieht man allerdings die Erhaltungsinvestitionen ab, die in dem Plan enthalten sind, landen wir bei 16 %, und das ist zu wenig.

Die einzigen sicheren Maßnahmen, die durchgesetzt und bis 2030 gebaut werden, sind die indisponiblen Maßnahmen. Der Anteil von Nordrhein-Westfalen liegt diesbezüglich bei 12 %, der von Bayern bei 20 %. Wenn man also eine Botschaft prozentual senden will, dann bitte in Gänze und nicht nur in Teilbe-reichen!

(Beifall von der FDP)

Dritter Punkt ist das Aus für zahlreiche Ortsumgehungen. Die negativen Bewertungen sind vor Ort nicht nachzuvollziehen. Gespräche mit den Gutach-tern, die diese Werte ermittelt haben, werden vom Bund abgelehnt und unterbunden. So schafft man genau das Gegenteil von der Transparenz, die über-all versprochen wird.

Der ländliche Raum, der für Wirtschaftswachstum steht, in dem aber dennoch europäische Grenzwerte für NO_x und Feinstaub überschritten werden, wird in ganz Nordrhein-Westfalen erheblich benachteiligt. Ein Beispiel dafür ist die wichtige Ost-West-Trasse Siegen-Wittgenstein, die deutlich herabgestuft wurde. Die dortigen Unternehmer und im Übrigen auch die Betriebsräte fassen das als negatives Standortsignal für die gesamte Region auf. Ein wei-teres Beispiel ist die wichtige Nord-Süd-Achse von Rheda-Wiedenbrück bis Olpe – dazu gehören dann auch Warstein und Erwitte –; dort wird das genauso aufgefasst.

Es gibt in Nordrhein-Westfalen aber auch andere Beispiele wie den Kreis Warendorf. Dort werden zahlreiche Ortsumgehungen aufgestockt, kommen plötzlich in den VB-Bedarf. Sachlich ist unerklärlich, wie man in diesem Bundesverkehrswegeplan eine solche Ungleichbehandlung von einem Wahlkreis zum anderen festschreiben kann.

Vierter und letzter Punkt sind die Schienenbaupro-jekte. Nordrhein-Westfalen geht diesbezüglich unter. Beim Eisernen Rhein sprach Minister Groschek von einem Wortbruch. Der RRX ist ohne das Kernstück, das Herzstück Duisburg–Düsseldorf undenkbar. Münster–Lünen und Köln–Aachen sind nicht – wie notwendig – aufgenommen, und die Bahnknoten sind deutlich unterfinanziert.

Man kann den Bundesverkehrswegeplan daher schönreden, aber unterm Strich ist er nicht so erfolg-reich, wie die SPD und auch die CDU das darstellen.

Kommen wir jetzt vom Bundesverkehrswegeplan zu Nordrhein-Westfalen. Nordrhein-Westfalen muss Straßenbauprojekte schneller zur Baureife bringen. Die Hinweise auf Gerichtsverfahren, auf Leipzig und die Verwaltungsgerichtsbarkeit, scheinen manchmal wie ein Ablenkungsmanöver.

Minister Groschek hat gesagt: „Wir können in fünf bis sechs Jahren planen, und dann kommt die Gerichts-barkeit, und dann dauert es noch länger.“ Tatsache ist aber doch: In den vergangenen Jahrzehnten ha-ben wir überhaupt keine Planung innerhalb von fünf Jahren beendet; in Wahrheit dauern die in Nordrhein-Westfalen Jahrzehnte. Da, meine Damen und Her-ren, müssen wir einfach schneller werden.

Zu der Wahrheit gehört auch: Unter der Regierung Kraft wurden bei Straßen.NRW 100 Bauingenieurs-

stellen abgeschafft. Vor zwei Jahren gab es dann unter Minister Groschek eine Kehrtwende. Aber zur Wahrheit gehört auch, was unter der Regierung Kraft zuvor passiert ist.

Der wahre Grund für viel Stillstand bei der Erstellung von Baureife ist der Konflikt – da hat der Kollege Vossemer recht – zwischen SPD und Grünen. Höhepunkt war die negative Priorisierungsliste aus dem Jahre 2011, die allorts Stillstand verursacht hat. Diese Priorisierungsliste muss endlich aufgelöst werden. Wie kann es denn sein, dass, wenn der Bund sagt: „Bundesstraßen sollen geplant und gebaut werden“, das Land Nordrhein-Westfalen eine Priorisierungsliste aufstellt, mit der genau das Planen unterbunden wird? Größer kann man Stillstand nicht produzieren.

Hier brauchen wir dringend eine Kehrtwende und einen Masterplan – da haben wir, glaube ich, mit diesem Antrag recht –, wie man schneller Baureife erreichen kann. Dazu – der letzte Satz – gehören klare Zielvereinbarungen zwischen allen Beteiligten und ein transparentes Kontrollsystem, mit dem kontrolliert wird, warum die Planung fortgeschritten ist und auch, warum nicht. Auf diesem Wege kommen wir, glaube ich, gemeinsam weiter, lieber Kollege Ott. –

(Jochen Ott [SPD]: Schauen wir mal!)

Herzlichen Dank.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Rasche. – Für die SPD-Fraktion spricht der Kollege Becker.

Andreas Becker (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch ich möchte zu Beginn einige kurze allgemeine Anmerkungen zum Bundesverkehrswegeplan machen, vor allen Dingen weil ich nicht sicher bin, ob Herr Rasche und ich den gleichen gelesen haben. Wenn ich mir das Ding anschau, dann muss ich mit den Worten des Ministers Groschek feststellen:

„Der Bundesverkehrswegeplan 2030 ist für Nordrhein-Westfalen ein Buch der überwiegend guten Nachrichten.“

(Beifall von der SPD – Zuruf von Christof Rasche [FDP])

Er setzt konsequent den Grundsatz „Erhalt vor Neubau“ um, den wir in Nordrhein-Westfalen ja schon länger verfolgen. Und er setzt innerhalb dieses Grundsatzes den Schwerpunkt auf die vordringliche Beseitigung von Engpässen. Beides spiegelt sich nicht nur im generellen Anteil der in unserem Bundesland zur Umsetzung vorgesehenen Maßnahmen wider – die haben Sie ja in Ihrem Antrag richtig beschrieben –, beides spiegelt sich vor allem in den

Maßnahmen des vordringlichen Bedarfs zur Engpassbeseitigung wieder, bei dem wir einen Anteil von 37,9 % haben. Insbesondere dieser hohe, fast 40%ige Anteil an der Engpassbeseitigung drückt im Übrigen auch aus, wie sehr Nordrhein-Westfalen bislang bei der Mittelverteilung für Infrastruktur benachteiligt wurde.

(Bernhard Schemmer [CDU]: Weil die Planung gefehlt hat!)

– Zur Planung komme ich gleich noch, Herr Schemmer.

Richtig ist auch: Bei der Bewertung des einen oder anderen Projektes gibt es unabhängig von der positiven Grundeinschätzung Fragezeichen und Nachfragebedarf, ob denn aus den vorliegenden Untersuchungen, Daten, Fakten auch die richtigen Schlüsse bei der Priorisierung gezogen worden sind. Diesen Prozess werden wir aktiv begleiten, beobachten, und am Ende werden wir schauen, was dabei herausgekommen ist.

Jetzt zu Ihrem Antrag: Der beginnt ja eigentlich richtig. CDU und FDP stellen zunächst richtigerweise fest, dass der Bundesverkehrswegeplan kein Finanzierungsplan ist. Ich wünsche mir wirklich, dass Sie diese Kenntnis über den Bundesverkehrswegeplan, seine Entstehung und Bedeutung einmal in Ihrer Partei kommunizieren.

(Beifall von der SPD – Jochen Ott [SPD]: Da gibt es große Defizite!)

Denn da sind wirklich ein paar Irrläufer unterwegs.

(Vereinzelte Lachen von der SPD – Zuruf von der SPD: Ja!)

In Marl bringt die CDU eine Resolution zur Ortsumgehung B225 Alt-Marl ein und behauptet – Zitat –,

„dass die Finanzierung durch den Bund aufgrund der Priorisierung auf jeden Fall gesichert ist.“

„Auf jeden Fall gesichert ist.“

(Zuruf von der SPD: Ja!)

Und an anderer Stelle heißt es weiter:

„Nach dem Inkrafttreten des Bundesverkehrswegeplans liegt die Option zum Handeln nunmehr bei der Landesregierung ...“

Das stimmt ja so nicht; das wissen doch alle, die sich mit der Entstehung des Bundesverkehrswegeplans beschäftigt haben.

(Zuruf von der SPD: Das weiß der Wittke auch!)

Wenn man der „Westdeutschen Zeitung“ von heute glauben darf, erklären gleich drei CDU-Bundestagsabgeordnete zur Einstufung der A52 – Zitat –:

„Das Hauptproblem sei jedoch, dass die (rot-grün geführte) Landesregierung mit ihrer Planungsarbeit noch nicht weitergekommen sei.“

Die haben ja nun überhaupt keine Ahnung, wie ein Bundesverkehrswegeplan zustande kommt und was für die Priorisierung ausschlaggebend ist.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Ich frage mich, ob hinter dem Ganzen nicht Methode steckt, nämlich die, durch das Lancieren von bewusst falschen Informationen den Eindruck zu erwecken, als wäre die Landesregierung für die Herabstufung von Projekten im Bundesverkehrswegeplan verantwortlich.

Nur so, vor diesem Hintergrund ist Ihr Antrag erklärbar. Sie schreiben, dass die Anlegung eines Planungsvorrats notwendig sei, was die Landesregierung in den vergangenen Jahren versäumt habe.

(Jochen Ott [SPD]: Allerdings!)

Wörtlich fordern Sie:

„Jetzt muss die nordrhein-westfälische Landesregierung eine Kehrtwende einleiten.“

Meine Damen und Herren, da muss ich mich doch fragen, wo Sie in den letzten Monaten gewesen sind. Aufgrund der heutigen Reden hätte ich beinahe gesagt: wahrscheinlich auf dem Mond.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Vereinzelt Heiterkeit)

Die Berichte der Landesregierung im Ausschuss, die Antworten der Landesregierung auf Ihre eigenen Fragen, die Reden des Ministers bei den diversen Veranstaltungen der letzten Woche scheinen Sie doch trotz unbestrittener körperlicher Anwesenheit intellektuell nicht zur Kenntnis genommen zu haben. Ich muss schon sagen: Diese Dreistigkeit nötigt einem fast schon wieder Respekt ab.

Schwarz-Gelb zündet ein Feuer an und zeigt dann die Feuerwehr als Brandstifter an. Glauben Sie wirklich, dass Sie damit durchkommen? Wer hat denn in den Jahren 2005 bis 2010 727 Stellen bei Straßen.NRW abgebaut? Das waren doch Sie!

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Wer wollte sich denn beim Finanzminister lieb Kind machen und hat sogar mehr Stellen abgebaut als gefordert? Das waren doch Sie! Das sind Fakten.

Und jetzt raten Sie einmal, wer diesen Personalausbau gestoppt hat? Da sitzt er: Minister Groschek. Raten Sie weiter: Wer hat den Betrieb Straßen.NRW umorganisiert und so dafür gesorgt, dass 150 Stellen mehr bereitgestellt werden können? Da sitzt er: der Minister. Personalausbau gestoppt, Landesbetrieb

Straßen umorganisiert, dadurch Planerstellen gewonnen, den Beitritt zur Projektmanagementgesellschaft DEGES durchgesetzt und die Mittel für die externe Vergabe aufgestockt.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

So wird Straßen.NRW in diesem Jahr 1,1 Milliarden € umsetzen können und 1,2 Milliarden € Planungsvorrat anlegen.

Der Antrag beinhaltet Punkte, die längst in Angriff genommen sind, bei deren Realisierung wir bereits auf einem guten Weg sind, zu deren Umsetzung es keiner Aufforderung durch den Landtag bedarf und bei dem gerade Sie von CDU und FDP wirklich keine dicke Lippe riskieren sollten. Deswegen werden wir den Antrag auch ablehnen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Becker. – Für die grüne Fraktion spricht nun Herr Klocke.

Arndt Klocke (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lieber Kollege Andreas Becker, du hast viel Richtiges gesagt, eines war insbesondere richtig: Der Antrag fängt ja ganz vernünftig an: „Als industrielles Zentrum Deutschlands“- ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten – „ist Nordrhein-Westfalen daher auf ein leistungsfähiges Straßennetz angewiesen.“ Das ist völlig richtig. Daran arbeiten wir. Aber allein schon der Satz davor zeigt die Einschränkung dieses Antrages: „Verkehrspolitik ist Wirtschaftspolitik“. Das ist auch richtig.

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

Aber Verkehrspolitik gewährleistet insbesondere die Mobilität der Menschen, und zwar im Alltag, alltäglich auf ihren Fahrten, auf Reisen, und sie ist ein Wirtschaftsfaktor.

Dieser Antrag äußert sich zum Bundesverkehrswegeplan. Das habe ich hoffentlich richtig verstanden. Aber er äußert sich inhaltlich ausschließlich zum Straßenbau. Das ist das, was CDU und FDP unter Verkehrspolitik verstehen: Straßenbau – nicht mehr. Es geht nicht um Sanierung, Ausbesserung und Erhalt, sondern um Straßenneubau.

(Christof Rasche [FDP]: Was habe ich denn eben gesagt?)

Herr Kollege Becker hat völlig recht mit dem, was er eben gesagt hat. Wir hatten schon eine ganze Reihe von Runden zum Bundesverkehrswegeplan, zu denen das Ministerium eingeladen hatte.

Ich erinnere mich zum Beispiel an die Runde im NRW-Forum vorletzte Woche. Vertreter von IHK, ADFC, ADAC, Wirtschaftsunternehmen, Landräte und Regionalräte waren da. Die Meinung querdurch war – insbesondere die Meinungen des ADAC-Vorstandsvorsitzenden und des Chefs des Neusser Hafens fand ich spannend –: NRW braucht eigentlich keinen Straßenneubau. Wir müssen unsere Straßeninfrastruktur endlich vernünftig auf den Weg bringen. Wir müssen endlich sanieren und Erhalt voranbringen. Das ist die zentrale Aufgabe.

Nun sind der ADAC oder wahrscheinlich auch der Chef des Neusser Hafens nicht unbedingt grüne Parteigänger. Wenn man sich diesen Antrag durchliest, dann stellt man fest, dass es bei Ihnen ausschließlich leider wieder nur um die Frage von Straßenbau geht.

Wir von Rot-Grün gemeinsam haben, und zwar sehr vernünftig, mit der Straßenpriorisierung eine Liste vorgelegt, in der wir gesagt haben: Wir konzentrieren uns auf das Wesentliche und auf das Finanzierbare. Wir wollen nicht, dass Straßen.NRW in den Regionaldirektionen hier und da Hunderte von Projekten plant – Hunderte von Umgehungsstraßen –, die überhaupt nicht dringend und drängend sind. Wir wollen, dass die zentralen Achsen, die zentralen Bereiche da vorangebracht werden, wo man dringend ausbessern muss, da, wo es um breitere Spuren und um Verbesserung der Knoten geht. Das ist die rot-grüne Straßenpriorisierung.

Das, was Sie wollen, ist doch wieder ein Zurück zu dem, was vorher war, nämlich dass Hunderte von Projekten in den verschiedenen Niederlassungen geplant werden, ewig liegen und nicht vorangebracht werden. Das haben wir beendet.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Kern?

Arndt Klocke (GRÜNE): Ich bin eigentlich gerade so im Redefluss, aber na gut. Ich vermute, er will mich zur Umgehungsstraße in Lemgo fragen, die B239, aber ich warte es einmal ab. Ich lasse es zu.

Vizepräsident Oliver Keymis: Gut, sehr nett.

Walter Kern (CDU): Danke schön. Genau das wollte ich fragen.

(Heiterkeit)

– Ja, er kennt seine Schwächen.

Ich möchte wissen, ob die Grünen dort ihre Position verändern und den als grau vermerkten Bereich jetzt wirklich als Entlastung für die A2 sehen. Das Geld ist vorhanden. Der Bund hat sehr deutlich gesagt, dass

wir das zur Anbindung brauchen. Ich möchte wissen, wie Sie dazu stehen und wann Sie uns erklären, dass das jetzt endlich läuft.

(Zuruf von Jochen Ott [SPD] – Heiterkeit von der SPD)

Arndt Klocke (GRÜNE): Herr Kollege Kern, ich kann Ihnen mitteilen, dass sich die Position der Grünen dort vor Ort nicht geändert hat. Wenn Sie aber detaillierte Aussagen zum Planungsprozess haben wollen, würde ich Ihnen den Tipp geben: Sprechen Sie mit der Straßenbauabteilung im Ministerium. Die sind sehr auskunftsfreudig. Oder stellen Sie eine Kleine Anfrage.

(Beifall von den GRÜNEN)

Jetzt würde ich gerne in der Rede fortfahren. Eben wurde von Herrn Vossemer und von Herrn Rasche vorgetragen, wir hätten Uneinigkeit in der Koalition. Die sehe ich erst einmal nicht. Ich teile nur sozusagen die Euphorie nicht, die eben auch Herr Duin angesprochen hat. Es wäre ein grandioser Erfolg für Nordrhein-Westfalen. Die Euphorie teile ich nicht ganz. Ich möchte Ihnen erklären, warum.

Zukünftige Mobilität ist Multimodalität. Jeder Verkehrsplaner, jeder Verkehrswissenschaftler, egal, wo er steht, erklärt Ihnen das: Es geht um die Vernetzung der Verkehrsträger. Dieser Bundesverkehrswegeplan ist yesterday's world, 2016 aufgestellt, soll bis 2030 gelten.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das, was in der modernen Mobilität eine wichtige Rolle spielt, nämlich die Verknüpfung der Verkehrsträger, auch die Fragen des Radverkehrs und der Ladeinfrastruktur für Elektromobilität, spielt hier überhaupt keine Rolle.

Schauen Sie einmal nach Dänemark und in die Niederlande: rechtskonservative, rechtsliberale Regierungen. Das sind keine Grünen, die dort Verkehrsplanung machen. Die setzen genau das um. Wir sind doch mit dem Ausschuss extra dort hingefahren. Ich frage mich: Haben Sie da überhaupt nicht aufpassen? In dem Bundesverkehrswegeplan spielt das überhaupt keine Rolle. Und in Ihrem Antrag spielt es erst recht keine Rolle. Deswegen werden wir den Antrag auch klar ablehnen.

Ich hätte mir gewünscht – das gebe ich offen zu –, dass das Ministerium in seiner Stellungnahme angesichts des vielen Richtigen, was angesprochen wurde, das auch berücksichtigt. Wir haben den Radschnellweg Ruhr, ein bundesweites Vorzeigeprojekt. Ich war gerade in der letzten Woche auf einem großen Verkehrskongress im Bundestag. Alle Verkehrsplaner – aus Bayern, Baden-Württemberg, Norddeutschland – loben diesen Radschnellweg Ruhr. Ich habe vor Kurzem beim FC-Spiel in Köln ein Mitglied

des Evonik-Vorstands getroffen, CDU-Mitglied, der mir gesagt hat: Herr Klocke, da haben wir uns geirrt. Dieser Radschnellweg Ruhr ist das spannende Vorzeigeprojekt für das Revier.

(Beifall von den GRÜNEN)

Da wird sich der Verkehrswandel entsprechend vollziehen. Die Menschen kommen vernünftig zum Arbeitsplatz und sind pünktlich am Arbeitsplatz. Das ist ein Zukunftsprojekt.

All das ist im Bundesverkehrswegeplan nicht berücksichtigt. Deswegen sage ich Ihnen als Grüner: Da ist viel Vernünftiges enthalten, was die Knoten, die Ausbesserung, die Frage von Spurverbreiterungen, die Netzverstärkung angeht. Das alles ist richtig. Aber es fehlen viele Aspekte nicht nur im Bahnbereich, sondern gerade in der Frage der Multimodalität.

Deswegen können wir als Grüne nicht sagen, toller Plan, alles prima. Wir haben ganz vernünftige Kritikpunkte, die wir hier vortragen und die wir auch in der Presse vorgetragen haben. Wir bitten das Land Nordrhein-Westfalen bei der Rückmeldung, die jetzt zu geben ist, entsprechend auf diese Punkte einzugehen.

Es ist nicht alles schwarz-weiß. Es steht viel Vernünftiges drin, aber es gibt auch Einiges nachzubessern. Unser Wunsch wäre, dass die Landesregierung das aufnimmt und formuliert. Dann hat es auch unsere grüne Unterstützung. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Klocke. – Für die Piratenfraktion erhält das Wort nun Herr Kollege Bayer.

Oliver Bayer (PIRATEN): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Menschen hier und unterwegs! Das bemerkenswerte Bekenntnis zu Beginn ist mir auch aufgefallen: Verkehrspolitik ist Wirtschaftspolitik. – Das ist nicht komplett falsch, aber Verkehrspolitik ist wohl ein kleines bisschen mehr. Vor allem sollte sie gerade in ökologischer und sozialer Hinsicht ein zentraler Beitrag zur Zukunftsfähigkeit des Landes sein. Der Begriff der giftigen Autoschlangen – dieses schöne Stichwort stammt von Herrn Vossemer – bedient zumindest schon eine andere Kategorie.

Herr Vossemer, Sie freuen sich auch über einen Bundesverkehrswegeplan, in dem NRW vermeintlich gut wegkommt. Ich habe den Antrag auch so gelesen wie Herr Becker. Darin steht das sehr schön. Herr Rasche hat den Antrag wahrscheinlich nicht so gut gelesen.

Es wird vor dem Hintergrund der gerade in diesem Land besonders belasteten Verkehrsinfrastruktur allerdings absehbar nicht reichen, einfach die vorgesehenen Projekte nach Liste anzustoßen und zu realisieren, zumal die Liste noch immer eine Wunschliste ist. Vielleicht fehlen darauf noch ein paar Wünsche, aber es ist immer noch eine Wunschliste.

Herr Rasche, zu Transparenz und Ortsumgehung – das muss ich Ihnen einmal sagen – gehört nicht, 50 Jahre lang Ortsumgehungen zu versprechen und dann zu sagen: Guckt mal, ich habe es jetzt geschafft, dass das auf dieser Wunschliste steht. – Man muss vielmehr ehrlich und transparent in Bezug auf das sein, was nicht umgesetzt werden kann; denn diese Versprechungen helfen gar nicht. Schließlich kann auch eine FDP in Alleinregierung in 100 Jahren nicht alle diese Ortsumgehungen umsetzen,

(Beifall von den PIRATEN und Jochen Ott [SPD])

selbst wenn der Bundesverkehrswegeplan ein Autostraßenplan bleibt und Schienenprojekte sowie überregional bedeutsame Verkehrswege dort nicht enthalten sind.

CDU und FDP haben natürlich kein Problem damit und reduzieren ihn in ihrem Antrag gleich auf Planungsverfahren im Bundesfernstraßenbau, also auf Pkw- und Lkw-Verkehre, wie Herr Klocke schon dargestellt hat. Man freut sich darüber, dass der Bundesverkehrswegeplan alle nordrhein-westfälischen Autobahnprojekte im „vordringlichen Bedarf“ – Zitat – belässt und verliert kein Wort darüber, dass dies zum Beispiel für die meisten Schienenprojekte tatsächlich nicht gilt.

Beteuerungen, wie wir sie gehört haben, die Prioritäten könnten sich mit der Zeit ändern, stehen leider den Erfahrungen gegenüber, dass ähnliche Beteuerungen in der Vergangenheit auch zu nichts geführt haben.

Was wir brauchen, und zwar immer noch und mehr denn je, ist eine fortschrittliche Verkehrspolitik, die sich als Mobilitätspolitik versteht und nicht als Autofernstraßenprojektbehörde. Außerdem brauchen wir auf allen Ebenen der Verkehrspolitik, also auch beim Bund, die Bereitschaft, die Verkehrswende auch im Bundesverkehrswegeplan anzulegen. Das bedeutet auch – aber nicht nur – weniger Verkehr auf der Straße, aber auch mehr auf der Schiene und auf dem Wasser sowie mehr Busse und Straßenbahnen und somit mehr Liegeplätze für Binnenschiffe. Es bedarf also ganz neuer Mobilitätsformen.

Jetzt sagen manche, das seien Dinge, die auf Landesebene geregelt werden müssten. Ja, aber eine integrierte Verkehrsplanung muss mit dem ÖPNV nicht nur rechnen, sondern auch etwas dafür tun. Die Zukunft der Mobilität ist die Multimodalität, sagte Herr Klocke gerade.

Ein ÖPNV, alle fünf Minuten getaktet und überall im Ruhrgebiet, käme dem Gesamtnetz natürlich auch zugute. Die Perspektive des Bundesverkehrswegeplans ist schließlich nicht 2030, wie dort steht – bis dann möchte man die Dinge realisiert haben –, sondern die Infrastruktur soll ja bis mindestens 2080 halten.

Der Bundesverkehrswegeplan plant allerdings noch wie 1980. Es sind Anfänge zu erkennen, dass die autogerechte Stadt zwar in den Köpfen, aber noch nicht in den Gesetzen und Prozessen verschwindet. Eine derart in die Zukunft gerichtete Politik steht aber leider den Üblichkeiten gegenüber, die man dann zurücklassen müsste, nämlich dass man Ortsumgehungen überall versprechen und sagen kann: Die stehen da jetzt, auch wenn sie längst nicht mehr gebraucht werden. Wir warten schließlich schon seit 30 Jahren darauf, deshalb sind wir jetzt an der Reihe. –

Das hört man, aber das funktioniert nicht. Es funktioniert nicht im alten System, und es funktioniert auch nicht im neuen System.

Ich möchte jetzt noch auf den Antrag zu sprechen kommen. Man stellt hier einen Masterplan vor und meint, einen Planungsvorrat anzulegen, also für den Schreibtisch zu planen, damit Baureife hergestellt werden kann und zufließende Mittel wirklich verbraucht werden können.

Allerdings verliert man kein Wort darüber, dass es die eigene schwarz-gelbe Landesregierung war, die den Landesbetrieb Straßen.NRW substanziell derart geschwächt hat, dass es überhaupt erst zu Planungsrückständen gekommen ist.

(Norbert Post [CDU]: Stimmt doch gar nicht! – Gegenruf von Michele Marsching [PIRATEN]: Natürlich stimmt das!)

Natürlich können CDU und FDP hier mit einem ganz neuartigen und total innovativen Ansatz helfen: mehr Geld für Private. Das ist natürlich nicht wirklich neu und innovativ, aber ein Konzept – ich komme zum Schluss –: Erst lassen wir den Landesbetrieb ausbluten, sodass es zu Planungs- und Umsetzungsdefiziten kommt, und dann beschwert man sich darüber, dass die öffentliche Hand nicht planen, haushalten und ausführen kann. Die unvermeidliche Konsequenz daraus ist dann, öffentliches Geld in private Unternehmen zu stecken.

So sieht also die Verkehrspolitik und somit die Wirtschaftspolitik von CDU und FDP aus. Wir nennen das hier vielleicht noch Finanzpolitik. Viel kann man damit im Verkehrssektor sowieso nicht reißen. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Bayer. – Für die Landesregierung spricht nun Herr Minister Groschek.

Michael Groschek, Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! In der Tat: Dieser Bundesverkehrswegeplan bleibt nicht nur ein Buch guter Nachrichten für Nordrhein-Westfalen, sondern ist auch ein erster großer Schritt in die richtige Richtung. Warum? – Weil das Prinzip „Erhalt vor Neubau“ im Straßenbereich ganz konsequent ablesbar ist. Das heißt auf Deutsch bezogen auf Nordrhein-Westfalen: Dieser Bundesverkehrswegeplan ist eine Abkehr von schwarz-gelber Verkehrspolitik und eine Hinwendung zu rot-grüner Verkehrspolitik.

(Beifall von der SPD)

Das ist in der Tat eine Verkehrswende gemessen an den Ideologien, die Parteien getrennt haben

(Christof Rasche [FDP]: Wer hat denn den letzten aufgestellt?)

und die die Parteien sich selbst auferlegt haben.

Was die integrierte Mobilitätsplanung angeht, kann ich nur feststellen, dass Winnie Hermann aus Baden-Württemberg – Joachim, das ist auch ein Kumpel, aber da nicht – und ich uns im Vorfeld der Bundesverkehrswegeplanung nicht durchsetzen konnten, als wir gesagt haben, die Bundesverkehrswegeplanung müsse einen integrativen Schritt machen, um Mobilität und nicht spartenweise Verkehr zu planen. Das ist nicht gelungen, aber immerhin war es mit dieser Bundesregierung möglich, „Erhalt statt Neubau“ zu priorisieren, und das ist sehr gut.

Wir haben in einer Vielzahl von Veranstaltungen im Grunde konsensual zwischen allen Beteiligten festgestellt, wo noch Nachbesserungsbedarf besteht.

Bei den Autobahnen reduziert sich das im Wesentlichen auf die Priorisierung der neuen Rheinbrücke – Godorf oder Wesseling; je nachdem, wo man sie verortet –, und es konzentriert sich in der Tat auf notwendige Priorisierung für die Stadt und Borussia Mönchengladbach.

Ich habe mit dem Präsidenten gesprochen. Herr Zimkeit ist Fan. Hauptsache Borussia, lieber Stefan. Wir haben uns darauf verständigt, dass wir Plausibilitätsprüfungen in Berlin vornehmen lassen. Diese werden zu dem Ergebnis führen, dass wir die Strecke wahrscheinlich besser ertüchtigen werden können, wenn wir das Kreuz außen vor halten. Das Problem haben wir wahrscheinlich gelöst.

Was die Godorfer Brücke angeht, bin ich auch sehr optimistisch, zumal aus der Region viel Zuspruch kommt.

Wir haben im Bereich Schiene große Erfolge verbucht. Neben dem RRX nenne ich die Ruhr-Sieg-Strecke. Wir haben die Betuwe endlich als abgehackt gesichert. Wir brauchen noch mehr im Bereich „Eiserner Rhein“, Stichwort „Dritter Weg“. Das hat Herr Ferlemann vorgestern auch zugestanden; insofern sind wir in guten fachlichen Gesprächen.

Und auch im Bereich Wasser ist klar, was wir brauchen. Beim Brückenhebungsprogramm sind wir auf einem pragmatischen Weg, unabhängig vom Bundesverkehrswegeplan ein Programm zu verabreden. Und wir wollen die Rheinvertiefung bis nach Köln und darüber hinaus und nicht nur bis Dormagen.

Es besteht bis auf viele kleinere Ortsumgehungen, die ein Sonderproblem darstellen, relativ breiter Konsens.

Wir sollten gemeinsam darauf stolz sein, dass wir mit der Wirtschaft und anderen Akteuren in Berlin eine Menge erreicht haben. Ich glaube, dieser Bundesverkehrswegeplan ist eine Gemeinschaftsleistung. Deswegen verstehe ich diese Neidhammelei nicht. Machen Sie doch einfach mit. Sagen Sie doch ganz einfach: Auch wir haben mitgewirkt und Gutes für NRW bewirkt.

(Beifall von der SPD – Jochen Ott [SPD]: So ist das!)

Bei der Ersteinlassung von Herrn Laschet – sensationell! – dachte ich, Sie kriegen die Kurve. Aber jetzt sind Sie doch wieder in einer Sackgasse gelandet. Das brauchen Sie doch gar nicht.

Herr Vossemer, Sie sind eigentlich auch schon ein Stück weit emanzipiert von der Tradition Ihrer Verkehrspolitik. Nutzen Sie den Schwung. Positionieren Sie sich neu. Je breiter die Mehrheiten für eine fortschrittliche Verkehrspolitik sind, desto besser ist es fürs Land.

(Beifall von der SPD)

Wir haben in Wirklichkeit zwei große Probleme bundesweit ausgeräumt; eines müssen wir noch lösen. Das große Problem war die Finanzierungslücke. Diese haben wir auch mit Hilfe der A1-Rheinbrücke Leverkusen gelöst. Das hat im Grunde den Geist aus der Flasche gelassen, und wir haben politischen Druck für mehr Verkehrsinfrastrukturinvestitionen erzeugt.

Das zweite große Defizit bei Bund und Ländern war das Planungsdefizit. Das haben wir im Prinzip gelöst. 1.700 Planungsingenieure bei der DB sind 1.700 Ingenieure, die wir nicht mehr einstellen können, aber die DB ist jetzt in der Lage, ihre Stauprobleme besser zu lösen als in der Vergangenheit. Also, auf der Personalseite haben wir eine Menge Gutes getan; das gilt auch auf der Vergabeseite.

Jetzt besteht nur noch die dritte große Investitionsbremse im Infrastrukturbereich, und das ist der Planungsdschungel in Deutschland und Europa, der gelichtet werden muss. Mit diesem Planungsdschungel werden wir trotz allen Geldes, trotz aller Planungskompetenz keine Fortschritte erzielen können.

Deshalb brauchen wir zuerst einen Masterplan zum Lichten dieses Planungsdschungels, und mit dieser Bitte bin ich an den Bundesverkehrsminister und an den Koordinator der Länderverkehrsministerkonferenz herangetreten. Wir müssen den Mut haben, das zu benennen; denn letztendlich sind Planungshorizonte von fast einem Jahrzehnt sowohl für Befürworter als auch für Gegner eines Projektes eine Zumutung. Auch die Gegner haben ein Recht darauf, früher und nicht erst nach einem Jahrzehnt eine qualifizierte, belastbare Entscheidung zu bekommen, wenn sich bestimmte Aspekte ganz anders darstellen.

Wir sollten also mutig nach vorne gehen. Zwei große Probleme haben wir gelöst, und das dritte werden wir auch lösen.

Ich darf an die Opposition appellieren: Machen Sie nicht wieder den Fehler und sich selbst klein durch die Pappkameraderie. Bei der letzten Landtagswahl haben Sie die Pappschildchen hochgehalten, und anstelle von Argumenten haben Sie gesagt: Die in Düsseldorf sind schuld, dass die Ortsumgehungen nicht kommen. – Das ist alles Quatsch und keine Verkehrspolitik. Fangen Sie jetzt nicht an, die gleichen Pappschilder auf der Rückseite zu bemalen, nach dem Motto: Geld vom Bund ist da, nur Düsseldorf kann nicht planen. – Alles Quatsch!

Ich erwarte von Bundestagsabgeordneten eine qualifizierte Mitberatung und Mitbewertung des Bundesverkehrswegeplanes

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

und eine Diskussion, die mindestens so energisch wie die bayerische Landesgruppe Flagge zeigt, wenn es gilt, unsere notwendigen Korrekturen zwischen dem ersten und zweiten Entwurf durchzusetzen.

Dann sprechen wir uns sowieso wieder, weil unsere tolle Truppe im Ministerium und im Landesbetrieb dafür sorgen wird, dass wir ein aufeinander abgestimmtes Baustellenmanagement haben. Denn weil wir nicht auf allen Autobahnkreuzen gleichzeitig Löcher reißen können, muss das regional sinnvoll abgestimmt sein. Wir werden die Akteure vor Ort einladen, wie wir das im Rheinland tun. Inzwischen sind unsere Baustellenorganisationsperspektiven Benchmark für die Republik, und das ist eigentlich ein toller Erfolg, auf den wir alle stolz sein können.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Groschek. – Alle haben ihre Redezeit überzogen. Insofern lassen wir es dabei. Es gibt auch keine Wortmeldungen mehr. Es ist allerdings bei einem Plan, der 15 oder 16 Jahre gilt, auch kein Wunder, dass man darüber ein bisschen länger redet.

Wir kommen zur Abstimmung. Die antragstellenden Fraktionen von CDU und FDP haben direkte Abstimmung beantragt. Also stimmen wir direkt über den Inhalt des Antrags ab. Wer stimmt diesem Antrag von CDU und FDP zu? – CDU und FDP. Wer stimmt gegen diesen Antrag? – SPD, Grüne und die Fraktion der Piraten. Gibt es Enthaltungen? – Nein. Damit ist der **Antrag Drucksache 16/11697** gegen die Stimmen von CDU und FDP **abgelehnt**.

Ich rufe auf:

3 Die soziale Wohnraumförderung braucht bedarfsgerechte Finanzierungsgrundlagen

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/11704

Die Aussprache ist eröffnet, und als Erster spricht Herr Kollege Ott für die SPD-Fraktion.

Jochen Ott (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Eigentlich kann man es kurz machen: Wohnungspolitik in NRW gut. Minister – da sitzt er – sehr gut. Eigentlich ist damit alles gesagt. Denn was in den letzten Jahren erreicht wurde und wie wir jetzt aufgestellt sind, ist sehr positiv.

Allerdings – heute waren wir schon mehrfach auf dem Mond; Herr Laschet hat den Anfang gemacht, dann kam Herr Vosses – müssen wir feststellen, dass sich auch Herr Hausmann in den letzten Jahren eher auf dem Mond befand, wenn man seine Pressemitteilung zum Wohnungsbau in Nordrhein-Westfalen aus der vergangenen Woche zum Maßstab nimmt. Keine Ahnung, keine Idee und kein Blick für die Wirklichkeit!

Die Herren Schemmer, Wittke, Lienenkämper waren die Bankrotteure einer sozialen Wohnungspolitik in Nordrhein-Westfalen. Die LEG wurde verkauft. Wie gut wäre es, wenn wir als Land heute noch eine Wohnungsbaugesellschaft hätten! Die WfA wurde letztlich kaputtgemacht, um sie zur Eigenkapitalstärkung in die NRW.BANK zu übertragen. Der soziale Wohnungsbau und die Wohnraumförderung wurden ausgehöhlt, und letztlich hat man nur noch den Namen stehen lassen.

Stattdessen ging man mit der Gießkanne übers Land und hat in die Eigenheimförderung investiert.

Über die Enquetekommission, die wir gemeinsam eingerichtet haben, um Missstände in der Wohnungswirtschaft zu bekämpfen, haben sie nur gelacht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dazu kommt die Ideologie, die jemand wie Herr Schemmer tief verinnerlicht hat und die die CDU im Bund umgesetzt hat, nämlich: Wohnungsbau ist nur Beton. – Das waren die ersten Worte, die ich von ihm lernen durfte, als ich in diesen Landtag gewählt wurde. Soziale Städtebauförderung – alles Klimbim!

Deshalb hat die CDU das Programm „Soziale Stadt“ und die Städtebauförderung in der schwarz-gelben Koalition auch auf Bundesebene zerschlagen. Die Konsequenz war, dass die Städte und Gemeinden ihre Planungskompetenzen in den Stadtentwicklungssämtern unseres Landes abgebaut haben. Deshalb ist es beim Wiederaufbau nach der Großen Koalition so schwierig gewesen, vernünftige Projekte nach vorne zu bringen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, SPD und Grüne in Nordrhein-Westfalen haben das Wohnungsvermögen in der NRW.BANK gesichert. Wir haben dafür gesorgt, dass die 800 Millionen € dageblieben sind. Wir wollen heute dafür sorgen, dass die Summe auf 1,1 Milliarden € in diesem Jahr angehoben werden kann.

Wir sind die Probleme, die durch die Umstellung hin zur NRW.BANK entstanden sind, mutig angegangen und haben die Bedingungen und auch die Prozesse Stück für Stück verändert.

Mit der Idee der Tilgungszuschüsse – das haben Sie im Ausschuss verhöhnt – haben wir einen Weg gefunden, wie wir den geförderten Wohnungsbau anheizen.

Wir haben auch alle Initiativen aus den Verbänden aufgenommen, um für eine attraktive Wohnraumförderung zu sorgen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das, was gelungen ist, ist auch auf Bundesebene fortgesetzt worden. Die Städtebauförderung ist massiv, die soziale Stadt noch massiver ausgebaut worden. Viele Kommunen und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen profitieren schon davon und werden weiterhin davon profitieren.

Wir haben dafür gesorgt, dass es direkt Cash aus Berlin gibt, um den sozialen Wohnungsbau zu fördern. Nordrhein-Westfalen ist wie Hamburg und in Teilen Bayern eines der wenigen Bundesländer, die in der Lage sind, diese Mittel einzusetzen und Wohnungsbau, der so wichtig ist, aktiv zu betreiben.

Wir wollen in der Großen Koalition dafür sorgen, dass urbane Mischgebiete möglich werden, um den Wohnungsbau in den Städten voranzutreiben und nicht die Fläche auf dem Land zu zersiedeln.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Beste ist: Alles das, was ich hier sage, bestätigen alle Akteure im „Bündnis für Wohnen“. Die Architekten, die Bauindustrie, die Wohnungswirtschaft sind sich einig: Das, was hier von der Landesregierung geleistet wurde, ist zu loben; der Minister hat einen guten Job gemacht; die Landesregierung hat einen super Job gemacht.

Zum ersten Mal seit Jahren kommen private Investoren wieder vor Ort ins Gespräch und sagen: Wir wollen öffentlich geförderte preiswerte Wohnungen bauen; denn es rechnet sich, ist sinnvoll und führt zu einer Mischung in unseren Gemeinden.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Heute ist die Zeit, auch darüber zu sprechen, wie es eigentlich dazu kommen konnte und welche Unterschiede in diesem Politikfeld zwischen Rot-Grün einerseits und CDU und FDP andererseits bestehen. Vor allen Dingen die CDU hat über Jahre propagiert, dass der geförderte Wohnungsbau eigentlich „bah!“ ist und dass da nur die schwierigen Leute wohnen. Diese Propaganda hat sich tief in die Köpfe vieler Menschen eingegraben.

Darüber hinaus haben die Konservativen vor Ort überhaupt nicht akzeptiert, dass gebaut werden muss. Der jetzige Bürgermeister von Hürth hat noch vor zwei Jahren öffentlich erklärt: Wir wachsen nicht. Wir brauchen keinen Wohnungsbau. Es ist Schluss.

Andere haben erklärt: Geförderter Wohnungsbau soll in den großen Städten entstehen, aber bloß nicht bei uns in den Umlandgemeinden.

Heute rufen all diese Gemeinden nach dem Land und wollen Wohnraumförderung. Heute sind die Mittel an vielen Stellen ausgeschöpft. Heute merken wir, dass wir richtig gehandelt haben. Die CDU hat genauso wie die FDP das Motto „Privat vor Staat“ mas-siv nach vorne getragen.

Die eigentliche Ursache, warum wir jetzt nicht schnell genug vorankommen, ist, dass man Wohnungen zur Handelsware gemacht und gesagt hat: Wohnen ist wie alle anderen Güter; man kann sie einfach am Markt handeln. – Deshalb kam es zu Riesenfehlentscheidungen, auch was die Privatisierungen angeht.

Wenn wir darüber reden, wo jemand wohnt, dann können wir feststellen: Wohnung ist Heimat. Zur Heimat gehört nicht nur die Wohnung, sondern auch der jeweilige Stadtteil oder das Dorf. Mit Heimat vor der Haustür darf man nicht in der Kategorie handeln, wie Sie es getan haben. Eigentum verpflichtet auch. Wir müssen alles dafür tun, dass die Menschen das Grundbedürfnis nach einem gesicherten Zuhause befriedigen und in einer vernünftigen Umgebung wohnen können.

Ich möchte noch einmal kurz auf die Heuschrecken-Enquete eingehen, in der Sie deutlich gemacht haben: Das alles ist kein Problem; der Markt regelt das schon. – Wir haben gesehen, wie es in den großen Quartieren des Landes aussieht, wie der Markt die Probleme regelt. Der Markt regelt gar nichts.

Ich bin sehr froh, dass die Vonovia und viele andere dieser Player umgeschwenkt sind und dass Herr Buch öffentlich erklärt hat: Wir gehen jetzt einen anderen Weg. Wir lassen die Bestände nicht mehr verkommen. Wir kümmern uns um die Wohnungsbestände in unserem Land. – Trotzdem darf man sich nichts vormachen. Hegel, Buch und auch die anderen sind am Ende Player auf dem Markt. Sie müssen Renditen erwirtschaften.

Hätte die Versicherungsbranche, die heute die digitale Signal-Iduna-Brücke und anderes will, damals die Wohnungsbestände gehalten, dann hätte sie jetzt die Rendite, die sie dringend braucht, die sie heute auf dem Markt nicht mehr erreichen kann. Aber alles wurde verscherbelt; alles wurde dem Markt unterworfen.

(Beifall von Dieter Hilser [SPD])

– Danke, Kollege Hilser. – Deshalb müssen wir ganz klar und deutlich sagen: Lieber Herr Buch und alle anderen Wohnungsunternehmen, die auch von Finanzinvestoren gehalten werden, halten Sie sich an das Grundgesetz. Dann werden wir an Ihrer Seite sein. Sorgen Sie dafür, dass in den Quartieren Heimat vor der Haustür möglich ist.

Bei der Gelegenheit möchte ich einen Mann hervorheben. Herr Dr. Kötter, früher bei der Deutschen Annington, war einer derjenigen, die auch in der Phase der Heuschrecken immer wieder versucht haben, alles für ihre Mieter zu tun. Er ist aber kaltgestellt worden. Ich möchte hier ein Zeichen dafür setzen, dass all die Menschen in den Unternehmen, die von Investoren mitgelenkt werden, die sich weiter für das Allgemeinwohl und für unser Grundgesetz einsetzen, unsere Unterstützung brauchen. Lieber Herr Buch – das geht an Ihre Adresse –, das gilt auch für diesen aktiven Menschen, den Herrn Kötter!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ich erwarte von allen Finanzinvestoren und von den Wohnungsunternehmen in diesem Land, dass sie sich an das Grundgesetz halten und ihre soziale Verpflichtung für die Heimat vor der Haustür annehmen.

Abschließend: „Privat vor Staat“ muss gerade im Wohnungsbereich endlich überwunden sein.

Wir haben es geschafft, die Wohnungspolitik aus der Ideologie herauszuholen. Wir haben dafür gesorgt, dass im Bündnis für Wohnen deutlich wurde, dass alle diesen Kurs unterstützen. Und das ist gut so.

Deshalb zum Schluss: Wir müssen bauen, bauen, bauen. Wir wollen, dass Investoren in diesem Land

auch ihr Geld verdienen können. Aber die Wohnungen für die Menschen müssen auch bezahlbar bleiben. Wir brauchen freifinanzierten und sozial geförderten Wohnungsbau in einem vernünftigen Mix – in lebendigen, lebenswerten Quartieren, in denen sich die Leute wohlfühlen. Und wir müssen gemeinsam dafür sorgen, dass auch hier der Dschungel der Vorschriften beim Bau gelichtet wird, damit wir in der Geschwindigkeit, die wir brauchen, die nötigen Wohnungen in unserem Land errichten und diese Geschwindigkeit erhöhen können.

Kurz gesagt: Die Wohnungspolitik des Landes Nordrhein-Westfalen ist gut. Der Minister – da sitzt er – ist sehr gut. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Ott. – Für die grüne Fraktion spricht nun Herr Klocke.

Arndt Klocke (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Vorredner hat ja deutlich gemacht, dass er etwas vom Thema versteht.

(Jochen Ott [SPD]: Danke!)

– Ein Lob in Richtung SPD ist ja auch mal richtig.

(Minister Michael Groschek: Und das aus Kölner Mund!)

– Und das aus Kölner Mund. Es war auch ernst gemeint.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sehr geehrte Damen und Herren, wir haben diesen Antrag heute auf die Tagesordnung gesetzt, weil wir meinen: Wenn man Gutes tut, dann darf man hier im Plenum als Landesregierung und als regierungstragende Fraktionen auch einmal darüber reden.

Wir haben heute Morgen in der ersten Debatte gehört, was alles in unserem Land angeblich nicht gut läuft, wo es hakt, hängt und klemmen soll. Im Bereich des Wohnungsbaus ist das jedenfalls nicht der Fall – was nicht heißt, dass es nicht noch besser werden muss. Wir brauchen dringend bezahlbare, barrierefreie, altersgerechte Wohnungen, und zwar deutlich mehr, als wir in den letzten Jahren geschaffen haben.

In diesem Segment ist aber – der Kollege Ott hat eben schon deutlich darauf hingewiesen – über zehn, 15, fast 20 Jahre zu wenig passiert. Da müssen sich einige Regierungen an die Nase fassen. Es sind Förderprogramme zurückgefahren worden. Die Städte haben nicht da Druck gemacht, wo es notwendig war. Man hat gerade in den Jahren von 2005 bis Anfang der 2010er-Jahre die Trends, die gerade in den Boomregionen schon zu bemerken waren, nämlich in den großen Städten in Nordrhein-Westfalen, die damals schon als wachsend prognostiziert

worden sind – Städte wie Köln, Münster, Aachen, Bonn etc. –, ignoriert. Auch da ist in diesen Jahren zu wenig passiert. Dort wurde – auch zusammen mit den Genossenschaften und den entsprechenden Wohnungsbauunternehmen – zu wenig bezahlbarer Wohnraum geschaffen.

Daher ist es zu begrüßen – das wollen wir in der Debatte auch deutlich machen –, dass mit dem Aufstocken der Förderprogramme und dem Neuanschieben von Förderprogrammen seitens der Landesregierung und seitens des Ministers hier vieles auf den Weg gebracht worden ist.

Wir haben jetzt aufgrund der vielen Menschen, die neu in das Land gekommen sind, die als Flüchtlinge angekommen sind und die hier in den nächsten Jahren Wohnraum suchen, die Situation, dass sich die Lage noch einmal ein Stück verschärft. Aber der grundsätzliche Sachverhalt, dass wir gerade im unteren Preissegment bezahlbaren Wohnraum brauchen, ist schon seit vielen Jahren bekannt.

Wir haben außerdem die Situation, dass wir weiterhin insbesondere in den Ballungsräumen hohe Mietanstiege haben. Die Mietpreisbremse ist ein Instrument, das ein Stück Wirkung zeigt. Das ist aber noch nicht genug. Hier müssen wir uns weiter Gedanken machen, wie wir gerade für junge Menschen, für Familien, für Studierende etc. bezahlbare Wohnungen anbieten können und wie wir die Mietpreisentwicklung entsprechend abfedern können.

Ich will auf eine Sache zu sprechen kommen, die bisher in der Debatte noch nicht angesprochen worden ist, nämlich auf die Frage von Flächenkonkurrenzen. Ich denke, dass uns das in den nächsten Jahren in allen Städten und allen Regionen, in denen gebaut werden soll, Probleme bereitet. Das ist meines Erachtens keine Frage irgendeiner politischen Ausrichtung, sondern wir werden uns die Frage stellen – die Bauämter der Städte und die Stadtplanungsämter stellen sich diese Frage ja schon –: Wie gelingt es uns in dicht besiedelten Städten, zusätzlichen Wohnraum zu schaffen? Stichworte sind „vertikales Bauen“, „Nachverdichtung“, „Schließung von Baulücken“ etc. Da wäre es wünschenswert, wenn Städte Programme, die lange existierten und dann heruntergefahren wurden, jetzt wieder reaktivieren würden.

Wir haben die Situation, dass in vielen Planungsämtern – auch die Verwaltungen sind gefragt, was kompetente Menschen in den entsprechenden Ämtern angeht – in den letzten Jahren leider viel Personal abgebaut worden ist. Ingenieurstellen sind nicht nachbesetzt worden. Wir haben in den Bauämtern zu wenig Personal. Die Bauanträge brauchen zu lange. Ich erhalte immer wieder Beschwerden von Menschen, dass sie in Troisdorf, in Pulheim, in Bielefeld Bauanträge gestellt haben ...

(Yvonne Gebauer [FDP]: In Köln!)

– In Köln mit Sicherheit. Ich wollte Köln jetzt nicht als Erstes nennen, Frau Kollegin Gebauer. Aber natürlich ist das auch in Köln der Fall.

Es beschwerten sich Leute, dass sie nicht, wie es sein sollte, einen Monat auf die Genehmigung und Bewilligung des Antrags warten, sondern vier bis fünf Monate, bevor sie beginnen können.

Das ist vonseiten der Landesregierung nicht mittelbar zu lösen. Hier sind die Kommunen gefragt. Wir müssen sie aber dabei unterstützen, damit wir mehr Substanz in die Ämter bekommen; denn sonst werden wir diese Anträge nicht bearbeitet bekommen, und es wird nicht vorangehen.

Es wird in den Städten Debatten um Flächen geben. In Nippes kennen wir dieses Problem sehr konkret. Herrn Ott ist es auch bekannt, da er im gleichen Stadtteil wohnt. Wir haben derzeit die Situation, dass es da nicht allzu viel Grün gibt. Es ist ein gut besiedelter Stadtteil mit vielen Straßen in Richtung Zoo-Brücke. Aber es gibt Frischluftschneisen, Grünzüge und Kleingärten. Jetzt ist die berechnete Debatte in der Stadt, die vom Baudezernenten aufgeworfen wurde, mit entsprechenden Neubauten und Nachverdichtungen in diesen Ecken Wohnraum zu schaffen. Das ist ein wachsender, prosperierender Stadtteil. Aber natürlich stellt sich auch die Frage: Wie schaffen wir dort Naherholung, Nachhaltigkeit und Frischluftschneisen? Die Probleme des Klimawandels – heiße Sommer etc. – stellen sich ebenfalls.

Da muss man zu einem Ausgleich kommen. Es wird wahrscheinlich ein mühsames Ringen sein. Ich hoffe, dass man nicht in Debatten „Ökologie versus Wohnungsbau“ hineinkommt; denn das wäre falsch.

(Minister Michael Groschek: Richtig!)

Die Frage des notwendigerweise zu schaffenden Wohnraums ist da. Sie ist real. Sie ist nicht von der Hand zu weisen. Aber wir müssen auch dafür sorgen, dass unsere Städte in 20, 30 Jahren lebenswert sind, dass sie entsprechend grün sind, dass sie Naherholung bieten, dass sie Freiflächen bieten. Es wird in den nächsten Jahren ein mühsames Ringen sein, da zu einem Ausgleich zu kommen und das ohne ideologische Scheuklappen zu betrachten.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ein weiterer wichtiger Punkt ist, dass wir bei aller Notwendigkeit, jetzt schnell zu handeln, nicht wieder zum Schlichtbau der 60er- und 70er-Jahre kommen. Damals wurden irgendwelche Wohngettos angelegt, die jetzt dringend sanierungsbedürftig sind. Es ist zwar richtig, dass wir, wie Kollege Ott gesagt hat, jetzt bauen, bauen, bauen müssen. Der Minister unterstreicht das ja auch immer mit wortreichen Bildern. Aber bei diesem ganzen Bauen wollen wir nicht die Erkenntnisse des Städtebaus und des Wohnungsbaus der letzten 20, 30 Jahre vernachlässigen – dass

Wohnraum auch lebenswert sein muss, dass entsprechende Wohnsiedlungen und Wohngettos nicht entstehen

(Beifall von den GRÜNEN und Jochen Ott [SPD])

bzw. dass sie angebunden sein müssen, dass sie verkehrlich angebunden sein müssen, dass es Infrastruktur gibt, dass bei der Planung berücksichtigt wird: Was ist zum Beispiel mit Kindertagesstätten? Was ist mit der Nähe zu Schulen? Was ist mit Naherholungsangeboten? Was ist mit Carsharing, so dass die Leute, die das wollen, auch die Möglichkeit haben, auf das eigene Auto zu verzichten? Alles das muss bei der dringend notwendigen Planung berücksichtigt werden.

Auch wenn vieles jetzt schnell gehen muss, sollte man die wichtigen Erkenntnisse, die es in der Städtebaupolitik in den letzten Jahren und Jahrzehnten gegeben hat, nicht vernachlässigen. Wir wollen kein neues Chorweiler, keinen neuen Kölnberg oder kein neues Kinderhaus in Münster. Diese ganzen Sanierungsfälle wollen wir nicht. Wir wollen schnell handeln, aber wir wollen auch nachhaltig handeln. Dafür werben wir, sehr geehrte Damen und Herren.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Das haben wir mit dem Antrag auch deutlich gemacht. Wir haben die Förderinstrumente noch einmal genannt. Deswegen bitte ich Sie um Zustimmung. Es sind viele vernünftige, wichtige Instrumente dort benannt. Das müsste eigentlich im ganzen Haus konsensfähig sein. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Klocke. – Für die CDU-Fraktion spricht nun Herr Kollege Hausmann.

Wilhelm Hausmann (CDU): Meine Damen und Herren! Herr Kollege Ott, eines muss ich Ihnen lassen: Ihre Rede war in gewisser Form zeitlos. Die hätte ich mir auch 1972 auf dem Einheitsparteitag der Sozialistischen Weltjugend als Bewerbungsrede vorstellen können.

(Jochen Ott [SPD]: Da war ich noch nicht dabei! Da war ich noch nicht geboren!)

Ich war zum Glück nur zwei Jahre alt. Deshalb ist mir einiges erspart geblieben, was in dieser Zeit vielleicht en vogue war.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Wo hätten Sie denn geredet?)

Meine Damen und Herren, eine besondere sozialdemokratische Eigenschaft ist es auch, immer fest an etwas zu glauben, was man sich gerade einge-redet

hat. Diese Selbsttäuschung, die Sie da pflegen, und die Verweigerung der Annahme von Fakten sind schon fast legendär.

(Beifall von Norbert Ellerbrock [FDP])

In Ihrem Antrag steht ja:

„Die Politik der Landesregierung zur Ankurbelung des Wohnungsbaus ist erfolgreich und muss entschlossen fortgesetzt werden.“

Da war ich platt. Welche Politik ist denn damit gemeint? Und was soll, bitte schön, erfolgreich fortgesetzt werden?

(Jochen Ott [SPD]: Da hätten Sie einmal zuhören sollen, Herr Hausmann!)

Nebenbei: Alles andere in dem Antrag sind Aufforderungen zu Selbstverständlichkeiten. Sie bleiben sich eigentlich nur da treu, wo Sie Ihre Untätigkeit fortsetzen. Da sind Sie konsequent: in der Fortsetzung Ihrer Untätigkeit.

(Jochen Ott [SPD]: Köstlich!)

Meine Damen und Herren, die Appelle, die Sie in Ihren Antrag schreiben – der Bund soll, der Bund müsste, der Bund kann –, sind mittlerweile kalter Kaffee. Das glaubt Ihnen doch kein Mensch mehr. Es nützt auch nichts, wenn Sie das x-mal wiederholen.

Es gibt drei zentrale Felder, über die wir hier ernsthaft diskutieren können. Das ist die Kostensteigerung, die wir haben, das ist der Bürokratieabbau, und das ist die Frage der Aktivierung von Grundstücken.

Zum Ersten: Die Kosten beim Bau werden von der Landesregierung mit angeheizt. Die immer noch nicht vollzogene Novellierung der Landesbauordnung führt womöglich neue Erschwernisse ein wie pauschalierte Barrierefreiheit, Baukostensteigerungen – ich nenne den fehlenden Bauteilekatalog – und schlechtere Ausnutzung von Baugrundstücken, indem Sie die Staffelgeschosse verbieten. Das sind Fakten, die auf dem Tisch liegen. Sie stehen im klaren Gegensatz zu dem, was Sie hier lauthals verkünden.

(Jochen Ott [SPD]: Das stimmt doch gar nicht!)

Die von allen Vertretern in der Baubranche und am Markt Tätigen kritisierte übertriebene jetzige EnEV-Forderung ist ein weiterer Kostentreiber. Sie haben unsere Ansätze hier in dem Haus, hier einzuschreiten und etwas dagegen zu tun, abgelehnt. Kollege Klocke, eigentlich müssten wir wirklich – darüber würde ich mich freuen – über einen sinnvollen, klimagerechten Städtebau und ein modernes, klimagerechtes Wohnen diskutieren, statt uns weiter in diesen engen Bahnen der EnEV zu bewegen. Da gehören ganz andere Themen rein.

Wir haben massig Altbestand, der von diesem kleinen Anteil des Neubaus überhaupt nicht ergriffen wird, den wir hier massiv erschweren und massiv verteuern.

Zweitens: Bürokratieabbau. Der Bauminister Groschek hat seine Versprechen vom vergangenen Herbst nicht eingehalten, den Bürokratiedschungel zu richten und bürokratische Stolperdrähte zu kapfen. Keine einzige der sinnlosen Vorschriften wurde abgeschafft. Deshalb kann man auch nicht darauf verweisen.

Für mich war es fast ein Déjà-vu-Effekt, heute in der Rede von Herr Minister Groschek gehört zu haben, der Bund solle einmal den ganzen Dschungel lichten, damit wir wieder vernünftig planen können, auch bei öffentlichen Verkehrsprojekten. Es wäre doch wunderbar, wenn NRW einmal voranginge und im Verkehrs- und im Baubereich einmal den Bürokratiedschungel lichten würde. Mit so einem guten Beispiel kann man solche Forderungen auch beim Bund sinnvoll anbringen. Dann wird man auch gehört.

(Jochen Ott [SPD]: Weil Sie das als CDU nicht hinkriegen?)

Aber wenn man seinen eigenen Laden nicht im Griff hat, sind solche Forderungen auf Bundesebene einfach wirkungslos und verpuffen.

(Beifall von der CDU – Zuruf von Jochen Ott [SPD])

Meine Damen und Herren, der dritte Punkt, den ich ansprechen möchte, ist das Thema „Grundstücksmangel“. Hier sind zwei Faktoren ganz entscheidend. Sie haben den Grundstücksverkehr durch die Erhöhung der Grunderwerbsteuer erschwert. Sie haben bis jetzt nichts getan, um den Grundstücksverkehr zu erleichtern. Das ist Fakt.

Wenn Sie einen Blick in den Landesentwicklungsplan werfen, dann erkennen Sie, dass Sie dem Wohnungsmarkt weiterhin notwendige Flächen verweigern und damit auch die Grundstückspreise als Kostentreiber im Wohnungsbau an dieser Stelle weiter anheizen.

Meine Damen und Herren, das einzige Mittel der Landesregierung, das Ihnen noch bleibt, das Sie bespielen, ist die Umverteilung von Fördermitteln. Das sind Fördermittel vorwiegend des Bundes. Damit kompensieren Sie, dass Sie Ihre anderen Untätigkeiten hier an den Tag legen. Damit bleiben die Baupolitik und die Wohnungsbaupolitik im besten Fall auf der Stelle stehen.

(Zuruf von Jochen Ott [SPD])

Die notwendige Anpassung von Förderrichtlinien wird hier schon als Erfolg gefeiert. Die Förderung der Akteure am Wohnungsmarkt haben Sie eben erwähnt. Den Akteuren bleibt gar nichts anderes übrig. Sie können sich ja keine andere Landesregierung

aussuchen, sondern müssen mit dieser Landesregierung zusammenarbeiten. Ihre Bedürfnisse bleiben außen vor.

Ich verweise auf die modernen Forderungen, die wir haben. Das gilt ja immer für bestimmte Wohnformen in bestimmten Kreisen. Ich nehme eine Forderung raus, nämlich das Wohnen für kinderreiche Familien. Es taucht bei Ihnen von vorne bis hinten nirgendwo auf. Dazu, wo Sie für kinderreiche Familien preiswerten Wohnraum schaffen wollen, sagen Sie nichts. Da bleiben Sie jede Antwort schuldig. Das ist in keinem Fall sozial.

(Beifall von der CDU)

Meine Damen und Herren, die CDU hat im Oktober letzten Jahres im Antrag „Neue Impulse für den Wohnungsbau in Nordrhein-Westfalen“ zahlreiche Vorschläge unterbreitet. Sie haben sie rundweg abgelehnt.

Ihre Aufforderungen an den Bund sind mittlerweile alles alte Lieder.

Sie sind auch auf das Zehnpunkteprogramm der Wohnungsbauoffensive des Bundes eingegangen. Was ist denn mit den Ergebnissen der Wohnungsbauoffensive NRW? Sie nennen die anderen Akteure am Markt. Aber wo ist denn Ihr Beitrag in dieser Wohnungsbauoffensive als Landesregierung gewesen? Ich glaube, ich habe genug Punkte aufgezählt, an denen Sie sehen können, dass Ihr Beitrag dort gering ist.

(Jochen Ott [SPD]: Das war schwach!)

Meine Damen und Herren, ich komme zum Fazit: Die Regierung Kraft verursacht durch ihre Untätigkeit, dass die Mieten in NRW steigen werden. Sie verursachen, dass nicht genügend in den Wohnraum investiert wird.

(Jochen Ott [SPD]: Wie macht man einen Wahlkampf?)

Sie werden es in dem jetzigen Tempo auf keinen Fall hinbekommen, die zusätzlichen 80.000 bis 120.000 Wohnungen, die Sie selbst postuliert haben, zu schaffen.

Damit sind wir hier auf einem wichtigen Feld der Politik genauso dabei, den Anschluss zu verlieren, wie in den anderen Politikfeldern, die bereits heute hier in diesem Haus diskutiert worden sind.

(Jochen Ott [SPD]: Das hätten Sie gern! Ärgerlich, dass es da nicht so ist!)

Die Zeche dafür – lassen Sie, Herr Ott, sich das als Sozialdemokrat einmal sagen – zahlen die kleinen Leute, die kleinen Mieter. Die werden die höheren Mieten bezahlen, weil Sie das hier nicht gemanagt bekommen.

(Jochen Ott [SPD]: Weil Sie die Wohnungspolitik verpennt haben, zahlen sie das! Deshalb!)

Sie sind die Regierung der Mieterhöhungen und des zu knappen Wohnraums. An dieser Feststellung kommen Sie nicht vorbei. – Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall von der CDU – Jochen Ott [SPD]: Sie haben mit Ihrer Wohnungspolitik das Problem erst verursacht! Sie und kein anderer!)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Hausmann. – Als nächster Redner spricht für die FDP-Fraktion Herr Kollege Ellerbrock.

Holger Ellerbrock (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Hausmann, herzlichen Glückwunsch! Die Zwischenrufe zeigen: Getroffener Hund bellt. Das war ein guter Erfolg von Ihnen.

(Beifall von der FDP – Jochen Ott [SPD]: Langweiliger Debattenbeitrag!)

Meine Damen und Herren, die Vorstellungen der sozialen Wohnraumförderung auf Bundesebene hat das Institut der deutschen Wirtschaft sehr treffend kommentiert:

„Am Kern des Problems vorbei“

(Zuruf von Norwich Rübe [GRÜNE] – Jochen Ott [SPD]: Das Institut der deutschen Wirtschaft! Was die alles schon beraten haben!)

Das hätte ich nicht kürzer und treffender sagen können.

Meine Damen und Herren, wir sind uns doch einig, was wir brauchen. Wir brauchen eine Wohnungsbauoffensive,

(Zuruf von Norwich Rübe [GRÜNE])

und wir müssen Wohnungen deutlich preiswerter bereitstellen. Da haben wir völlig unterschiedliche Lösungsansätze. Das ist völlig klar und deutlich.

Sie setzen vor allen Dingen auf große Wohnungsbaugesellschaften. Sie wollen mehr Geld ins System pumpen.

Dem setzen wir etwas anderes entgegen. Erstens setzen wir auch auf die, die 75 % der Wohnungen vermieten. Das sind nämlich die kleinen Vermieter und die Privatvermieter. Zweitens sagen wir: Wir wollen schnell Bauland mobilisieren und bereitstellen, und wir wollen zu Vereinfachungen im Wohnungsbau kommen, damit es auch rasch zu möglichst preiswertem Wohnungsbau kommen kann. – Das sind die unterschiedlichen Ansätze.

(Beifall von der FDP – Jochen Ott [SPD]: Wo da der Unterschied ist, will ich einmal wissen!)

Meine Damen und Herren, der Antrag von SPD und Grünen ist eigentlich nur eine Umformulierung des Kabinettsbeschlusses vom 9. März 2016. Darin steht nichts Neues.

An einer Stelle wird es konkreter: Gib mehr Geld ins System; viel hilft viel. – Meine Damen und Herren, wir reden im Ausschuss ja auch darüber, dass wir damals in unserer Wohnungsbaupolitik mit 1 Milliarde € wesentlich mehr schaffen konnten als Sie. Das waren Zeiten, in denen die Zinsen hoch waren. Jetzt sind wir aber in einer Niedrigzinsphase.

(Zuruf von Jochen Ott [SPD])

Es ist doch nicht so, dass bei dieser Niedrigzinspolitik kein Kapital vorhanden wäre. Das ist doch etwas ganz anderes. Es ist genug Liquidität da. Jetzt gilt es, diese Liquidität für den Wohnungsbau verfügbar zu machen. Das muss unser Ziel sein.

(Beifall von der FDP – Zuruf von Jochen Ott [SPD])

Das heißt letztendlich auch für die Förderkonditionen: Die Förderung dürfen nicht nur vorzugsweise große Unternehmen nutzen können, sondern sie muss so ausgestaltet werden, dass die privaten und die kleinen Vermieter auch daran teilhaben.

(Beifall von der FDP – Jochen Ott [SPD]: Das machen wir ja!)

In den Sitzungen bei der NRW.BANK wird immer wieder gesagt, das sei alles einfach. Zumindest wird es draußen vor Ort nicht allzu einfach wahrgenommen. Es wird überall gesagt, das sei kompliziert. Dann gehe ich nicht in diese Bindungsfrist hinein.

(Jochen Ott [SPD]: Kompliziert war einmal! Gehen Sie eventuell einmal vor Ort!)

– Ach, Herr Kollege! Bei Ihnen hören wir doch auch zu. Sie können hier doch einmal etwas völlig Neues einführen, nämlich einfach einmal zuzuhören. Das wäre etwas völlig Neues für Sie.

(Beifall von der FDP – Jochen Ott [SPD]: Es ist aber falsch, was Sie sagen!)

Wir sollten die Privaten einbeziehen. 75 % der Wohnungen, die hier vermietet werden, sind in ihrer Hand. Sie müssen wir gewinnen.

Meine Damen und Herren, wir müssen nicht an den Symptomen herumdoktern, sondern wir müssen schauen: Wie können wir Kostenfaktoren des Wohnungsbaus in den Griff bekommen?

Eine nüchterne Feststellung in der Wohnungsbau-studie der „Arbeitsgemeinschaft für zeitgemäßes Bauen“ lautet: 40 % der Preissteigerungen sind durch uns selbst, durch die öffentliche Hand, hervorgerufen.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Standardabsenkungen!)

Das sind die Anforderungen nicht nur der EnEV, sondern insgesamt in Bezug auf Energieeffizienz, Barrierefreiheit, Brand- und Schallschutz, Sturm- und Erdbebensicherheit sowie – vergessen wir es nicht – Grunderwerbsteuererhöhungen, Grundsteuererhöhungen und erhöhte Anforderungen hinsichtlich der Erschließung. Dieses Handlungsfeld müssen wir in den Blick nehmen.

(Jochen Ott [SPD]: Grundsteuer ist für Schwarz-Gelb interessant!)

– Ach, Herr Kollege! Hören Sie doch einfach einmal zu. Oder gehen Sie zum Friseur. Dann hört der zu, was Sie sagen. Meine Herren!

(Jochen Ott [SPD]: Den brauche ich nicht mehr!)

Mehr soziale Wohnraumförderung, Mietpreisbremse, Kappungsgrenzen, Manipulationen beim Mietpreisvergleichsspiegel – das alles sind doch Dinge, die verschrecken. Neiddebatten – das führt zu weit. Wenn daraus Investitionshemmnisse entstehen, kann das nicht richtig sein.

Durch mehr Geld im Markt wird keine einzige Wohnung mehr gebaut. Das ist momentan die Situation. Es ist inzwischen lukrativer geworden, Bauland nicht zu bebauen,

(Jochen Ott [SPD]: Preiswerter Wohnungsbau!)

als dass wir es bebauen würden. Daran müssen wir herangehen.

(Zuruf von Minister Michael Groschek)

Wir müssen durchaus nach dem Motto „innen vor außen“ vorgehen. Jawohl, da müssen wir die TA Lärm ändern. Im Rahmen von urbanem Bauen sind das durchaus positive Ansätze. Aber wir müssen uns bemühen, dass wir es wieder verfügbar machen.

Das bedeutet auch, dass wir von der Mietpreisbremse herunterkommen, die jetzt in 22 Kommunen angewandt wird. Es gibt eine Untersuchung, die zeigt, dass beispielsweise in Düsseldorf und Köln im zweiten Halbjahr 2015 Mietpreissteigerungen von 4 bis 5 % erfolgt sind. Also hat selbst die Mietpreisbremse hier nichts gebracht. Ihr aktiver Eingriff mit der Mietpreisbremse in das Marktgeschehen – ich habe noch gelernt: Angebot und Nachfrage bestimmen den Preis – ist wirkungslos geblieben.

(Jochen Ott [SPD]: Weil es nur ein Instrument ist!)

Die Mietpreisbremse ist Ihr ganzer Stolz. Sie ist aber wirkungslos.

Wir müssen auch ehrlicherweise sagen – der Kollege Ott wählt auch gerne eine etwas blumige Darstellung –:

(Zuruf von Norwich Rüße [GRÜNE])

Sie haben letztendlich ein Täuschungsmanöver vorgenommen, das nichts bewirkt hat und letztendlich kontraproduktiv war.

(Jochen Ott [SPD]: Völlig falsch!)

Es wird aber noch besser. In Berlin wird ja auf dem Weg noch fortgeschritten. Da versucht man, den Beurteilungszeitraum für den Mietpreisvergleichsspiegel von vier Jahren auf acht Jahre zu verlängern. Auch das ist investitionsfeindlich. Sie versuchen sogar noch, den Ansatz der Modernisierungskosten von 11 auf 8 % herunterzusetzen. Wer von den Privaten soll dann noch investieren?

Kollege Ott hat offen davon geträumt und hat eben gesagt: Wir müssten wieder eine LEG, ein staatliches Wohnungsbauunternehmen, haben. – Es war zur damaligen Zeit hoch defizitär. Wir haben es mit einer besseren Sozialklausel, als die SPD sie damals je im Kopf hatte, verkauft. Wir waren immer besser gewesen.

(Jochen Ott [SPD]: Grober Unfug! Die Folgen haben viele Mieter spüren müssen! Das wissen Sie!)

– Herr Ott, Lautstärke ersetzt keinen Inhalt.

(Jochen Ott [SPD]: Ihr Geschwaller auch nicht!)

Aber in Lautstärke sind Sie gut.

(Beifall von der FDP)

Das muss man hier deutlich sagen: Die LEG ist heute ein Unternehmen am Markt, hoch sozial verantwortlich und allseits anerkannt. Aber Kollege Ott hat die Privaten vergessen, die 75 % der Wohnungen bereitstellen.

(Jochen Ott [SPD]: Vollkommen falsch!)

Das hat er vergessen. Er träumt von einem VEB Wohnungswirtschaft. Planwirtschaft lässt wieder sein!

(Beifall von der FDP – Jochen Ott [SPD]: Ja, selbstverständlich! Jawohl!)

Er hat eben hier gesagt: Was könnten wir nicht alles machen, wenn wir eine staatliche Wohnungsbau-gesellschaft hätten!

(Jochen Ott [SPD]: Alles Unsinn!)

Nein, das kann nicht richtig sein.

Wir fragen: Was können wir dagegen tun? Der Minister hat eben einen Masterplan zur Lichtung des Planungsdschungels dargestellt.

(Jochen Ott [SPD]: Das ist einfach bescheuert! Auch durch Wiederholung wird es nicht besser! Das ist einfach bescheuert!)

Herr Minister, voll d'accord! Machen wir es weiter. Machen wir einen Masterplan zur Lichtung des Baunormendschungels! Mehr als 3.300 Normen haben wir am Markt, die zu beachten sind. An die müssen wir vielleicht auch herangehen, um da zu einer größeren Flexibilisierung zu kommen.

Wir müssen Ja sagen zu einer festen Bearbeitungsfrist von Bauanträgen, die genehmigt sind,

(Beifall von der FDP)

wenn innerhalb der Zeit nicht entschieden worden ist. Wir müssen auch sagen: Ja zum Eigentumserwerb! Denn Eigentumserwerb bedeutet ja nicht nur Monokapitalismus. Das ist der Stolz einer Familie, der Familie eine Heimat bieten zu können.

(Beifall von der FDP)

Es ist erwähnt worden, dass Rot-Grün sagt, der Wertekanon hätte sich geändert: weg vom Eigentum. – Ja, er hat sich geändert unter Rot-Grün. Wir von Schwarz-Gelb und ich als Gelber sagen eindeutig Ja zum Eigentum, Ja zur privaten Vorsorge, Ja zur Wohnung vor Ort als Alterssicherung, Ja zu einem vernünftigen Wohnungsbau. Dazu sagen wir Ja. Wir sagen Nein zu Ihrem Antrag.

(Beifall von der FDP – Norwich Rüße [GRÜNE]: Gott sei Dank!)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Ellerbrock. – Für die Piratenfraktion spricht Herr Bayer.

Oliver Bayer (PIRATEN): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Mitbewohner in Nordrhein-Westfalen! Vor uns liegt ein weiteres Beispiel eines Oppositionsantrages, der von einer regierungstragenden Fraktion gestellt wurde. Darum müssen wir uns also mit dem Antrag auseinandersetzen. Was bringt er uns? Das tl;dr lautet traurig, aber kurz: nichts.

Daher ein Fachdebattenbeitrag zum Antrag: Der Antrag versucht vor allem, die viel zu lange Trägheit der Landesregierung zu entschuldigen. Immerhin passiert ganz langsam etwas, auch wenn noch mehr und anderes passieren müsste.

Ja, der Druck auf die Wohnungsmärkte setzt gerade auf lokaler Ebene alle Beteiligten unter Zugzwang. Aber nur wer früher an die Heiligkeit von Zahlenspielerien geglaubt hat, kann davon überrascht sein. Gestern noch wurde den Ruhrgebietsstädten ein baldiges Ende prophezeit. So wie damals in Großbritannien in dunkelsten Blair-Zeiten die Losung im Raum stand „Close Liverpool down“, wurde von der damaligen rot-grünen Bundesregierung die Raumordnung

waidwund geschossen. Es wurde die Stärkung der Kerne propagiert. Es wurde das politische Ziel der gleichwertigen Lebensverhältnisse geopfert zugunsten einer vermeintlichen Mobilisierung von Produktivitätskräften.

Das hört sich kompliziert an, ist es aber gar nicht. Während der Schröder/Fischer-Regierung wurden die raumordnungspolitischen Grundlagen dafür gelegt, dass das Leben auf dem Land massiv an Attraktivität verloren hat. Der Verlust von Infrastruktur ist nämlich mitnichten ein Ergebnis des sogenannten demografischen Wandels, den uns Vizekanzler Müntefering fürchten gelehrt hat. Der Verlust von Infrastruktur ist vor allem das Ergebnis einer von Rot-Grün konsequenter als von der schwarz-gelben Regierung betriebenen Spar- und Privatisierungspolitik, einer Politik, die bereit war, sich den Prozessen und Bedingungen eines sich wild gerierenden Marktes unterzuordnen. Und heute wundert man sich dann über heiß laufende Wohnungsmärkte in den Zentren.

Dann muss ganz schnell eine neue Sau durchs Dorf gejagt werden und die hört heute auf den köstlichen Namen „Schwarmverhalten“. Der Schwarm ist schuld. Aber hat jetzt die Politik gar nichts damit zu tun? Repariert etwa die Politik in aller Unschuld nur die unangenehmen Effekte der anderswo und irgendwie anders verursachten Entwicklung? Diesen Eindruck kann man beim Lesen des Antrags in der Tat gewinnen. Aber es ist falsch und vor allem feige.

Also, wenn sich Politik zur Reparaturkolonne von Entwicklungen macht, auf die sie selbst wohl irgendwie keinen Einfluss nimmt, dann können wir eigentlich nur noch hinterherrennen.

Bleiben wir mal kurz bei dem momentan sehr beliebten Begriff des Schwarmverhaltens bzw. der Schwarmstädte, der ja auch im Prosatext des Antrags steht! Dazu ist zu sagen, dass die empirische Basis sehr dünn ist und keineswegs ausreicht, um darauf Politik aufzubauen. Mit dem außerordentlich vielfältigen und keineswegs widerspruchsfreien Begriff verzerren wir Wirklichkeit. Politik ist nämlich nicht nur Opfer einer Bewegung von außen. Politik ist Verursacher dieser Bewegung.

Nehmen wir die wenigen Befunde zum Schwarmverhalten aber mal kurz zur Kenntnis! Mit den Zahlen von Empirikern lernen wir, dass unter den 30 Städten mit den größten Wachstumstendenzen und dem ausgeprägtesten Schwarmverhalten, also den Schwarmstädten in Deutschland, nur vier in NRW auftauchen, nämlich auf den Plätzen elf, zwölf und 13 sind das Düsseldorf, Münster und Köln, und auf Platz 22 folgt Bonn. Die anderen großen Städte in Nordrhein-Westfalen sind keine Schwarmstädte. Im Gegenteil, sie sind bezogen auf die Kernschwarmgruppe, nämlich 20- bis 34-Jährige, nach wie vor schlecht aufgestellt.

(Gordan Dudas [SPD]: Ich komme ins Schwärmen!)

– Der „Schwarm“ steht bei Ihnen im Antrag. Glauben Sie mir, das Wort „Schwarmverhalten“ habe ich als Pirat natürlich auch an anderer Stelle schon in vielen Formen und zu vielen Anlässen gehört. Dabei will ich es mal versuchsweise ernst nehmen und dies in der gebotenen Konsequenz tun.

Aus dem Befundpapier von Empirikern: Die Politik des Bundes und der Länder sollte dieser demografischen Spaltung des Landes entgegenwirken. Derzeit liegt der Fokus viel zu stark auf den Schwarmstädten und verstärkt damit das Schwarmverhalten. Eine entsprechende schwarmverstärkende Wirkung hat grundsätzlich auch jede wie auch immer ausformulierte Förderung des Neubaus, soweit dieser über die in den Schwarmstädten selbst entstehende Wohnungsnachfrage hinausgeht.

Die grundlegende Strategie des Bundes und der Länder muss es jetzt vielmehr sein, in den ausblutenden Regionen lebendige Zentren zu erhalten, die der gewachsenen Bedeutung der Wohnattraktivität gerecht werden. Auf diese ist die Aufmerksamkeit zu fokussieren, sind Fördermittel zu konzentrieren und öffentliche wie private Investitionen zu lenken, sodass dort die hinreichende Dichte an jungen Menschen und Angeboten entsteht.

Von dieser regional ausgleichenden Politik ist unsere Landesregierung allerdings Lichtjahre entfernt. Ihr fällt tatsächlich nichts Besseres ein, als dem Markt sozusagen hinterherzuhecheln.

Aber gut, es bleibt trotzdem wahr. Viele unserer Städte wachsen wieder. Weil dieser Wachstumsdruck zumindest kurz- und mittelfristig nicht wegzubekommen ist, muss man auch politisch darauf reagieren.

An dieser Stelle sind wir natürlich bei den Antragstellern. Herrn Ellerbrock fällt dazu nur ein, über die Mietpreisbremse herzuziehen und den Eigentumserwerb zu referieren. Gestiegene Grunderwerbsteuern, hohe und weiterhin steigende Grundsteuern sowie Kostensteigerungen im Wohnungsbau wirken auch nicht gerade als Impuls für mehr Wohnungsbau.

Wir sehen, aktuell tut die Landesregierung ihr Möglichstes. Das sei jetzt ausdrücklich betont. Auch ist zu bemerken, dass Nordrhein-Westfalen mit seiner Wohnungsmarktpolitik anderen Bundesländern durchaus voraus ist. Man blickt manchmal auch mit einem bisschen Neid auf die Wohnungspolitik in Nordrhein-Westfalen. Das kommt außerhalb der Wohnungspolitik selten genug vor.

Aber auch wenn die Landesregierung einige richtige Entscheidungen getroffen hat, auch wenn es unter den gegebenen Verwertungsbedingungen mit niedrigen Zinsen und steigenden Mieten, also unter Marktbedingungen, außerordentlich schwierig ist, Geld zu

Mietpreisbindungen zu tauschen, so muss sich die Landesregierung doch sagen lassen, dass sie an dieser Stelle zu sehr auf private Akteure setzt und mit viel zu wenigen Instrumenten zu regeln versucht, wo eigentlich starke öffentliche Akteure nötig sind.

Ich nehme zur Kenntnis, dass durchaus eben in Worten angesprochen wurde, dass man das ändern möchte. Leider wird nicht gehandelt. Die privaten Vermieter, die übrigens gestern noch gescholtene internationale Großvermieter waren, sind nämlich in Goldgräberstimmung. Angesichts enger Wohnungsmärkte sind plötzlich auch solche Wohnungen marktgängig, die gestern noch die Bilanz vermiest.

Dass diese Wohnungsunternehmen vom Minister auch noch hofiert werden, ist einerseits vor dem Hintergrund der wohnungspolitischen Not verständlich, andererseits aber auch ein Offenbarungseid einer sich von solchen Privatinteressen eigentlich emanzipierenden Wohnungspolitik.

Im Antrag steht darüber nichts. Darüber ist aber auch dringend zu reden. Die Handlungsempfehlungen der Enquetekommission „Wohnungswirtschaftlicher Wandel“ liegen vor. Einige davon könnten jetzt aktiviert werden. Das denkbare Spektrum probater politischer Initiativen reicht von einer neuen Wohnungsgemeinnützigkeit über eine Landeswohnungsgesellschaft, von der Reduzierung der Umlagefähigkeit und von Modernisierung und energetischen Ertüchtigungsmaßnahmen bis hin zur Weiterentwicklung der Grundsteuer zu einer Flächenverbrauchssteuer und viel weiter.

Politik muss – wie immer – an dieser Stelle nur wollen. Will die Landesregierung? Die Frage richte ich jetzt an Herrn Groschek. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Danke, Herr Kollege Bayer. – Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Groschek das Wort.

Michael Groschek, Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Ich beginne einmal mit dem offensichtlichen Unterschreiten des Niveaus eines Pappschildes. Herr Hausmann, das, was Sie hier als Verleumdungsrhetorik gegenüber der Ministerpräsidentin vorgetragen haben, ist kaum noch zu unterbieten. Das war auf einem Niveau, das man sich noch nicht einmal in der heißen Wahlkampfphase wünscht.

(Beifall von der SPD)

In der Wohnungsbaupolitik ist dramatisch, dass Ihre plumpe Verleumdung auch das Bündnis für Wohnen trifft und damit Haus und Grund, die wohnungswirt-

schaftlichen Verbände, die Förderbank und die Architektenkammer. Dass Sie sich auf ein solches Niveau herablassen, spricht Bände.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Herr Klocke hat zu Recht beschrieben, was auf uns zukommt. Wir wissen, wo die Schwerpunkte von Wohnungsbaudruck entstehen. Wir wissen, dass Klimawandel in Nordrhein-Westfalen getötet hat. Zwei Tote in Münster sind Beispiele dafür, dass Klimawandel längst keine Fiktion mehr ist, sondern Realität auch in unserem Land.

Deshalb ist es verständlich, wenn wir Konflikte über Flächennutzung haben. Diese Konflikte können wir eben nicht mit einem Machtwort lösen; denn unser aller Söhne und Enkelkinder sind längst alle dem Prinzip „Wolf und Wald wählen“ anheimgefallen. Deshalb müssen wir mehr Dialektik und argumentative Kraft aufwenden, um dafür zu sorgen, dass Konflikte minimiert werden können, ohne dass man sie wegharmonisieren kann.

Bei diesen Flächenkonflikten sind zwei Prinzipien einzupflegen:

Das eine Prinzip ist, wir müssen höher bauen. Ich kenne die reflexartigen Hinweise auf Chorweiler, Wulfen, das Märkische Viertel Berlin und die Neue Heimat pauschal. Das würde niemand mehr neu bauen. Aber es gibt inzwischen Formate, die klug und intelligent in der Vertikalen Probleme lösen, die wir ansonsten nur mit enormen Flächenverbräuchen lösen könnten. Deshalb werden wir in diesem Jahr eine Sommerakademie zum Bauen in der Vertikalen mit der Fachhochschule Düsseldorf und anderen Akteuren durchführen, die eben keine Renditejäger und -tiger sind, sondern die eine soziale Rendite verwirklichen wollen und glauben, das in der Vertikalen möglich machen zu können. Es geht also nicht darum, zu denunzieren, sondern darum, offen miteinander zu diskutieren.

(Beifall von der SPD)

Zweiter Punkt: Wir müssen weiter bauen, das heißt regional bauen. Wir haben längst die Städte identifiziert, die das Prinzip Schermbeck auf die Spitze getrieben haben: möglichst keinen sozialen Wohnungsbau und keinen sozialen Sprengstoff. – Es gibt Städte im Speckgürtel von Düsseldorf, die stolz darauf sind, dass sie zehn Jahre lang nichts anderes als Eigentumsförderung bei Bebauungsplänen gemacht haben.

(Jochen Ott [SPD]: Pfui!)

Das ist unsoziales Verhalten. Damit muss Schluss sein.

(Beifall von der SPD – Jochen Ott [SPD]: So ist es!)

Wir brauchen den Speckgürtel auch als Baulandperspektive für die Schwarmstädte. Da gehen wir dran. Es gibt Bewegung, die ganz erstaunlich ist. Niemand will inzwischen als jemand geoutet werden, der sich der neuen Wohnungsbaunotwendigkeit verweigert.

Letzte Bemerkung: Wir haben im Grunde genommen eine tolle Erfolgsstory geschrieben. Warum? Rot-Grün hat zunächst einmal die Nerven behalten. Wir sind in diesem schluchtartigen Zinstal nicht gleich in ein Jammertal verfallen, sondern haben gesagt, wir werden jetzt kein gutes Fördergeld an kontraproduktiven Stellen investieren.

(Jochen Ott [SPD]: So ist es!)

Wir werden keine Neubaugebiete für Einfamilienhäuser ausweisen, wo heute schon auf dem platten Land Einfamilienhäuser leer stehen und die Handwerker nicht wissen, wie sie in den Schlaf kommen sollen.

(Beifall von der SPD)

Dort haben Sie über Jahre hinweg Geld en masse vergeudet.

(Beifall von der SPD – Jochen Ott [SPD]: So ist es!)

Schluss mit diesem Quatsch! Prioritäten müssen da gesetzt werden, wo sie richtig und notwendig sind. Nachdem Rot-Grün die Nerven behalten und gesagt hat, wir stützen diesen Kurs, können wir jetzt die Ernte einfahren. Warum? Im Bündnis für Wohnen werden jetzt breit gestützt die richtigen Investitionsschwerpunkte gesetzt.

So erfolgreich, dass das Geld nicht reicht – das gab es seit Jahrzehnten nicht. Wir wollen und müssen den Kreditrahmen weit über 1 Milliarde € ausweiten. Dazu brauchen wir zusätzliches Bundesgeld. Wir haben die Verdoppelung der Bundesmittel am gleichen Tag eins zu eins in Investitionszuschüsse umgesetzt.

(Beifall von der SPD)

Kein anderes Bundesland war so fix und konsequent.

Deshalb sagen wir: Bevor der Bund zusätzliches Geld nutzt, um eigene Förderprogramme bei der KfW zu starten, sollte er uns, Hamburg und Bayern, den drei Vorreitern, Gelegenheit geben, das Geld als Kombigeld zu verwenden, damit unsere Darlehen weiter mit Tilgungsnachlässen aufgewertet werden können.

Diese Tilgungsnachlässe haben Sie verhöhnt und verspottet und als Bedrohung für die NRW.BANK dargestellt. Auch da waren Sie auf dem Holzweg.

(Beifall von der SPD – Zuruf von der SPD: So ist das!)

Befreien Sie sich von Ihrer Holzweglastigkeit! Dann werden Sie in Zukunft den Pfad der Tugend finden. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Minister. – Für die SPD-Fraktion erteile ich Frau Kollegin Philipp das Wort.

Sarah Philipp (SPD): Ganz herzlichen Dank. – Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In zweiter Runde zu sprechen, ist immer ein bisschen undankbar. Vieles ist schon gesagt worden, und der Minister hat schon vieles geradegerückt, was in der Debatte offensichtlich quergelaufen ist und welche Diskussionsbeiträge daneben gewesen sind. Aber der Antrag und das wichtige aktuelle Thema sind es wert, sich heute ausführlicher damit zu beschäftigen.

Ich will mit dem Kollegen Hausmann anfangen, der heute schon oft zitiert und rezitiert worden ist. Ich wollte in meiner Rede auch auf Ihre wirklich peinliche Pressemitteilung aus der vergangenen Woche Bezug nehmen, in der Sie sich auf unser Fachgespräch bezogen haben. Diese Pressemitteilung fand ich sehr schlimm. Das gilt auch für alles, was Sie dazu inhaltlich gesagt haben.

(Zuruf von Wilhelm Hausmann [CDU])

Viel schlimmer finde ich es aber, dass Sie heute alle falschen Behauptungen wiederholt haben, die Sie schon letzte Woche aufgestellt haben.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Ich will einige Punkte herausgreifen, damit noch mal alle hören, was Sie letzte Woche von sich gegeben haben. Mit Erlaubnis des Präsidenten zitiere ich aus der Pressemitteilung:

„Desaster der Regierung Kraft

...

Ministerpräsidentin Kraft ist der soziale Sprengstoff nicht bewusst, wenn die Warteschlangen vor dem verbliebenen erschwinglichen Wohnraum immer länger werden.“

Es tut mir leid, aber das habe ich einfach nicht verstanden. Ich weiß auch nicht, woher Sie das haben und wie Sie darauf kommen, dass unsere Wohnungspolitik zu sozialem Sprengstoff führt. Das ist mir wirklich nicht klar geworden. Sie ignorieren dabei völlig die Realität. Dass sich heute gerade die Christdemokraten als das soziale Gewissen auf dem Wohnungsmarkt aufspielen wollen, ist wirklich ein schlechter Witz, und das wird Ihnen in diesem Land niemand abnehmen.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Unser vorrangiges Ziel in der Wohnungspolitik ist und bleibt die Versorgung der Bevölkerung mit gutem und bezahlbarem Wohnraum. Wohnen für alle ist ganz wichtig.

Auch hier muss etwas geradegerückt werden: Es geht wirklich um guten und bezahlbaren Wohnraum für alle Bevölkerungsschichten. Fälschlicherweise wird immer behauptet, wir würden da erst im Zuge der Flüchtlingsentwicklung tätig werden. All das, was wir im Bereich Wohnungspolitik gemacht haben, haben wir schon vor vielen Jahren eingestellt, seit wir regieren, und die Flüchtlingsfrage hat das Ganze noch mal zugespitzt. Aber es geht um Wohnraum für alle; alle müssen bezahlbar und gut versorgt werden.

(Beifall von der SPD und Norwich Rüste
[GRÜNE])

Für uns ist Wohnen eben nicht nur, eine Bleibe zu haben, sondern wir wollen, wie es Kollege Ott schon richtig dargestellt hat, mit unserem Quartiersansatz die Heimat vor der Haustür, das gewohnte Lebensumfeld in den Wohnquartieren in Nordrhein-Westfalen insgesamt weiter stärken.

Dabei spielt die Städtebauförderung eine ganz entscheidende Rolle. Die ignorieren Sie in Ihren Darstellungen immer komplett; sie scheint Ihnen nicht so richtig zu gefallen. Aber Städtebauförderung spielt bei allem, was wir in der Wohnungspolitik machen, eine wichtige Rolle.

Deswegen haben wir unsere Aktivitäten, unsere Förderprogramme auf den Quartiersansatz und vor allen Dingen auch auf die präventive Politik in den Quartieren, in den Stadtteilen ausgerichtet, um gewisse Fehlentwicklungen, die es teilweise in den Städten und Kommunen gibt, frühzeitig zu verhindern und gute Lebensumstände zu ermöglichen. Dabei verstehen wir die Wohnungspolitik insgesamt als ganzheitliche Stadtentwicklungspolitik.

Es ist uns ein besonderes Anliegen, uns für sozial ausgewogene Stadtteile und insgesamt lebenswerte Quartiere einzusetzen. Wir setzen nicht zuletzt mit der Wohnraumförderung auf die Schaffung von sozial gemischten Wohnquartieren, um mit möglichst großer Vielfalt verschiedene Wohnangebote und verschiedene Wohnformen für alle anbieten zu können – auch für Menschen mit besonderem Unterstützungsbedarf.

Ich will auf die finanzielle Situation eingehen, auf die Finanzierung und auf das, was wir in den letzten Monaten umgesetzt haben. Unser Antrag beschreibt die aktuelle Faktenlage sehr gut. Darüber können auch Sie heute nicht einfach hinwegsehen, auch wenn Sie es versucht haben.

(Beifall von der SPD)

Wir können mit unserer Wohnungsbaupolitik bei der Bevölkerung punkten. Das mag Sie vielleicht ärgern,

das passt Ihnen nicht so gut, wie Ihre Wortbeiträge in der gesamten heutigen Debatte schon gezeigt haben. Aber es macht insgesamt deutlich, wir haben unsere Hausaufgaben in diesem Bereich gemacht.

Wir haben die gemeinsame Wohnungsbauoffensive für jährlich mindestens 120.000 neue Wohnungen in Nordrhein-Westfalen auf den Weg gebracht und nicht Sie. Wir haben die Kräfte im Bündnis für Wohnen zur Schaffung von neuem Wohnraum, aber auch zur Nutzung von leerstehendem, schon vorhandenem Wohnraum auf den Weg gebracht, und wir haben die Wohnraumförderung zu einem Erfolgsprogramm in Nordrhein-Westfalen entwickelt.

Dafür gibt es unisono von der gesamten Wohnungswirtschaft Lob. Kein Land steckt so viel in den sozialen Wohnungsbau wie Nordrhein-Westfalen. In Summe sind es bis zum Jahr 2017 mindestens 3,2 Milliarden €. Wir haben dort in den letzten Wochen und Monaten eine deutliche Trendwende hinbekommen, und das Förderergebnis konnte deutlich verbessert und über alle Programme hinweg gesteigert werden, und zwar nicht nur beim Abruf der Fördersummen, des Volumens, sondern auch bei den tatsächlich gebauten Wohneinheiten. In den letzten Wochen und Monaten konnte die Anzahl der Wohneinheiten im Vergleich zum Vorjahr sogar um 37 % gesteigert werden.

Wer da nicht von einer Trendwende spricht, wer das nicht zur Kenntnis nimmt, der hat einfach nicht richtig aufgepasst.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Trotz der schon angesprochenen historischen Niedrigzinsphase gibt es eine Belebung insbesondere im mietpreisgebundenen Wohnungsbau in Nordrhein-Westfalen. Diese Tatsache widerspricht völlig Ihrer gebetsmühlenartig wiederholten These, es werde im Wohnungsbau zu wenig getan. Ihre ständigen Wiederholungen machen es auch nicht besser. Auch darüber haben wir heute schon ausgiebig gesprochen.

Die Maßnahmen der Landesregierung wirken gerade da, wo es notwendig ist: in den Quartieren, in den Ballungsräumen, wo die Nachfrage am Wohnungsmarkt besonders groß ist.

Ich will gar nicht mehr groß auf Ihre Fehlförderung bei der Eigenheimförderung eingehen. Auch darüber haben wir heute schon gesprochen. Wir haben für bedarfsgerechte und attraktive Förderrichtlinien gesorgt. Wir übernehmen für das Land und seine Menschen die Verantwortung in der Wohnungsbau- und Städtebaupolitik.

Wichtig ist, dass die Finanzierungsgrundlagen jetzt weiter stetig an den aktuellen Bedarf angepasst werden. Da muss der Bund natürlich mitmachen. Wir haben aber heute schon gehört, dass dies der Fall ist.

Wir sind auch sehr zuversichtlich, dass wir als Land demnächst vom Bund noch mehr direkt für die soziale Wohnraumförderung bekommen werden.

Diese Herausforderung braucht ein Zusammenwirken aller Akteure auf dem Wohnungsmarkt. Wir – die Landesregierung bzw. der Minister – haben es sehr gut hinbekommen, alle an einen Tisch zu holen. Insbesondere der Bund muss jetzt noch reagieren und uns weiterhin unterstützen. Und die bereits beschlossenen Maßnahmen müssen konsequent umgesetzt werden. Dann bleiben wir hier in Nordrhein-Westfalen auf einem erfolgreichen Weg, und die Trendwende kann weiterhin positiv begleitet werden. – Ganz herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Frau Kollegin Philipp. – Für die CDU-Fraktion spricht Herr Kollege Schemmer.

Bernhard Schemmer (CDU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Hausmann hat ja gerade bei der Rede von Herrn Ott auf den Sozialistischen Weltkongress 1972 hingewiesen. Herr Groschek, Sie waren besser. Das war 1980, also etwas frischer. Die Jahreszahl 1980 zu erwähnen, ist aber auch etwas schwierig.

(Jochen Ott [SPD]: Sie waren bei allem dabei, das ist das Schöne!)

Dann gab es noch eine Anmerkung von Herrn Ott zum Thema LEG. Ich will das noch einmal in Erinnerung rufen: Im Jahr 2003 hatte die damalige rot-grüne Landesregierung einen Teilverkauf der LEG bereits in den Haushalt eingestellt. Da würde ich mal hineingucken. Im Übrigen wurde die LEG damals von ehemaligen Ministerialbeamten der rot-grünen Landesregierung geführt. Dass die Staatsanwaltschaft in den Jahren 2004 und 2005 Dauerbesucher bei der LEG war, ist offensichtlich verdrängt worden. Ich will es noch einmal in Erinnerung rufen.

Ich komme zum eigentlichen Antrag. Da wird verstärkt auf die Metropolregion Rhein-Ruhr mit den zwölf Millionen Einwohnern hingewiesen. Das mag ja richtig sein; aber offensichtlich interessieren Rot-Grün die anderen 5,7 Millionen Einwohner des Landes Nordrhein-Westfalen nicht.

Wir kommen zu dem Ergebnis – dazu kommen Sie ja im Prinzip auch –, dass wir kurzfristig allein wegen der Flüchtlinge einen Neubaubedarf von rund 120.000 Wohnungen – jährlich sind das so etwa 40.000 – haben werden. Bei 280.000 Wohnungen, die wir generell brauchen – ich will das auch auf vier Jahre verteilen –, geht es derzeit – auch da haben wir sogar ein und dieselbe Meinung – um etwa 120.000 neue Wohnungen, die wir in Nordrhein-Westfalen jährlich brauchen. Das ist wesentlich

mehr; es ist fast das Dreifache von dem, was im Jahr 2015 gebaut worden ist. Darauf komme ich aber gleich noch einmal zurück.

Ich muss erst einmal die Frage stellen: Wer soll eigentlich die Wohnungen bauen? Ich gucke einmal in den Abschlussbericht der Enquetekommission „Wohnungswirtschaftlicher Wandel“. Wen haben wir da als Akteure? Wir haben im Wohnungsbau die Akteure, die für sich selber bauen bzw. Eigentum erwerben. Die werden bei Rot-Grün ausgeblendet. Man hat sie nicht im Visier. Fast 40 % der Wohnungen werden von den Kleinakteuren gebaut. Auch die hat man weniger im Visier.

(Jochen Ott [SPD]: Stimmt doch nicht!)

Von den verbleibenden 22 % entfallen nur 15 % auf die großen privatwirtschaftlichen bzw. gewerblichen Betriebe. Dabei handelt es sich zum Beispiel um solche wie die Vonovia Kurzum: Die werden es auch nicht machen.

Sie sprechen in Ihrem Antrag davon – gerade hat Frau Philipp das auch noch einmal vorgetragen –, dass die Förderung in 2015 gegenüber 2014 um 37 % gestiegen sei. In aller Klarheit sage ich Ihnen – das habe ich aber schon einmal getan – jetzt: Das erinnert mich an die Produktionsschlachten in der DDR. Karl-Eduard von Schnitzler hatte auch in jedem Jahr 37 % mehr als im Jahr zuvor.

Gucken wir uns einmal die realen Zahlen an: Rot-Grün hat im Jahre 2004 16.000 Wohnungen gefördert. Schwarz-Gelb förderte im Jahr 2009 14.300 Wohnungen. Jetzt kommen wir zu den Leistungsträgern Rot-Grün heute: Im Jahre 2013 gab es eine Wohnraumförderung von Rot-Grün, die insgesamt 4.200 Wohnungen umfasste. 2014 waren es 4.500 Wohnungen. 2015 gab es eine Wohnraumförderung – mit viel Tilgungsnachlässen; darauf komme ich auch gleich noch einmal – von 5.900 Wohnungen.

(Jochen Ott [SPD]: Jetzt die Zinssätze!)

Kurzum: Die Förderung von 2013, 2014 und 2015 war zusammen genommen gerade einmal so hoch, wie Ihre Förderung im Jahr 2004 war. Das ist die Faktenlage. Wenn Sie etwas anderes behaupten, können wir dazu eine kleine Wette machen, ob dem so war und so ist.

(Jochen Ott [SPD]: Aber gegen Wettbetrug zieht die CDU gerade zu Felde!)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Herr Kollege Schemmer.

Bernhard Schemmer (CDU): Die eigenen Daten der NRW.BANK ...

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Herr Kollege Schemmer, hallo!

Bernhard Schemmer (CDU): Ja.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Würden Sie eine Zwischenfrage von Herrn Kollegen Ellerbrock zulassen?

(Zurufe von der SPD: Ah!)

Bernhard Schemmer (CDU): Selbstverständlich.

Holger Ellerbrock (FDP): Herr Kollege Schemmer, in der Diskussion mit der linken Seite des Hauses ist etwas untergegangen. Habe ich Sie richtig verstanden, dass Schwarz-Gelb 2007 und 2009 in einem Jahr das gefördert hat, was Rot-Grün in den Jahren 2013, 2014 und 2015 förderte? War das die Kernaussage?

(Beifall von der FDP und der CDU)

Bernhard Schemmer (CDU): Herr Ellerbrock, ganz kurz: In den Jahren 2004 – das gilt auch für 2009 und 2010 – wurde mehr bzw. genauso viel in einem Jahr gefördert wie in den Jahren 2013, 2014 und 2015 zusammen, wobei ich noch darauf hinweisen möchte, dass es 2009 eine Mietwohnungsbauförderung gab, die um über 1.000 Mietwohnungen höher lag als die im Jahr 2015 unter Rot-Grün. Ich sage das, damit das einmal klar ist

(Beifall von der CDU)

und es nicht mit dem Verdrehen der Fakten so bleibt. Kurzum: Beim Wohnungsneubau in Deutschland liegt Nordrhein-Westfalen um 20 % unter dem Bundesdurchschnitt.

Kurzum: Wenn wir nicht zu einer anderen Wohnraumförderung gelangen, werden wir die Dinge des Lebens nicht geregelt bekommen. Wir brauchen eine neue AfA darüber. Sie ist viel wichtiger als die Frage der sozialen Wohnraumförderung, denn das Mengenproblem mit den 120.000 Wohnungen muss gelöst werden.

Das Wichtigste ist Eigentum auch in Arbeitnehmerhand, aber die haben Sie noch nie interessiert.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Hey, Demagoge!)

Zum Thema „Planungsrecht“, Sie haben es eben beim Bereich des Straßenbaus angesprochen: Ich kann nur sagen, dass das Planungsrecht im gesamten Wohnungsbaubereich derart kompliziert geworden ist, weshalb auch die Bebauungspläne nicht fertig werden. Ob das Verbandsklagerecht

diesbezüglich dienlich war, kann man auch mehr als hinterfragen.

Wir haben fast eine Verdoppelung der Grunderwerbssteuer. Kurzum: Wir sind in einer Situation, dass es kaum weitergeht. Zudem werden Grundstücke bei der derzeitigen Niedrigzinsphase auch nicht verkauft. Wenn ich für mein Geld keine Zinsen erhalte, aber gleichzeitig die Grundstücke, die dort unbebaut liegen, um 3 %, 4 %, 5b% 6 % jährlich mehr wert werden, muss man sich nicht wundern, dass sie nicht auf den Markt kommen. Man muss auch etwas für die Psychologie tun – die Mietpreisbremse, die Kündigungssperrfristenverordnung, die Kappungsgrenzen,

(Zuruf von der SPD: Was soll die Mietpreisbremse daran ändern?)

alles, was gegen die Eigentümer wirkt.

In einem Brief dieser Tage aus meinem Wahlkreis wird sich über die Änderung des § 246 Baugesetzbuch – nur für drei Jahre – beschwert. Danach werden für drei Jahre Behelfseinrichtungen gebaut, die aber nach neuer Interpretation, nach neuem Erlass aus Ihrem Hause nicht wenigstens sechs Jahre genutzt werden können, damit sie sich halbwegs rentieren. Das zeigt, dass diese Landesregierung für Wohnungsbauer gar nichts übrig hat.

(Beifall von der CDU – Jochen Ott [SPD]: Frag doch mal die Maus!)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Schemmer. – Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Die antragstellenden Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben direkte Abstimmung beantragt.

(Jochen Ott [SPD]: Der Minister hat sich gemeldet!)

– Hier lag keine Wortmeldung vor, er hat vielleicht einen fröhlichen Hinweis gegeben. – Gut. Wir befinden uns in der Abstimmung. Die antragstellenden Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben direkte Abstimmung über die Drucksache 16/11704 beantragt, zu der wir jetzt kommen. Wer möchte dem Antrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen zustimmen? – Wer stimmt dagegen? – Wer Enthalt sich der Stimme? – Damit stelle ich fest, dass der **Antrag Drucksache 16/11704** mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP bei Enthaltung der Piraten **angenommen** ist.

Ich rufe auf:

4 Auch betriebliche Kindertageseinrichtungen sind förderungswürdig!

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/11700 – Neudruck

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die antragstellende FDP-Fraktion als erstem Redner Herrn Kollegen Hafke das Wort. Bitte.

Marcel Hafke (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zu den familienpolitischen Klassikern in diesem Haus gehört das Thema „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“. Dazu haben wir schon einiges gehört, allerdings eigentlich immer nur das Gleiche: wichtiges Thema, haben wir auf dem Schirm, machen wir.

Woran liegt es, dass wir dazu in der Vergangenheit eigentlich immer das gleiche gehört haben? – Es gibt keinen Fortschritt. Politik der Ankündigungen. Das war unter Ihrer Vorgängerin so, Frau Ministerin – Sie ist noch nicht da –, und das haben Sie an dieser Stelle auch übernommen. Es mag sein, dass das nicht immer alles von heute auf morgen zu ändern ist – das gestehen wir den regierungstragenden Fraktionen natürlich zu –, aber umso wichtiger wäre es, anzupacken, was man anpacken kann. Wenn mittlerweile seit sechs Jahren in diesem Land regiert wird, dann darf man als Opposition auch einmal ungeduldig werden und etwas Tempo einfordern.

Seit Langem sprechen wir über das Thema „Betriebskitas“. Ich erinnere mich noch gut an meine Anfangszeit in diesem Parlament, als ich für meine Fraktion hier die Initiative eingebracht habe: völlige Ablehnung, wilde Panik, übelste Vorwürfe. Es war von „Kitakonzernen“, „Coca-Cola-Kindergärten“ und was weiß ich noch so die Rede. Jeder Mittelständler hätte sich verwundert die Augen gerieben, wenn er das gehört hätte, denn das hat mit der Realität überhaupt nichts zu tun.

(Zuruf von der SPD)

Es gibt viele gute Gründe für Betriebskitas. Ich will das hier kurz anführen, weil ich annehme, dass Sie trotz Ihrer Verweigerungsrhetorik eigentlich ganz genau wissen, wovon ich spreche.

Erstens. Die Familien wünschen sich Betriebskitas.

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Laut dem Monitor Familienleben 2013 des Instituts für Demoskopie Allensbach wünschen sich mehr als die Hälfte der Eltern betriebliche Angebote. Das ist auch kein Wunder, weil Betriebskitas eine Riesenerleichterung sind. Die Fahrtzeiten werden kürzer. Es

gibt keinen Stress, wenn man einmal ein paar Minuten zu spät kommt. Es gibt flexiblere Absprachen. Im Notfall ist man auch sofort vor Ort.

Gerade die SPD, die sich das Thema „Familienzeit“ so riesengroß auf die Fahnen geschrieben hat, sollte hier eigentlich aufhören. Weniger Fahrtzeit, weniger Stress ist gleich mehr Zeit mit den Kindern und auch mehr Qualitätszeit.

Zweitens. Die Betriebe haben selbst ein Interesse an eigenen Betreuungsangeboten, weil sie damit um gutes Personal werben und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern etwas bieten können. In Zeiten des Fachkräftemangels wird Familienfreundlichkeit im Zweifel wichtiger als der Dienstwagen. Darüber hinaus gewinnen auch die Unternehmen, weil die Mitarbeiter weniger gestresst sind, gerade die Mütter bei verlässlicher Betreuung schneller in den Beruf zurückkehren und die Zufriedenheit steigt.

Drittens formuliere ich als Frage. Warum sollte man als Land ein ergänzendes Angebot nicht ermöglichen, wo die benötigten Betreuungsplätze nicht gerade vom Himmel fallen? Dafür gibt keinen vernünftigen Grund, und die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache.

Zur Erinnerung der Hintergrund, vor dem wir das hier besprechen: Nordrhein-Westfalen ist noch immer Schlusslicht bei der U3-Betreuung, und vor diesem Hintergrund die Zahlen: Zum Stichtag 1. März 2014 wurden in NRW genau 762 Kinder in Kitas betreut, die Teil eines Unternehmens oder eines Betriebes waren. 762 Kinder in 23 Betriebskindergärten!

Woran liegt das? – Wir nehmen wahr, dass die Unternehmen zunehmend bereit sind, ihrer Verantwortung nachzukommen und ihren Teil zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf beizutragen. Wir müssen sie an ihre Verantwortung erinnern, aber wir müssen es ihnen auch ermöglichen, sich einzubringen.

Der finanzielle und organisatorische Aufwand für die Betriebe ist aber unter den aktuellen Bedingungen kaum zu stemmen. Gerade aufgrund der fehlenden Förderung können sich meist nur große Unternehmen eine Betriebskita leisten. Frau Ministerin Kampmann, ich erinnere mich noch an das Schaubild auf dem Familiengipfel. Darauf war deutlich zu sehen, dass die Eltern entweder in sehr kleinen Betrieben oder sehr großen Unternehmen Vereinbarkeit von Familie und Beruf für möglich halten. Mittlere Unternehmen aber haben da ein echtes Problem. Hier müssen wir die Lösungen, die es da schon gibt – beispielsweise Familiengenossenschaften – intensiv bewerben. Vielen Unternehmen sind diese Möglichkeiten unbekannt. Das gilt es meines Erachtens zu ändern.

Vor allen Dingen müssen wir für diese Unternehmen auch die Rahmenbedingungen ändern. Betriebskindergärten müssen genauso wie alle anderen Kitas in

diesem Land eine Betriebserlaubnis nach § 45 SGB VIII erhalten. Selbstverständlich müssen sie dann auch die Vorgaben des Kinderbildungsgesetzes – besonders zur Personalausstattung – erfüllen.

Deshalb ist unsere Forderung klar: Wir wollen Betriebskitas die gleiche öffentliche Förderung geben wie den anerkannten freien Trägern. Gleiche Förderung für gleiche Qualität – das muss das Motto sein.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Meine Damen und Herren, wir unterstützen damit Familien und Unternehmen in Nordrhein-Westfalen. Auch die Mehrkosten halten sich für das Land in Grenzen. Die Aufgabe der Kinderbetreuung muss ja so oder so durchgeführt werden, und deswegen fallen auch keine zusätzlichen Kosten an.

Es ist genug Zeit mit Lamentieren verschwendet worden; es gibt keinen Grund, weiter zu zögern. Es gilt jetzt einfach einmal: machen.

Ich freue mich auf die Beratungen im Ausschuss und hier im Plenum. – Vielen Dank.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Hafke. – Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Dr. Maelzer das Wort. – Da eilt er auch heran. Bitte.

Dr. Dennis Maelzer (SPD): Vielen Dank. – Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Hafke! Jetzt finde ich ihn gerade nicht.

(Zuruf von der FDP)

– “Wink mal.“ Genau. –

(Marcel Hafke [FDP] winkt.)

Herr Hafke, Sie haben davon gesprochen, dass wir das Engagement von Betrieben für die Betreuung der Kinder ihrer Mitarbeiter anerkennen sollen. Das tun wir als SPD ausdrücklich. Wir wissen: Der Schlüssel für eine familienfreundliche Gesellschaft liegt in einer familienfreundlichen Arbeitswelt. Dazu gehören Arbeitszeiten, die im Sinne von Eltern gestaltet sind. Dazu gehören aber vor allen Dingen auch geeignete Betreuungsmöglichkeiten. Wenn Betriebe hier Verantwortung übernehmen, nützt das den Familien, aber natürlich auch den Unternehmen selbst, die sich im Wettbewerb um Fachkräfte befinden.

Für uns ist die Kinderbetreuung aber mehr als Unterbringung während der Arbeitszeit; es ist mehr als Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

(Beifall von Ingrid Hack [SPD])

Es geht auch um Bildung, es geht auch um Erziehung, und genau dafür ist Werteorientierung wichtig.

Und das liefert uns die breitgefächerte Landschaft an freien, gemeinnützigen Trägern, seien es Kirchen, seien es Wohlfahrtsverbände, seien es Elterninitiativen in unserem Land.

In Ihrem Antrag suggerieren Sie, in Nordrhein-Westfalen gäbe es nur 23 Betriebskitas. Das ist mitnichten der Fall. In Wirklichkeit sind es mehrere Tausend Kinder, die Betriebskitas in unserem Land besuchen. Diese sind allerdings durch gemeinnützige Träger organisiert, und genau dafür sehen die Förderbedingungen des Kinderbildungsgesetzes auch Betriebskostenzuschüsse vor.

Ich selbst habe vor einigen Wochen die Betriebskita des Klinikums Lippe in Detmold besucht; Träger ist das Deutsche Rote Kreuz. Hier sind die Öffnungszeiten auf die Schichtdienste im Klinikum abgestimmt. Solche erfolgreichen Kooperationen von freien Trägern und Unternehmen blenden Sie in Ihrem Antrag aber völlig aus.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Herr Kollege, entschuldigen Sie: Würden Sie eine Zwischenfrage von Herrn Kollegen Hafke zulassen?

Dr. Dennis Maelzer (SPD): Aber selbstverständlich.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Dann los.

Marcel Hafke (FDP): Vielen Dank, Herr Präsident, vielen Dank, Herr Kollege. – Sie haben gerade davon gesprochen, dass es in Nordrhein-Westfalen ja in Kooperation mit einem freien Träger oder zum Beispiel dem Paritätischen Wohlfahrtsverband Tausende von betrieblichen Kindergärten bzw. betreuten Kindern geben würde.

(Zuruf von der SPD)

Ich würde gerne wissen, worauf Sie diese Annahme stützen und wie die Zahlen tatsächlich aussehen.

Das Ministerium sprach 2012 von 108 Betriebskindergärten, die unter genau diese Konstellation fallen. Vielleicht könnten Sie das ja noch einmal ...

(Ingrid Hack [SPD]: Er hat von Kindern gesprochen, nicht von Kitas! – Zuruf von Ministerin Christina Kampmann)

– Ja, das Ministerium hat bislang ja noch nichts weiter veröffentlicht. Vielleicht kann der Kollege da einfach einmal ein bisschen Licht ins Dunkel bringen.

Dr. Dennis Maelzer (SPD): Das ist relativ einfach, Herr Hafke; denn ich lese auch Ihre Kleinen Anfragen, die Sie gestellt haben. Auf diese Fragen gibt es Antworten der Landesregierung.

Wenn wir uns die Entwicklung in unserem Land anschauen, dann sehen wir, dass es immer mehr Betriebskitas gibt – allerdings in Kooperation mit gemeinnützigen Trägern. Darum gibt es heutzutage schon Tausende von Kindern in Betriebskitas.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: So geht das!)

Das könnten Sie mit den Zahlen, die Ihnen vorliegen, auch schon wissen.

(Vereinzelt Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Aber in Wirklichkeit, lieber Herr Hafke, liebe FDP, geht es Ihnen doch gar nicht um die 23 Betriebskitas in privater Trägerschaft. Sie wollen, dass gewinnorientierte private Träger generell mit gemeinnützigen Trägern auf eine Stufe gestellt werden. Dafür sind die Betriebskitas nur das Einfallstor.

(Beifall von Stefan Zimkeit [SPD])

Das ist genau Ihre Ideologie von „Privat vor Staat“, die Sie auf sämtliche Lebensbereiche ausdehnen wollen.

(Beifall von der SPD)

Bislang standen Sie mit diesem Ansinnen im Kitabereich ziemlich alleine da. Deshalb konnten Sie dieses Ziel ja auch in Ihrer Regierungszeit mit der CDU nicht im Kinderbildungsgesetz verankern.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Aber die CDU schwenkt ja jetzt um!)

Und gerade deshalb wundere ich mich so sehr, dass die CDU auf der Zielgerade auf Ihren Antrag mit draufgesprungen ist.

„Wir möchten, dass der Gesetzgeber in Nordrhein-Westfalen mit den bestehenden Regelungen und Fördermöglichkeiten gezielt die Kooperation zwischen Betrieben und freien Trägern bewirbt. Auf diese Weise kann nämlich das Know-how der freien Träger für den Betrieb von Kindertageseinrichtungen zum Beispiel mit Blick auf pädagogische Fragestellungen zur Erfüllung des Bildungsauftrages genutzt werden.“

Herr Tenhumberg, kommen Ihnen diese Worte bekannt vor? – Das waren genau Ihre Worte, Herr Tenhumberg, im Jahr 2010, als die FDP schon einmal einen ähnlichen Antrag eingebracht hat. Damals hatten Sie recht und haben auch von allen anderen Parteien im Landtag Applaus dafür bekommen. Jetzt aber scheint auch die CDU den Wert der gemeinnützigen Träger für unsere Gesellschaft aus dem Blick verloren zu haben.

(Vereinzelt Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Ingrid Hack [SPD]: Hört, hört!)

Gerade gestern hatte die CDU, Herr Tenhumberg, ein Gespräch mit der Caritas. Bei dem Austausch,

bei dem Sie dabei waren, haben Sie warme Worte für die Tätigkeit der gemeinnützigen Träger gefunden. Und am heutigen Tag reden Sie der Privatisierung im Bereich der Kindertagesbetreuung das Wort. Denn nichts anderes ist die Konsequenz des FDP-Antrages, dem Sie heute bedenkenlos beigesprungen sind.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN – Zuruf: Unerhört!)

Für die SPD, für die Sozialdemokraten steht fest: Wir begrüßen es, wenn Betriebe Verantwortung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf übernehmen. Das bestehende Gesetz gibt dafür ausreichende Spielräume. Für die SPD steht und stand immer fest: Kinder sind ein Gewinn; sie sind nicht dafür da, um mit ihnen Gewinne zu erwirtschaften. Darum ist es richtig, dass das Land die Förderung auf Träger konzentriert, die sich dem Gemeinwohl verpflichtet fühlen. An diesem Grundsatz wird sich die SPD auch in den weiteren Ausschussberatungen orientieren.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Danke, Herr Kollege Dr. Maelzer. – Für die CDU-Fraktion spricht Herr Kollege Tenhumberg.

Bernhard Tenhumberg (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Erst einmal herzlichen Dank, Herr Kollege Hafke, für die korrekte, fachlich und sachlich saubere Dokumentation der Historie und der Argumente, die Sie hier dargelegt haben, die so zutreffend waren. Der Kollege, der vor mir geredet hat, ist darauf nun wirklich nicht eingegangen.

Herr Dr. Maelzer, Anerkennung reicht manchmal nicht, und warme Wort reichen auch nicht immer. Manchmal muss man auch fördern und Geld in die Hand nehmen. Das sehen Sie anscheinend nicht so, und Sie haben auch keine Position dazu bezogen, wie Sie Art. 3 Grundgesetz, den Gleichbehandlungsgrundsatz, einschätzen. Dazu gibt es ja bereits einige Urteile.

Herr Dr. Maelzer, weil Sie darauf eingegangen sind, dass sich unsere Position vielleicht verändert hat, möchte ich sagen: Sie hat sich nicht verändert. Das Einzige, was sich verändert hat, ist, dass der Antrag, der jetzt vorliegt, den Qualitätsanspruch hat, den wir uns wünschen. Ich sage Ihnen eines: Während Sie auf einem niedrigen Niveau diskutieren, haben wir uns in den letzten Jahren erheblich weiterentwickelt.

(Beifall von der CDU und der FDP – Widerspruch von den GRÜNEN)

Ich hatte inhaltlich von Herrn Dr. Maelzer etwas anderes erwartet. Herr Kollege Hafke, ich würde auch gerne auf die Thematik eingehen, was in 2008 war.

Seit 2008 diskutieren wir die betriebliche Kinderbetreuung. Sie war mehrmals Thema im Fachausschuss, mehrmals Thema hier im Landtag von Nordrhein-Westfalen, und sie war Thema am 20. August 2009 in einer öffentlichen Anhörung, in der wir uns mit dem Thema intensiv beschäftigt haben.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Herr Kollege, würden Sie eine Zwischenfrage von Herrn Kollegen Maelzer zulassen?

Bernhard Tenhumberg (CDU): Ja, bitte.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Bitte.

Dr. Dennis Maelzer (SPD): Vielen Dank, dass Sie die Zwischenfrage zulassen, Herr Kollege. Ich hatte in meiner Rede ein Zitat von Ihnen verwandt, in dem Sie damals noch die Ablehnung begründet haben, warum Sie nicht möchten, dass privatwirtschaftliche Träger die gleiche Förderung erhalten. Das ist übrigens die gleiche Ablehnung, die Sie, als Sie das KiBiz beschlossen haben, auch in entsprechender Form begründet haben. Warum hat sich Ihre Position jetzt auf einmal geändert?

Bernhard Tenhumberg (CDU): Lieber Kollege, ich hatte das gerade schon erläutert. Aber das liegt vielleicht daran, dass Sie unsere Worte niemals hören – da rein, da raus.

(Zuruf von Dr. Dennis Maelzer [SPD])

– Herr Kollege, hören Sie doch einmal zu. Zuhören bildet auch oft. – Ich hatte gerade ausgeführt zu dem ursprünglichen Antrag der FDP-Fraktion, dem wir dann beigetreten sind, dass sich dieser Antrag elementar unterscheidet von den Anträgen aus 2008 und 2009 und den folgenden Jahren.

(Zuruf von der SPD: Inwiefern?)

– Weil das auf die Qualität abzielt. Wenn Sie die Gesetzgebung und die Handhabung der betrieblichen Kinderbetreuung sehen würden, würden Sie im Grunde genommen bei den Kontroll- und Qualitätsanforderungen keinen Unterschied merken. Das ist der elementare Unterschied, weshalb wir mit jedem Punkt des Antrags gut leben können und ihn unterstützen. Wir bilden uns weiter, sage ich, und Sie bleiben auf dem niedrigen Niveau stehen.

(Widerspruch von Dr. Dennis Maelzer [SPD])

– Aber es geht Ihnen doch gar nicht um die Diskussion. Es geht Ihnen wieder nur darum: Weil „FDP“ und „CDU“ da drauf steht, müssen Sie gezwungener Weise ablehnen. Das ist eine miese Politik.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Was haben Sie 2008 gesagt? Im Plenarprotokoll vom 18. September 2008 hat die Vertreterin der Grünen gesagt:

Oft sind Betriebskindergärten besonders gut ausgestattet oder haben ein besonderes pädagogisches Angebot. Die Vorteile sind deutlich. Sie liegen auf der Hand. Nachteile stehen ihnen nicht gegenüber.

Das waren Ihre Worte. Weiter sagen Sie:

Ich schlage vor, dass wir dieses gemeinsame Anliegen am besten auf der Grundlage des Antrages der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen diskutieren.

Was steht in dem Antrag der Grünen mit der Überschrift: „Nordrhein-Westfalen braucht mehr Kinderbetreuung in Betriebskindergärten“? – Dort steht – ich zitiere –:

Unternehmen spielen eine wichtige Rolle für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Sie können durch Angebote zur Kinderbetreuung wie Betriebskindergärten helfen, Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Das war 2008. Jetzt wollen wir einmal weitersehen. Was sagen denn die Roten dazu? Was sagte die SPD damals?

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Herr Kollege, bevor Sie weiter zitieren: Als hätten Sie es geahnt, hat Frau Kollegin Asch den Wunsch geäußert, Ihnen eine Zwischenfrage stellen zu dürfen.

Bernhard Tenhumberg (CDU): Nein, die lasse ich nicht zu.

(Heiterkeit von der SPD)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Die lassen Sie nicht zu.

(Heiterkeit von der SPD und den GRÜNEN)

Bernhard Tenhumberg (CDU): Ich habe mich öfters dazu geäußert, aber ich bin es leid. – Also, was sagte die SPD dazu?

Ein paar Monate später, nachdem die Grünen aus der Oppositionsrolle heraus einen Antrag eingebracht hatten, musste die SPD auch einen Antrag einbringen, und zwar mit der Überschrift: „Betrieblich unterstützte Kinderbetreuung konsequent fördern“. Das war 2009. Da schreiben Sie und beziehen sich dabei auf die Enquetekommission „Chancen für Kinder“:

Die Kommission macht damit deutlich, dass Familie durch zahlreiche konkrete Rahmenbedingungen vor Ort geprägt ist. Dabei spielen verschieden Akteure

eine wesentliche Rolle. Für berufstätige Eltern ist von entscheidender Bedeutung, wie sich nicht nur die öffentlichen Angebote der Kinderbetreuung gestalten, sondern auch, wie ihre Arbeitgeber damit umgehen, dass die Kinder für die persönliche Lebensgestaltung mindestens genauso wichtig sind wie der berufliche Erfolg.

(Zuruf von der SPD: Richtig!)

Meine Damen und Herren, was sagte die Landesregierung 2012 dazu? Ich bewege mich an einer Schiene: überall Zustimmung. Bisher immer in Worten: überall Zustimmung.

(Zurufe von der SPD)

Bericht der Landesregierung 2012. Überschrift: „Betrieblich unterstützte Kinderbetreuung“. Ich zitiere:

Eltern brauchen verlässliche und flexible Betreuungsangebote für ihre Kinder zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Arbeitgeber haben ein großes Interesse daran, junge Väter und Mütter nach der Geburt ihres Kindes schnellstmöglich für den Wiedereinstieg zu gewinnen und sind deshalb in viel stärkerem Maße als früher bereit, sich für betriebliche Betreuungsangebote zu engagieren. Das unterstützen wir.

(Zuruf von der SPD)

– Sie unterstützen doch nichts. Sie machen doch gar nichts. Sie machen nichts, außer bloßes Labern. Was sagt die Enquetekommission – Sie haben einstimmig alle zugestimmt – „Bewertung der Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte in Nordrhein-Westfalen“?

(Zuruf von der SPD: Das ist alles wunderbar!)

– Noch einmal: einstimmig! Hören Sie einmal gut zu, was Sie da beschlossen haben. Handlungsempfehlung 59:

„Das Angebot von Betriebskindergärten sollte unter Berücksichtigung des Landes der Trägervielfalt ermöglicht werden, um eine arbeitsplatznahe Betreuung gewährleisten zu können.“

Weiter:

„Zudem gilt es zu prüfen, wie Betriebskindergärten ermöglicht und gefördert werden können, die verschiedenen benachbarten Unternehmen angehören.“

(Zurufe von der SPD)

Weiter heißt es:

„Zudem gilt es zu prüfen, wie Betriebskindergärten ermöglicht und gefördert werden können, die verschiedenen benachbarten Unternehmen angehören.“

(Beifall von der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, wenn Sie ernst meinen, was Sie seit 2008 in diesem Hohen Hause gesagt haben, und glaubwürdig bleiben wollen, dann stimmen Sie diesem Antrag gefälligst zu. Sonst sind Sie bei mir unten durch.

(Beifall von der CDU und der FDP – Ingrid Hack [SPD]: Sie haben es nicht verstanden!)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Tenhumberg. Seien Sie so nett und verweilen Sie noch einen Moment vorne am Redepult; denn – das ist, glaube ich, keine Überraschung – Frau Kollegin Asch hat sich zu einer Kurzintervention gemeldet. Sie kennen die Spielregeln. Frau Kollegin Asch hat jetzt 90 Sekunden Redezeit, und anschließend haben Sie 90 Sekunden Zeit, um zu antworten. – Wenn Sie sich dann bitte noch einmal eindrücken würden, dann kann es losgehen.

Andrea Asch (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Präsident. – Lieber Herr Tenhumberg, ich finde es schon bedauerlich, dass Sie, obwohl Sie mich hier wörtlich zitieren, keine Zwischenfrage von mir zulassen. Deswegen haben wir zum Glück das Instrument der Kurzintervention.

Ich glaube, die CDU-Fraktion vergleicht genauso wie die FDP-Fraktion Äpfel mit Birnen, und darin liegt überhaupt der Grund für das Missverständnis. Sowohl die Fraktion der Grünen – das haben Sie eben zitiert – als auch die SPD-Fraktion sehen natürlich den Wert der betrieblichen Kindertagesbetreuung. Schließlich hat die SPD-Fraktion den Antrag damals unterstützt. Aber der Unterschied liegt – und den wollen Sie nie verstehen oder haben ihn bis jetzt nicht verstanden – darin, Herr Tenhumberg: Wir wollen die Trägerschaft, die in Kooperation mit den Betrieben stattfindet, in freigemeinnütziger Form und nicht in privatgewerblicher Form.

(Beifall von Sigrid Beer [GRÜNE])

Das ist der entscheidende Unterschied.

Jetzt frage ich Sie, Herr Tenhumberg, als Vertreter der CDU-Fraktion: Sehen Sie den Stellenwert der privatgewerblichen Kinderbetreuung mit Gewinnerzielungsabsicht auf der gleichen Ebene wie den einer Kinderbetreuung in freigemeinnütziger Trägerschaft? Sehen Sie das auf dem gleichen Niveau, und finden Sie beides gleichmäßig unterstützenswert? Das ist meine Frage an Sie.

(Marcel Hafke [FDP]: Die machen doch keinen Gewinn damit! – Gegenruf von Andrea Asch [GRÜNE]: Natürlich machen sie Gewinn damit!)

Bernhard Tenhumberg (CDU: Ich würde am liebsten eine oberflächliche Antwort geben, weil die Materie hier anscheinend auch immer oberflächlich diskutiert wird.

Wenn Sie einmal Ihre Protokolle zwischen 2008 und 2010, dem Regierungswechsel, komplett dahin gehend lesen, was Sie hier alles gesagt und versprochen haben, dann haben Sie ein Problem, weil Sie diesem Antrag im Grunde genommen zustimmen müssten; denn Sie haben genau das Gleiche gesagt.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Das ist doch keine Antwort auf die Frage!)

Jetzt sagen Sie, man habe etwas falsch verstanden und würde das anders interpretieren. Nein, da gibt es nichts zu interpretieren. Ihre eigenen Anträge von 2008 und 2009 sind so eindeutig, dass Sie die betrieblich geförderte Kinderbetreuung im Grunde genommen unterstützen müssten.

(Ingrid Hack [SPD]: Das tun wir auch!)

Wo liegt denn Ihr Problem? Erstens muss das genehmigt werden. Jede betriebliche Betreuung muss genehmigt werden, wie bei allen anderen Genehmigungen auch.

(Ingrid Hack [SPD]: Richtig!)

Es muss anerkannt werden. Dort finden die gleichen Kontrollen, zum Beispiel Hygienekontrollen, statt. Alles wird genauso gemacht wie beim Deutschen Roten Kreuz oder den kirchlichen Einrichtungen. Alles wird genauso gemacht. Wo ist also Ihre materielle und pädagogische Kritik begründet, dass Sie sagen: „Das können wir nicht machen“?

(Ingrid Hack [SPD]: Der Gewinn ist der Unterschied, Herr Tenhumberg!)

Es gibt hier keine Gegensätze. Es gibt vielmehr ein Miteinander, und das hat die Landesregierung in Ihrem Bericht im Jahr 2012 gesagt. Das haben auch Sie 2008 und 2009 gesagt, und in 2016 ist das alles plötzlich nicht mehr wahr. Ich glaube tatsächlich, Sie haben nur ein Problem damit, weil auf dem Antrag CDU und FDP stehen. Deshalb darf das nicht wahr sein. Etwas Gutem darf man nicht zustimmen. Das ist bedauerlich für dieses Land und besonders für die Kinder.

(Beifall von der CDU – Ingrid Hack [SPD]: Das stimmt, wenn es so wäre! Aber so ist es nicht!)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Tenhumberg. – Frau Kollegin Altenkamp, Fragen ...

(Britta Altenkamp [SPD]: Eine Kurzintervention!)

– Ja, aber eine Kurzintervention muss bis zum Ende der regulären Rede angemeldet sein. Das ist bei

Bündnis 90/Die Grünen erfolgt. Ich bitte um Verständnis. Danach geht es leider nicht mehr.

Als nächste Rednerin spricht für Bündnis 90/Die Grünen Frau Kollegin Asch zu uns.

Andrea Asch (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal muss ich feststellen, dass Herr Tenhumberg sich hier in keiner Weise eindeutig positioniert hat. Er ist der Antwort auf meine sehr klar gestellte Frage auch eben ausgewichen.

Das kann ich nur so interpretieren, dass die CDU-Fraktion, die konservative Fraktion hier im Haus, offenbar keinen Unterschied zwischen privatgewerblichen Einrichtungen, die eine Gewinnerzielungsabsicht haben, und freigemeinnützigen, wie sie hier mehrheitlich in Nordrhein-Westfalen von den Wohlfahrtsverbänden getragen werden, macht. Das finde ich aber sehr bedeutsam, und ich glaube, das wird in der familienpolitischen Debatte in diesem Land auch zukünftig noch eine Rolle spielen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der SPD)

Ja, meine Damen und Herren, die Wirtschaft und die Unternehmen profitieren in der Tat massiv von einer gut ausgebauten Kinderbetreuung – insoweit können wir dem Antrag der Opposition folgen –; denn angesichts Fachkräftemangels und geänderter Lebensentwürfe von jungen Menschen müssen die Arbeitgeber sich natürlich anstrengen, um jungen Eltern und vor allen Dingen jungen Frauen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen.

Aber der wichtigste Anteil, den Unternehmen dazu beitragen können, ist der, flexible Arbeitszeitmodelle zu ermöglichen und zu ermöglichen, dass, wenn junge Eltern in Teilzeit oder Erziehungszeit gehen, dies nicht zum Karrierekiller wird. Es ist noch viel zu oft der Fall, dass das Fortkommen in der Karriere dann zu Ende ist, wenn ein junger Vater oder eine junge Mutter sich entscheidet, einige Zeit, einige Monate oder Jahre, tatsächlich zu Hause bei den Kindern zu bleiben. In dieser Hinsicht muss grundständig ein Mentalitätswechsel stattfinden, und es müssen Personalentwicklungskonzepte in den Unternehmen ansetzen und sich Unternehmenskulturen ändern, um tatsächlich eine gelingende Vereinbarkeit im Zeitmanagement für junge Familien zu ermöglichen.

Natürlich spielen bei der Vereinbarkeit auch die Betriebskitas eine Rolle. Aber – und das muss man auch sagen – Sie liegen als CDU und FDP falsch, wenn Sie in Ihrem Antrag beschreiben, dass ein ganz großer Teil der jungen Eltern sich solche Betriebskitas und diese Betreuungsangebote am Arbeitsplatz wünscht.

Als Arbeitgeber Landtag haben wir in dieser Hinsicht Erfahrung. Frau van Dinther von der CDU-Fraktion hat damit begonnen, als sie noch Landtagspräsidentin war. Sie hat damals eine große Umfrage unter den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gemacht. Das wurde dann unter der Landtagspräsidentin Frau Gödecke fortgesetzt. Auch hier wurden die Mitarbeiterinnen gefragt, ob wir eine Betriebskita im Landtag bräuchten.

Es hat sich herausgestellt, dass die Mehrzahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wollte, dass ihr Kind vor Ort betreut wird, also im häuslichen Umfeld; denn dann hätte das Kind die Möglichkeit, Freunde zu finden und in der Nachbarschaft zu spielen, und ihm würde der Übergang in die örtliche Schule erleichtert.

Gleichwohl fördern wir in Nordrhein-Westfalen Betriebskitas. Wir unterstützen natürlich auch die Unternehmen, die sich für ein solches Modell entscheiden. Wir haben 155 Kitas, die Betrieben angegliedert sind. 6.400 Kinder werden dort betreut. Aber – das ist der wesentliche Unterschied zu dem, was FDP und CDU hier fordern – in diesen Betriebskitas gibt es eine Kooperation zwischen den freien Trägern und dem Unternehmen. Es sind freigemeinnützig organisierte Einrichtungen, die keinerlei Gewinnerzielungsabsicht haben. Das ist wichtig. Das ist das Modell, das wir in Nordrhein-Westfalen fördern.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir haben auch gute Beispiele. In meiner Heimatstadt bietet Ford als größter Arbeitgeber eine große Betriebskita in Kooperation mit einem freigemeinnützigen Träger an. In Düsseldorf kooperieren die Vodafone mit der AWO und die Metro mit dem Deutschen Roten Kreuz. Es gibt noch viele andere gute Beispiele.

Die CDU und die FDP haben den Unterschied nicht verstanden. Natürlich fördern wir Betriebskindergärten. Aber wir fördern – das ist wichtig – mit öffentlichen Mitteln, mit Steuergeld keine gewerblichen Einrichtungen, die auf einen Gewinn abzielen

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

und deren Gewinnerwartung im Zweifel über der Qualität und über dem Kindeswohl liegt. Das ist der Unterschied. Deswegen haben wir eine ganz klare Haltung.

Im Übrigen ist dies eine Haltung, die CDU und FDP bei der Verabschiedung ihres Kinderbildungsgesetzes auch so vertreten haben. Darin ist nämlich genau dieser Paragraph enthalten, den Sie nun ihrem Antrag monieren. Dieser ist 2008 mit schwarz-gelber Tinte geschrieben worden, und Sie haben die Hände dafür gehoben. Das war eine gute Entscheidung. Wir sehen keinen Anlass, diese Entscheidung zu revidieren.

Präsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit, Frau Kollegin Asch.

Andrea Asch (GRÜNE): Ich sehe noch eine Kurzintervention.

Präsidentin Carina Gödecke: Die werden wir gleich auch noch behandeln. Ihre Redezeit wäre jetzt aber zu Ende.

Andrea Asch (GRÜNE): Okay.

Präsidentin Carina Gödecke: Das heißt, Sie beenden Ihre Rede auch? – Gut.

Sie haben gesehen, dass Herr Kollege Hafke eine Kurzintervention angemeldet hat. – Bitte schön.

Marcel Hafke (FDP): Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Frau Kollegin Asch, ich bin etwas überrascht. Ich glaube, Sie haben die Thematik nicht verstanden.

Es gibt einen gravierenden Unterschied zwischen einer privatgewerblichen Kitaeinrichtung und einem Betriebskindergarten. Ich kenne keinen einzigen Betriebskindergarten in Nordrhein-Westfalen, der auch nur einen Cent Gewinn macht.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Lesen Sie den Antrag! Da steht was vollkommen anderes drin!)

Jeder Betrieb, der einen Kindergarten betreiben möchte, nimmt eigenes Geld für seine Mitarbeiter in die Hand und muss genauso Trägeranteile erbringen wie alle anderen, wenn man ihn mit in eine Förderung hineinnimmt.

Es ist ein Unterschied, ob es sich um einen privatgewerblichen Kindergarten handelt, der vielleicht wie andere Einrichtungen probiert, Gewinne zu machen, oder ob sich ein Unternehmen wie E/D/E oder andere hinstellen, Gelder selbst in die Hand nehmen und den Betrieb eines Kindergartens unterstützen. Es geht darum, den laufenden Betrieb mit Mitteln für Personal, Mieten und Ähnliches zu unterstützen, was ansonsten die Stadt oder ein anderer Träger machen müsste. Aber man muss dem Betrieb doch die Freiheit geben, zu entscheiden, sich einem freien Träger anzuschließen oder es sein zu lassen, weil er das pädagogische Konzept lieber selbst erstellen möchte. Das ist doch eine Freiheit, die man an dieser Stelle den Unternehmen geben kann.

Es geht an keiner einzigen Stelle darum, mit Steuergeldern private Gewinne zu erzielen. Wenn Sie das hier immer wieder behaupten, haben Sie den Unterschied

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Gucken Sie in den Beschlusstext! – Stefan Zimkeit [SPD]: Gucken Sie in das, was Sie aufgeschrieben haben!)

zwischen einer Betriebskita und einem privatgewerblichen Kindergarten nicht verstanden.

(Beifall von der FDP)

Andrea Asch (GRÜNE): Lieber Marcel Hafke, ich muss es noch einmal erklären; denn offenbar ist es immer noch nicht deutlich: Wenn ein Unternehmen sagt, dass es aus eigenem Antrieb mit seinen Mitteln eine Kita finanzieren möchte, dann verwehrt niemand hier im Lande – und die Landesregierung schon gar nicht – diesem Unternehmen diesen Wunsch. Nein, in diesem Lande kann jeder mit seinem eigenen Geld machen, was er will.

Die Frage ist nur, ob er dafür Steuergelder in Anspruch nehmen kann. Und da sagen wir ganz klar: Wenn das nicht freigemeinnützig organisiert ist – freigemeinnützig heißt: ohne Gewinnerzielungsabsicht –,

(Marcel Hafke [FDP]: Die machen doch gar keinen Gewinn!)

sind wir gegen eine öffentliche Förderung mit Steuergeldern; denn dann haben wir auch keinen Zugriff über die Kinder- und Jugendhilfeplanung.

Herr Hafke, ich muss mich schon wundern, dass ausgerechnet die FDP, eine Partei, die sonst überall publikumswirksam für Subventionsabbau und „Privat vor Staat“ eintritt, gerade in einem Bereich, in dem 90 % der Betriebskosten mit öffentlichen Geldern gedeckt würden, nach dem Staat ruft. Das ist nicht konsistent, und das macht überhaupt keinen Sinn.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Genauso bemerkenswert ist übrigens der Schwenk der CDU-Fraktion. Er wurde eben schon von meinem SPD-Kollegen benannt. Sie haben 2010 dieses Ansinnen der FDP abgelehnt. Jetzt erleben wir die typische CDU: Nun haben Sie Ihre Meinung geändert; denn Sie haben familienpolitisch keinen Kompass, sondern fahren Achterbahn. Das ist keine konsistente Familienpolitik. Das ist nichts, worauf sich Eltern, aber auch Träger in Nordrhein-Westfalen verlassen können.

Präsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Andrea Asch (GRÜNE): Wir bleiben dabei: Wir unterstützen als Landesregierung und als grüne Fraktion Betriebskitas dann, wenn sie freigemeinnützig organisiert sind. Deshalb können wir diesen Antrag nicht mittragen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Asch. – Für die Piraten spricht jetzt Herr Kollege Wegner.

Olaf Wegner^{*)} (PIRATEN): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Menschen im Stream und auf der Tribüne! Kindertageseinrichtungen haben an erster Stelle einen Bildungsauftrag. Man ist nicht automatisch dazu befähigt, diesen Bildungsauftrag zu erfüllen, nur weil man Unternehmer ist und eine Betriebskita eröffnet. Bei Schulen ist uns das hoffentlich allen klar. Oder vertreten Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU und der FDP, auch die Meinung, dass Unternehmen Grundschulen eröffnen dürfen sollen, die dann automatisch mit staatlich anerkannten Schulen gleichgestellt werden?

Allein dieser Vergleich zeigt doch schon, wie unakzeptabel Ihr Lösungsvorschlag für das vermeintliche Problem von zu wenigen Betriebskitas ist.

Denn was fordern Sie in Ihrem Antrag? Sie fordern – natürlich nicht wortwörtlich; aber darauf liefe es hinaus –, dass sich jedes Unternehmen in Nordrhein-Westfalen selbst zum anerkannten Träger von Kitas, also zum Bildungsträger, ernennen darf. Das ist schon fast grotesk.

(Beifall von den PIRATEN und den GRÜNEN –
Vereinzelt Beifall von der SPD)

Aber die frühkindliche Bildung scheint es auch gar nicht zu sein, die Sie mit Ihrem Antrag fördern wollen. Zumindest wird Bildung in Ihrem ganzen Antrag nur an einer Stelle erwähnt, und zwar versteckt in dem Wort „Kinderbildungsgesetz“, während Sie es kritisieren.

Spätestens da hätte Ihnen allerdings auffallen müssen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU und der FDP, dass es sich bei Kitas um Bildungsangebote handelt und nicht um Betreuungsangebote, zu denen Betriebskindergärten Ihrem Antrag nach einen wichtigen Beitrag leisten können. Wie Sie schon geschrieben haben: zu Betreuungsangeboten, nicht zu Bildungsangeboten.

Es heißt eben nicht Kinderbetreuungsgesetz, sondern, wie Sie schon richtig geschrieben haben, Kinderbildungsgesetz. Das ist es auch, was die Kinder brauchen: frühkindliche Bildung und keine von wirtschaftlich arbeitenden und gewinnorientierten Unternehmen organisierte frühkindliche Betreuung.

(Beifall von den PIRATEN und den GRÜNEN)

Trotzdem werden wir der Überweisung an den Ausschuss natürlich zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Wegner. – Für die Landesregierung spricht jetzt Frau Ministerin Kampmann.

Christina Kampmann, Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Herr Tenhumberg, ich habe mich gerade wirklich gefragt, was mit Ihnen eigentlich los ist. Sie zitieren hier wie wahnsinnig ellenlange Passagen aus Protokollen, die schon jahrelang zurückliegen. Dabei würde es vollkommen ausreichen, wenn Sie sich einfach die Gegenwart und die aktuellen Zahlen anschauen würden. Dann könnten Sie nämlich feststellen, dass Ihr Antrag gar nicht notwendig ist. Das ist der Grund, warum wir hier nicht mitgehen, und nicht, dass der Antrag von Ihnen und von der FDP kommt.

(Beifall von den GRÜNEN)

An der ursprünglichen Form des Kinderbildungsgesetzes gab es viel zu verändern und viel zu verbessern. Vieles haben wir verbessert. Wir haben den Rechtsanspruch auf den U3-Betreuungsplatz geschaffen. Wir haben viel beim Thema „Qualität“ verbessert. Eines aber haben wir so gelassen, wie es von CDU und FDP beschlossen wurde, nämlich die Festlegung, welche Träger in Nordrhein-Westfalen nach dem Kinderbildungsgesetz gefördert werden.

Herr Tenhumberg, Sie bemühen jetzt Art. 3 unserer Verfassung. Das würde ja bedeuten, dass Sie damals selbst ein verfassungswidriges Gesetz beschlossen hätten. Das sollten Sie sich vielleicht noch einmal vergegenwärtigen.

(Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, ich habe mich auch gefragt, wie der plötzliche Sinneswandel bei FDP und CDU zustande gekommen ist.

(Ralf Witzel [FDP]: Es gibt keinen Sinneswandel!)

Das ist mir in Ihren Ausführungen nicht deutlich geworden. Ich habe mich gefragt, ob die FDP vielleicht den Wunsch verspürt, sich in irgendeiner Form weiterzuentwickeln.

(Ralf Witzel [FDP]: Bei uns gibt es keinen Sinneswandel!)

Aber ich habe den Gedanken doch gleich wieder verworfen; denn die Entwicklung der Betriebskitas in Nordrhein-Westfalen ist bereits auf einem guten Weg. Die Zahl hat sich seit 2009 verdoppelt. Das Gute ist: Sie wächst auch stetig, und das, obwohl sich die Mehrheit eben nicht in privater Trägerschaft, sondern in der Trägerschaft anerkannter Jugendhilfeträger befindet. Das ist kein Zufall, liebe FDP; denn

die Träger unterstützen die Betriebskitas in Unternehmen mit ihrer Professionalität und mit ihrer Erfahrung, lieber Herr Hafke.

Die Zusammenarbeit mit den Trägern bedeutet zum einen, dass sie die qualifizierte Beratung bei der Einrichtung der Plätze ins Spiel bringen, dass sie Serviceleistungen anbieten, zum Beispiel Verhandlungen mit dem Jugendamt, und eine gewisse pädagogische Qualität gewährleisten. Ich habe mich am Freitag bei einem Besuch der Betriebskita von Thysenkrupp, die in der Trägerschaft des Deutschen Roten Kreuzes ist, selbst davon überzeugen können.

Ihr Verweis auf Bayern, der sich heute auch in der Presse wiederfindet, scheint dabei mehr einem blinden Automatismus als wirklichen Zahlen und Fakten zu folgen. Schauen wir uns die Zahlen einmal an: Insgesamt hat Bayern 9.166 Kitas; wir haben 9.876. Das ist in etwa vergleichbar. Bayern hat 148 Kitas für Kinder von Betriebsangehörigen; bei uns sind es 155.

Lieber Herr Hafke, Sie haben ja eben nach den aktuellen Zahlen gefragt. Bei uns werden dort 6.408 Kinder betreut, also sehr viel mehr, als Sie in Ihrem Antrag suggerieren. Davon sind in Bayern zehn und in Nordrhein-Westfalen elf Einrichtungen privatgewerblich geführt. Es gibt also gar keinen Grund für Ihren Antrag.

Deshalb sage ich Ihnen: Richten Sie Ihren Blick lieber nach Nordrhein-Westfalen als nach Bayern, und erkennen Sie die guten Leistungen der Landesregierung zum Thema „Vereinbarkeit“ an.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Dann können selbst Sie noch etwas lernen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Ministerin Kampmann. – Jetzt hat für die SPD-Fraktion Frau Kollegin Altenkamp noch einmal um das Wort gebeten. Das bekommt sie selbstverständlich auch. Aber Sie wissen, Frau Kollegin:

(Britta Altenkamp [SPD]: Ich weiß, ganz kurz!)

26 Sekunden.

Britta Altenkamp (SPD): Einfach nur, weil nicht nur der Kollege Tenhumberg schon ein bisschen länger hier ist und offensichtlich ein längeres Haltbarkeitsdatum hat.

Die Frage ist: Was unterscheidet uns eigentlich? Uns unterscheidet Punkt 2 Ihres Forderungskatalogs. Gucken Sie sich das genau an. Da steht: Private Träger sollen eine öffentliche Förderung erhalten, auch wenn sie im Grunde nichts anderes tun, als nur für das Unternehmen zu arbeiten. – Da unterscheiden

wir uns in der Tat. Unsere Voraussetzung war immer: Sie gehen in den örtlichen kommunalen Jugendhilfepplan ein. Dann gibt es auch kein Problem mit der öffentlichen Förderung. Reinweg auf das Unternehmen bezogen geschieht das aber in Gewinnabsicht, so wie die Kollegin Asch gesagt hat.

Da unterscheiden wir uns. Das macht ja nichts.

(Das Ende der Redezeit wird angezeigt.)

Das macht Spaß in der Debatte im Ausschuss. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Altenkamp. Das war in der Tat sportlich. Es waren nicht ganz 26 Sekunden, aber fast. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn es keine weiteren Wortmeldungen gibt, schließe ich an dieser Stelle die Aussprache zu Tagesordnungspunkt 4.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache 16/11700 in der Fassung des Neudrucks** an den **Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend**. Die abschließende Abstimmung soll dann dort in öffentlicher Sitzung erfolgen. Möchte jemand gegen die Überweisung stimmen oder sich enthalten? – Beides ist nicht der Fall. Dann hat der Ausschuss jetzt den Antrag überwiesen bekommen.

Ich rufe auf:

5 Kontrolle der NRW.BANK durch den Landtag sicherstellen

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/8975

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 16/11282

Ich weise Sie auf Folgendes hin: Der Antrag der Fraktion der Piraten Drucksache 16/8975 wurde gemäß § 82 Abs. 2 Buchstabe b) unserer Geschäftsordnung vom Plenum an den Haushalts- und Finanzausschuss überwiesen mit der Maßgabe, dass eine Aussprache und eine Abstimmung erst nach Vorlage einer Beschlussempfehlung erfolgen sollen. Die Beschlussempfehlung und der Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses liegen nun vor.

Ich eröffne die Aussprache. Herr Kollege Zimkeit hat für die SPD-Fraktion das Wort.

Stefan Zimkeit¹⁾ (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die von Ihnen, Frau Präsidentin, angesprochene Beschlussempfehlung ist

gut, und wir sollten ihr folgen. Die Forderungen der Piraten nach Posten in den Gremien der NRW.BANK sind aus unserer Sicht unbegründet. Sie begründet das mit einem nicht mehr aktuellen Text, der einmal zwar von einer guten Quelle, nämlich von der SPD, vorgelegt worden ist. Aber seitdem hat sich unter anderem mit der Einrichtung eines Beirats bei der NRW.BANK ja auch einiges getan. Unsere Kontrollmechanismen entsprechen denen anderer Länder und sind ihnen sehr ähnlich.

Neben den üblichen Kontrollen gibt es vielfältige weitere Kontrollorgane. Neben dem Verwaltungsrat und dem Parlamentarischen Beirat prüfen der Landesrechnungshof, der ebenfalls entsprechende Berichte an den Landtag gibt, und natürlich die Bankenaufsicht. All diejenigen, die sagen, hier gebe es ein Kontrolldefizit, nehmen das wohl nicht zur Kenntnis.

Wir sind deshalb der Meinung, dass der Antrag abgelehnt werden sollte – unter anderem auch deswegen, weil in der Begründung falsche Fakten genannt werden. Es wird hier zum Beispiel behauptet, der Parlamentarische Beirat sei von der NRW.BANK nicht über die Fragen von Heta unterrichtet worden. Das ist schlicht und einfach falsch. Herr Schulz war da zwar nicht anwesend; aber es ist passiert. Insofern ist auch dieser Teil der Begründung falsch.

Es gibt sehr gute Gründe, diesen Antrag abzulehnen und der Empfehlung des HFA zu folgen. Deswegen werden wir das auch tun. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Zimkeit. – Für die CDU-Fraktion hat Herr Kollege Krückel jetzt das Wort.

Bernd Krückel (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörer! Ich möchte den Inhalt des Antrags der Piraten auf den Punkt bringen: Mitglieder aller im Landtag vertretenen Fraktionen sollen im Verwaltungsrat der NRW.BANK und im Förderausschuss vertreten sein. Vermeintlich gibt es Kontrolldefizite.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der Piraten, wagen wir doch einen Blick über den Tellerrand hinaus. In Berlin glaubten die Landesparlamentarier, „Hauptstadtflughafen“ zu können – ein desaströses Projekt. In Hamburg meinten die Kollegen, „Elbphilharmonie“ zu können – ein Millionengrab. Und es ist noch nicht lange her, da meinten unsere Vorgänger hier im Landtag von Nordrhein-Westfalen, „WestLB“ zu können. Ich erspare uns an dieser Stelle eine Bewertung.

Kommen wir zur NRW.BANK. Dass die Förderbank des Landes hervorragend aufgestellt ist, konnte man vor wenigen Wochen der Bilanzpressekonferenz 2015 mit einem Rekordjahresergebnis entnehmen.

Das liegt insbesondere daran, dass Fachleute die Geschäfte führen und die Politik nicht mehr die Rolle spielt, die sie bei der WestLB einmal gespielt hat.

(Dietmar Schulz [PIRATEN]: Das ist ein Scherz!)

Die aufsichtsrechtlichen Vorgaben, die an Banken dieser Größenordnung gestellt werden, kommen aus der Politik und sollen verhindern, dass insbesondere systemrelevante Banken in Schieflage geraten.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Ich habe selten eine so schlechte Begründung für das richtige Abstimmungsverhalten gehört!)

Wenn die Politik auf der einen Seite hohe Anforderungen an die Qualifikationen der Mitglieder der internen Kontrollgremien stellt, dann kann nicht zugleich von der Politik gefordert werden, dass diese Gremien nach politischem Proporz besetzt werden. Glücklicherweise bestimmen nicht die Fraktionen ...

(Stefan Zimkeit [SPD]: Wie sind Sie denn da hereingekommen?)

– Herr Zimkeit, melden Sie sich doch zu Wort. Dann ist das verständlich, was Sie äußern.

(Dietmar Schulz [PIRATEN]: Die Frage ist, wie Sie da hereingekommen sind!)

– Herr Schulz, das Gleiche gilt für Sie. Drücken Sie die Taste, und stellen Sie die Frage. Dann gebe ich Ihnen gerne eine Antwort darauf.

Wenn die Politik auf der einen Seite hohe Anforderungen an die Qualifikation der Mitglieder der internen Kontrollgremien stellt, dann kann nicht zugleich aus der Politik gefordert werden, diese Gremien nach Proporz zu besetzen. Das möchte ich noch einmal deutlich machen.

Präsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Krückel, Ihre Aufforderung an Herrn Kollegen Schulz, die Taste zu drücken, ist erfolgt. Er würde Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen.

Bernd Krückel (CDU): Bitte schön.

Dietmar Schulz (PIRATEN): Vielen Dank, Herr Kollege Krückel, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. Aber die Zwischenfrage ist zwangsläufig, weil Sie hier den politischen Vertretern des Hauses im Großen und Ganzen die Fähigkeit absprechen

(Stefan Zimkeit [SPD]: Mit einer Ausnahme!)

– mit einer Ausnahme –, auch gemäß Proporz in den Verwaltungsrat hineinzukommen. Deswegen sei doch bitte die Frage erlaubt, wie es denn sein kann, dass insbesondere auch Sie selbst seit November

des letzten Jahres im Verwaltungsrat sind. Zuvor war es der Kollege Lienenkämper.

Ich möchte weder Ihnen noch dem Kollegen Lienenkämper irgendeine Befähigung absprechen. Aber dann erklären Sie mir das doch bitte einmal vor dem Hintergrund Ihrer Begründung.

Bernd Krückel (CDU): Das mache ich gerne, Herr Kollege. Meine Fraktion hat mich vorgeschlagen. Der Finanzminister hat mich benannt. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht hat geprüft, ob ich den Anforderungen entspreche.

Wenn ich Ihnen das schildern darf: Ich bin seit mehr als 27 Jahren im Aufsichtsrat einer Bank tätig und seit mehr als zwölf Jahren der Aufsichtsratsvorsitzende. Über diese zugegebenermaßen lange Zeit habe ich mir gewisse Erfahrungen erarbeitet, die mir jetzt in der Gremienarbeit in der NRW.BANK zugutekommen.

Noch einmal: Nicht ich, nicht meine Fraktion, nicht der Finanzminister hat entschieden, dass ich die Qualifikation besitze, sondern die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht. Insofern ist das, glaube ich, ein ganz neutraler und sachlicher Vorgang.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, noch in der letzten Sitzung des Verwaltungsrats der NRW.BANK hat die Bankenaufsicht gefordert, dass bei Neubesetzungen der Gremien Personen mit umfangreichen Kenntnissen und Erfahrungen im Bankensektor zu wählen seien. Dies widerspricht einem politischen Proporz. Ich will niemandem persönlich die Qualifikation absprechen. Ich kann das schlicht und ergreifend auch nicht beurteilen. Es ist gut, dass eine neutrale Institution wie die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht das macht.

Ich glaube, dass die Gremien der NRW.BANK und insbesondere der Verwaltungsrat gut und fachgerecht besetzt sind und dass es einer weiteren Kontrolle des Landtags nicht bedarf.

Wir haben den Parlamentarischen Beirat, der seiner Aufgabe gerecht wird. Und als Parlament können wir, wann immer das für erforderlich gehalten wird, insbesondere über den Haushalts- und Finanzausschuss unser Informationsbedürfnis in Sachen NRW.BANK befriedigen.

Die Tatsache, dass der Vorstand der NRW.BANK in der nächsten Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am kommenden Donnerstag, dem 28. April 2016, wieder zu Gast ist und dem Parlament berichtet, belegt doch, dass wir als Abgeordnete unserer Aufsichtspflicht gerecht werden und der Vorstand der NRW.BANK die Informationspflicht uns gegenüber ernst nimmt und dieser gerne nachkommt.

Liebe Kollegen der Piraten, lassen wir die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bank ihr Geschäft machen. Lassen wir sie dies in einem schwierigen Umfeld weiterhin erfolgreich verrichten, und verzichten wir auf eine politische Einflussnahme. Die CDU-Fraktion wird den Antrag der Piraten ablehnen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Krückel. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat jetzt Herr Kollege Abel das Wort.

Martin-Sebastian Abel (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Bei einem der nächsten Tagesordnungspunkte, die heute auf der Tagesordnung stehen, geht es um Debattenkultur. Deswegen möchte ich dem ernsthaften Anliegen, das dem Piratenantrag zu Grunde liegt, ein bisschen mehr Würdigung geben. Es geht um einen Kernbereich des Parlaments, nämlich um das Informationsrecht der Abgeordneten.

Es geht hier um eine Institution, die sehr viele, auch öffentliche Mittel verwaltet, die in den vergangenen Jahren – auch durch Entscheidungen, die wir mitgetragen haben – zusätzliche Aufgaben übernommen hat, beispielsweise im Bereich der Förderprogramme, im Denkmalschutz, aber auch in der Wohnraumförderung, und die auch von vielen in der Bevölkerung als zum Parlament, zur Regierung zugehörig identifiziert wird, nicht nur auf Grund des Namens.

Informationsrechte der Abgeordneten: Ja, das ist ein wichtiges Thema. Ich glaube, dass, wie die Vorrednerinnen und Vorredner es ausgeführt haben, ein geeigneter Weg, ein geeignetes Instrument mit dem Parlamentarischen Beirat da ist. Ich glaube, dass das berechtigte Informationsbedürfnis, das wir als Parlamentarier haben, damit gut abgedeckt ist. Das Gremium eröffnet die Möglichkeit, dass der Vorstand die Mitglieder des Beirats umfassend auch über das Risiko und die konkrete Geschäftslage informiert. Das wird auch wahrgenommen.

Wie Herr Kollege Krückel aufgrund seiner Biografie sehr eindrucksvoll dargestellt hat, erfüllen die Mitglieder, die darin sind, bestimmte Anforderungen. Beispielsweise wird die Eignung durch die BaFin geprüft. Zudem sind Mitglieder aller Fraktionen in einem extra Beirat für das wichtige Gebiet der Wohnraumförderung. Auch dieser berät die Gremien der NRW.BANK und kann jederzeit Auskunft über das Portfolio verlangen.

Herr Kollege Schulz, im Sinne einer Debattenkultur müssen wir vielleicht über einen Punkt reden und diskutieren. Das scheint mir bei Ihnen nicht genug austariert zu sein. Sie haben, als Sie das im Ausschuss aufs Tableau gehoben haben, sehr oft von Entscheidungskreisen gesprochen, die jedenfalls für mich e-

her nicht in den Bereich des Parlaments fallen, sondern mit konkreten Vorstandsentscheidungen zu tun haben.

Ich bin an dieser Stelle nicht Ihrer Meinung, dass wir als Parlament unsere Befugnisse so weit ausdehnen sollten, dass wir hier Vorstandsarbeit machen. Das ist auch nicht die Funktion des Beirats. Das müssen wir dann auch trennen. Deswegen lehnen wir Ihren Antrag ab. Es ist ein wichtiges Thema. Aber wir glauben, dass die Instrumente, die uns zur Verfügung stehen, für das Informationsbedürfnis, das wir als Parlament, Parlamentarier, als Volksvertreter haben, ausreichend sind. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Abel. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Witzel.

Ralf Witzel (FDP): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die in diesem Antrag aufgeworfene Fragestellung der parlamentarischen Kontrolle von landeseigenen Unternehmen und Beteiligungen nehmen wir ernst. Das sollte grundsätzlich das Interesse des Parlaments finden und ist naturgemäß immer auch ein Punkt, der Oppositionsfaktionen in besonderer Weise interessiert.

Der Antragsteller verweist im einleitenden Text auf entsprechende Erwartungshaltungen, die SPD und Grüne unter früher anderen Vorzeichen ihrer Rolle an dieser Stelle auch artikuliert haben, wo sie ein Kontrolldefizit im Bereich der NRW.BANK thematisiert haben. Insofern ist die Diskussion über die richtige Wahrnehmung von Verantwortung ein Thema, das alle Fraktionen die letzten Legislaturperioden über in unterschiedlicher Rollenverteilung mal an der einen, mal an der anderen Stelle beschäftigt hat.

Dieser Befund ist sicherlich auch ein wichtiger Grund gewesen, warum wir zu Beginn dieser Legislaturperiode einen Parlamentarischen Beirat eingeführt haben. Nach meiner Erinnerung ist das auch im Einvernehmen aller Fraktionen als ein erster Schritt der Verbesserung so gesehen worden und auf den Weg gebracht worden.

Wir halten dies als FDP-Landtagsfraktion für einen sinnvollen Ansatz im Interesse einer besseren Nachvollziehbarkeit und Beurteilungsmöglichkeit der geschäftlichen Entwicklungen bei der NRW.BANK, weil wir durchaus auch die dargestellten Kritikpunkte von SPD und Grünen an der Situation nachvollziehen können, die es zuvor gegeben hat.

In einer öffentlichen Parlamentsdebatte über die Arbeit des Parlamentarischen Beirates ist es nicht ganz einfach, sich hier so zu äußern, wie man es vielleicht könnte, und zwar aufgrund der Verschwiegenheitspflichten, die wir als Mitglieder dort haben. Deshalb

muss ich mich auf ein paar grundsätzliche Bemerkungen beschränken.

Was wir hier öffentlich sicherlich sagen können, ist Folgendes: Ich habe die dortigen Beratungen im Parlamentarischen Beirat, an denen ich vollständig teilgenommen habe, bislang stets als sachorientiert und kooperativ empfunden. Erörterungswünsche von Teilnehmern sind aufgegriffen worden. Bei aktuellen Anlässen hat es zusätzliche Sitzungstermine gegeben.

Ich finde es daher sinnvoll und fair, die dortige Arbeit im Parlamentarischen Beirat zum Ende der Legislaturperiode hin im Gesamten zu bewerten. Der neue Landtag sollte dann auf dieser Basis überlegen, ob weitergehende Schritte zur Herstellung von Transparenz angezeigt sind.

Diese Aussage, Herr Kollege Schulz, ist ausdrücklich keine Absage an Ihren Vorschlag zur Verwaltungsratseinbindung aller Fraktionen. Wir sollten eine solche Änderung aber nicht ad hoc auf der Zielgeraden dieser Wahlperiode vornehmen. Es gäbe sicherlich, Herr Krückel, Möglichkeiten, auch die Anforderungen für die Entscheidungsmöglichkeiten von Teilnehmern auf Vorschlag von Fraktionen so auszugestalten, dass natürlich qualifikatorische Maßstäbe deshalb nicht unter den Tisch fallen und den Anforderungen genügt wird. Dann muss man das eben als Voraussetzung für Vorschlagsrechte auch so definieren. Ich glaube, wenn ein politischer Wille da wäre, gäbe es dafür auch Lösungsmöglichkeiten.

Das Anliegen einer wirksamen parlamentarischen Kontrolle – und damit auch die Beurteilungsmöglichkeit geschäftlicher Strategien und deren Zukunftsaussichten – ist unverändert und uneingeschränkt richtig und berechtigt. Es ist von anderen Vorrednern schon hingewiesen worden auf bestimmte Fehlentwicklungen, die es nicht bei der NRW.BANK, aber an anderer Stelle, beispielsweise im Bereich der WestLB, in den letzten Jahren gegeben hat und die einem auch immer sehr klar vor Augen führen, welche Fehlentwicklungen sich ergeben, wenn nicht alle Fraktionen angemessen in Beurteilungen eingebunden sind und sich dann ein eher unkritischer Closed-Shop-Zirkel bildet, und welche gefährlichen Abschottungstendenzen sich daraus ergeben, wenn eben nicht eine facettenreiche und reflektierte Debatte über bestimmte grundsätzliche Fragen stattfindet, die sicherlich der Sache nach angemessen wäre.

In der WestLB hat sich, sicherlich auch aufgrund des Kontrollversagens über die ganzen Jahre hinweg, ein verhängnisvolles Eigenleben entwickelt. Zu einer ehrlichen Analyse gehört aber auch, dass die Förderbank des Landes in ihrem Kerngeschäft bislang zum Glück nicht durch vergleichbare Eskapaden aufgefallen ist.

Es gibt sicherlich an einigen Stellen Fragen. Es gibt im Bereich der dortigen Beteiligungsunternehmen,

beispielsweise bei WestSpiel, sicherlich Bedarfe, einen verschärften Blick auf das dortige Geschäftsgebaren zu richten, das in dem Verdacht einer Verschwendung öffentlicher Gelder steht. Auf solche Aspekte muss man schauen.

Grundsätzlich ergibt sich aus unserer Sicht für die gesamte Breite der Themen der NRW.BANK kein aktueller Anlass für Verbesserungsbedarf. Deshalb bleibe ich dabei: Lassen Sie uns nach Einrichtung des Parlamentarischen Beirats zum Ende der Legislaturperiode hin bilanzieren. Dann muss der neue Landtag in neuer Verantwortung entscheiden, wie er zukünftig mit dem Thema verfährt. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Witzel. – Für die Piraten spricht jetzt Herr Kollege Schulz.

Dietmar Schulz (PIRATEN): Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer im Saal und daheim! Ich habe natürlich mit alldem gerechnet, was hier gesagt worden ist.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Das stimmt nicht!)

Ähnliche Ausführungen haben wir auch schon im Haushalts- und Finanzausschuss hören müssen. Allerdings hatte ich noch nicht gehört, dass die Opposition der CDU nunmehr auf jede politische Einflussnahme im Verwaltungsrat der NRW.BANK verzichten lassen möchte.

Herr Kollege Krückel, das finde ich bemerkenswert. Sie, wie gesagt, sind in diesem Verwaltungsrat seit November letzten Jahres. Es sind des Weiteren darin an Mitgliedern des Landtags: Horst Becker, Grüne, Norbert Römer, SPD. Wir haben auch noch eine Ministerin, auch MdL, Svenja Schulze. Es sind darin Garrelt Duin, Wirtschaftsminister, Michael Groschek, Bauminister, und Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister, und – nicht zu vergessen – Johannes Remmel, Umweltminister. Wie es sein kann, dass Sie sich hier hinstellen und jetzt wollen, dass Politik nichts mehr im Verwaltungsrat zu suchen hat, ist erstaunlich. Denn der Verwaltungsrat besteht zu einem überwiegenden Teil aus der Politik, und Sie sind selbst dabei.

Sie hatten hier unter anderem ausgeführt, dass die Informations- und Kontrolldichte über Situationen in Bezug auf die NRW.BANK ausreichend seien, insbesondere deshalb, weil es einen Beirat gebe. Der Beirat wird unterrichtet – das ist zutreffend – über verschiedene Geschäftssituationen, über die geschäftliche Entwicklung, über Risikolagen etc. pp., aber man muss sagen: ex post.

Der Verwaltungsrat hingegen hat ganz andere Aufgaben als lediglich die Entgegennahme von Informationen, oftmals sogar auch nachträglich. Ja, der Kollege Zimkeit sprach diese Heta-Geschichte an, die zum Zeitpunkt der Unterrichtung an den Beirat nun schon ohne Ende durch die Presse gegeistert ist und auch durch Pressemitteilungen seitens der NRW.BANK vorbereitet war. Es ist eher ein stumpfes Schwert hinsichtlich der Kontrolle. Lediglich die Entgegennahme von Informationen reicht definitiv nicht. Der Verwaltungsrat hat stattdessen Ausschüsse, nämlich einen Präsidialausschuss, einen Prüfungsausschuss, insbesondere einen Risikoausschuss und einen Förderausschuss.

Ich möchte einmal zur Genese des Beirats etwas sagen. Als das NRW.BANK-Gesetz 2012 geändert worden ist, war der vonseiten der Piratenfraktion gestellte Antrag: Wir möchten, dass der Haushalts- und Finanzausschuss über die Risikolage zeitnah und turnusgemäß – entsprechend der Tagung des Ausschusses – informiert wird.

Präsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Schulz, Entschuldigung, dass ich Sie unterbreche. Herr Kollege Krückel würde Ihnen gern eine Zwischenfrage stellen.

Dietmar Schulz (PIRATEN): Ja bitte, gern.

Bernd Krückel (CDU): Danke schön, Herr Kollege. – Sie haben an mich die Frage gestellt, ob ich dafür eintreten würde, dass im Verwaltungsrat keine Politik mehr gemacht würde.

(Dietmar Schulz [PIRATEN]: So ist es!)

Das möchte ich ausdrücklich bejahen. Ein Verwaltungsrat, insbesondere der einer Bank, ist nicht da, um Politik zu machen, sondern ein Gremium, um die Geschäftsführung zu kontrollieren. Die Tatsache, dass da Vertreter unterschiedlicher Couleur und auch unterschiedlicher Ministerien vertreten sind und zum Beispiel am vergangenen Montag mit Einstimmigkeit einen neuen Vorstandsvorsitzenden bestellt haben, macht deutlich, dass da keine Politik gemacht wird, sondern wir uns sachgerecht um die Anliegen der Bank kümmern.

Es ist mir ein Anliegen, das deutlich zu machen. Ich frage Sie, ob Sie dem als Aufgabenstellung zustimmen.

Präsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Krückel, trotz der Frage am Schluss: Das Instrument heißt Zwischenfrage und nicht Zwischenantwort. – Herr Kollege Schulz, Sie haben natürlich die Gelegenheit, auf diese Zwischenfrage zu reagieren.

Dietmar Schulz (PIRATEN): Ja, Frau Präsidentin, das würde ich selbstverständlich gern tun, zumal die Frage lautete – ich war gerade in der Darstellung der Aufgaben des Verwaltungsrats –, ob ich Ihnen da insofern beipflichte. Nein, das tue ich an der Stelle nicht. Ich sage Ihnen auch, warum: weil die politische Einflussnahme eo ipso gegeben ist durch die Beteiligung von Politikern in jenem Verwaltungsrat einschließlich Ihrer selbst. Denn Sie sitzen nicht auf der Zuschauertribüne, sondern Sie sitzen in der Legislative des Landes Nordrhein-Westfalen als Politiker der CDU, und Sie sitzen gleichzeitig im Verwaltungsrat.

Nehmen wir also nur Sie als Beispiel, Herr Kollege Krückel, dann haben wir die Antwort. Wenn Sie sich dann hier hinstellen und sagen, wir sollten auf eine politische Einflussnahme innerhalb der NRW.BANK verzichten, ist das ein Widerspruch in sich selbst. Die Folge müsste sein, Herr Kollege Krückel, dass Sie nach Ihren Ausführungen hier am Pult heute aus dem Verwaltungsrat herausgingen. Das ist genau die Folge, die ich erwarten würde, wenn Sie das weiterhin so vertreten wollen, wie Sie es nicht nur in Ihrer Rede, sondern auch in Ihrer Nachfrage jetzt vertreten haben. Darüber sollten Sie sich ernsthaft Gedanken machen.

Ich möchte jetzt gerne fortfahren mit meinen Ausführungen zu den Aufgaben des Verwaltungsrates. Vielen herzlichen Dank für die Frage gleichwohl, Herr Kollege Krückel.

Die Aufgaben des Verwaltungsrats! Ich erwähnte es: Prüfungsausschuss, Risikoausschuss und Förderausschuss. Die Genese war: Wir hatten einen Antrag gestellt, wir möchten über alle Risiken und auch die Förderprogramme im Ausschuss zeitnah und möglichst proaktiv informiert werden.

Präsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Schulz, ich unterbreche Sie ungern ein zweites Mal. Aber jetzt würde Herr Kollege Dr. Optendrenk Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen.

Dietmar Schulz (PIRATEN): Auch diese Zwischenfrage lasse ich selbstverständlich gerne zu.

Präsidentin Carina Gödecke: Sofern es sich dann auch wirklich um eine Zwischenfrage handelt. Bitte schön.

Dr. Marcus Optendrenk (CDU): Herzlichen Dank, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. Ich würde gerne die Frage stellen, ob Sie meine Einschätzung teilen, dass, was die Darstellung auch hier im Plenarsaal angeht, es eigentlich die Vermutung gibt, dass beispielsweise der Finanzminister sicherlich sehr viel politischer argumentiert als der sehr sachorientierte Kollege Krückel.

Dietmar Schulz (PIRATEN): Lieber Kollege Marcus Optendrenk, ich möchte hier jetzt nicht Schiedsrichter im Wettstreit zwischen politischer Einschätzung eines Ministers auf der einen Seite und eines zudem Oppositionsabgeordneten auf der anderen Seite sein. Wer da jetzt wo politischer agiert, das kann ich beim besten Willen deshalb schon nicht erkennen, weil ich nicht Mitglied des Verwaltungsrates bin und die Protokolle des Verwaltungsrates auch nicht einsehbar sind, denn sie sind geheim.

Weil das eben alles so geheim ist, wollten wir eine ausreichende Information haben. Die haben wir nicht bekommen. Das war den Kolleginnen und Kollegen des Hauses offenbar zu heiß. Also hat man diese Geschichte mit dem Beirat ersonnen. Das ist auch eine feine Sache. Da findet man sich so zweimal, dreimal im Jahr dort ein und erhält also Informationen, die man theoretisch auch im Haushalts- und Finanzausschuss – sogar in öffentlicher Sitzung – bekommen könnte, also nichts Weltbewegendes. Das Weltbewegende hat zu diesem Zeitpunkt längst stattgefunden.

Deswegen unser Antrag, weil nämlich die Kontrolle eines Landesschattenhaushaltes von über 140 Milliarden € Bilanzsumme – also deutlich mehr als das Doppelte des Landeshaushalts für das Jahr 2016 – umfasst. Das ist ein riesiger Schattenhaushalt, auf den nur die Landesregierung Zugriff hat und über den es keinerlei ernstzunehmende parlamentarische Kontrolle durch den Landtag gibt.

Um das festzustellen, brauchen wir nicht mehr als das Wissen, dass der Verwaltungsrat die Tätigkeit des Vorstands überwacht und selbstverständlich auch einiges genehmigen muss, was der Vorstand tut oder auch nicht tut.

Das bezieht sich insbesondere auf den Bereich der Risikogeschäfte, die sich vor allem bei der NRW.BANK im Bereich der Refinanzierung all dessen bewegen, was gefördert werden soll. Das sind die sogenannten Credit Default Swaps, Kreditausfallversicherungen.

Die allgemeine Kritik ist bekannt, dass sich nämlich hier die NRW.BANK teilweise wie ein Exportversicherer im Wirtschaftsleben geriert und bewegt – ein Umstand, der eben nicht wirklich zu den Aufgaben einer Förderbank gehört, immerhin in einem Volumen vom letzten Jahr von ungefähr 16 Millionen € an Credit Default Swaps, Kreditderivaten, Derivaten, die immer wieder auch zu Zeiten der Finanzkrise und der Lehman-Brothers-Pleite etc. eine Rolle spielten.

Präsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Dietmar Schulz (PIRATEN): CDS haben sich in der Vergangenheit als hochrisikoreich herausgestellt. Auch das bedarf der parlamentarischen Kontrolle.

Diese findet nicht statt. Der Verwaltungsrat der NRW.BANK muss daher mit Mitgliedern aller Fraktionen des Landtags Nordrhein-Westfalen besetzt sein. Mitglieder aller im Landtag vertretenen Fraktionen ...

Präsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Dietmar Schulz (PIRATEN): ... müssen über die Vorgänge insbesondere auch im Risikoausschuss zeitnah und vorab informiert werden.

Ich komme noch einmal mit einem letzten Satz darauf zurück: Liebe SPD, liebe Grüne, als Sie nicht in der Regierung waren, wollten Sie in den Verwaltungsrat. Nun sind Sie in der Regierung und sind im Verwaltungsrat, und das in großer Anzahl. Sie täten meines Erachtens alleine schon zur Vermeidung von ...

Präsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Schulz, die Kommata habe ich gehört.

Dietmar Schulz (PIRATEN): ... Politikverdrossenheit gut daran, diesem Antrag zuzustimmen. Sonst würden Sie sich nämlich heute in Widerspruch zu dem setzen, was Sie noch vor sechs Jahren selbst beantragt haben. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Schulz. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Dr. Walter-Borjans.

Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich freue mich immer wieder darüber, wenn Herr Optendrenk den Versuch eines kleinen Seitenhiebes macht, der dann zu einem Kompliment missrät.

(Beifall und Heiterkeit von der SPD)

Das erleben wir ja häufiger. Ich bin immer sehr dankbar dafür. Herr Optendrenk, aber weder Sie noch Herr Krückel sollten daraus eine Selbstbezichtigung ableiten, dass etwa Herr Krückel nicht politisch genug agiert. Das ist das eine.

Aber mal ernsthaft: Herr Krückel, Sie haben Beispiele dafür gebracht, wo Politik die Ursache dafür gewesen sein soll, dass es Fehlinvestitionen oder falsche Abwicklungen von Investitionen gegeben haben soll. Da rate ich einfach auch wirklich uns selbst als Politikern, nicht unser Licht unter den Scheffel zu stellen. Ich bin und war Mitglied in vielen Aufsichtsgremien von Förderinstituten. Ich muss sagen: Wenn es da keine Politiker gäbe, dann wäre mir nicht wohl. Denn wenn das alleine Bankern überlassen würde,

die dann nach Renditekriterien Investmentbanking sozusagen in einer Förderbank machen, kämen Ergebnisse dabei heraus, mit denen nicht nur wir nicht zufrieden wären. Deswegen finde ich diese Kombination so gut und so richtig.

Sie haben Beispiele gebracht – dem habe ich ja nie widersprochen –, dass es auch Phasen gegeben hat, in denen offenbar ein politisches Übergewicht dazu geführt hat, dass man Wirtschaftlichkeitskriterien zu sehr außer Acht gelassen hat.

Aber ich selbst habe schon an Entscheidungen in Gremien teilgenommen, nach denen ich herausgegangen bin und gesagt habe: Gut, dass ich hier als Politiker dabeigesessen habe, weil sonst durchaus manchmal auch in diesen Bereichen, sagen wir mal, das Schmoren im eigenen Saft zu einer bestimmten Selbstbedienungsmentalität hätte führen können. Dafür fallen mir einige Beispiele ein.

Das Gremium des Verwaltungsrats ist ja kein Nebenparlament, sondern es geht darum, dass die Förderbank des Landes Nordrhein-Westfalen als Instrument vorhanden ist, um parlamentarische Beschlüsse und auch Regierungspolitik in Maßnahmen umzusetzen. Das darf nicht unkontrolliert stattfinden. Ich finde es auch richtig, dass das unter Beteiligung eines Mitglieds der Opposition erfolgt.

Aber am Ende muss sich nicht das Gremium der NRW.BANK für politische Entscheidungen verantworten, sondern das Parlament und die Regierung. Das passiert in einer guten Weise, finde ich. Diese ist in den letzten Jahren auch nachgeschärft worden. Man hat gesagt, die Bankenaufgaben, die hier auch von Herrn Schulz als Begründung herangezogen worden sind, werden immer heftiger und immer enger. Es muss bankenwirtschaftlicher Sachverstand da sein. Den haben wir ergänzt.

Wir haben Diskussionen, die das Austarieren deutlich machen, was man erwartet, was passieren soll und wofür eine solche Bank da ist. Auf der anderen Seite stellt sich die Frage, wie man das unter Beachtung der sehr engen bankenrechtlichen Aufsichtspflichten macht.

Herr Schulz, ich kann nur noch einmal sagen, Sie haben einen Antrag vorgelegt, der auf Anhörungen des Jahres 2009 und auf Anträgen basiert, die 2010 und 2011 gestellt worden sind. Diese sind überholt. Es haben sich Veränderungen ergeben:

Es gibt eine Aufsichtspflicht, die nicht zwei- oder dreimal, sondern vielfach genährt ist. Das wird wahrgenommen. Vor diesem Hintergrund gibt es dann noch den Beirat. Dieser ist im Übrigen nicht ein einziges Mal außer der Reihe durch das Recht von vier Mitgliedern zusammengerufen worden. Danach tritt man zusammen, wenn man den Bedarf verspürt.

Sie nehmen das und die Gefahr des Kapitalverbrauchs des Wohnungsbauvermögens zum Anlass,

obwohl wir wissen, dass die NRW.BANK eine Kernkapitalquote hat, nach der sich jede andere Bank die Finger lecken würde. Diese liegt bei über 40 %, wo andere Banken keine 8 % erreichen. Da den Teufel an die Wand zu malen, finde ich etwas übertrieben.

Wir haben in diesem Punkt wirklich ein gutes Förderinstitut. Wir haben eine gute Kontrolle. Wir haben uns hier und an anderer Stelle im Ausschuss immer wieder zu rechtfertigen und tun das auch zusammen mit dem Vorstand dieser Bank. Deswegen ist dieser Punkt wirklich in Ordnung. Wir sollten ihn so lassen wie bisher. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Finanzminister. – Da mir keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließe ich die Debatte zum Tagesordnungspunkt 5.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt mit seiner Beschlussempfehlung in Drucksache 16/11282, den Antrag mit der Drucksachennummer 16/8975 abzulehnen. Wir kommen somit zur Abstimmung über den Antrag selbst und nicht über die Beschlussempfehlung. Wer dem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Piraten. Wer stimmt dagegen? – SPD, Bündnis 90/Die Grünen und CDU. Wer Enthält sich? – Demzufolge die FDP-Fraktion. Mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis ist damit der **Antrag Drucksache 16/8975 abgelehnt**.

Ich rufe auf:

6 Halbjahresbericht des Petitionsausschusses

Gemäß § 100 unserer Geschäftsordnung soll der Petitionsausschuss dem Landtag mindestens jährlich mündlich berichten. Entsprechend der bisher geübten Praxis im Hause erteile ich der stellvertretenden Vorsitzenden des Petitionsausschusses, Frau Howe, das Wort zu einem Halbjahresbericht.

Ich danke schon einmal im Vorhinein nicht nur Ihnen, Frau Howe, für den Bericht, den Sie gleich abgeben werden, sondern vor allen Dingen allen Mitgliedern des Petitionsausschusses sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des zuständigen Landtagsreferates für ihre engagierte Arbeit. In keinem anderen Ausschuss kommen die Abgeordneten so eng und hautnah mit den Besorgnissen, den Anregungen und Sorgen der Bürgerinnen und Bürger in Kontakt und damit mit den Bürgerinnen und Bürgern selbst. Gerade in diesem Ausschuss wird sehr viel Zeit investiert, um die Interessen der Bürgerinnen und Bürger sachgerecht wahrzunehmen.

Dafür gilt Ihnen allen – Frau Howe stellvertretend für den Ausschuss und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unseres Petitionsreferates – unser herzlicher Dank. Das wollte ich vorher sagen, damit es hinterher nicht vergessen wird. – Bitte schön, Sie haben jetzt das Wort.

Inge Howe (SPD): Vielen Dank. – Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Im Jahr 2015 hat es ein Mensch nach mehreren Jahren endlich geschafft, auf Platz eins zu kommen. Ich spreche allerdings von einer eher zweifelhaften Ehre. Es geht nämlich um die Wahl zum Unwort des Jahres. Gewonnen hat der sogenannte Gutmensch. Das Wort sei schon seit Langem in Gebrauch – so die Jury. Doch im vergangenen Jahr sei es im Zusammenhang mit dem Flüchtlingsthema prominent geworden. Hilfsbereitschaft werde damit auch in den Medien pauschal als naiv, dumm und weltfremd dargestellt. Das Wort „Gutmensch“ sei eine Beleidigung und werde ironisch verwendet.

Was bedeutet das für uns Politiker, wenn wir feststellen, dass Menschen, die sich meist ehrenamtlich engagieren, als Gutmenschen diskreditiert werden und ihre Hilfsbereitschaft als Helfersyndrom diffamiert wird? Gibt es ein übertriebenes Gutsein oder Gutsein-Wollen? Sind die Mitglieder des Petitionsausschusses solche Gutmenschen? Meiner Meinung sind sie das nicht mehr oder weniger als alle Abgeordneten dieses Hauses. Vielleicht sind die 25 Mitglieder des Petitionsausschusses etwas näher an den Sorgen und Nöten der Menschen in NRW. Wir setzen uns mit den Eingaben auseinander, die Bürgerinnen und Bürger an uns als Parlament richten. Von dieser Arbeit möchte ich heute berichten.

Zunächst gebe ich Ihnen einige statistische Informationen über das erste Halbjahr 2015. In dieser Zeit haben den Ausschuss über 2.600 Eingaben erreicht. In der gleichen Zeit erfolgte die Erledigung von 2.700 Petitionen. Davon hat der Ausschuss über 200 Eingaben im Verfahren nach Art. 41a der Landesverfassung behandelt. Der Schwerpunkt dieser Eingaben aus diesem Zeitraum lag in den Bereichen Schule und Hochschule. Dort haben uns insbesondere Einzelpetitionen und sogenannte Sammelpetitionen zum Thema Inklusion erreicht, aber auch Eingaben zu anderen schulischen Themen.

Wie in den zurückliegenden Jahren auch, ist die Zahl der Eingaben aus dem Sozialrecht mit annähernd 400 einzelnen Petitionen unvermindert hoch. Aus den Bereichen öffentliches Dienstrecht, Bauen, Wohnen und Verkehr und Umwelt haben wir jeweils rund 200 Eingaben erhalten.

An unserer Erfolgsquote halten wir weiter fest. Diese beträgt üblicherweise 35 %. Durch die Sammelpetitionen im Schulrecht stieg sie in besagtem Halbjahr

jedoch auf über 50 % – eine kleine statistische Besonderheit.

Seit vielen Jahren stabil ist unsere Erfolgsquote in den Verfahren nach Art. 41a der Landesverfassung. Dort erreichen wir in über der Hälfte der Petitionen ein für Petenten positives Ergebnis. Dies war und ist uns ein Ansporn, diese aufwendigen Verfahren durchzuführen und, wenn es erforderlich ist, alle Beteiligten an einen Tisch zu holen und eine Mediation durchzuführen. Die ausführliche Statistik hierzu finden Sie als Anlage des schriftlichen Berichts.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, wie auch in den vergangenen Jahren hat der Ausschuss Bürgersprechstunden hier im Landtag und in den Kommunen vor Ort – in Hagen und in Kleve – durchgeführt.

Bereits vor einem Jahr habe ich an dieser Stelle von den steigenden Eingaben im Bereich der schulischen Inklusion berichtet. Dieser Trend hat sich fortgesetzt. Inzwischen tun sich an vielen Stellen Menschen zusammen, um gemeinsam in Massen- oder Sammelpetitionen ihrem Anliegen Gehör zu verschaffen.

Zu den Petitionen aus dem Bereich Schule mit zahlreichen Unterstützern gehörte beispielsweise eine Eingabe aus dem Sauerland, die die Mutter eines Kindes an einer Förderschule an uns gerichtet hatte. Ihr Anliegen war die Abschaffung der Verordnung über die Mindestgrößen der Förderschulen. Hintergrund war die Zusammenlegung mehrerer Schulen – darunter auch die Schule ihres Kindes –, und sie befürchtete Nachteile für ihr Kind und alle anderen Kinder an der Schule.

Die gewünschte Abschaffung der Mindestgröße konnte der Petitionsausschuss jedoch nicht unterstützen. Art. 12 der Landesverfassung gibt dem Gesetzgeber auf, dass alle Schulen entsprechend ihren Bildungszielen nach Organisation und Ausstattung die Voraussetzungen eines geordneten Schulbetriebs erfüllen müssen. Hierzu gehört auch das Erreichen der gesetzlich vorgegebenen Mindestgrößen. Nur so kann letztendlich sichergestellt werden, dass der Unterricht qualitativ hochwertig erteilt wird.

Die Petition wurde aber an den Ausschuss für Schule und Weiterbildung gegeben, damit die Sorgen auch dort bekannt sind und in die schulfachlichen Diskussionen einfließen können.

In einer weiteren Eingabe, ebenfalls durch zahlreiche weitere Petitionen unterstützt, meldete sich die Schulpflegschaftsvorsitzende und beklagte gemeinsam mit Schülern, Eltern und Lehrern eine Verschlechterung der Lernbedingungen an ihrer Schule. Die personellen und räumlichen Voraussetzungen für das gemeinsame Lernen seien in den letzten Jahren schlechter geworden.

Der Ausschuss setzte sich intensiv mit den einzelnen Kritikpunkten auseinander. Er konnte die Fragen nach dem Stellenbudget im Bereich der Lern- und

Entwicklungsstörungen, zusätzlichen Fachkräften für Sonderpädagogik und der Schaffung von neuen Räumen beantworten. Wir konnten auch auf die Mitwirkungsmöglichkeiten der Schulpflegschaft gemäß § 72 des Schulgesetzes hinweisen.

Zudem überwies der Ausschuss auch diese Petition an den Schulausschuss, damit die Anregungen der Petenten zu dieser Problematik in die schulpolitische Willensbildung einfließen können.

In diesen Eingaben war es dem Petitionsausschuss wichtig, dass die Petentinnen und Petenten mit ihren Anliegen und Fragen gehört wurden. Die Kolleginnen und Kollegen des Schulausschusses bitte ich herzlich, die an Sie überwiesenen Petitionen genau zu studieren. Sie werden weiterhin die Gesetze und Verordnungen schaffen, die das gemeinsame Lernen von Kindern mit und ohne Behinderungen an Schulen gestalten sollen. Der Weg zur Inklusion muss als Prozess verstanden werden, und es ist die Verantwortung aller, das gemeinsame Lernen in der Schule zu stärken.

Neben diesen Sammelpetitionen erreichten uns zahlreiche Einzeleingaben zum Thema „Inklusion“. Zumeist geht es darum, in konkreten Fällen nach Lösungen zu suchen, wenn Eltern und zuständige Behörden uneinig über die weiteren Maßnahmen sind. Häufig sind verschiedene Kostenträger betroffen, was leider immer wieder dazu führt, dass Eltern von einem Amt zum nächsten geschoben werden.

So erreichen uns viele Petitionen zum Thema „Autismus“. Die Diagnose ist für viele Familien eine schwere Belastung. Experten gehen davon aus, dass bis zu 1 % der Bevölkerung von einer autistischen Störung betroffen ist. Wenn es um die Beantragung und Bewilligung von Therapien geht, zeigt sich, wie schnell es zu einer zeitlichen, nervlichen und finanziellen Belastungsprobe für Familien kommen kann.

Das Petitionsverfahren hat sich bei solchen Querschnittsproblematiken als besonders taugliches Mittel erwiesen, alle Beteiligten zu einem fruchtbaren Austausch zu bringen und Lösungen abzustimmen. Dann werden Schulamt, Jugendamt, Sozialamt und Krankenkassen an einen Tisch geholt, und das Spiel um den schwarzen Peter hat ein Ende.

Uns haben weit über 100 Eingaben zum Thema „Förderberufskollegs in Nordrhein-Westfalen“ erreicht. Darunter waren Briefe und E-Mails von Schülern, Lehrern und Schulleitungen. Der Ausschuss hat diese Eingaben umfassend geprüft und mit den Petenten und Vertretern der beteiligten Behörden mehrere Erörterungstermine durchgeführt.

Die Schicksale der jungen Menschen waren höchst unterschiedlich: Behinderungen, psychische Erkrankungen, Drogenabhängigkeit, zerrüttete Familien oder eine frühe, ungeplante Schwangerschaft. Es

stellte sich jedoch heraus, dass die meisten dieser jungen Menschen nicht mehr schulpflichtig waren und somit von den Förderberufskollegs nicht hätten aufgenommen werden dürfen. Der Besuch von Förderschulen soll nämlich den Schülerinnen und Schülern vorbehalten sein, bei denen Förderbedarf festgestellt ist, was aber nur bis zum 18. Lebensjahr möglich ist. Wir unterstellen den Schulen, dass die Aufnahme in bester Absicht geschah, um diesen noch jungen Menschen die vielleicht letzte Chance zu geben, eine ordentliche Ausbildung zu machen.

So haben wir uns in einem Fall mit dem Schicksal eines 21-jährigen jungen Mannes beschäftigt. Er machte einen Bedarf an sonderpädagogischer Unterstützung geltend, weil er an Epilepsie leidet. Der Antrag war abgelehnt worden, und das Förderberufskolleg hätte ihn nicht aufnehmen dürfen. Nun hatte der junge Mann seine Ausbildung aber bereits begonnen und machte sich große Sorgen, ein weiteres Mal in seinem Leben zu scheitern und etwas abbrechen zu müssen. Bereits einmal hatte er wegen seiner Erkrankung eine Ausbildung aufgegeben und war in ein tiefes seelisches Loch gefallen. Nun hatte er neuen Mut gefunden.

Der Ausschuss sah es als notwendig an, für die vielen Fälle eine Übergangsregelung zu schaffen. Er handelte mit der Landesregierung eine Zusage aus, wonach angefangene Bildungsgänge auch dann zu Ende geführt werden dürfen, wenn die Voraussetzungen für eine Aufnahme in das Förderberufskolleg nicht erfüllt sind.

So kann der junge Mann seine Berufsausbildung mit der entsprechenden schulischen Prüfung abschließen und wird ganz sicher im August 2017 als Bürokaufmann für Büromanagement seinen Abschluss schaffen.

Einige der Förderkollegs wurden als sogenannte Bündelschulen genehmigt. Sie können nun auch Schülerinnen und Schüler aufnehmen, die nicht mehr schulpflichtig sind, aber der besonderen Unterstützung bedürfen.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, die Arbeit des Ausschusses ist vielfältig. Neben dem Schwerpunkt Schule hat der Ausschuss viele andere Themen zu beraten. Aus dieser Arbeit möchte ich Ihnen folgende Fälle vortragen.

Nicht immer kann der Petitionsausschuss helfen. Manchmal kann er nur Verständnis für die Entscheidungen von Behörden schaffen, indem er das Augenmerk auf die Belange anderer Menschen lenkt. Dies war im folgenden Fall nötig:

Der Petent, Herr P., ist Halter von zwei großen Hunden. Er ist wegen seiner Querschnittslähmung aufgrund eines Unfalls auf einen Rollstuhl angewiesen, hatte aber durch viel Training und Sport erreicht, sehr aktiv am Leben teilnehmen zu können. Er schrieb, er

habe beide Hunde so abgerichtet, dass sie problemlos ohne Leine neben ihm am Rollstuhl liefen.

Das Landeshundegesetz NRW ermöglicht aber keine Ausnahme von der Anleinplicht. Aus diesem Grunde waren auch bereits dreimal Bußgeldbescheide ergangen. Nun sah sich Herr P. gezwungen, seine beiden Hunde am Rollstuhl anzubinden. Dieses könne jedoch für ihn zu einer gefährlichen Situation führen, erklärte er. Er wünschte sich deshalb eine Ausnahmeregelung im Landeshundegesetz, die die Bedürfnisse von Menschen, die in ihrer Mobilität eingeschränkt sind, berücksichtigt.

Der Ausschuss konnte den Wunsch des Petenten nachvollziehen. Allerdings dienen die gesetzlichen Regelungen dem Schutz der Bevölkerung vor Gefahren durch freilaufende Hunde. Der Gesetzgeber hat die aus der gesetzlichen Anleinplicht entstandene Problematik für Rollstuhlfahrer erkannt und im Gesetz eine Befreiung vorgesehen – allerdings nur für Behindertenbegleithunde. Bei diesen kann aufgrund ihrer besonderen Ausbildung davon ausgegangen werden, dass keine Gefährdung zu erwarten ist. – Für die Hunde des Petenten, die keine Begleithunde sind, gilt diese Ausnahmeregelung nicht.

Bei allem Verständnis für die Bedürfnisse des Petenten wog das Interesse der Allgemeinheit am Schutz vor Gefahren schwerer als das Interesse des Petenten, seine Hunde frei laufen zu lassen. Zudem war es bei seinen Hunden in den letzten Jahren zu mehreren Beißvorfällen mit anderen Tieren gekommen. – In diesem Fall konnten wir dem Petenten nur empfehlen, die Hunde an die Leine zu nehmen.

In vielen Petitionen aus dem Verkehrsbereich geht es um das Thema „Lärm“. Beispielhaft möchte ich Ihnen über eine Eingabe berichten, bei der wir helfen konnten. Frau K. engagierte sich in einer Bürgerinitiative und beklagte den zunehmenden Schwerlastverkehr auf einer Landesstraße, der die dortige Wohnbevölkerung stark belastet. Im Wesentlichen bemängelte sie ein fehlendes Routenkonzept sowie mangelnde Verkehrsüberwachungsmaßnahmen auf den für den Schwerlastverkehr gesperrten Straßen.

Tatsächlich führte der Verkehr zu einem in der Nähe gelegenen Logistikzentrum, das eigentlich über die Autobahnen A40 und A57 erreichbar sein sollte, zu einer großen Belastung. Nicht die dazu ausgewiesene Landesstraße wurde als Weg zur Autobahn benutzt, sondern es wurden auch Abkürzungen über Strecken genommen, die bewusst gesperrt und durch eindeutige Verbotsschilder kenntlich gemacht waren. Zusätzlich nutzten Lkw sogar Straßen, die nur für Anlieger freigegeben waren.

Die Petentin regte an, auf eine neue Methode zurückzugreifen und eine besondere Radarfalle zu installieren. Die zuständigen Behörden lehnten dies zunächst ab. Erst durch das Engagement des Aus-

schusses ließen sie sich überzeugen und installierten eine neue Messanlage zur Kontrolle des Durchfahrverbotes. Durch eine intelligente Kameratechnik werden nun nicht nur Nummernschilder, sondern auch das Gewicht und die Achsbreite der durchfahrenden Lkw gemessen. Dadurch konnten die Verkehrssünder schnell gestellt werden. Die hohen Bußgelder sprachen sich schnell herum, und die Lkw benutzten zur großen Freude der Anwohner nun wieder die ursprünglich vorgesehenen Wege. – Sie dürfen auch gerne einmal klatschen.

(Beifall)

– Danke schön.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die junge Frau J. meldete sich beim Petitionsausschuss wegen einer angeborenen Dismelie der rechten Hand. Bei ihr handelte es sich um einen verkürzten Unterarm mit einer kleinen Hand ohne Finger. Diese körperliche Einschränkung sollte nun dazu führen, dass sie keinen normalen Pkw fahren sollte.

Sie trug dem Ausschuss engagiert vor:

„Ich habe Handball gespielt, ich spiele Gitarre, fahre Ski, klettere und bin auch an der Computertastatur schneller als manch Zweihänder.“

Weiter schrieb sie:

„Wie alle in meinem Alter möchte ich gerne meinen Führerschein machen und ohne Handprothese und auch ohne irgendwelche anderen Hilfsmittel oder Fahrzeugumbauten fahren – halt ganz normal, wie jeder andere auch.“

Bei der Erteilung der Fahrerlaubnis aber fühlte sie sich diskriminiert. Wegen ihrer Behinderung hatte die Behörde ein fachärztliches Gutachten und eine Fahrprobe angeordnet. Der Mediziner hatte keine Bedenken gegen die Erteilung des Führerscheins, wenn denn die praktische Fahrprobe gelingen würde. Der praktische Gutachter hingegen tat sich sehr schwer. Er prüfte, stellte aber viele Bedenken in den Vordergrund und forderte eine Reihe von teuren technischen Änderungen am Fahrzeug. Frau J. sollte nur ein Auto mit Schalensitz, besonderem Lenkrad und einer Schaltautomatik nutzen dürfen. Dies war aus Sicht der jungen Frau nicht hinnehmbar.

Der Petitionsausschuss ging der Sache nach. Schnell machte man der jungen Frau das Angebot, die praktische Begutachtung kostenfrei zu wiederholen. Das Ergebnis war erfreulich. Durch den Wechsel des Sachverständigen kam man nunmehr zu dem Ergebnis, dass die in Rede stehenden Auflagen nicht erforderlich sind. Ich freue mich, dass die junge Frau, die ich selbst kennengelernt habe, mit Schwung und Energie nun auch mittels eines normalen Autos die Welt erobern kann.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN –
einzelt Beifall von der CDU)

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, diesen Bericht kann ich nicht halten, ohne auf den Schwerpunkt unserer aktuellen Arbeit einzugehen. Sprunghaft gestiegen sind derzeit die Eingaben von Menschen, die nicht aus unserem Land stammen. Sie melden sich bei uns in ausländer- und aufenthaltsrechtlichen Fragen – viele, weil sie aufgefordert wurden, Deutschland zu verlassen, oder weil ihnen die Abschiebung droht. Alle diese Eingaben prüfen wir als Einzelfälle, als Einzelschicksale, die uns vorgetragen werden.

Es ist nicht die Aufgabe des Petitionsausschusses, die aktuelle Flüchtlingspolitik zu kommentieren; wir nehmen die Menschen in den Blick, die sich an uns wenden.

Da ich heute viel über Behörden gesprochen habe – wenn auch in anderen Zusammenhängen –, möchte ich zunächst einen Dank an alle Beschäftigten in den Ausländerbehörden aussprechen. Sie hatten schon immer einen schwierigen, hochbelasteten Job. Die Politik mutet ihnen derzeit aber besonders viel zu, denn trotz des öffentlichen Drucks und der nach wie vor steigenden Zahlen dürfen sie in ihrer Arbeit nicht nachlässiger werden, weil sie über die Schicksale von Menschen entscheiden.

(Beifall von der SPD, der CDU und den GRÜNEN)

Gleichzeitig möchte ich aber ein mahnendes Wort an alle in politischer Verantwortung richten – die Bürgermeister, die Oberbürgermeister und Landräte. Möglicherweise wollen sie durch den öffentlichen Druck in der sogenannten Flüchtlingskrise auch Durchsetzungskraft zeigen und die vielleicht viel zu lasche Ausweisungspolitik der letzten Jahre wieder wettmachen. Dies sollte jedoch nicht zu Entscheidungen führen, die ohne Augenmaß getroffen werden.

Das sogenannte öffentliche Interesse am Verwaltungsvollzug überwiegt nicht immer und nie automatisch die schützenswerten Interessen der Menschen, die zu uns gekommen sind. Der Ausschuss kann daher auch nach wie vor nur wenig Verständnis für die Entscheidung eines Landrats aus dem Münsterland aufbringen, der einer einstimmigen, über alle Parteigrenzen hinweg gefällten Empfehlung des Ausschusses nicht nachgekommen ist.

Die Familie, die sich an den Ausschuss gewandt hatte, hatte keine Perspektive auf ein dauerhaftes Bleiberecht hier in Deutschland. Nach langem Hoffen erfuhr das die Familie. Sie bat für die freiwillige Ausreise in ihr Heimatland Serbien um einige wenige Tage Aufschub, weil sie hier im letzten Jahr ein Kind bei einem schrecklichen Unfall verloren hatte und nun die Umbettung und Überführung des bereits beigesetzten Sarges organisieren wollte.

Dabei konnte sie sich auf die Hilfe und Unterstützung vieler deutscher Helfer vor Ort verlassen, und es lag

sogar eine finanzielle Bürgschaftserklärung für diese Familie vor. Dennoch wurde der Familie keine Fristverlängerung gewährt, und sie musste ohne den Sarg freiwillig ausreisen. Der Landrat mag nun statistisch eine hohe Anzahl an Ausweisungen vorzeigen können. Ob das aber höher wiegt als diese kleine Nachgiebigkeit, die wiederum eine große Geste gegenüber der Familie gewesen wäre, mag jeder für sich selbst beantworten.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Der Ausschuss kann auch nur rügen, dass sich einige Kommunen dem Votum eines weiteren Gremiums entgegensetzen, das sich auch mit den Hilfesuchen von Menschen befasst, nämlich der Härtefallkommission, die in eng umgrenzten Fällen Empfehlungen für ein Bleiberecht von Menschen aussprechen kann.

Unbescholtene junge Menschen, die bereits einen schriftlichen Ausbildungsvertrag vorweisen können und sich selbst finanzieren, werden dennoch ausgewiesen; nachzuvollziehende Gründe wurden von den Verantwortlichen nicht vorgetragen. Das mag bedeuten, dass es hier ums Prinzip geht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, soll es aber ums Prinzip gehen oder geht es immer um die gute Sache? Stehen sich im Petitionsverfahren die sogenannten Prinzipienmenschen und die sogenannten Gutmenschen unversöhnlich gegenüber? Meine Erfahrungen sind andere. Alle Kolleginnen und Kollegen, die einmal im Petitionsausschuss mitgearbeitet haben, kennen den Effekt, den unsere Arbeit hat. Oft gelingt es in unseren Verfahren, Verständnis für die Belange der anderen Seite zu gewinnen. Argumente der anderen werden gehört, Streit wird entschärft und gemeinsame Lösungen gefunden.

Wenn erst einmal die Frage nach dem Prinzip in den Hintergrund tritt und der Mensch sichtbar wird – sei es als Bürger, sei es als Mitarbeiter einer Behörde –, geht vieles leichter.

(Beifall von Arif Ünal [GRÜNE])

Der Ausschuss geht mit gutem Beispiel voran. 25 Abgeordnete handeln über jede Parteigrenze hinweg einstimmig im Sinne der Menschen. Ich wünsche mir für uns alle, dass dies auch weiterhin so geschieht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, last but not least ist es mir besonders wichtig, allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Petitionsreferats sowie den Kolleginnen und Kollegen des Petitionsreferates besonders zu danken. Ohne die gute Zuarbeit und das große Engagement auch über das normale Maß hinaus wäre die Petitionsarbeit nicht so erfolgreich, denn wie bei uns Abgeordneten stehen auch für sie die Menschen mit ihren Anliegen und Schicksalen im Mittelpunkt.

(Beifall von allen Fraktionen)

Ich danke Ihnen allen für die Aufmerksamkeit und dafür, dass ich die Zeit ein wenig überziehen durfte. Herzlichen Dank.

(Beifall von allen Fraktionen)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Sehr geehrte Frau Howe, ich möchte mich im Namen des Landtages, des Plenums, der Abgeordneten bei Ihnen, bei den Mitarbeitern und bei allen Kolleginnen und Kollegen des Petitionsausschusses sehr herzlich für den Bericht und die geleistete Arbeit bedanken. Sie ist für den Landtag und dafür, wie die Arbeit des Landesparlaments in unserem Land Nordrhein-Westfalen wahrgenommen wird, sehr wichtig. Im Namen der Kolleginnen und Kollegen möchte ich mich dafür herzlich bedanken.

Ich rufe nun auf:

7 Notruf für den Notfallsanitäter: Die Landesregierung muss Mitarbeitenden im Rettungsdienst und in den Kommunen den Rücken stärken!

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/11699

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die CDU-Fraktion Frau Kollegin Scharrenbach das Wort.

Ina Scharrenbach (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bereits im Januar 2015, Frau Ministerin, liebe Kollegen von SPD und Grünen, haben wir als CDU zusammen mit der FDP einen Hilferuf gestartet und überschrieben mit „Wenn Retter selbst Hilfe brauchen“.

Damals, Frau Ministerin, haben Sie das Thema wegmoderiert und gesagt: „Na ja, der Landtag muss erst einmal beschließen, dass die Kosten für die Ausbildung der Notfallsanitäter künftig auch übernommen werden.“ Der Landtag hat im März 2015 mit den Stimmen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen ein neues Rettungsgesetz für Nordrhein-Westfalen beschlossen und in § 14 Abs. 3 die Kostenübernahme erklärt.

Und jetzt? Jetzt sind wir immer noch nicht weiter. Das System kommt nicht ins Rollen. Das System kommt auch deswegen nicht ins Rollen, weil Sie kurz nach der Verabschiedung des Gesetzes als Erstes einen Erlass auf den Weg gebracht haben, mit dem Sie die Kommunen verpflichtet haben, neue Rettungsdienstbedarfspläne auf den Weg zu bringen.

Abgesehen davon, dass das natürlich nicht ganz so schnell geht, ergibt sich jetzt aber das Problem, dass

oftmals die Krankenkassen die Rettungsdienstbedarfspläne nicht akzeptieren und sie zurückweisen – insbesondere vor dem Hintergrund der Kostenübernahme für die Ausbildung von Notfallsanitätern.

Wenn wir uns vergegenwärtigen, wofür wir die Notfallsanitäter in der Zukunft eigentlich brauchen, dann erkennen wir, dass es schlicht darum geht, dass wir Personal haben müssen, das in lebensbedrohlichen Situationen von Bürgerinnen und Bürgern die Ausübung der ärztlichen Heilkunde in einigen Maßnahmen eigenverantwortlich durchführen darf. Deswegen haben wir uns hier auf den Weg zu machen und dieses System gegenüber den Trägern und insbesondere auch gegenüber den Städten und Gemeinden rechtsverbindlich herzustellen.

Es zeigt sich, Frau Ministerin, dass das Moderieren der vergangenen Monate und auch das Moderieren der vergangenen Jahre im Zusammenhang mit dem Rettungsgesetz jetzt irgendwann zu einem Ende kommen muss und Sie entscheiden müssen. Denn aus Ihrem Hause gibt es ja seit Kurzem auch noch einen Erlass, nämlich vom 5. April 2016, der landesweit die Finanzierung der Ergänzungsprüfung-I-Ausbildungen als freiwillig klassifiziert und somit die Kosten auf die Träger und die Kommunen verschiebt.

Das ist eigentlich nicht der Rechtsschutz, den dieser Landtag mit der Verabschiedung des Rettungsgesetzes auf den Weg gebracht hat. Dieser Erlass nimmt schlussendlich wenig Rücksicht auf die Belastung der Träger vor Ort und gefährdet damit die Fortbildung der Bestandsrettungsassistenten bis hin zum Notfallsanitäter.

Das MGEPA muss deshalb aus Sicht der CDU-Landtagsfraktion – das haben wir Ihnen heute vorgelegt und auch bewusst zur Überweisung in den Fachausschuss vorgeschlagen – den Bezirksregierungen aufgeben, das Einvernehmen in Bezug auf die Rettungsdienstbedarfspläne anstandslos zu ersetzen. Denn zu einem darf es jetzt nicht kommen, nämlich einem Stillstand der Rechtspflege, so, wie wir es derzeit schon in etlichen Kommunen haben. Beispielsweise haben gegenüber der Stadt Bonn alle nordrheinischen Krankenkassen erklärt, dass sie den Rettungsdienstbedarfsplan nicht akzeptieren werden.

Deshalb stellt sich die Frage: Wie soll es da denn weitergehen? Dieses Thema kann man nicht mehr wegmoderieren. Deshalb müssen Sie es entscheiden; das ist nämlich Ihre Aufgabe. Wir fordern Sie ausdrücklich auf, diese Aufsicht, die Sie haben, auch wahrzunehmen.

Ein weiterer Punkt, der bei der Umsetzung des Rettungsgesetzes nicht so richtig funktionieren will – so, wie wir es hier immer diskutiert haben –, ist eine zwangsläufige Konsequenz, die sich insbesondere für die Anbieter der Lehrrettungsschulen ergibt. Denn ihre Finanzierung stand eigentlich schon im letzten

Jahr auf tönernen Füßen. Die letzten Rettungsassistentenlehrgänge laufen aus; die neuen Notfallsanitäterausbildungen werden aber nicht auf den Weg gebracht, weil die Rettungsdienstbedarfspläne nicht verabschiedet und nicht mit den Krankenkassen vereinigt sind. Insofern fahren derzeit viele Lehrrettungsschulen insbesondere der Träger und der Hilfsorganisationen wirklich auf knappe Kante genäht, um überhaupt überleben zu können.

Sie haben ein weiteres Problem, nämlich das, dass die Prüfungskommissionen nicht gestellt werden können, weil der öffentliche Gesundheitsdienst nicht über genügend Ärzte verfügt, sodass man sich in einigen Regionen die Prüfungskommissionen über Behelfslösungen zusammenstellen muss.

Schlussendlich – vielleicht ist das ein Punkt, auf den wir uns dann doch einigen könnten –: Wir haben in Nordrhein-Westfalen bei der Umsetzung des Bundesgesetzes für den Notfallsanitäter viel Zeit verloren. Es hat sehr lange gedauert, bis wir das Rettungsgesetz dann schlussendlich verabschiedet haben; die Kollegen, die dabei waren, wissen das.

Durch die Hängepartie bei den Rettungsdienstbedarfsplänen geht jetzt wieder viel, viel Zeit ins Land und kommt das System nicht so ins Rollen, wie wir das eigentlich brauchen.

Deswegen haben wir Ihnen durchaus sehr proaktiv vorgeschlagen, dass wir als Nordrhein-Westfalen dafür werben sollten, dass die Frist zur Abnahme von Ergänzungsprüfungen, die ja über das Bundesgesetz normiert ist, bis 2020 verlängert wird, sodass der Zeitverlust, der durch das Nichthandeln Ihres Ministeriums bzw. sogar eher das Störfeuer Ihres Ministeriums inzwischen eingetreten ist, nicht auf dem Rücken der Rettungsassistenten ausgetragen wird, sondern zum Wohle dann auch korrigiert wird. – Vielen Dank.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Kollegin Scharrenbach. – Für die SPD-Fraktion spricht der Kollege Yüksel.

Serdar Yüksel (SPD): Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! So ist es manchmal mit der Wahrnehmung: Unser Antrieb war es, hier einer neuen Anforderung an ein modernes Gesundheitswesen gerecht zu werden. Dafür haben wir gerade hier in Nordrhein-Westfalen als eines der ersten Bundesländer die notwendigen Voraussetzungen für den Start der neuen Ausbildung der Notfallsanitäter geschaffen. Die Landesregierung hat in den vergangenen Jahren dazu einen sehr intensiven fachlichen Austausch mit den kommunalen Spitzenverbänden und den Kostenträgern betrieben.

Das Ergebnis ist ein Gesetz, das neben der Sicherung eines qualitativ hochwertigen Rettungsdienstes

auch die Wirtschaftlichkeit mit berücksichtigt. Wir verfolgen das Ziel, einen hohen Versorgungsstandard im Rettungsdienst und eine landesweit qualitative Ausbildung von Notfallsanitäterinnen und Notfallsanitätern zu gewährleisten.

Mit dem vorliegenden Antrag, liebe Frau Scharrenbach, bauen Sie nun ein Schreckensszenario auf: NRW droht Ihres Erachtens nach abgehängt zu werden und den Anschluss zu verlieren. Natürlich ist ein so umfassender Umbau nicht von heute auf morgen erledigt. Aber Ihren Pessimismus, den Sie hier gerade in Ihrer Rede vorgebracht haben, können und wollen wir nicht teilen.

Das betrifft auch die Finanzierungsfragen bezogen auf die Notfallsanitäterinnen- und -sanitäterausbildung nicht. Für die Finanzierung der Ausbildung ist eine einvernehmliche Kostenregelung mit den kommunalen Spitzenverbänden und den Kostenträgern festgelegt worden.

Allen Beteiligten ist dabei klar, dass für die Finanzierung der Ausbildung des neu gestalteten Berufsbildes des Notfallsanitäters noch keine Erfahrungswerte vorliegen können. Deswegen sieht die vereinbarte Kostenregelung pauschalierte Richtwerte vor. Das bietet den Beteiligten die Chance, gegebenenfalls einzelfallbezogene Korrekturen vornehmen zu können.

Der Widerstand der Krankenkassen, den Sie hier gerade beschrieben haben, beruht auf den Vorbehalten bezüglich § 14 Abs. 3 Rettungsgesetz NRW, welcher die Ausbildungs- und Prüfungskosten als Kosten des Rettungsdienstes definiert.

Die Einschätzung zur fehlenden Verfassungsgemäßheit des § 14 Abs. 3 Rettungsgesetz NRW kann ich ebenfalls nicht teilen. Der Paragraph ist geltendes Recht und damit anzuwenden. Eventuelle Zweifel wären auch keinerlei Grund, die landesweite Aufnahme der Notfallsanitäterausbildung aufzuschieben. Dazu finden mit allen Beteiligten Gespräche statt mit dem Ziel, auch hier Einvernehmen zu erreichen. Ich bin sicher, dass im Interesse aller beteiligten Akteure und insbesondere im Interesse der Rettungskräfte eine einvernehmliche Übereinkunft getroffen wird.

Ich möchte noch auf einige Punkte Ihres Antrages eingehen. Sie fordern die Bezirksregierung auf, bei fehlendem Einvernehmen mit den Krankenkassen die Finanzierung der Notfallsanitäterausbildung zu übernehmen.

(Zuruf von der CDU: Das stimmt nicht!)

Nach § 12 Abs. 4 Satz 3 Rettungsgesetz NRW trifft die Bezirksregierung die notwendigen Festlegungen, wenn hinsichtlich der kostenbildenden Qualitätsmerkmale des strittigen Bedarfsplans kein Einvernehmen erzielt werden kann. Sie hat sich dabei an den Qualitätsanforderungen des Rettungsgesetzes

der jeweiligen Kommune sowie am Grundsatz der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit auszurichten.

Dazu sei aber gesagt, dass eine bloße anstandslose Übernahme des Bedarfsplanentwurfs nicht zulässig ist. Bezüglich der Anpassung der Gebührensatzung nach § 14 Rettungsgesetz NRW steht der Bezirksregierung demgegenüber hierzu keine vergleichbare Kompetenz einer Festlegung zu. Soweit die Gebührensatzung im Zweifel auch ohne ein vorausgegangenes Einvernehmen mit den Kostenträgern nach den einschlägigen Maßnahmen der Gemeindeordnung bzw. Kreisordnung NRW zustande gekommen ist, ist dies sodann zu vollziehen. Die auf Grundlage der Gebührensatzung erlassenen Gebührenbescheide sind kassenseitig zu bedienen.

Auch Ihre Forderung nach einer Fristverlängerung zur Abnahme von Ergänzungsprüfungen, die Sie gerade vorgebracht haben, entbehrt einer Grundlage. Erstens gibt es keinerlei Anzeichen dafür, dass die Zielvorgaben nicht erreicht werden. Zweitens haben bereits 1.200 Rettungsassistentinnen und -assistenten von der Weiterbildungsqualifizierung Gebrauch gemacht. Zusätzlich zu den Weiterbildungsqualifikationen konnten in diesem Jahr schon über 450 Ausbildungsplätze geschaffen werden.

Damit ist Ihre Forderung schon längst von der Realität überholt worden. Es besteht mit der Frist zum 31. Dezember 2020 noch genug Zeit, um gegebenenfalls Korrekturen vorzunehmen.

Ich bin auf die weitere gemeinsame Beratung im Ausschuss gespannt, möchte aber deutlich betonen, dass von Anlaufschwierigkeiten keinerlei Rede sein kann. Die Landesregierung jedenfalls hat alle erforderlichen Rahmenbedingungen für die Ausbildung zu Notfallsanitätern auf den Weg gebracht. – Danke sehr.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Yüksel. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht der Kollege Ünal

Arif Ünal (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Wie Sie wissen, ist das Gesetz über den Rettungsdienst und die Notfallrettung in Nordrhein-Westfalen nach längerer Diskussion im März 2015 in Kraft getreten.

In den Beratungen über das Rettungsgesetz haben die Kosten der Ausbildung der Notfallassistentinnen und -assistenten eine sehr große Rolle gespielt. Wir haben mit der Verabschiedung des Gesetzes in § 14 festgeschrieben, dass die Kosten der Ausbildung im Rahmen der Rettungsgesetze festgeschrieben werden. Die gesetzliche Grundlage ist dafür da.

Der Runderlass vom 19. Mai 2015 gibt ein Verfahren für die Regelungen zur Finanzierung der Ausbildung zu Notfallsanitäterinnen und Notfallsanitätern vor. Voraussetzung hierzu waren auch eine längere Beratung und Diskussion mit den Kostenträgern und mit den kommunalen Spitzenverbänden. In diesem Erlass sind auch Grundwerte für die Finanzierung der Ausbildung formuliert und wird ausgeführt, welche Kosten in welcher Höhe anerkannt werden. Dabei handelt es sich aufgrund fehlender Erfahrungen in der Notfallsanitäterausbildung nur um Richtwerte, die gegebenenfalls korrigiert werden müssen. Das ist selbstverständlich. Die wurde mit einem neuen Erlass vom 5. April 2016 noch einmal konkretisiert und dargestellt.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege, würden Sie eine Zwischenfrage der Frau Kollegin Scharrenbach zulassen?

Arif Ünal (GRÜNE): Natürlich gern. Bitte schön.

Ina Scharrenbach (CDU): Vielen Dank, Herr Kollege. – Sie haben gerade abgehoben auf den ersten Erlass vom Mai 2015, mit dem Eckwerte und Grundwerte veröffentlicht wurden. Kommen wir denn darin überein, dass mit diesem Erlass festzustellen ist, dass dadurch mit den Kostenträgern eine einvernehmliche und bis auf weiteres abschließende Regelung in Bezug auf die Übernahme der Kosten erzielt wurde?

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Bitte schön, Herr Kollege.

Arif Ünal (GRÜNE): Vielen Dank für die Frage. – Es ist tatsächlich so: In diesem Runderlass ist genau definiert, wie diese Kosten übernommen werden müssen. Auch in dem Erlass vom 5. April 2016 wird es noch einmal konkretisiert. So gesehen ist auf der gesetzlichen Ebene geregelt, wie die Kostenübernahme passieren soll. Was die Gesetzeslage angeht, gibt es im Moment keinen Korrekturbedarf, was Sie hier behaupten.

Zu den Prüfungen: Sie haben in Ihrem Antrag ein paar Punkte genannt. Zum einen wird die Möglichkeit eingeräumt, dass die Vorsitzenden des Prüfungsausschusses auch Ärztinnen und Ärzte sein können, wenn die Kommunen überhaupt keine Möglichkeiten haben, diese selber zu stellen. Das ist in diesem Erlass genau definiert.

Zum anderen wird den Kommunen die Möglichkeit gegeben, die interkommunale Zusammenarbeit zu gestalten, wenn sie selber nicht dazu in der Lage sind. Das ist alles in diesem Erlasswege geregelt.

Sie fordern in Ihrem Antrag, auf Bundesebene für eine Verlängerung der Frist zur Abnahme von Ergänzungsprüfungen bis Ende 2020 einzutreten. Im Moment sehe ich keinen Anlass dafür, dass wir diese Bundesratsinitiative starten sollen. In dieser Anlage zum Runderlass vom 19. Mai 2015 ist vorgegeben: 1. Januar 2019 müssen alle Beteiligten gemeinsam eine Bedarfs- und Kostenplanung vorlegen. Nach dieser Planung werden Mehr- oder Minderausgaben über 3 % noch einmal abgerechnet.

Wenn diese Bedarfs- und Kostenplanung vorliegt und Bedarf besteht, kann man über eine Verlängerung reden. Aber zum jetzigen Zeitpunkt gibt es überhaupt keinen Anlass dafür, dass wir diesen Zeitpunkt nach hinten verschieben.

Bis jetzt haben in NRW 1.200 Rettungsassistentinnen und Rettungsassistenten an dieser Ausbildung teilgenommen. Das heißt, sie haben von diesem Recht Gebrauch gemacht. In NRW gibt es 13.400 Rettungsassistentinnen und -assistenten. 36 % dieser Rettungsassistentinnen und -assistenten arbeiten mehr als fünf Jahre in diesem Beruf. Das heißt, sie haben eine verkürzte Ausbildung bzw. Nachqualifizierung durchlaufen.

Aus diesem Grund bin ich sehr optimistisch, dass wir diese Nachprüfung bzw. Nachqualifizierung bis 2020 hinbekommen. Deshalb sehe keinen Anlass dafür, diesen Zeitrahmen jetzt schon nach hinten zu verschieben.

Trotzdem stimmen wir der Überweisung in den AGS zu. Ich bin sehr gespannt, wie wir im AGS darüber diskutieren werden. Ich glaube, alle Punkte, die Sie in Ihrem Antrag anführen, werden auf dem Erlassweg geregelt. Über die Umsetzung können wir uns dann im Ausschuss austauschen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Ünal. – Für die FDP-Fraktion spricht Frau Kollegin Schneider.

Susanne Schneider (FDP): Herr Präsident! Sehr geehrter Damen und Herren! Der Ausbildungsberuf des Notfallsanitäters wurde noch unter der Federführung des liberalen Gesundheitsministers Daniel Bahr eingeführt.

Die mit dem neuen Berufsbild verbundene Aufwertung der Ausbildung ist ein Baustein für mehr Qualität im Rettungswesen. Sie hilft dabei, dass der Rettungsdienst für die gestiegenen Anforderungen gewappnet ist. So können wir in den letzten zehn Jahren 30 %, in manchen ländlichen Regionen sogar bis zu 50 % mehr Einsätze verzeichnen. Zudem sind weitere Herausforderungen wie der medizinisch-technische Fortschritt oder der Transport von schwer

adipösen oder hoch ansteckenden Patienten zu bewältigen. Die Einführung des Notfallsanitäters sollte also auch in der praktischen Umsetzung vorangebracht werden.

Doch da hinkt Nordrhein-Westfalen hinterher. Zuerst fehlte die landesrechtliche Grundlage. Dabei zog sich das Gesetzgebungsverfahren zum Rettungsgesetz NRW vom ersten Referentenentwurf lange hin. Es wurde immer wieder verschleppt, vertröstet und vertagt. Erst im März vor einem Jahr konnte das Gesetz verabschiedet werden.

Jetzt gilt es, die Ausbildung für Notfallsanitäter auch vor Ort in den Bedarfsplänen und daraus berechneten Gebühren der Rettungsdienste zu verankern. Wir haben bei der Beratung des Rettungsgesetzes auch die Frage der Kostentragung intensiv erörtert. Die Bestimmung in § 14 Abs. 3 zeigt eindeutig den Willen des Landtags, dass die Ausbildungs- und Prüfungskosten von den Krankenkassen zu refinanzieren sind. Das ist aber nur die eine Seite.

Auf der anderen Seite verweigern die Krankenkassen ihr Einvernehmen zur Gebührensatzung, die eine Übernahme der entsprechenden Kosten vorsehen. Sie bestreiten die Gesetzgebungskompetenz des Landes für die entsprechende Regelung im Rettungsgesetz.

Dieser Konflikt lässt sich auch nicht durch weitere Erlasse, Rundschreiben oder andere Feststellungen des Ministeriums lösen. Hier würde ich mir vielmehr wünschen, dass die Ministerin durch Gespräche auf Spitzenebene noch einmal versucht, einen Konsens zu erzielen.

(Beifall von der FDP)

Die Folgen des Konfliktes sind offensichtlich. Bei den Rettungsdiensten und ihren Trägern herrscht eine große Verunsicherung. Es fehlt an Ausbildungsangeboten. So konnten – Stand: 1. März 2016 – erst in sieben Kreisen bzw. kreisfreien Städten Bewerber eine Vollausbildung beginnen. Auch die Ergänzungsprüfungen für die bisherigen Rettungsassistenten müssen in weit größerem Umfang anlaufen, damit die Betroffenen innerhalb der vorgesehenen Fristen die neue Berufsbezeichnung erlangen können.

So laufen wir sehenden Auges in die Gefahr, dass wir das geforderte Fachpersonal im Rettungsdienst nicht besetzen können, weil uns Bewerber mit der Berufsqualifikation eines Notfallsanitäters fehlen.

Die Landesregierung wäre also noch viel stärker gefordert, sich für eine Lösung zu engagieren. Zwar besteht die Möglichkeit einer Ersatzvornahme durch die Bezirksregierungen bei fehlendem Einvernehmen zu den Gebührensatzungen. Doch dann werden von verschiedenen Ebenen widersprüchliche Signale gesendet.

Einerseits schreibt die Ministerin am 8. April 2016, dass § 14 Abs. 3 des Rettungsgesetzes geltendes Recht und damit anzuwenden sei. Verfassungsrechtliche Vorbehalte hätten keine aufschiebende Wirkung.

Andererseits stellt die Fachebene des Ministeriums gegenüber der Stadt Bonn fest, dass zwar Kosten für Regelausbildung und Prüfungen von den Kassen zu übernehmen seien, aber nicht für die Vorbereitungslehrgänge zur Ergänzungsprüfung der Fallgruppe EP 1, die zwar nicht im Notfallsanitättergesetz des Bundes, aber nach den Ausführungsbestimmungen des Landes gefordert sind. Kennt die Fachebene etwa nicht die politischen Intentionen, alle erforderlichen Ausbildungs- und Prüfungskosten zu refinanzieren?

Der vorliegende Antrag zielt grundsätzlich in die richtige Richtung, lässt aber offen, wie das zugrunde liegende Problem gelöst werden soll, dass die Krankenkassen die Gesetzgebungskompetenz des Landes bestreiten. Ebenso erscheint mir fraglich, ob eine Fristverlängerung für Ergänzungsprüfungen nicht eher die gewünschte Implementierung des neuen Berufsbildes verzögert.

Insofern ist es sicher sinnvoll, diese Fragen im Ausschuss weiter zu beraten. – Ich freue mich darauf und danke für das Zuhören.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Schneider. – Für die Fraktion der Piraten spricht Herr Kollege Düngel.

Daniel Düngel (PIRATEN): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist schon einiges gesagt worden. Ich möchte mit einem Zitat beginnen:

„Ständig kursieren neue Gerüchte und widersprüchliche Informationen. Statt verlässliche Informationen zu liefern, werden im Ministerium ständig neue und widersprüchliche Informationen veröffentlicht, ständig werden Fristen verlängert. Es herrscht eine allgegenwärtige Unsicherheit auf den Feuer- und Rettungswachen in NRW, wenn es um die Frage der Zukunft des eigenen Berufes geht.“

Das, meine Damen und Herren, sagte mein geschätzter Kollege Lukas Lamla am 28. Januar 2015 in diesem Haus.

Die Situation des Rettungsdienstes hat sich seitdem noch immer nicht verbessert. Wir haben hier schon einige Male gehört, dass selbst die Verabschiedung des Rettungsgesetzes sehr viel Zeit in Anspruch genommen hat. Auch die Umsetzung der dort getroffenen Vorschriften nimmt weiterhin sehr viel Zeit in Anspruch.

Worum geht es hier? Wir haben – Frau Kollegin Schneider hat das gerade sehr gut ausgeführt – in § 14 Rettungsgesetz NRW festgeschrieben, dass die Kosten der Ausbildung und die Kosten der Fortbildung als Kosten des Rettungsdienstes anzusehen sind und diese von den Krankenkassen übernommen werden.

Streitpunkt ist nun offenbar, welche Kosten zu einer Ausbildung zählen. Sind es Prüfungskosten für Ergänzungsprüfungen, Vorbereitungslehrgänge auf Ergänzungsprüfungen, Fahr- und Übernachtungskosten? Es sind viele offene Fragen, die sich in der Praxis dann ergeben.

Dann haben wir den besagten, hier schon mehrfach angesprochenen Erlass aus dem Ministerium vom 5. April dieses Jahres. Solch ein freiwilliger, also gesetzlich nicht vorgesehener Vorbereitungslehrgang – so steht es dort – im Vorfeld einer Ergänzungsprüfung nach § 32 zählt nicht zu Kosten einer Ausbildung nach dem Notfallsanitättergesetz, sodass die damit einhergehenden Kosten auch nicht im Sinne des § 14 als Kosten des Rettungsdienstes gelten können.

Im Schreiben von Frau Ministerin Steffens vom 8. April – das war drei Tage später – teilt sie mit, dass nach Gesetzeslage ein Einverständnis herzustellen ist. Ich möchte Sie, Frau Minister, nachdrücklich bitten, zu den Finanzierungsfragen in den Verhandlungen mit den Trägern vor Ort Einvernehmen zu erzielen, damit die Notfallsanitätterausbildung flächendeckend starten kann.

Sie sagen, dass Sie dort keinen Widerspruch sehen, Frau Ministerin Steffens. Hier gibt es offensichtlich einen Widerspruch; denn mindestens drei Fraktionen in diesem Haus haben diesen Widerspruch erkannt. Damit könnten wir alle vielleicht noch leben. Fakt ist aber, dass auch die Menschen vor Ort, die im Rettungsdienst tätig sind, diesen Widerspruch erkennen und weiterhin offene Fragen sehen.

Ich frage mich, ob die Ministerin nicht weiß, was in ihrem Ministerium vorgeht. Weiß sie nicht, dass drei Tage vorher das eine gesagt wird und dass sie drei Tage später etwas ganz anderes sagt?

(Ministerin Barbara Steffens: Das ist dasselbe!)

Ist es möglicherweise sogar eine bewusste Verunsicherung, um je nach Aussage und je nach Zitat, also entweder bezogen auf den Erlass oder bezogen auf die Ministerin, an den entsprechenden Verhandlungstischen Erfolge zu erzielen, um zum Beispiel Krankenkassen zu suggerieren, dass es dadurch zügig zu einem Verhandlungsabschluss kommen kann?

Das sind wichtige Fragen, die hier in dem CDU-Antrag aufgegriffen werden. Insofern danke ich

Ihnen, Frau Kollegin Scharrenbach. Wir können somit im Ausschuss ein wichtiges Thema behandeln. Der Antrag enthält schließlich durchaus einige vernünftige Punkte. Wir werden uns im Einzelnen mit den Forderungen beschäftigen. Da können wir gespannt sein.

Wichtig ist, dass die Ergebnisse, die wir hier erzielen, und die Beschlüsse, die wir hier im Landtag Nordrhein-Westfalen fassen, in der Praxis auch greifen. Ich halte einen Zeitraum von 15 Monaten nach Verabschiedung eines Gesetzes, in dem es immer noch nicht zu einvernehmlichen Lösungen und Absprachen gekommen ist, für deutlich zu lang.

Dieses Zickzackspiel, dieser Zickzackkurs der Landesregierung ist jedenfalls brandgefährlich für den Rettungsdienst und die Notfallversorgung in Nordrhein-Westfalen. Sie sollten sich bemühen, dass schleunigst das entsprechende Einvernehmen hergestellt wird.

Ich möchte meine Rede mit einem weiteren Zitat meines Kollegen Lamla beenden: Er sagte am 28. Januar 2015 auch Folgendes:

„Lassen Sie die Menschen in diesem Beruf nicht hängen und sorgen Sie für Planungssicherheit bei den Kreisen und auch bei den Ausbildungseinrichtungen!“

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Düngel. – Für die Landesregierung spricht Frau Ministerin Steffens.

Barbara Steffens, Ministerin für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vielleicht kann ich ein bisschen mehr zur Klarheit beisteuern; denn ich habe schon beim Redebeitrag von Frau Scharrenbach das Gefühl gehabt, hier werde ein Thema im Wahlkampfmodus dargestellt, obwohl es dafür eigentlich gar keinen Grund gibt.

Denn auch die Akteure im System melden zurück, dass wir uns auf einem guten Weg befinden. Das wurde beispielsweise auf der bundesweiten Jahrestagung der Leiter der ärztlichen Rettungsdienste geäußert. Viele der Kollegen aus den anderen Bundesländern waren neidisch auf das, was wir in Nordrhein-Westfalen erreicht haben.

Deswegen halte ich eine solche Schwarzmalerei für der Sache überhaupt nicht angemessen. Auch der Umgang mit dem Thema ist nicht angemessen.

Ich kann jetzt noch einmal versuchen, Ihre großen Irritationen bezüglich der Finanzierung von EP 1 zu klären:

Schon in dem ersten Erlass, vor dem es einen großen Prozess mit den kommunalen Spitzenverbänden und den Kostenträgern gab, in dem die pauschalierten Richtwerte festgelegt wurden, war klar – und das ist auch klar –, dass es keinen Kostenansatz für freiwillige Vorbereitungslehrgänge gibt. Diese freiwilligen Vorbereitungslehrgänge sind weder im Bundesgesetz noch im Erlass vorgegeben. Dementsprechend können auch keine Kosten für diese Vorbereitungslehrgänge geltend gemacht werden. Das war im ersten Erlass nicht anders, das ist auch mit meinem Schreiben zur Umsetzung nicht anders, und das ist auch im zweiten Erlass nicht anders.

Es war nämlich immer klar, dass schnellstmöglich ein Einvernehmen bezüglich der Finanzierung hergestellt werden soll – aber nicht bezüglich der EP 1. Dafür gibt es keinen Kostenansatz, weil es ein freiwilliges Angebot ist. Denn wie Sie wissen, können diejenigen, die schon mehr als fünf Jahre tätig sind, die Prüfung absolvieren, ohne einen Vorbereitungslehrgang zu machen. Diese Möglichkeit nehmen auch einige in Anspruch. Daher ist dies kein kostenerstattungsfähiger Bereich.

Die CDU fordert in ihrem Antrag eine Reihe weiterer Punkte. Vielleicht kann ich Ihnen auch bezüglich dieser Forderungen Klarheit verschaffen.

Sie fordern, dass die Bezirksregierung das fehlende Einvernehmen anstandslos ersetzen soll. „Anstandslos ersetzen“ geht natürlich nicht. Das fehlende Einvernehmen kann nicht mal eben so hergestellt werden, sondern dafür muss zunächst einmal klar sein, dass ein fehlendes Einvernehmen festgestellt worden ist.

Dann kann die Bezirksregierung auch nichts durchwinken, sondern sie muss jeden Einzelfall prüfen und bezüglich der Qualität und der Wirtschaftlichkeit zu einem Ergebnis kommen, um beiden Seiten und allen Anforderungen gerecht zu werden. Dann kann das fehlende Einvernehmen in diesem Fall hergestellt werden – aber, wie gesagt, nicht anstandslos.

Bezüglich der Gebührenanpassung geht das natürlich gar nicht. Dafür hat die Bezirksregierung keine Möglichkeit. Da funktioniert es anders. Die Gemeinderäte können vor Ort entscheiden, und zwar abschließend und notfalls ohne Einvernehmen mit den Krankenkassen. Anschließend können sie die Gebührenbescheide herausgeben. Diese sind kassenseitig zu bedienen.

Die Bezirksregierung bzw. die Kommunalaufsicht kann nur dann einschreiten, wenn dieses Vorgehen im Verfahren eines Gebührenbescheides nicht rechtmäßig ist.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Frau Ministerin, würden Sie eine Zwischenfrage der Frau Kollegin Scharrenbach zulassen?

Barbara Steffens, Ministerin für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter: Aber natürlich. Wenn das dazu dient, dass der Sachverhalt dann endlich aufgeklärt ist: Gerne!

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Bitte schön, Frau Kollegin Scharrenbach.

Ina Scharrenbach (CDU): Gleichermaßen, Frau Ministerin. – Mit dieser Haltung verlagern Sie natürlich das Problem vollständig in die Städte und Gemeinden, weil Sie wissen, dass die Krankenkassen Wert darauf legen, dass die Rettungsdienstbedarfspläne nach Möglichkeit einen Appendix zur Notfallsanitäterausbildung bekommen, damit das Ganze auch justiziabel wird.

Deshalb die Frage an Sie: Kann man davon ausgehen, dass mit dem ersten aus Ihrem Hause veröffentlichten Erlass vom Mai 2015, den Sie ja benannt haben – der Kollege Ünal hat die Frage halb beantwortet –, Einvernehmen über die Strukturen und auch Kosten mit den Krankenkassen erzielt wurde, oder haben Sie diesen Erlass ohne das Einvernehmen veröffentlicht?

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Frau Ministerin, bitte schön.

Barbara Steffens, Ministerin für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter: Dieser Erlass ist schon weitgehend gemeinsam beschlossen worden. Deswegen gibt es die Zustimmung der Krankenkassen. Wir haben die pauschalen Richtwerte gemeinsam erarbeitet. Sie wissen, was für ein langer Prozess das gewesen ist. Also: Ja.

Dass sich die Krankenkassen bei der Finanzierung an vielen Stellen wehren, hat etwas damit zu tun, dass wir ein Bundesgesetz umsetzen sollten, in dem die Finanzierungsfragen vonseiten des Bundes nicht klar geregelt worden sind. Daher hatten wir von Anfang an den Streit zwischen Kommunen und Krankenkassen – im Übrigen nicht nur in Nordrhein-Westfalen, sondern in fast allen Bundesländern in vergleichbarer Form. Die Kommunen wollen perspektivisch nichts zahlen, und die Krankenkassen wehren sich dagegen, bestimmte Kosten zu übernehmen. Wie gesagt, gab es von Anfang an die Einigung darüber, dass die Vorbereitungslehrgänge für die EP 1 nicht gemeinsam finanziert werden.

Noch einmal: Ich verlagere hier nichts in die Kommunen, sondern das ist eine ganz klare Regelung, wer an welcher Stelle wofür zuständig ist. Und für die Festlegung von kommunalen Gebühren kann das Land nicht zuständig sein.

Die Bedarfsplanung ist auch keine nordrhein-westfälische Erfindung, sondern klar ist, dass die Kassen als Grundlage für eine Finanzierung, die sie übernehmen, immer Bedarfspläne brauchen. Das ist beim Krankenhausplan und allen anderen Dingen genauso. Insofern haben wir uns das nicht ausgedacht, sondern es entspricht einem ganz normalen rechtlichen und gesetzlichen Weg.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Frau Ministerin, ich muss jetzt einmal dazwischengehen. Der Kollege Haardt, der auf dem Platz von Herrn Deppe sitzt, hat sich zu einer Zwischenfrage gemeldet.

Barbara Steffens, Ministerin für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter: Auch diese Zwischenfrage lasse ich gerne zu. Bitte schön.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Bitte schön.

Christian Haardt (CDU): Frau Ministerin, Sie haben gerade gesagt, es sei weitgehend Einvernehmen mit den Krankenkassen erzielt worden. Können Sie mir die rechtliche Verbindlichkeit von „weitgehend Einvernehmen“ erläutern?

Barbara Steffens, Ministerin für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter: Die Richtwerte sind gemeinsam festgelegt worden. Dazu gibt es einen Konsens. Die Krankenkassen müssen dies umsetzen. Ich habe es gerade schon einmal vorgetragen: Wenn der Gemeinderat abschließend entscheidet – auch ohne Einvernehmen mit den Krankenkassen –, sind die Gebührenbescheide kassenseitig zu bedienen. Das ist ganz klar.

Ich weiß nicht, welche weitere Antwort Sie auf diese Frage gerne hören möchten. Das ist rechtlich völlig klar und liegt auf der Hand. Dementsprechend liegt auch die Ausgestaltung eigentlich klar auf der Hand.

Die interkommunale Zusammenarbeit zur Abnahme von Prüfungen ist ein weiterer Punkt, den Sie in Ihrem Antrag fordern. Auch da ist klar: Dafür brauchen wir keine neue Regelung, sondern auf der Grundlage des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit des Landes Nordrhein-Westfalen können die Kommunen auch im Hinblick auf die Notfallsanitäterausbildung kooperieren und die gemeinsame Ausbildung völlig unproblematisch durchführen. Auch da gibt es keine Notwendigkeit, zu handeln.

Der letzte Punkt, auf den ich eingehen möchte, den Sie fordern, ist die Verlängerung der Übergangsfristen. Mit dem Stand zum 1. März 2016 haben wir in Nordrhein-Westfalen schon 1.200 Rettungsassistenten weiterqualifiziert, und die Tendenz ist steigend.

Wenn wir jetzt über eine Fristverlängerung diskutieren, dann würde die Umsetzungsbereitschaft der Beteiligten dadurch nicht gerade beschleunigt. Deswegen halten wir es für erforderlich, an der Frist festzuhalten, aber den Verlauf der Ausbildung natürlich weiter kontinuierlich zu begleiten.

Noch ein letzter Satz dazu: Wie eben ausgeführt, war ich auf der Frühjahrstagung des Bundesverbands der Ärztlichen Leiter Rettungsdienst Deutschland. Im Nachhinein bekam ich noch einmal schriftlich die Botschaft der Ärzte übermittelt, die sagen: In Nordrhein-Westfalen sind wir sowohl mit unserem novellierten Rettungsgesetz als auch mit den Regelungen zur Umsetzung des Notfallsanitätärgesetzes sehr gut aufgestellt. – Sie führen dann noch aus, was andere Bundesländer jetzt von Nordrhein-Westfalen übernehmen wollen. Schlechtreden funktioniert also nicht.

Wir sind auf einem guten Weg. Wenn die Kommunen mit den Kassen jetzt auch noch die offenen Probleme lösen, dann wird es hier überhaupt keine Probleme mehr geben. Dann wird Nordrhein-Westfalen bei der Umsetzung des Bundesgesetzes ganz weit vorne sein. – Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Die Landesregierung hat ihre Redezeit um 56 Sekunden überzogen. Möchte jemand noch das Wort haben? – Das ist offensichtlich nicht der Fall.

Damit sind wir am Schluss der Aussprache und kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache 16/11699** an den **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales**. Die abschließende Abstimmung soll dort in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht zustimmen? – Wer enthält sich? – Damit ist die Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Ich rufe auf:

8 Potenziale des Radverkehrs in Nordrhein-Westfalen erkennen und nutzen

Große Anfrage 17
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/10043

Antwort
der Landesregierung
Drucksache 16/11412

Ich erteile für die SPD-Fraktion dem Kollegen Becker das Wort.

Andreas Becker (SPD): Vielen Dank. – Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zuallererst möchte ich mich persönlich wie auch im Namen meiner Fraktion ganz herzlich bei der Landesregierung – den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der betreffenden Ministerien, die ja teilweise auch hier sitzen – für die Beantwortung unserer Großen Anfrage bedanken.

186 Fragen zu Zahlen, Fakten, Hintergründen und Grundlagen der Radverkehrspolitik auf 93 Seiten zu beantworten, ist sicher an erster Stelle eine enorme Fleißarbeit. Ich lege aber großen Wert darauf: Das war keine Beschäftigungstherapie, sondern eine unerlässliche Grundlagenermittlung für den Bereich der Radverkehrspolitik, die für die Mobilität der Menschen in den Städten und Gemeinden unseres Landes immer wichtiger wird.

Die erste Erkenntnis, die es festzuhalten und zu betonen gilt, ist: Nordrhein-Westfalen ist das Fahrradland Nummer eins in Deutschland.

Wir haben eine eigene Förderung für die Nahmobilität eingerichtet, die die Förderung für den Radwegbau in vielfältiger Art und Weise erhöht. Im Haushalt 2016 wird auch der Bau von Radschnellwegen verankert.

Ich könnte diese Erkenntnis jetzt locker mit zahlreichen Zitaten aus der Antwort der Landesregierung belegen. Allerdings ist mir der Blick auf eine zweite Erkenntnis wichtiger; denn wir wissen auch:

Wir können uns nicht auf dem Erreichten ausruhen. Wir wollen das auch gar nicht. Wir wollen unsere Position als Fahrradland Nummer eins ausbauen und den Radverkehrsanteil von 10 auf 25 % erhöhen. Das Potenzial dafür ist auch da, wenn wir bedenken, dass bei uns im Schnitt 380 km pro Person und Jahr auf dem Rad zurückgelegt werden. In Holland sind das – nicht unerwartet – deutlich mehr, und zwar rund 1.100 km. Aber auch in Dänemark – damit wird nicht jeder rechnen – sind es rund 950 km, die statistisch jeder Däne pro Jahr mit dem Fahrrad zurücklegt.

Wir wollen diese Potenziale auch in unserem Land erkennen und heben. Auch hierzu bieten die Antworten der Landesregierung viele und gute Ansätze.

Hierbei ist Geld natürlich nicht unwichtig und mit Sicherheit nie genug. Wir wissen: Jeder in den Ausbau von Radwegen investierte Euro ist ein gut investierter Euro. 1 km Radweg an Landesstraßen ist für rund 200.000 €, 1 km Radschnellweg für rund 500.000 € zu haben. Dagegen stehen rund 3 Millionen € für 1 km Landstraße und 5 Millionen € für 1 km Bundesstraße, also das Zehnfache.

Vor diesem Hintergrund freuen wir uns, dass die Landesregierung in diesem Jahr 9,4 Millionen € für Radwege an bestehenden Landstraßen, auf stillgelegten Bahnstrecken und für Bürgerradwege zur Verfügung stellt.

Letztere, die Bürgerradwege, sind eine einzige Erfolgsgeschichte. Allein in den vergangenen zehn Jahren sind darüber 250 km Radweg unbürokratisch und zügig gebaut worden. In diesem Jahr kommen 18 Projekte mit knapp 16 km dazu.

Dennoch dürfen wir das eine nicht gegen das andere ausspielen. Zukunftsorientierte Verkehrspolitik braucht Straßenbau ebenso wie Radwegebau. Radwegebau braucht Bürgerradwege ebenso wie Rad-schnellwege. Und alles – damit das nicht in Vergessenheit gerät – braucht auch die Investition in die Schiene, insbesondere um die Verkehrsträger miteinander zu verknüpfen.

Ja, Geld ist nicht unwichtig. Aber Geld ist auch nicht alles. Es kommt auf Netzwerke an. Hier ist die Arbeitsgemeinschaft fußgänger- und fahrradfreundlicher Städte, Kreise und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen – kurz AGFS – von herausragender Bedeutung. Mit 13 Mitgliedern 1993 an den Start gegangen, hat die Arbeitsgemeinschaft aktuell 76 Mitglieder. Ziel ist, bald die 100er-Marke zu knacken. Fast könnte man sagen: Die Geschichte der AGFS ist der Beleg für die gute Radverkehrspolitik in unserem Land. Ich kann versichern: Wir werden die AGFS in ihrem Tun auch weiter unterstützen.

(Beifall von Arndt Klocke [GRÜNE])

Meine Damen und Herren, unsere Große Anfrage zur Radverkehrspolitik in Nordrhein-Westfalen und ihre Beantwortung durch die Landesregierung macht deutlich: Es gilt, den eingeschlagenen Weg konsequent und beharrlich weiterzugehen; denn Kopenhagen, London oder auch New York und andere machen es uns vor. Ohne einen höheren Radverkehrsanteil wird es in Zukunft keine Mobilität in den Metropolen geben.

Lassen Sie uns diesen Weg gemeinsam weitergehen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Becker. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht der Kollege Klocke.

Arndt Klocke (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Für einen historischen Augenblick sind zu wenige Leute im Plenum, obwohl viele auf den Zuschauerbänken sinken. Das Fahrrad – mit der Antwort auf die Große Anfrage zum Radverkehr unterstreicht die Landesregierung dies noch einmal – ist das Verkehrsmittel der Zukunft. Das mag vielleicht

nur grün klingen. Aber da gibt es unter allen Verkehrsexpertinnen und -experten zum Glück keinen Streit. Das Fahrrad hat in dem künftigen Mobilitätsmix einen großen Stellenwert. Vor allen Dingen wächst der Radverkehr in den letzten Jahren massiv, und zwar nicht, weil das in irgendeiner Weise regierungsmäßig verordnet worden wäre, sondern, weil die Leute umsteigen, weil sie schnell von A nach B kommen wollen, weil sie sich bewegen wollen, weil natürlich die Frage von Parkraum in den Innenstädten eine große Rolle spielt und weil es neue Modelle gibt. Mit den E-Bikes, mit den Falträdern, mit den Lastenrädern gibt es unglaublich interessante neue Angebote.

Deswegen greifen viele Menschen in den letzten Jahren zunehmend auf das Fahrrad zurück. Im Modal Split der Bundesrepublik ist der Anteil in den letzten fünf Jahren von 9 % auf 14,5 % gewachsen. Es gibt hier in Nordrhein-Westfalen einige Städte mit hohem Radverkehrsanteil. Münster ist natürlich der absolute Vorreiter mit nah an 40 %. Aber es gibt auch andere Großstädte wie Köln oder Düsseldorf, wo man die 15-%-Marke knackt.

Das Fahrrad ist also überhaupt kein Nischenverkehrsmittel mehr, sondern wird immer mehr zum Trendverkehrsmittel. Ich habe kürzlich einen Trendforscher im ZDF-Kulturmagazin „aspekte“ gehört, der sagte: Wer modern sein will, fährt heutzutage Fahrrad.

Damit wir als Landesregierung diesen Trend, der natürlich gut ist, verstärken können, haben wir diese Große Anfrage zum Radverkehr gestellt, um – das hat eben der Kollege Becker schon ausgeführt – Fakten- und Datenmaterial zu bekommen, was in Nordrhein-Westfalen im Bereich Radverkehr in den letzten Jahren und Jahrzehnten schon passiert ist und wo es Handlungsbedarf gibt, um es auszuwerten und zu prüfen, was man in den Häusern der Landesregierung, in den Ministerien, in den Kommunen, in den Regionen machen kann, um diesen Trend zum Rad und zum Radverkehr zu unterstützen.

Für uns ist ganz klar, dass der Umstieg auf das Fahrrad eine vernünftige Infrastruktur benötigt. Immer mehr Menschen sind bereit, umzusteigen. Es muss aber vernünftige Möglichkeiten dazu geben. Dafür braucht es vernünftige Radwege, vernünftige und sichere Radabstellmöglichkeiten, vernünftige Ladestationen für die E-Bikes etc.

Wir haben hier in Nordrhein-Westfalen mit der AGFS ein Netzwerk, um das uns andere Bundesländer, und zwar alle Bundesländer, beneiden. Die Arbeitsgemeinschaft fußgänger- und fahrradfreundlicher Städte, Kreise und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen hat – ich hätte gesagt: gut 75; Andreas Becker wusste die genaue Zahl – mittlerweile 76 Mitgliedsstädte und -kreise. Und es werden immer mehr. Wir haben in jedem Monat eine Bereisung, wo wir uns

neue Städte angucken. Demnächst sind wir in Bochum unterwegs.

Es gibt also eine gute Agentur, die Städte berät, fahrradfreundlich zu werden. Wir haben über 70 Radstationen im Land – das war auch ein rot-grünes Erfolgsprojekt aus der Regierungszeit 1995 bis 2005 –, die Einrichtung der Radstationen an vielen großen Hauptbahnhöfen, hier auch in Düsseldorf, die Möglichkeit, Fahrräder abzustellen, sie reparieren zu lassen, Fahrradwaschanlagen etc., all das, was an Infrastruktur notwendig ist. In Nordrhein-Westfalen ist in den letzten Jahren und Jahrzehnten enorm viel auf den Weg gekommen.

Wir wollen hier nicht stehen bleiben. Wir wollen diesen Trend verstärken. Wir wollen es unterstützen. Das ist auch ein Projekt für die nächste Legislaturperiode, die hoffentlich SPD und Grüne wieder gemeinsam bestreiten werden.

(Beifall von Minister Michael Groschek)

Dann werden wir vieles, was in der Großen Anfrage Radverkehr skizziert worden ist, umsetzen. Wir werden das, was da an Datenmaterial, an Zahlen auf den Tisch gelegt worden ist, auswerten und in ein gutes Regierungsprogramm stricken.

Vielleicht zum Abschluss: Es ist nicht so, dass wir da weltweite Trendsetter sind. In Deutschland sind wir vorbildlich mit unserer Radverkehrspolitik. Aber wenn man in die Nachbarländer, in die Niederlande, nach Dänemark guckt: Copenhagenize ist das Schlagwort, wenn man für Radverkehrspolitik wirbt – 45 % Radverkehrsanteil im Modal Split. Jedes zweite Fahrzeug quasi, das in der Innenstadt unterwegs ist, ist ein Fahrrad – nicht nur, weil es eine gute Bewegungsform ist, sondern weil es natürlich unsere Innenstädte klimafreundlicher macht, von Schadstoffen entlastet, die Parkraumsituation verändert. Leute bewegen sich, bleiben gesund.

Die großen Metropolen in der Welt haben das entsprechend erkannt. Selbst in New York gibt es jetzt ein großes Radverleihsystem. London investiert in den nächsten 15 Jahren eine Milliarde Pfund in Radwege, in Fahrradinfrastruktur. Wer nach Paris fährt, wer nach Barcelona fährt, nach Wien – überall große Fahrradverleihsysteme, neue Radwege, neue Abstellmöglichkeiten. In der Welt ist da viel auf den Weg gebracht.

Hier in Nordrhein-Westfalen haben wir einiges geschafft, um das entsprechend zu unterstützen, vorantreiben zu können, am liebsten parteiübergreifend, auch mit der Unterstützung der Opposition in vielen Kommunen, die da notwendig ist.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege, Ihre Redezeit.

Arndt Klocke (GRÜNE): Ich sehe schon, Herr Schemmer meldet sich. Ich vermute, dass er mir sagen will, dass seine ...

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist vorbei.

Arndt Klocke (GRÜNE): Nein, nein, er macht das schon. In seinem Ort, im Münsterland ist Fahrradverkehr ganz vorne. Vermutlich will er mir das jetzt noch mitteilen. Ich lasse das natürlich zu, Herr Präsident.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Ja, aber die Redezeit ist lange vorbei.

Arndt Klocke (GRÜNE): Oh. Dann hätten Sie mich ja vorher schon einmal daran erinnern können.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Ja, ich habe es leise getan. Ich mache das auf die nette Art und Weise. Aber die Redezeit ist deutlich überschritten, und Sie waren so in Fahrt, dass Sie die kleinen Hinweise nicht wahrgenommen haben.

Arndt Klocke (GRÜNE): Ja, das nächste Mal achte ich darauf.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Das kann passieren. Schönen Feierabend noch!

Arndt Klocke (GRÜNE): Aber ...

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Nein, das geht nicht mehr. Die Redezeit ist vorbei.

Arndt Klocke (GRÜNE): Gut. Dann bedanke ich mich für die Aufmerksamkeit und wünsche uns noch eine weiterhin gute Debatte.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Danke. – Verehrte Kolleginnen und Kollegen. Wir haben noch weitere Redner, zum Beispiel Herrn Kollegen Rehbaum von der CDU-Fraktion.

Henning Rehbaum (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr London vom Ministerium! Schön, dass Sie auch dabei sind! Wie viele Große Anfragen hat die CDU-Fraktion in ihrer Regierungszeit 2005 bis 2010 gestellt? Die Frage kann ich beantworten: keine,

denn wir wissen, wie viel Aufwand eine große Anfrage für ein Ministerium bedeutet.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: So viel zum Recht der Abgeordneten! – Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Das Parlament nicht überschätzen!)

Es ist Ressourcenverbrauch, nicht nur Manpower, sondern auch Material. Ich habe das Ding noch einmal mitgebracht, 120 bedruckte Seiten mal 237 Exemplare sind 25.000 bedruckte Seiten. Das nur am Rande. Es ist das gute demokratische Recht, das zu tun. Ich möchte das nur einmal voranschicken.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Aber nicht für uns!?)

– Es ist für jeden das demokratische Recht, eine Große Anfrage zu stellen. Aber was für Fragen sind denn gestellt worden? In der Landtags-Homepage kann man Aufschluss bekommen, wofür eine Große Anfrage vorgesehen ist, nämlich für Fragen außerordentlichen politischen Interesses.

Was wir hier feststellen, ist, dass dort Banalitäten, Nebensächlichkeiten und Unwichtigkeiten gefragt worden sind. Beispiele für Fragen:

Wie beurteilt die Landesregierung die gesundheitsfördernden Aspekte des Radverkehrs? – Was dabei wohl herauskommt! Natürlich sind das gute Aspekte.

Liegen der Landesregierung geschlechtsspezifische Daten zur Radnutzung vor? – Sehr interessant.

Betrachtet sich die Landesregierung selbst als fahrradfreundlichen Arbeitgeber? – Das wird jeder von sich behaupten wollen.

Wenn man sich also die Mühe macht, eine Große Anfrage zu stellen, dann muss man auch die entscheidenden Fragen stellen.

(Zuruf von der SPD: Dann stellt doch mal welche!)

Wo in Nordrhein-Westfalen fehlen an Landes- und Kommunalstraßen noch immer Radwege? Wie sollen Radschnellwege für 250 Millionen € finanziert werden? Wie werden die laufenden Kosten für Radschnellwege berechnet und gedeckt? Und warum wird der Topf für Landesstraßen innerhalb von vier Jahren mehr als halbiert, aber gleichzeitig die Aufgabe des Baus und des Erhalts von Radschnellwegen obendrauf gepackt?

Rot-Grün hat diese Fragen in der Großen Anfrage alle nicht gestellt, blockiert aber das Verkehrsministerium hier mit einem Wust von einfachen, nebensächlichen Fragen.

Samstag für Samstag stellen sich Bürger ehrenamtlich hin, mit der Schuppe in der Hand, und bauen sich selber Radwege, weil das Land kein Geld mehr hat.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Herr Kollege, entschuldigen Sie. Würden Sie eine Zwischenfrage von Herrn Kollegen Klocke zulassen?

Henning Rehbaum (CDU): Nein, gerade nicht.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Okay.

Henning Rehbaum (CDU): Weil dem Land das Geld ausgegangen ist! Man muss an dieser Stelle ganz ausdrücklich den Bürger-Radwegevereinen danken für ihr großartiges Engagement. Sie sorgen dafür, dass Radwege gebaut werden – und das ist aller Ehren wert. Ich kann nur jede Initiative begrüßen, in der Bürger selber für den Radwegebau sorgen.

(Beifall von der CDU)

Sehr verwundert sind aber genau solche Initiativen, wenn plötzlich doch Geld da ist, wenn plötzlich 250 Millionen € da sein sollen für den Bau von Radschnellwegen. Ich möchte hier nicht falsch verstanden werden: Im großstädtischen Umfeld, im Metropolbereich können Radschnellwege sinnvolle Bausteine sein. Aber ob ein Radschnellweg im ländlichsten Kreis Borken für 40 Millionen € gebaut werden muss, darüber kann man trefflich streiten.

Und was sagen die Bürger in Nordrhein-Westfalen, die überhaupt keinen Radweg vor ihrer Haustür haben, die sich täglich auf den gefährlichen Weg auf Landesstraßen, auf Kreisstraßen, auf Gemeindestraßen machen müssen, wo sie zwischen Lkws und Pkws mit dem Fahrrad mit dem Verkehr mitfließen müssen, wenn sie gleichzeitig hören: Für die großen Megaprojekte ist Geld wie Heu da. Das passt alles nicht zusammen.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Radweg Deutsche Einheit!)

– Radweg Deutsche Einheit. – Nordrhein-Westfalen braucht lückenlos ein vernünftiges Radwegenetz im ganzen Land, und zwar im besten Zustand. Erst wenn wir das geschafft haben, können wir uns mit Großprojekten wie den Radschnellwegen beschäftigen,

(Jochen Ott [SPD]: Was ist das denn für ein Unsinn!)

Die, wie gesagt, im Metropolbereich sinnvoll sein können. Aber wir müssen zunächst das Netz konventioneller Radwege vervollständigen und in Schuss halten.

(Zuruf von Britta Altenkamp [SPD])

Solange das nicht erreicht ist, müssen wir uns mit diesen Punkten mehr beschäftigen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Jochen Ott [SPD]: Das war ganz schwach, Herr Rehbaum!)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Rehbaum. – Für die FDP-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Dr. Stamp das Wort.

(Jochen Ott [SPD]: Oh, das ist mal was Neues jetzt hier!)

Dr. Joachim Stamp (FDP): Vielen Dank. – Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch von unserer Seite einen herzlichen Dank an das Ministerium für die enorme Arbeit bei der Beantwortung dieser Großen Anfrage. Es ist alles sehr ausführlich. Ich glaube, es ist auch immer wichtig, zu solchen Themen entsprechendes Datenmaterial zusammenzubringen.

Meine Damen und Herren, die Bedeutung des Radverkehrs – ich glaube, das ist unbestritten – ist zweifellos gewachsen, besonders in den Bereichen Umwelt, Gesundheit und Tourismus. Wir erleben es alle im Alltag in den Städten, wenn wir verstärkte Stausituationen haben, dass das Fahrrad für viele eine zusätzliche Alternative wird und es durch die E-Bikes auch neue Möglichkeiten gibt.

An dieser Stelle möchten wir darauf hinweisen – ein Aspekt aus der Vergangenheit –, dass Minister Groschek in der vergangenen Woche die Bürgerradwege als Erfolgsgeschichte bezeichnet hat. Meine Damen und Herren, die Bürgerradwege waren eine Initiative von CDU und FDP. Deswegen wollen wir das an der Stelle noch einmal herausarbeiten.

(Jochen Ott [SPD]: Herr Rehbaum wusste das nicht mehr!)

– Ich spreche jetzt für uns. Herr Rehbaum spricht für die Union.

(Zuruf von Norwich Rübe [GRÜNE] – Jochen Ott [SPD]: Jetzt weiß er das!)

So ist es in diesem Hause gute Gepflogenheit, dass jeder für seine Fraktion spricht. Deswegen lasse ich das hier einfach so stehen.

Ich möchte auch noch darauf hinweisen, dass wir uns nicht auf den Standpunkt stellen können, wie es Herr Klocke eben getan hat, indem er gesagt hat, das Fahrrad sei jetzt das Verkehrsmittel der Zukunft.

Vielmehr werden auch andere Verkehrsmittel in der Zukunft eine ganz besondere Rolle spielen. Wir wissen alle, was durch die Digitalisierung im Individualverkehr, auch im motorisierten Individualverkehr, an neuen Möglichkeiten entstehen wird. Deswegen wird es gerade in einem Industriestandort wie Nordrhein-Westfalen darauf ankommen, dass man zu einem intelligenten Verkehrsmix kommt.

Wir dürfen nicht den Fehler begehen – das ist mein Appell an die Regierungsfractionen –, aus dem Fahrrad jetzt eine Ideologie zu machen, sondern der Mix wird entscheidend sein. Entscheidend wird sein, wie man miteinander mit den verschiedenen Verkehrsmitteln umgeht. Bitte, keine Ideologie des Fahrrads am Ende zulasten des Industriestandorts Nordrhein-Westfalen! – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP – Jochen Ott [SPD]: Deshalb brauchen wir auch keine sechs Meter breite Linksabbiegerspur!)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Stamp. – Für die Piratenfraktion spricht Herr Kollege Bayer.

Oliver Bayer (PIRATEN): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Klocke, das dritte Mal nach Ihnen heute. Verehrte Radfahrende, der Radverkehr ist als emissionsfreie Mobilitätsform herausragend wichtig für eine nachhaltige Mobilitätspolitik vor Ort und in der Region.

Es wäre schön, wäre das auch im Bundesverkehrsministerium bekannt. Dann hätten wir nämlich den Radschnellweg 1 vielleicht auch im Vordringlichen Bedarf im Bundesverkehrswegeplan, über den wir heute schon gesprochen haben. Denn das Fahrrad ist nicht nur für sich wichtig, sondern sowohl für den Freizeit- als auch für den Berufsverkehr. Gerade vor dem Hintergrund wachsender Anteile elektrisch unterstützter Fahrräder werden sie, die entsprechende Infrastruktur natürlich vorausgesetzt, zu einer ernstzunehmenden Alternative für den Pkw-Verkehr.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Das Auto belastet und gefährdet die Städte und das Land und vor allem natürlich die Menschen auf vielen Ebenen. Das Auto gefährdet aber nicht nur die Gesundheit der Menschen, es wirkt sich nicht nur negativ auf die Lebensqualität gerade in den großen Ballungsräumen aus, es ist darüber hinaus auch sündhaft teuer, und zwar für die Halter und für die öffentlichen Haushalte, die den Löwenanteil der Kosten tragen.

Die notwendige Infrastruktur für den Radverkehr allerdings ist für einen Bruchteil dessen zu haben, was für den Pkw- und erst recht für den Lastverkehr aufgebracht werden muss. Schon die Errichtung der notwendigen Wege ist vielfach günstiger, die Wartung, Instandhaltung macht aber den Betrieb über Jahre und Jahrzehnte zu einem wahren Schnäppchen – von der Volksgesundheit, weniger Flächenbedarf und erhöhter Attraktivität der Städte mal ganz abgesehen.

Darüber hinaus ist eine gute Fahrradinfrastruktur geeignet, die Kapazitätsengpässe auch bei Bus und Bahn abzufedern. Experten der ÖPNV-Branche und

auch aus anderen Gebieten von Verkehr und Wirtschaft sagen uns immer wieder: Verpassen Sie den Radverkehrstrend nicht, passen Sie auf, hinken Sie da nicht politisch hinterher! Kurz: Investitionen ins Rad sind eine Investition in eine Zukunft mit hoher Lebensqualität.

Dass es hier der kleine Koalitionspartner ist, der den großen wahrscheinlich zum Jagen tragen musste, stimmt dabei schon bedenklich. Noch immer nämlich verharren weite Teile der SPD und insbesondere der kommunalen SPD im fossilen Zeitalter. Da passt es gut ins Bild, dass Mitglieder der AGFS Essen gerügt oder sogar mal ausgeschlossen wurden, weil sie auch nach Jahren der behaupteten Radpolitik das kommunale Verkehrsverständnis noch immer nicht daraufhin umgestellt haben.

In allen großen Kommunen sind die Schadstoffbelastungen infolge des Pkw-Verkehrs inakzeptabel hoch und gefährden die Menschen dauerhaft. In den klammen Ruhrgebietsstädten steht die Zukunft des ÖPNV auf dem Spiel, aber die auf kommunaler Ebene höheren Kosten des Pkw- und Lkw-Verkehrs werden an unzähligen Stellen des kommunalen Haushalts einfach versteckt.

Ja, in den vergangenen Jahren ist mehr getan worden für die Aktivierung des Radverkehrs. Institutionen wie RVR und die Emschergenossenschaft sind hier mutig vorangegangen und haben wirklich etwas bewegt. Das ist zu begrüßen. Aber wesentlich handelt es sich hier um Infrastruktur für Freizeitverkehre.

Es gilt nun entschieden, auch Alltagsverkehre auf das Fahrrad zu bringen. Man muss ja nicht nach Kopenhagen schauen, um zu zeigen, dass das möglich ist. In Nordrhein-Westfalen dagegen verharrt die auf das Fahrrad entfallende Verkehrsleistung im Vergleich zu den anderen Verkehrsträgern auf inakzeptabel niedrigem Niveau. Da kann man noch so oft etwas anderes betonen.

Nur in wenigen Kommunen sieht das anders aus. Die erwähnt man dann. Nordrhein-Westfalen hinkt anderen Ländern und seinen eigenen Ansprüchen hinterher.

Übrigens, aus der wissenschaftlichen Ecke: Es gibt auch einen engen Zusammenhang zwischen den Möglichkeiten, mit dem Rad zur Arbeit zu fahren, und der eigenen Lebenszufriedenheit. Man wird glücklicher, weil man sich die Zeit besser einteilen kann. Die Förderung des Radverkehrs ist also gut für den Menschen, gut für die Gesellschaft und macht auch noch glücklich und schont die Gesundheitskassen. Worauf warten wir dann?

In der Antwort auf die Große Anfrage beweist die Landesregierung leider vor allem eines, nämlich Selbstgefälligkeit. Das hängt natürlich – wie dargelegt – auch an den Fragen. Man muss schon genau

lesen, um überhaupt selbstkritische Aussagen zu finden. Da zeigt die Landesregierung ihre Bereitschaft zu Widersprüchen und Inkonsistenz. Wenn man denn jetzt wirklich für den nichtmotorisierten Verkehr eintreten möchte, darf man nicht alle Verkehrsträger gleich behandeln, vor allem dann nicht, wenn es so zu verstehen ist, wie es zu verstehen ist, nämlich relativ gesehen von der jetzigen Situation aus, also mit Anteilen so wie jetzt. Denn bis zu der Erkenntnis, dass bei ungleicher Voraussetzung nur ungleiche Maßnahmen zu gleichen Bedingungen führen, hat die Landesregierung auch noch ein Stück Weg vor sich.

Ja, ich bin übrigens auch sehr interessiert an Herrn Rehbaums Großer Anfrage. Ich hoffe, dass da was kommt, auch wenn Sie es persönlich nicht angekündigt haben, aber die Fragen waren schon mal gut. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Danke, Herr Kollege Bayer. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Groschek.

Michael Groschek, Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Herr Bayer, ich fange mit Ihnen an. Herr Rehbaum hat schon eine Frage gestellt. Ich zitiere die gleich.

Herr Bayer, Ihnen zur Beruhigung und uns zur Ehre: Die Manta-SPD stirbt aus. Das beste Beispiel dafür ist die Einhelligkeit in der Beschlussfassung, den RS1 als gemeinsames Projekt RVR zu pushen. Das wäre vor 15 Jahren noch nicht vorstellbar gewesen. Ich erkenne da meine Pappenheimer nicht am Fahrradfahren, sondern am Auto. Von daher ist das schon ein Zeiteinsparung, der da gelungen ist.

(Jochen Ott [SPD]: So ist es!)

Jetzt zu Herrn Rehbaum: Herr Rehbaum stellt natürlich viel intelligentere Fragen zum Radverkehr, unter anderem eine Kleine Anfrage, die ja nicht ganz so arbeitsintensiv ist. Die Klugheit dieser Kleinen Anfrage bestand darin, zu fragen, ob denn die Radschnellwege auch für Pferdeschlitten und Hundeschlitten geeignet seien und geöffnet würden.

(Jochen Ott [SPD]: Super Frage, Herr Rehbaum!)

– Finde ich auch. Das zeigt die intensive Auseinandersetzung mit dem Thema.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Also, Herr Rehbaum, vielleicht auch nur noch zur Erinnerung: Dass Sie den Münsteranern und den Münsterländern den Radschnellweg nicht gönnen,

verstehe ich nicht. Der Radschnellweg im Münsterland würde 98.000 Pkw-Kilometer am Tag einsparen. Das täte dem Münsterland und den Münsterländern gut. Also: Machen Sie die Straße frei für Radschnellwege auch im Münsterland!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wir sind in Wirklichkeit seit 40 Jahren gemeinsam vorne. Warum Sie sich für die Episode von fünf Jahren von den eigenen Mit-Erfolgen distanzieren, erschließt sich mir nicht. Sie hätten doch im Grunde für kleines Geld einen großen Preis mit abkassieren können. Dass Sie das ablehnen, ist eigentlich schade.

(Jochen Ott [SPD]: Merkwürdig!)

Es ist eigentlich schade.

Wir haben 1993 die AGFS mit 76 Mitgliedern gegründet. Wir sind so gut, dass wir sagen können: Bei dem alljährlichen nationalen Fahrradklima-Test sind fünf von sechs nationalen Siegern nordrhein-westfälische Preisträger, nämlich

(Zuruf: Sehr gut!)

Reken, Herr Schemmer, Bocholt, Rhede, Wettringen und Münster. Das finde ich super. Dazu kann man nur gratulieren.

Ich frage mich aber: Wo bleiben eigentlich unsere Großen? Wo bleiben die NRW-Metropolen bei dieser Liste? Denn Herr Klocke hat ja zu Recht Kopenhagen, Paris, Amsterdam, Rotterdam, New York und London aufgelistet. Alle investieren Milliarden und Millionen in die Radverkehrsinfrastruktur. Ich würde mich freuen, wenn eine unserer Großstädte wirklich selbst investieren würde und Vorreiter werden wollte und sich nicht von Bocholt, Reken und Rhede ständig die Butter vom Brot nehmen lassen würde. Das wäre ein tolles Zeichen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Radschnellwege sind Leitprojekte. Der Radschnellweg Nummer 1 ist der Trumpf. Ich bin heilfroh, dass Oliver Wittke einen größeren Weitblick hat als Sie, Herr Rehbaum, gerade hier am Podium gezeigt haben. Denn er wirbt für den Radschnellweg Nummer 1. Er kommt jetzt wieder mit einer schleswig-holsteinischen Delegation. Unser Herr London nimmt sich extra frei, um seinen Oliver Wittke den ganzen Tag begleiten zu können, damit er abfeiern kann, was Tolles in Nordrhein-Westfalen passiert, und Schleswig-Holstein das kopieren kann. Lassen Sie uns doch froh sein, dass es auch so engagierte christdemokratische Bundestagsabgeordnete gibt!

(Jochen Ott [SPD]: Wahnsinn!)

Ich werde Herrn Wittke immer einladen, gemeinsam Rad zu fahren, wobei ich persönlich noch auf der Suche nach einem Lastenrad bin, das hundegerecht

ist. Denn wir haben einen Schäferhund, der sich kategorisch weigert, neben dem Rad herzulaufen. Wenn Sie mir da helfen könnten, wäre ich persönlich auch ein Stückchen weiter.

Da der Radschnellweg Nummer 1 zwischen Hamm und Duisburg einen solchen Leitcharakter hat, werde ich Herrn Dobrindt noch einmal anschreiben. Ich meine, die Beratung des Bundesverkehrswegeplans ist ein idealer Zeitpunkt dafür, dass sich der Bundesverkehrsminister zu diesem Leitprojekt bekennt und am besten die Umweltministerin in den Arm nimmt, in den Förderarm nimmt. Wir brauchen beide, die dazu bereit sein sollten, diesen Radweg mit zu fördern.

Bei Dobrindt bin ich jetzt optimistischer, als die Antworten der Vergangenheit mich sein ließen. Warum? Weil Bayern viele, viele Millionen investieren will in den Ausbau der Radinfrastruktur, weil die gesehen haben, wie viel touristischen, wirtschaftlichen Wert dieses Verkehrssystem hat. Deshalb werden wir vielleicht in die Gunst der Förderung kommen, weil dann Bayern gleich mit gefördert werden kann. Sei's drum! Ich hoffe auf ein Einsehen von Herrn Dobrindt.

Das wäre eine große Tat und ein symbolischer Wert, bei diesem Bundesverkehrswegeplan zu sagen: Der Radschnellweg Nummer 1 ist das Leitprojekt für eine vernetzte, humane, integrierte Mobilitätspolitik, die in diesem Haus natürlich nur von Rot-Grün getragen werden kann. Wer soll denn sonst mit uns in die Zukunft radeln?

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Lachen von der CDU)

Wer soll sonst mit uns in die Zukunft radeln?

Letzte Anmerkung: Der Städtetag hat gesagt: Gut gemacht, Änderung des Straßen- und Wegegesetzes prima. Auch Radschnellwege müssen in die Verantwortung des Landesbetriebs Straßen.

Und UPS und andere haben gesagt: Lassen Sie uns doch das Lastenrad erproben für die Last Mile in der Citylogistik! – UPS, United Parcel Service, nicht irgendeine Initiative aus dem Öko-Bereich!

Diese Logistiker werden den Menschen mehr Mut machen, aufs Rad zu setzen; denn es ist schon fast zynisch, wenn innerstädtische Verkehre von unter einem Kilometer Länge mit dem Auto absolviert werden und die Kleinsten der Kleinen jetzt schon im Zweifel im dicken Cayenne zur Tagesmutter kutschiert werden, der nicht nur Gift ausströmt.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Den hat aber nicht jeder!)

– Was dem einen der Cayenne, ist dem anderen der ältere R 5. Der ist unter dem Strich aber auch nicht umweltfreundlicher.

Deshalb wären wir gut beraten, mit gutem Beispiel voranzugehen. Lassen Sie uns mehr laufen und Fahrradfahren. Weil ich mit dem Hund unterwegs bin, laufe ich in Oberhausen. Folgen Sie dem Beispiel des Ministers! Laufen tut gut und hält einen einigermaßen fit. – Herr Schemmer, ich hoffe, Sie radeln zumindest in Reken.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Herr Minister Groschek, Sie haben Herrn Schemmer angesprochen. Er wollte Ihnen gerne noch eine Frage stellen. Ich bin mir ziemlich sicher, Sie werden diese zulassen. – Herr Kollege Schemmer, bitte.

Bernhard Schemmer (CDU): Nachdem die Klassenkampfrhetorik jetzt vorbei ist, versuche ich es ganz einfach mit einer ganz praktischen Frage. Herr Minister, Sie sprachen eben an, in welchen Kommunen wie viel für Radwege getan wird. Können Sie sich eigentlich vorstellen, dass die beiden Parteien, die hier eine Koalition bilden,

(Zuruf von der CDU: Noch! Noch!)

– noch, völlig korrekt –, vor Ort dagegen sind, dass die Kommunen Flächen erwerben, um überhaupt Radwege zu bauen? Das heißt, es gibt einen gewaltigen Unterschied zwischen den Ansprüchen, die hier geäußert werden, und dem, was sie zu Hause tun.

Michael Groschek, Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr: Herr Schemmer, seitdem ich aus Berlin in dieses Hohe Haus zurückgekehrt bin, kann ich mir alles vorstellen. Deshalb sind wir, glaube ich, beide gut beraten, dafür zu sorgen, dass der Infrastrukturausbau vorangetrieben wird und wir uns in Nordrhein-Westfalen bemühen, die Niederlande Deutschlands zu werden. Dann wird nicht darüber diskutiert, welche Schwerpunkte wir setzen,

(Zuruf von Henning Höne [FDP])

sondern wir bauen die gesamte Infrastruktur aus. Die Radschnellwege in den Niederlanden zeigen, was im Radverkehr erreichbar ist, wenn man konsequent handelt. Deshalb ist das – jeweils in dem Verantwortungsbereich, in dem wir tätig sind – sowohl Ihre als auch meine Aufgabe.

(Vereinzelt Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Jochen Ott [SPD]: Super!)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Minister. – Wir sind uns allerdings sicherlich darüber einig, dass wir zumindest beim Fußball nicht die Niederlande Deutschlands werden wollen.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache und stelle fest, Kolleginnen und Kollegen, dass die **Große Anfrage 17** von SPD und Bündnis 90/Die Grünen hiermit **erledigt** ist.

Bevor wir zum nächsten Tagesordnungspunkt kommen, möchte ich gerne nachträglich ein **Abstimmungsergebnis** der **gestrigen Plenarsitzung** zu Protokoll geben, das leider unvollständig erfasst wurde. Es handelt sich um den **Tagesordnungspunkt 12** und den **Antrag „Lehrkräfte für die Potentiale von Open Educational Resources und den verantwortungsvollen Einsatz von freien Lernmaterialien sensibilisieren“**. Über den Antrag wurde gestern folgendermaßen abgestimmt:

Der genannte **Antrag** der Fraktion der Piraten – **Drucksache 16/10298** – wurde entsprechend der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Schule und Weiterbildung – Drucksache 16/11721 – mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der Piraten bei Enthaltung der Fraktionen von CDU und FDP **abgelehnt**. – Das als Ergänzung zur gestern erfolgten Abstimmung.

Ich rufe auf:

9 Abschied von der Arbeitsgesellschaft: Im Informationszeitalter brauchen wir eine Volksabstimmung über das Bedingungslose Grundeinkommen

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/11692

Alle fünf im Parlament vertretenen Fraktionen haben sich zwischen darauf verständigt, heute keine Debatte hierzu durchzuführen.

Wir kommen deshalb direkt zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache 16/11692** an den **Hauptausschuss** – federführend –, an den **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales**, an den **Haushalts- und Finanzausschuss**, an den **Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk** sowie an den **Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend**. Die abschließende Aussprache und Abstimmung sollen – wie zwischen den Fraktionen vereinbart – nach Vorlage der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses erfolgen.

Wer für diese Überweisungsempfehlung ist, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist die Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Ich rufe auf:

10 Gründung eines Beirates für die Niederdeutsche Sprache

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/11433

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die antragstellende CDU-Fraktion Herrn Kollegen Rehbaum das Wort, der schon in der Warteposition auf seinen Einsatz gewartet hat. Den bekommt er jetzt. – Herr Kollege, Sie haben das Wort. Bitte schön.

Henning Rehbaum (CDU): „Här Präsident! Leiwe Damens un Härns! Urse schöne Bunnesland Nordrhein-Westfaolen is bunt. Wi hefft schöne Landschaften in't Rheinland, in Westfaolen un Lippe. Wi hefft Menschken ut de ganze Wiärld bi urs to Hus, wie häfft Pils, Alt un Kölsch, wi häfft Sauerbraten un Schwattbraut, Sushi und Falafel. Wi hefft de Förderung vun Kunst, Kultur un Musik, muttersprachlichen Unterricht in Dütsk, ower auk in Türkisch oder Aramäisch. Jede Minnerheit kümp in Nordrhein-Westfaolen to ihrem Recht, un dat is auk guett so.

Nordrhein-Westfaolen wärd 70 Jaohr – doch Plattdütsk was all ümmer dao. Doch bi de ganze Kulturförderung hätt man in de lesten Jaohren in Nordrhein-Westfaolen de öllste Spraoke hiertolanne vergiätten: dat Plattdütsk, das Niederdeutsche. Das ist keiner der vielen Dialekte, sondern eine eigenständige Sprache.

(Beifall von der CDU)

Gibt es denn nichts Wichtigeres in unserem Land? Das wird sich mancher fragen. Haben wir keine anderen Probleme in Nordrhein-Westfalen als die Förderung der plattdeutschen Sprache?

Ja, es gibt Wichtigeres. Sie können der Meinung sein, dass die Förderung der niederdeutschen Sprache ein rückwärtsgewandtes, den Zielen eines modernen Bundeslandes im 21. Jahrhundert entgegenstehendes Vorhaben ist: reine Folklore, für die der hippe Weltbürger maximal ein gönnendes Lächeln übrig hat.

Sie können die Förderung der niederdeutschen Sprache aber auch als einen wertvollen Beitrag zum Erhalt der kulturellen Vielfalt in unserem Land verstehen.

(Beifall von der CDU)

Niederdeutsch ist eine eigenständige Sprache. Sie ist prägender Bestandteil der Geschichte unseres Landes und seiner Menschen und damit ein Bestandteil unserer Identität in Nordrhein-Westfalen.

Auch das muss gesagt werden: Noch lebt die niederdeutsche Sprache in Nordrhein-Westfalen. Für Hunderttausende Menschen in Nordrhein-Westfalen ist

die niederdeutsche Sprache eine Herzensangelegenheit, ein Stück Beständigkeit in einer Zeit des rasanten Wandels, ein Stück Heimat. Für Zigtausende Menschen in Nordrhein-Westfalen ist die plattdeutsche Sprache noch immer schlicht ihre Muttersprache, in der sie sich unterhalten, in der sie fühlen, in der sie träumen.

1999 ist Deutschland der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen beigetreten. Dazu gehören Friesisch, Sorbisch, Romanes und Dänisch, aber auch das Niederdeutsche, das es in Nordrhein-Westfalen und in sieben anderen Bundesländern gibt.

Der Beitritt zur Charta bedeutet eine Verpflichtung, Maßnahmen zum Erhalt des Niederdeutschen zu ergreifen. Es ist höchste Zeit, den zahlreichen Akteuren im Bereich der niederdeutschen Sprache eine gemeinsame Plattform auf Regierungsebene zu geben und dieser Sprache den Stellenwert einzuräumen, den sie verdient.

(Beifall von der CDU)

So eine Plattform muss nicht teuer sein. Ein bisschen Kaffee und Kuchen, gelegentlich mal eine Stunde mit einem Fachmann aus dem Ministerium, schon haben wir eine vernünftige Plattform geschaffen – eine Plattform, um Aktivitäten zu vernetzen und der Landesregierung und dem nordrhein-westfälischen Parlament bei der zukünftigen intensiveren Förderung der niederdeutschen Sprache mit Sachverstand zur Seite zu stehen.

Aktivitäten gibt es viele in Nordrhein-Westfalen: wissenschaftliche Aktivitäten zur Erforschung, Dokumentation und Vermittlung der niederdeutschen Sprache an Hochschulen und beim LWL, die unzähligen ehrenamtlichen Initiativen, die niederdeutschen Kulturschaffenden, Literatur, Theater, Musik, Modellprojekte an Grundschulen, Modellprojekte für Niederdeutsch in der Pflege, die Initiative „Plattdütsk in de Kiärk“, die ich als Schirmherr vertreten darf.

Sie sehen, die niederdeutsche Sprache ist in der Gesellschaft tief verwurzelt, und unzählige Akteure in Haupt- und Ehrenamt pflegen die Sprache, dokumentieren und erforschen sie und wollen sie in eine lebendige Zukunft begleiten.

In mehreren Bundesländern gibt es auf Regierungsebene einen Beirat für die niederdeutsche Sprache, um die Aktivitäten zu bündeln und ein fachkundiges Gremium zur Beratung der jeweiligen Landesregierung zu haben.

Die Bundesregierung hat ebenfalls ein Beratungsgremium für die Förderung der niederdeutschen Sprache auf Staatssekretärebene.

Was liegt näher, als auch in Nordrhein-Westfalen einen Beirat ins Leben zu rufen, der der Landesregierung und den Parlamentariern mit Rat und Tat zur

Seite steht, wenn es um die systematische Förderung der niederdeutschen Sprache geht?

Bitte stimmen Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen, für die Gründung eines Beirats für die niederdeutsche Sprache. Es wäre ein wunderbares Signal an alle, die diese uralte und noch immer lebendige Sprache in ihr Herz geschlossen haben und sie als Teil unserer Identität in Nordrhein-Westfalen in die Zukunft begleiten wollen.

(Beifall von der CDU)

Mancheener in NRW denkt bi sick, datt en Beirat för de plattdütske Spraak in urse Tiet Quintenkram is. Ick meine: „Plattdütsk häört to NRW daoto. Lot urs alle eenmaol de Parteiböök vergiätten un tosammen watt för düsse schöne Spraoke daoen, de ümmer noch en ganz Haupen „Fans“ hätt!

Denn Plattdütsk is nich daot, Plattdütsk hätt ne Tokunft, wenn alle – Politik, Regierung und Plattdütske-Akteure – tosammen anpackt! – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Rehbaum. – Für die SPD-Fraktion spricht – in welcher Sprache auch immer – Herr Kollege Bialas zu uns.

(Heiterkeit)

Andreas Bialas (SPD): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mir war klar, dass mein Vorredner seine Rede zumindest zum Teil in Niederdeutsch halten wird. Ich kann das leider nicht. Sehen Sie es mir nach! Damit ist der Bruch bereits am Anfang der Rede begangen.

(Zurufe von der CDU)

Aber als kulturpolitischer Sprecher darf ich mich am Bühnenhochdeutsch orientieren, ohne dass mir das negativ ausgelegt wird.

(Zuruf von der CDU)

– Durch diese hohle Gasse muss er kommen. Ich hätte jetzt viele Möglichkeiten, das interpretativ darzustellen. Aber ich lasse es.

Relativ schnell sind wir beim Kern. Denn das Bühnendeutsch ist eine einheitliche Ausspracheregulierung für die deutsche Schriftsprache im Theaterbetrieb des deutschen Sprachraums, die sich im 19. Jahrhundert etablierte. Gemäß Theodor Siebs soll – ich darf zitieren – die „Bühnensprache ... eine edle und darum sehr rein gesprochene Sprache sein. Keinesfalls darf aber die Sorgfalt der Aussprache, die Lebendigkeit des Ausdrucks stören ...“.

Das wünschen wir uns regelmäßig auch im plenaren Streitgespräch.

Diese Sprache hat sich mehr und mehr im allgemeinen Sprachgebrauch durchgesetzt – natürlich weiterhin mit vielen regionalen Spielarten und zum Teil parallel zu anderen in der Tat auch eigenständigen Originalsprachen wie dem Niederdeutschen.

Ziel war es aber vor weit über 100 Jahren, eine Sprache zu schaffen bzw. die Aussprache zu regeln, die im gesamten deutschen Sprachraum auf allen Bühnen in diesem Sprachraum verstanden wird. Es gab in Bayern, in Sachsen, in Ostfriesland, in Westfalen, in Schwaben, aber auch in Köln oder beispielsweise in Aachen der Wunsch, dass überall die gleiche Sprache gesprochen wird.

Dieses Bühnenhochdeutsch – nicht nur in der Schrift, sondern auch in der Aussprache – und die Regionalsprachen und die parallelen Originalsprachen liegen damit im Kampf, auch in einem Verdrängungskampf, der leider schlicht und ergreifend in der Nutzung stattfindet – ich hätte fast gesagt: begangen wird – und der vermutlich langfristig auch in der Lehre, in der Schulung, wo diese Aussprache vorgegeben wird, entschieden werden wird. Das ist genau das, was Sie auch beklagten: Das eine setzt sich durch, das andere droht über die Generationen verloren zu gehen.

NRW hat Teil II der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen ratifiziert. Damit hat sich NRW auch zu gewissen Leistungen des Schutzes und des Erhalts dieser Sprachen verpflichtet – auch des Niederdeutschen.

In NRW haben wir zwei starke Partner und Player zum Schutze und zur Förderung des Niederdeutschen: der Landschaftsverband Westfalen-Lippe und die Universität Münster mit dem Germanistischen Institut.

Im Antrag der CDU wird eine zusätzliche Koordinierungsstelle gefordert, und zwar in Form eines Gremiums: als Beirat.

Dieser Koordinierungsarbeit kommt die Landesregierung allerdings bereits nach. Nur hat sie keinen Beirat gebildet, sondern eine Koordinierungsstelle für Niederdeutsch in der Staatskanzlei eingerichtet. Und diese Stelle regelt auch Treffen sowie den Austausch zwischen Vertretern des Niederdeutschen und der fachlich beteiligten Ressorts. Ein inhaltlicher und ein fachlicher Austausch findet also bereits statt. Man kann aber auch – entsprechend dem Sprachgebrauch, den Sie vorhin anwandten – sagen: Sachverstand trifft auf Sachverstand.

Wir lehnen den Antrag ab, da die in ihm angestrebten Ziele nach unserer Ansicht bereits im realen Handeln der Landesregierung abgebildet werden. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Bialas. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Herr Kollege Keymis.

Oliver Keymis (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vier bis fünf Millionen Menschen sprechen Niederdeutsch – vor allem in Norddeutschland. Es sind aber nur ganz wenige oder relativ wenige bei uns in Nordrhein-Westfalen. Mindestens einer davon sitzt hier im Saal. Ich habe auch welche registriert, die das zumindest verstanden haben. Das freut mich sehr.

Ich erinnere mich gut daran, wie ich in den 80er-Jahren an der Niederdeutschen Bühne in Münster zu tun hatte. Das ist eine Einrichtung, die von den Städtischen Bühnen Münster mit unterstützt wird. Da gab es einen wunderbaren Schauspieler und Regisseur namens Hannes Demming.

(Henning Rehbaum [CDU]: Den gibt es immer noch!)

– Ja, den gibt es immer noch. Ich weiß das. Für die, die es sich aufschreiben wollen, sage ich: Er wird am 25. Mai 80. – Der hat damals in einem wunderbaren Stück von Heinrich von Kleist – mit dem uns allen bekannten Titel „De bruoken Kroos“ – eine Rolle gespielt und darin brilliert. Das war schon eindrucksvoll. Vor allen Dingen ist eindrucksvoll, dass viele Menschen in diese Aufführungen kommen. Das sind Renner. Auch die Klassiker auf Niederdeutsch finden eine Verbreitung, die dann doch etwas mit dieser Art der Sprache zu tun hat.

Ich sage Ihnen offen, dass ich natürlich Sympathien für Anträge habe, die sich mit dem Thema befassen. Ich glaube aber, der Beirat hilft überhaupt nicht weiter. Weiter hilft vielmehr die Pflege entsprechender Kulturangebote. Eine starke Unterstützung solcher Kulturangebote würde uns viel mehr helfen. Sie würde den Menschen helfen, die sich engagieren, indem sie Theater spielen, Lesungen veranstalten, dichten und Niederdeutsch miteinander sprechen. Es geht dabei auch um das Pflegen in entsprechenden Mundartkreisen usw.

Die sind, glaube ich, allemal für unsere Unterstützung dankbarer, als wenn wir uns jetzt in einem Beirat noch einmal darüber unterhalten würden. Das ist für meine Begriffe nicht der entscheidende Punkt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Kollege Bialas hat es schon gesagt, insofern brauche ich das nicht alles zu wiederholen: Der Landschaftsverband Westfalen-Lippe ist bei dem Thema – um das einmal so zu sagen – supergut aufgestellt und engagiert. Er fördert institutionell das in Bremen ansässige Institut für die Niederdeutsche Sprache. Von der Koordinierungsstelle in der Staatskanzlei war schon die Rede. Die versammelt einmal im Jahr die

interessierten Leute. Dabei wird auch das infrage stehende Thema behandelt.

Damit kommen wir, glaube ich, im Wesentlichen den Forderungen, die ja auch Teil Ihres Antrages sind, aus meiner Sicht jedenfalls gut nach.

Das Hamburger Parlament – ich habe das mit Interesse in der Vorbereitung auf diesen Tagesordnungspunkt nachgelesen – berät sogar ausdrücklich auf Plattdeutsch – allerdings nur dann, wenn auch der Antrag auf Plattdeutsch geschrieben wurde. Der Eindruck, den ich jetzt von hier mitnehme, ist ja, dass wir alle – auch Sie, Herr Rehbaum, und Ihre Fraktion – das nicht vorhaben. Haben Sie insofern Verständnis dafür, wenn mindestens unsere Fraktion zu Ihrem Antrag freundlich „Nee seggen“ wird. Und um es mit meinem kleinen niederrheinischen Idiom noch einmal etwas schmerzhafter für Sie auszudrücken: „Brook net“. – Danke schön.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Keymis. Seien Sie doch so nett und bleiben Sie noch hier. Herr Kollege Rehbaum hat jetzt zwar keine Kurzintervention angemeldet, würde Ihnen aber gerne eine Frage stellen. Und ich bin mir sehr sicher, dass Sie die beantworten werden.

Oliver Keymis (GRÜNE): Mal gucken!

Henning Rehbaum (CDU): Vielen Dank, Herr Kollege, dass Sie die Frage zulassen. – Die Koordinierungsrunde in der Staatskanzlei ist mir bekannt. Unser Antrag geht insofern darüber hinaus, als es auch eine Verknüpfung zum Parlament gibt. Könnten Sie sich denn vorstellen, dass man eine Verknüpfung dieser Koordinierungsrunde mit dem Parlament herstellt?

Oliver Keymis (GRÜNE): Ich kann mir vieles vorstellen, auch dass wir uns einmal über eine solche Verknüpfung unterhalten, uns miteinander ins Benehmen setzen und das Thema möglicherweise im Kulturausschuss einmal aufrufen. Da könnten wir die entsprechenden Aktivitäten miteinander diskutieren. Wir könnten uns gemeinsam überlegen, wie wir die Förderung der entsprechenden Bühnen und Einrichtungen ein Stück weit in den Blick nehmen. Also das kann ich mir vorstellen – natürlich immer nach Maßgabe des Haushaltes. Werden Sie im Kulturministerium nicht nervös! Es ist ja verständlich, wenn man da schnell nervös werden würde.

Ich würde das aber nicht noch einmal institutionalisieren. Das würde, glaube ich, angesichts dessen, was ich eben beschrieben habe, nicht weiterhelfen. Insofern bitte ich um Verständnis, dass wir beim Nein zu Ihrem Antrag bleiben. – Danke schön.

(Henning Rehbaum [CDU]: Schade!)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank. – Für die FDP-Fraktion erteile ich Frau Kollegin Schmitz das Wort.

Ingola Schmitz (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Werter Herr Kollege Rehbaum, großes Kompliment! Die Einlage auf Niederdeutsch in Ihrer Rede war sehr schön. Diesbezüglich bin ich leider in der Defensive.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der hier von der CDU-Fraktion vorgelegte Antrag bietet eine gute Gelegenheit, zahlreichen Bürgerinnen und Bürgern, Vereinen, Bildungseinrichtungen und Initiativen, die sich für den Erhalt, die Pflege und die Weiterentwicklung der niederdeutschen Sprache engagieren, ganz herzlich zu danken. Denn ohne dieses Engagement wäre nicht nur Nordrhein-Westfalen, sondern auch ganz Deutschland und Europa über kurz oder lang um ein Kulturgut ärmer.

Entwicklungen der Sprache sind ja nicht nur ein wichtiger Bestandteil unserer Kommunikation miteinander. Sie sind ein Teil unserer Geschichte, unserer Traditionen und unserer Herkunft. Deshalb ist es auch wichtig, dass sich die Politik in den Erhalt und die Weiterentwicklung dieser Aspekte der Sprachkultur einbringt. Damit wird Sprache – so wie es auch in anderen Bereichen, wie etwa der Brauchtumspflege oder der Förderung von Kunst und Kultur, selbstverständlich ist – nicht nur als akademische Disziplin verstanden.

Konkret schlagen die Antragsteller also vor, in Nordrhein-Westfalen einen Beirat für die niederdeutsche Sprache einzurichten. Der Beirat würde eine Institutionalisierung der Beziehungen zwischen der niederdeutschen Sprachkultur und der Politik schaffen. In der Tat existieren solche Beiräte bereits in anderen Bundesländern, etwa in Schleswig-Holstein oder in Bremen.

Ob allerdings die Einrichtung eines Beirates und damit die angestrebte Institutionalisierung tatsächlich einen Beitrag zum Schutz und zur Förderung des Kulturgutes „Niederdeutsch“ leisten würde, ist zumindest unklar.

Ich habe die Vermutung, dass es eher nicht so ist, denn wie auch in anderen Bereichen des gesellschaftlichen Engagements, des freiwilligen Einsatzes der Bürger für ihnen wichtige Anliegen oder des kulturellen und kreativen Schaffens ist nicht der Staat der Antreiber. In erster Linie sind es nicht irgendwelche Beiräte, Administrationen oder staatliche Programme, die die Grundlagen für bürgerschaftliches und kulturelles Engagement legen, sondern es sind der Einsatz, die Tatkraft, das Interesse und die Kreativität der Menschen vor Ort.

In diesem Sinne gehört auch die niederdeutsche Sprachkultur in den Alltag und in die Fläche und nicht in den politischen Elfenbeinturm. Mein Eindruck ist deshalb, dass Überlegungen, wie diese Kulturpflege zum Beispiel in bestehenden Vereinen oder in der Schule gestärkt werden kann, einem Beirat vorzuziehen sind.

Der hier vorliegende Antrag eignet sich sicher nicht dazu, ihn in Bausch und Bogen zu verwerfen, denn es ist durchaus richtig und löblich, der niederdeutschen Sprachkultur an dieser Stelle so prominent eine Plattform zu bereiten. Es geht um ein wichtiges Thema, das steht außer Frage. Allerdings wird nicht überzeugend dargelegt, dass ein Beirat einen substantiellen Beitrag bei diesem Thema leistet. Hinzu kommt, dass im Antrag auch nicht näher erläutert wird, was der Beirat eigentlich genau leisten, wie er beschaffen sein und wie er mitwirken soll.

Aus meiner Sicht wäre somit eine Ausschussbefassung einer Direktabstimmung vorzuziehen gewesen, um eine tiefergehende Diskussion zu ermöglichen. Da diese nun nicht stattfinden kann, bleibt uns leider nichts anderes übrig, als den Antrag an dieser Stelle abzulehnen. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich danke Ihnen.

(Beifall von der FDP – Zuruf von der SPD)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Frau Kollegin Schmitz. – Für die Piratenfraktion erteile ich Herrn Kollegen Rohwedder das Wort.

Hanns-Jörg Rohwedder (PIRATEN): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Protokollanten! Ji schallt ni bang ween, ik warr mien Reed hüt ni up platt hollen. Also, ihr braucht keine Angst zu haben, ich werde heute nicht plattdeutsch sprechen.

Bereits im Juli 2014 hatte ich hier dargelegt, dass und warum die Sprache der wichtigste Bestandteil menschlicher Kultur ist, dass und warum Niederdeutsch eine eigene Sprache ist und dass und warum es bei der Pflege des Niederdeutschen nicht nur um Traditionspflege geht. Bei der Gelegenheit begründete ich auch, dass Niederdeutsch wie jede Kultur Schutz und Förderung verdient, und führte aus, dass der Europarat dazu die Charta der Regional- oder Minderheitensprachen herausgegeben hat, die in Deutschland seit 1999 gilt.

An der damaligen Situation, dass die Umsetzung für Plattdeutsch in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich weit gediehen und Nordrhein-Westfalen weit abgeschlagen war, hat sich bedauerlicherweise nichts geändert.

Die Einrichtung eines Beirats, wie im Antrag vorgeschlagen, kann ein Schritt in die richtige Richtung sein, aber greift in der Form, wie er jetzt ursprünglich

geplant war, zu kurz. Das hätte mindestens eine Ausschussbehandlung verdient; eine direkte Abstimmung wäre kontraproduktiv. Allerdings habe ich gerade erfahren, dass die Ausschussbehandlung jetzt beantragt wird und halte das für den richtigen Schritt. Es sieht so aus, als wäre der Antrag ein wenig mit der heißen Nadel gestrickt und mit den Betroffenen vorher nicht ausreichend erörtert worden. Dazu wird man jetzt Gelegenheit haben.

Im vorliegenden Antrag gibt es außerdem keine Aussage darüber, wie man zur Zusammensetzung des beantragten Beirats gelangen will, also zum Wahl- oder Entscheidungsverfahren der Mitglieder. Weder die Fachstelle für Niederdeutsche Sprachpflege im Westfälischen Heimatbund noch der Bundesrat für Niederdeutsch wurden, soweit ich weiß, in die Vorbereitung des Antrags eingebunden oder befragt.

Die Einbindung von Wissenschaftlern mag sinnvoll sein, allerdings haben wir im Lande eine niederdeutsche Sprachwissenschaft, die sich bisher jedoch nicht mit aktiv Sprechenden befasste, sondern sich primär um mittelniederdeutsche Dialektforschung kümmerte. Das ist sicher ein akademisch interessantes und ergiebiges Gebiet, das dem Neuniederdeutschen aber erst einmal wenig hilft.

Ich spreche selber Platt – wenn auch kein Westfälisches Platt, sondern Südschleswiger Platt –, und das Thema liegt mir persönlich am Herzen. Obwohl unsere Fraktion den vorliegenden Antrag eigentlich ablehnen wollte, weil eben die Ausschussüberweisung nicht geplant war, erneuere ich meinen Vorschlag, dass sich alle am Thema Interessierten interfraktionell zusammensetzen und besprechen, wie man noch in dieser Legislatur zielgerichtet weiterkommen kann. Über diese Legislatur hinaus – mittelfristig, langfristig – schwebt mir als strategisches Ziel vor, dass Nordrhein-Westfalen alle drei Teile der Sprachcharta des Europarates ratifiziert und umsetzt.

Aktuell zeigt Mecklenburg-Vorpommern, wie man es richtig macht. Dort wird am Sonnabend, also übermorgen, an der Universität Rostock ein gemeinsam mit dem Niederdeutschen Beirat entwickeltes Heimatprogramm mit einem Konzept aus einem Guss vorgestellt: Plattdeutsch in Kindergärten und Grundschulen, in weiterführenden Schulen ab der 7. Klasse als reguläre zweite Fremdsprache belegbar, an vier Gymnasien oder Gesamtschulen und auch als Abiturfach wählbar sowie ein Kompetenzzentrum für die Didaktik des Niederdeutschen an der Uni Greifswald für die Aus- und Fortbildung von Lehrern.

Ik wünsch' mir, dat wir dat ook in Nordrhein-Westfalen so lang bringen künnt. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN und der CDU)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Danke, Herr Kollege Rohwedder. – Für die Landesregierung erteile ich Frau Ministerin Kampmann das Wort.

Christina Kampmann, Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Niederdeutsche oder, wie die Westfalen selbst sagen, Platt war lange Zeit Alltagssprache und Ausdruck westfälischer Identität. Auch, wenn es im Alltag inzwischen an Bedeutung verloren hat, ist das Plattdeutsche nach wie vor ein selbstverständlicher Teil der nordrhein-westfälischen Kultur. Nur, weil es immer weniger gesprochen wird – da gebe ich Ihnen vollkommen recht –, darf diese Sprache nicht ganz in Vergessenheit geraten, denn Sprache ist immer auch ein Stück Heimat.

Es ist und bleibt eine wichtige Aufgabe, diesen bedeutenden kulturellen Schatz für die nachfolgenden Generationen zu bewahren. Ich schließe mich hier Frau Schmitz an und möchte den vielen Ehrenamtlichen, die sich in den Heimatvereinen engagieren, heute ein herzliches Dankeschön dafür sagen.

Ich möchte aber auch betonen, dass es nicht nur die Heimatvereine sind, sondern es gibt zum Beispiel einen plattdeutschen Twitteraccount, dem ich folge und den ich nur empfehlen kann. Es gibt auch auf Facebook Gruppen von jungen Menschen, die dort Platt miteinander sprechen und sich auf Platt schreiben. Das ist also nicht nur etwas für die Älteren, sondern darin engagieren sich auch viele Jüngere.

Es wurde eben schon gesagt, der LWL unterstützt das Ganze. Es gibt eine institutionelle Förderung für die Arbeit des Instituts für niederdeutsche Sprache, und er unterhält auch eine wissenschaftliche Kommission für die Mundart- und Namensforschung zur sprach- und literaturwissenschaftlichen Erforschung Westfalens.

Auch die Bezirksregierung Münster hat mit Unterstützung der Uni einen Modellversuch gestartet, den ich wirklich sehr lobenswert finde. Er hat nämlich das Ziel, das Plattdeutsche an ausgewählten Grundschulen wieder als Unterrichtssprache zu etablieren.

So ist das Niederdeutsche oder das Platt eben im Wesentlichen auch eine gesprochene Sprache und keine Schriftsprache. Die Förderung und unterstützende Maßnahmen sind deshalb vor allem in der Region notwendig und wirkungsvoll, also da, wo die Sprache noch gesprochen wird – da gehört das Ganze auch hin, finde ich.

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren: Was tut die Landesregierung? Das wurde an vielen Stellen schon gesagt und steht ja auch im Antrag selbst drin. Wir haben die Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen ratifiziert. Damit haben wir uns eben auch verpflichtet, Maßnahmen zum

Schutz und zur Förderung der Regionalsprachen umzusetzen. NRW hat in der Folge Teil 2 der Charta ratifiziert – mein Kollege Andreas Bialas hat es eben schon gesagt – und damit auch allgemeine Grundsätze und Ziele formuliert.

Mit der Unterzeichnung dieser Sprachencharta haben wir uns dazu verpflichtet, die Wünsche und die Bedürfnisse der Sprachgruppen bei unserer Arbeit zu berücksichtigen. Wir sind der Meinung, lieber Herr Rehbaum, dass Kaffee und Kuchen dafür nicht unbedingt reichen. Deshalb hat die Staatskanzlei eine Koordinierungsstelle für Niederdeutsch eingerichtet, die sich regelmäßig trifft und zu der Vertreter des Niederdeutschen und die fachlich beteiligten Ressorts auch entsprechend eingeladen werden.

Wir kommen damit den Verpflichtungen aus Teil 2 der Charta nach, zu der wir uns – das möchte ich auch noch einmal betonen – ausdrücklich bekennen.

Andere Länder – sie haben es angesprochen – wie Schleswig-Holstein haben in der Tat einen solchen Beirat eingerichtet, wie Sie ihn vorschlagen. Dort ist er allerdings ein Instrument der parlamentarischen Arbeit und beim Landtag selbst angesiedelt. Es bleibt Ihnen natürlich unbenommen, einen solchen Beirat beim Landtag direkt einzurichten. Meiner Meinung nach wäre dafür allerdings der heutige Antrag nicht notwendig gewesen. Deshalb schlage ich vor, dass wir uns da noch einmal weiter beraten. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und Henning Rehbaum [CDU])

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe deshalb die Aussprache.

Wie ich höre, haben sich die Fraktionen im Verlauf der Debatte darauf verständigt, den Antrag nicht, wie ursprünglich vorgesehen, heute direkt abzustimmen, sondern an den Kulturausschuss zu überweisen mit der Maßgabe, dass die weitere Beratung und die abschließende Abstimmung dort in öffentlicher Sitzung erfolgen soll. – Ich sehe allseits keinen Widerspruch.

Wer dieser Überweisungsempfehlung zustimmen möchte, den darf ich um das Handzeichen bitten. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann werden wir so verfahren. Der **Antrag Drucksache 16/11433 ist an den Kulturausschuss überwiesen.**

Ich rufe auf:

11 Das nordrhein-westfälische Parlament braucht eine fortschrittliche Debattenkultur, die den Erwartungen der Gesellschaft folgt

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/11689

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die antragstellende Piratenfraktion als erstem Redner Herrn Kollegen Bayer das Wort. Bitte schön.

Oliver Bayer (PIRATEN): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich heute speziell an Sie persönlich wenden –

(Zuruf von der SPD: An wen wenden Sie sich denn sonst?)

auch wenn natürlich Zuschauer per Stream zusehen; bestimmt nicht weniger –, aber genau Sie – diejenigen, die da sind – sind mir hier besonders wichtig. Es ist ein Zeichen der Höflichkeit, alle anzusprechen und wichtig zu nehmen, die zuhören. Aber gerade jetzt ist es mir besonders wichtig, dass Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, mit einsteigen und mit uns die Debatte ernsthaft und offen führen.

Diesen Diskurs brauchen wir nämlich nicht nur in einem kleinen, fokussierten Kreis, wenn einmal die Geschäftsordnung geändert werden soll oder wenn, wie aktuell im Bundestag, eklatante Mängel im Parlamentsalltag sichtbar werden, sondern mitten unter uns, auch hier im Plenum und im Hauptausschuss – eigentlich ständig. Wir kommen im Parlamentsalltag dazu ja leider viel zu selten, fast nie. Heute ist der richtige Zeitpunkt.

2012 fragten wir Piraten uns in den Parlamenten und in Blogbeiträgen, wie wir Debattenkultur gestalten müssen und wie wir sie verändern können. Wir wissen inzwischen, dass die sukzessive Arbeit an Veränderungen gerade bei gegenläufigen Tendenzen wichtig und dennoch wirksam ist, aber sehr lange dauert und eine gewisse Unnachgiebigkeit erfordert – gerade dann, wenn es nervig wird.

Sie, liebe Abgeordnete, in Ihrem Alltag zu nerven, erfüllt einen Brecht'schen Zweck und soll zum Nachdenken anregen. Wir dürfen nicht unüberlegt zur Brechstange übergehen, die dann ja oft bricht, anstatt zu verändern. Denn selbst, wenn uns alles logisch erscheint: Solange die Intention nicht erkennbar ist, ist das schlecht. Wir wollen ja nicht stören um des Störens willens; darauf lege ich großen Wert.

Ein Gutachten des Präsidiums, welches genau diese Unterscheidung macht, bot den Anlass für diesen Antrag. Zugegeben: Anfangs war ich geschockt – nicht nur darüber, dass mich Vizepräsident Keymis am 4. Dezember mit einem Hinweis auf Weimar unterbrach. Das Gutachten sollte ausdrücklich mit Bezügen zur historischen Entwicklung arbeiten, und durch die historische Gegenüberstellung im Gutachten wird meine Rede in den Kontext der Reden von

Vertretern der NPD, KPD und NSDPA – unter anderem Joseph Goebbels – gerückt. Die sich dadurch ergebende implizite persönliche Unterstellung weise ich entschieden zurück.

(Beifall von den PIRATEN)

Das Gutachten weist darauf hin, dass die Intention entscheidend ist. Wir streben jedenfalls keine Strategie des Sand-ins-Getriebe-Streuens oder des Zusammenbruchs der Kommunikationsstrategien an wie die NSDAP. Wir möchten das Volk nicht vom Parlament entfernen, und wir brechen nicht die Regeln, einfach um zu polarisieren. Im Gegenteil: Wir wollen die Regeln nachhaltig mit Ihnen gemeinsam ändern und tun dies. Wir sind nicht gegen, sondern für den Parlamentarismus. Abschaffen wollen wir die Politikverdrossenheit.

Achten Sie darauf. Denn ein Aufbau von Hürden und ein Abbau von Beteiligung – auch im Parlament – trifft immer die Demokratie, aber selten diejenigen, die nur stören wollen; das schaffen die nämlich auch so – während funktionierende demokratische Prozesse im Zweifel nur sehr schwer wieder herzurichten sind. Dies gilt vor allem dann, wenn man die Macht über die Prozesse vielleicht sogar verloren hat.

Wir arbeiten hier an einer Weiterentwicklung und damit an einer Stärkung des Parlamentarismus und der Demokratie: mehr Bürgerbeteiligung, Streaming, Offenheit. Das Gutachten spricht dabei von „Errungenschaften“. Ich freue mich über das Gutachten, weil es zeigt, dass sich der Parlamentarismus ändern kann und weiter verändern muss und dass das ein guter Prozess ist, den Piraten wieder neu angestoßen und Abgeordnete anderer Fraktionen aufgenommen haben.

Für mich ist es ein Zeichen der Höflichkeit, alle anzusprechen und wichtig zu nehmen, die zuhören. Lassen Sie uns gemeinsam die Geschichte des Parlamentarismus weiterschreiben. – Vielen Dank. Vielen Dank auch fürs Zuhören.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Danke, Herr Kollege Bayer. – Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Prof. Dr. Bovermann das Wort.

Prof. Dr. Rainer Bovermann (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Von Ernst Fraenkel, einem der Gründungsväter der Politikwissenschaft nach 1945, stammen die Worte, das Kritikwürdigste am bundesdeutschen Parlamentarismus sei die an ihm geübte Kritik.

Der Antrag der Piraten liefert einen erneuten Beweis für diese Aussage. Dabei ist das Thema an sich wichtig. Ich bin den Piraten durchaus dankbar, dass wir

heute über das Thema „Debattenkultur“ im engeren Sinne und „Parlamentskultur“ im weiteren Sinn diskutieren. Allerdings ist der Inhalt Ihres vorgelegten Antrages nicht geeignet, hierzu einen konstruktiven Beitrag zu leisten.

(Beifall von Angela Freimuth [FDP])

Im ersten Teil des Piratenantrages geht es um die direkte Ansprache der Zuhörerinnen und Zuhörer durch Abgeordnete in Plenardebatten. Zunächst könnte man die Frage stellen, ob Abgeordnete die Besucher auf der Tribüne begrüßen oder anreden dürfen, ob das nicht eine Nebensächlichkeit sei. Dahinter steht aber die grundsätzliche Frage nach der Öffentlichkeitsfunktion des Landtages im Rahmen einer parlamentarischen Demokratie: Wer ist der Adressat von Plenarreden? Welchen Zweck verfolgen Plenarreden?

Dazu hat das Präsidium das gerade schon angesprochene Gutachten in Auftrag gegeben, das zu dem Ergebnis kommt – ich zitiere –:

„Das Plenum bietet das Forum, um die Gründe für die jeweilige Entscheidung öffentlichkeitswirksam darzustellen. ... Die Debatte dient so der Legitimation und stellt Verantwortung her.“

Damit ist die Funktionslogik der Plenardebatte in einer parlamentarischen Demokratie korrekt beschrieben. Die Öffentlichkeit ist zwar Adressat; aber es findet kein öffentlicher Diskurs zwischen Publikum und Parlament statt.

Unter juristischen Aspekten ist die Regel der Nichtansprache der Zuhörerinnen und Zuhörer Teil des Gewohnheitsrechtes. Wird sie nicht eingehalten und ist damit sogar ein Angriff auf die parlamentarische Demokratie verbunden – wie in der Endphase der Weimarer Republik durch Mitglieder der NSDAP oder auch heute noch durch Vertreter ihrer Nachfolgeparteien –, so liegen eine Verletzung der Würde des Parlaments und ein Verstoß gegen die parlamentarische Ordnung vor.

Die Piraten weisen zu Recht in ihrem Antrag darauf hin, dass diese Regel dem Wandel unterliegt. In der Tat hält sich inzwischen ein Teil der Abgeordneten aus unterschiedlichen Fraktionen nicht mehr an diese Regel und grüßt die Besucher auf der Tribüne und im weltweiten Netz. Dieses kann ein kleiner Schritt zur Verbesserung der Debattenkultur sein.

So weit, so gut. Hier hätte der Antrag der Fraktion der Piraten enden können. Das wäre auch besser gewesen. Er tut es aber nicht. Liebe Kolleginnen und Kollegen, auf der zweiten Seite mit Zeile 18 beginnt ein neuer Teil des Antrags. Statt um die Debattenkultur geht es nun um die Parlamentskultur insgesamt. Wer sich die Mühe einer semantischen Analyse macht, stößt auf folgende Topoi: Showdebatten, weder ergebnisoffen noch transparent; an Sachfragen vorbei-

gehende Parteipolitik; Fraktionszwang, nichtöffentliche und inoffizielle Treffen; Entscheidungen, die von Regierungsfraktionen lediglich exekutiert werden; Kultur der Mittelmäßigkeit; elitäre Positionen; singuläre Partikularinteressen; usw.

(Zuruf von den PIRATEN: Alles richtig! – Beifall von den PIRATEN)

Hierbei, liebe Piratinnen und Piraten, handelt sich um die bekannten Standardformen der Parlamentarismuskritik, die in vielfacher Form, mal von rechts, mal von links vorgetragen, den modernen Parlamentarismus seit seiner Entstehung begleiten. Sie sagen wenig über die Realität des politischen Systems aus, dafür umso mehr über das Parlamentsverständnis derjenigen, die diesen Antrag geschrieben haben.

(Beifall von der SPD)

Die Pauschalkritik basiert auf einem rückwärtsgewandten, romantisch-idealistischen Verständnis. In der angeblich goldenen Zeit des Frühparlamentarismus waren die Abgeordneten zumeist Honoratioren, die für die Politik, nicht von der Politik lebten. Parteien und Fraktionen gab es noch nicht. Das Parlament war ein Redeparlament, das gegenüber dem Monarchen wenig zu entscheiden hatte. Es ist doch ganz offensichtlich, dass diese Merkmale mit der gegenwärtigen Form der parlamentarischen Demokratie nichts mehr zu tun haben.

Nun berufen sich die Piraten in ihrem Antrag zur Rechtfertigung ihrer Kritik immer wieder auf die sogenannten Erwartungen der Gesellschaft und die gesellschaftlichen Entwicklungen.

Doch was sind nun diese Erwartungen der Gesellschaft an den Parlamentarismus? Dank der empirischen Untersuchung des Dresdner Politikwissenschaftlers Werner Patzelt wissen wir, dass der Kenntnisstand der Bürgerinnen und Bürger hinsichtlich der Funktionsprinzipien der parlamentarischen Demokratie relativ gering ist. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten, dass die Abgeordneten unabhängig und ohne Fraktionsbindung in rhetorisch brillanter Form und lebendiger Debatte nach sachgerechten Lösungen suchen.

Dem widerspricht die parlamentarische Alltagswirklichkeit eines Arbeitsparlaments mit notwendiger Reglementierung und Formalisierung der Entscheidungsabläufe. Hier ist das Plenum nicht Ort der Diskussion, sondern der Proklamation.

Halten wir also fest: Die Praxis entspricht der Funktionsweise einer parlamentarischen Demokratie. Doch diese Funktionslogik entspricht nicht den Vorstellungen vieler Bürgerinnen und Bürger und offensichtlich auch nicht denen der Piratenfraktion. Wir haben es also nicht mit Funktionsmängeln des Systems zu tun, sondern mit Defiziten im Verständnis der Funktionen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, was ist zu tun? Werner Patzelt sprach von einem latenten Verfassungskonflikt zwischen Verfassungsstruktur und populärem Verständnis, das es aufzulösen gilt. Hier hätte ich mir im dritten Teil Ihres Antrages, liebe Piratinnen und Piraten, mehr gewünscht als die dort vorzufindenden Schlagworte Offenheit, Transparenz, Nachvollziehbarkeit und Ehrlichkeit. Überhaupt: Ehrlichkeit? Was soll damit gemeint sein?

(Kai Schmalenbach [PIRATEN: Das Ihnen das nicht klar ist, wissen wir auch!])

Wollen Sie unterstellen, dass das gegenwärtige System ein unehrliches System sei? Hier hätte ich mir gerade von den Piraten gewünscht, dass sie die Chancen, aber auch die Risiken der digitalen Demokratie intensiver ausleuchten. Der Hinweis auf die Kremser Erklärung der deutschen und österreichischen Landtagspräsidentinnen und Landtagspräsidenten hätte ein Ansatzpunkt sein können.

Allerdings plädiere ich aufgrund der gerade vorgenommenen Analyse weniger für einen Wechsel des Betriebssystems in Richtung Demokratie 2.0 als für die Beseitigung der Defizite im Verfassungsverständnis und für die Weiterentwicklung eines vorhandenen parlamentarischen Systems.

Zum einen bedarf es einer Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit des Parlaments unter Einbeziehung der Einrichtungen der politischen Bildung und der Medien, um das Verständnis für die Funktionslogik des Parlamentarismus zu fördern.

Bei der Präsentation des Parlaments und der Parlamentsarbeit steht meines Erachtens immer noch zu sehr das Plenum im Vordergrund. Die Öffentlichkeitsfunktion des Landtages lässt sich jedoch nicht auf Plenardebatten verkürzen. Die vorangehenden Entscheidungsprozesse in Ausschüssen, Fraktionen und Arbeitskreisen, aber auch in informellen Gruppen müssen dargelegt werden.

Zum anderen muss die institutionelle Parlamentsreform weitergeführt werden. Sie muss innerhalb des Systems erfolgen, und zwar mit dem Ziel einer Stärkung des Parlamentarismus und nicht einer Schwächung. Hier hoffe ich – auch als Vorsitzender der Verfassungskommission –, dass wir hierzu bald entsprechende Vorschläge unterbreiten können.

Eine Pauschalkritik am Parlamentarismus oder sogar eine Diffamierung als krankes System weist die SPD entschieden zurück.

(Beifall von der SPD)

Der Überweisung des Antrags in den Hauptausschuss stimmen wir zu und freuen uns dort auf die Fortsetzung der Debatte auf gewohnt hohem Niveau. – Danke schön für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Prof. Bovermann. – Für die CDU-Fraktion spricht nun Herr Kollege Hendriks.

Heiko Hendriks (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Prof. Bovermann, was Sie gesagt haben, hat mir in weiten Teilen gut gefallen. Insbesondere aus politikwissenschaftlicher Sicht haben Sie sehr viel Richtiges gesagt.

Ich möchte mich dem Thema jedoch etwas anders nähern, meine Damen und Herren. Ich gebe zu, dass ich, als ich lediglich die Überschrift dieses Antrags – „Das nordrhein-westfälische Parlament braucht eine fortschrittliche Debattenkultur, die den Erwartungen der Gesellschaft folgt“ –, aber noch nicht den Text des Antrags gelesen hatte, gedacht habe, es gehe heute um etwas ganz anderes. Ich habe gedacht, es handele sich vielleicht um den Appell der Piratenfraktion als gute Vorbilder für uns als Abgeordnete, einmal öfter den Mut aufzubringen, hier vorne an das Redepult zu treten und eine freie Rede oder zumindest eine teilfreie Rede mithilfe von Stichwortzetteln zu halten oder für den Fall, dass eine Manuskriptrede nicht vermeidbar ist – und das ist ab und zu völlig verständlich –, diese nicht nur abzulesen, sondern sie vorzutragen.

Aber siehe da: Als ich den Antragstext dann gelesen habe, habe ich erkannt, dass es gar nicht darum geht. Ich hätte es im Rahmen des Antrags zur Debattenkultur für einen schönen Beitrag gehalten, in dieser Hinsicht, in rhetorischer Hinsicht, einmal darüber nachzudenken.

(Daniel Düngel [PIRATEN]: Den können Sie ja stellen!)

Dann habe ich Ihren Antrag einmal, zweimal, dreimal gelesen. Warum so oft?

(Werner Jostmeier [CDU]: Weil er zu kompliziert ist!)

– Weil er zu kompliziert ist. Er ist sehr kompliziert, gewissermaßen auch ein Stück weit faszinierend, weil es Ihnen – ich sage das einmal mit einem Augenzwinkern – wirklich gelungen ist, viele verschiedene Textbausteine aus der Politikwissenschaft, den Sozialwissenschaften, den Staatswissenschaften und teilweise auch aus den Pseudowissenschaften in einen Gesamttext zusammenzufügen, den man wirklich drei- oder viermal lesen muss, um zu wissen, welche Schlüsse Sie daraus überhaupt ziehen.

In diesem Zusammenhang möchte ich Sie Folgendes fragen – daran erkennen Sie, dass ich mich sehr kritisch damit auseinandersetze –: Sie reden sehr viel über Offenheit und Transparenz. Dazu gehört für mich im Rahmen einer Debattenkultur aber auch, dass man versucht, die Adressaten, und zwar nicht nur diejenigen hier im Haus, sondern gerade auch die Zuschauerinnen und Zuschauer hier und zu

Hause, zu erreichen. Erreicht man die Zuschauerinnen und Zuschauer mit dem Text, den Sie vorgelegt haben, aber wirklich? Oder ist er nicht vielleicht doch viel zu kompliziert?

(Beifall von der CDU – Dirk Schatz [PIRATEN]: Alle drei von der CDU klatschen!)

Das heißt: Dem Anspruch, den Sie erheben, wird meines Erachtens zumindest Ihr Antrag nicht gerecht.

Dann frage ich mich natürlich – wie viele andere auch –: Wie kommt der eine oder andere Unterton dort hinein?

(Kai Schmalenbach [PIRATEN]: Das ist die Wahrnehmung!)

Jetzt kann man salopp sagen: Sie sind ein bisschen sauer, weil hier einiges nicht so läuft, wie Sie sich das vorstellen. Okay; Schwamm drüber! Das kann ich nachvollziehen.

Aber ich glaube, dass das Problem ein Stück tiefer sitzt. Ich drücke das etwas anders aus, als Herr Prof. Bovermann das gerade getan hat. Meine Damen und Herren, ich komme in der Befassung mit Ihrem Text und auch mit Ihrer Einbringungsrede gerade, Herr Bayer, zu dem Schluss, dass Sie in unserem parlamentarisch-repräsentativen System immer noch nicht angekommen sind.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Marsching?

Heiko Hendriks (CDU): Im Anschluss gerne, Herr Präsident.

Vizepräsident Oliver Keymis: Im Anschluss. Okay.

Heiko Hendriks (CDU): Ich würde nur gerne erst meine Gedanken zu Ende führen.

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte.

Heiko Hendriks (CDU): Ich komme also zu dem Ergebnis, dass Sie weitgehend noch gar nicht angekommen sind. Vielleicht wollen Sie auch nicht ankommen, weil Sie Grundüberlegungen nicht teilen – zum Beispiel Grundüberlegungen, wie parlamentarische Demokratie funktioniert.

Parlamentarische Demokratie baut auf einer Parteiendemokratie auf. Parteien gibt es deswegen, weil sie in der Lage sind, gemäß einer gemeinsamen Grundüberzeugung Meinungen zu bündeln. Die Fraktionen als parlamentarischer Arm der Parteien

bündeln dann diese Meinungen im Parlament. Im Folgenden werden irgendwann Mehrheitsentscheidungen herbeigeführt, damit überhaupt Entscheidungen getroffen werden können. Deswegen ist ein Verweis auf Fraktionszwang und andere ähnliche Aspekte bei dem Hauptthema, das Sie meines Erachtens ansprechen, nämlich die Verbesserung bzw. ein Update der Debattenkultur, wie Sie es bezeichnen, völlig fehl am Platze.

Meine Damen und Herren, wir müssen uns einfach vergegenwärtigen – diese Grundfrage schwingt bei Ihren Ausführungen mit –, ob wir mit unseren Debatten im Plenum wirklich nicht das Volk erreichen.

Heute Morgen hatte ich – das trifft sich an einem solchen Tag ganz gut – eine Besuchergruppe, die aus vielen Ehrenamtlern aus meinem Wahlkreis Mülheim an der Ruhr bestand. Es handelte sich also nicht um politisch Aktive, sondern um normal Interessierte. Sie haben heute Morgen Gott sei Dank von 10 bis 11 Uhr hier oben auf der Tribüne gesessen und gut zugehört.

Ich muss sagen, dass es den fünf Rednern von allen Fraktionen, die sie bei der Debatte heute Morgen gehört haben, gelungen ist, einen durchaus komplexen Sachverhalt auch rhetorisch im Rahmen einer guten Debattenkultur so zu präsentieren, dass die Zuhörer etwas mitgenommen haben, mit mehr Wissen das Plenum verlassen haben und sich jetzt leichter eine Meinung bilden können. So schlecht, wie es Ihr Antrag teilweise suggeriert, scheinen wir hier im Plenum also, ehrlich gesagt, nicht zu sein.

(Beifall von der CDU, den GRÜNEN und der FDP)

Meine Damen und Herren, mir fehlt auch die Differenzierung. Aber vielleicht kriegen wir das im Rahmen der Debatte hin, die wir noch im Hauptausschuss führen werden. Diese Debatte führe ich auch gerne.

Wir müssen nämlich zwischen den Diskussionen und Debatten in den Ausschüssen und denen hier im Plenum unterscheiden. Wir müssen auch unterscheiden, ob es um die erste oder die zweite Lesung geht.

Natürlich ist es bei der zweiten Lesung zwangsläufig so, dass die Meinungen in den Fraktionen bereits gebildet sind. Ich weiß nicht, wie das bei Ihnen in den Fraktionen ist. Aber bei uns in der CDU-Fraktion ist es so, dass wir nichtöffentlich sehr intensiv diskutieren und irgendwann abstimmen. Diese Mehrheitsmeinung wird dann nach außen vertreten.

Das wird bei der zweiten Lesung bei allen Fraktionen hier der Fall sein. Das ist dann das Ergebnis eines längeren Prozesses. Die eigentlichen Diskussionen – das räume ich als Oppositionsvertreter ein – könnten meines Erachtens punktuell auch ein Stückchen kontroverser sein. Hier und da würde ich mich gerade bei bestimmten Anträgen auch freuen, wenn

die regierungstragenden Fraktionen ein wenig offener für das wären, was wir als Opposition einbringen – egal, aus welcher Oppositionspartei.

(Werner Jostmeier [CDU]: Sehr richtig! Da gäbe es genug Beispiele!)

Aber das heißt nicht, dass unsere Debattenkultur am Ende ist und von Grund auf überarbeitet werden muss. Vielmehr geht es hier um Nuancen.

Jetzt finde ich es ein wenig ungerecht, dass Sie einfach nur am Rande bemerken, dass wir eine Verfassungskommission haben, dass wir Arbeitskreise haben und dass sich viele damit beschäftigt haben, wie wir zum Beispiel unsere Plenardebatten lebendiger gestalten können. Ein Stichwort lautet „Kurzintervention“, ich war noch gar nicht Mitglied des Landtags, als sie eingeführt worden ist. Das ist ein gutes Mittel. Das wird auch von allen genutzt. Das ist ein Stück Fortschritt.

Jetzt sagen Sie, das sei noch nicht genug; wir müssten das eine oder andere zusätzlich ändern. Das kann man machen. Darüber kann man reden.

Aber eines dürfen Sie nicht machen – damit möchte ich für heute auch schließen; das hat mich auch ein Stück geärgert –: Sie dürfen nicht versuchen, uns als Vertretern der anderen Fraktionen mit Ihrem Text zu suggerieren, erst mit Ihrem Einzug ins Parlament sei es gelungen, Veränderungen positiver Art in der Debattenkultur zu erzeugen. Wenn Sie das glauben, meine Damen und Herren, dann glauben Sie wahrscheinlich auch, dass Zitronenfalter Zitronen falten. Ich verrate Ihnen: Beides stimmt nicht. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU, der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Jetzt liegt eigentlich noch der Wunsch nach einer Zwischenfrage von Herrn Marsching vor. Oder sollen wir gleich mit der Kurzintervention fortfahren? – Sie möchten noch die Frage stellen, Herr Marsching. So verfahren wir heute, weil es um das Parlament selbst geht. Das finde ich sehr gut. Bitte schön, Herr Marsching.

Danach folgt dann eine Kurzintervention von Herrn Bayer, die auf Ihre Rede angemeldet wurde.

Michele Marsching (PIRATEN): Vielen Dank, Herr Präsident. Vielen Dank, Herr Hendriks, dass Sie die Frage noch zulassen. – Ich komme darauf zurück, dass Sie vorhin gesagt haben, der Antrag sei zu kompliziert; man könne ihn nicht lesen. Ein wenig später haben Sie gesagt, die Besuchergruppen würden durchaus verstehen, was hier passiert.

Ich möchte gar nicht darauf eingehen, dass die dritte Dame von links in der zweiten Reihe bei der Debatte heute Morgen eingeschlafen ist.

(Zuruf von der CDU: Vielleicht lag es auch an der Debatte!)

Aber sind Sie bereit, anzuerkennen, dass ein Antrag für die Abgeordneten geschrieben ist und dass es dementsprechend doch sein könnte – schließlich ist doch verboten, dass ich das, was ich da schreibe, in einer Rede erkläre –, dass es immer darauf hinausläuft, dass die Fraktionen in der Öffentlichkeitsarbeit der Öffentlichkeit erklären müssen, was sie eigentlich wollen? Denn in solchen Anträgen geht es nicht, und in den Reden geht es aufgrund der Debattenkultur augenscheinlich auch nicht.

Heiko Hendriks (CDU): Herr Marsching, ich bin da anderer Meinung. Ich will das auch kurz begründen. Ich bin nicht der Meinung, dass die Anträge, die wir hier einbringen, nur für uns als Parlamentarier gedacht sind. Ich finde, sie müssen lesbar sein.

Ich habe an der Hochschule gelernt, dass man auch eine Doktorarbeit in weiten Teilen verstehen können muss, selbst wenn es nicht die eigene Fachrichtung ist. Wenn man sie trotzdem versteht, ist es eine gute Doktorarbeit.

Ich finde Ihre Formulierung in diesem Antrag – das ist nur ein Beispiel; aber zu dem Thema passt es – so kompliziert, dass auch ich als Parlamentarier, der sogar diese Fächer studiert hat und auch abgeschlossen hat, diesen Text mehrfach lesen musste, um alle Facetten, die Sie ansprechen, erkennen zu können. Ich finde es in Sachen Offenheit schwierig. Wenn wir erst im Nachgang Öffentlichkeitsarbeit machen müssten, Herr Marsching – ich hoffe, Sie hören mir noch zu –,

(Michele Marsching [PIRATEN]: Ja, ich höre Ihnen zu!)

um zu erklären, was mit dem Antrag gemeint war, dann wäre das Ziel verfehlt. Deswegen würde ich mir etwas anderes wünschen.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Hendriks. – Jetzt folgt eine Kurzintervention des Kollegen Bayer.

Oliver Bayer (PIRATEN): Vielen Dank, Herr Präsident. – Das Instrument der Kurzintervention ist tatsächlich eine tolle Sache. Es ist trotzdem hilfreich, Debatten auch hier zu führen. Das merkt man auch an den letzten beiden Redebeiträgen, die mehr gebracht haben – zumindest für mich – als die Diskussion vorher im kleineren Kreis. Das gilt auch für Ihren

Vorschlag, einen Teil der eigenen Rede hier frei zu halten.

Ich hatte heute Morgen auch eine Besuchergruppe zu Gast. Mir fällt auf, dass Besuchergruppen in letzter Zeit immer mehr die Frage stellen: Was passiert eigentlich, wenn die AfD hier hineinkommt? – Das ist eine Frage, die wir bisher nicht offen diskutieren. Ich habe persönlich große Bedenken, dass da Einschränkungen der demokratischen Prozesse ge-
probt werden.

Ich denke, dass auch die Geschehnisse rund um die Vizepräsidentschaft der Piraten damit zu tun haben, dass man in Zukunft anderen Leuten eine Vizepräsidentschaft nicht zugestehen möchte.

(Thomas Nückel [FDP]: Aha!)

Ich stelle schon Unterschiede zwischen heute und der Zeit vor drei Jahren fest.

Ich glaube, dass das der falsche Weg ist und dass uns mehr Offenheit und mehr Hinwirken auf noch demokratische Prozesse weiter bringen als das Aufbauen von Hürden. Ich halte Hürden an dieser Stelle für sehr gefährlich.

(Thomas Nückel [FDP]: Jetzt haben Sie Ihren ganzen Antrag entwertet!)

Heiko Hendriks (CDU): Herr Bayer, ich habe Sie wieder einmal nicht gut verstanden. Ich will Ihnen nichts Böses. Aber Sie müssen ins Mikrofon sprechen. Sie müssen sich so ausdrücken, dass man dem folgen kann. Auch das gehört zu einer guten Debattenkultur dazu.

(Daniel Dündel [PIRATEN]: Man muss dabei aber nicht arrogant sein!)

Aber ich habe mitgenommen, dass Sie noch weitere Facetten angesprochen haben, über die wir dann bitte auch im Hauptausschuss diskutieren. Da gehört die Debatte meines Erachtens auch hin. Aber wir müssen uns alle bemühen, zu versuchen, auch was die Verständlichkeit und die Wortwahl angeht, die Adressaten in Gänze zu erreichen. Da hakt es hier und da sicherlich auch bei mir.

(Daniel Dündel [PIRATEN]: Wer sind die Adressaten?)

Aber das gehört gerade bei einem Beitrag zum Thema „Debattenkultur“ dazu.

Ich habe rein akustisch kaum etwas verstanden. Daher kann ich auf den Rest momentan nicht eingehen.

Lassen Sie uns bitte intensiv darüber diskutieren. Das Thema lohnt sich; das ist richtig. Ich würde es anders angehen, als Sie es begonnen haben. Aber das heißt ja nicht, dass man nicht darüber reden kann. Wenn das Ihr Grundziel war, dann haben Sie

es erreicht, weil wir das entsprechend machen werden.

Der Überweisung an den Hauptausschuss stimmen wir gerne zu.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Kollege Hendriks. – Für die grüne Fraktion spricht nun Herr Engstfeld.

Stefan Engstfeld (GRÜNE): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der hier vorgelegte Antrag zeigt, dass die Piratenfraktion zwar 2012 in dieses Parlament gewählt wurde, aber den parlamentarischen Kompass ganz offensichtlich nicht richtig eingestellt hat.

Ihr Antrag zeigt, dass Sie die Anmerkungen des seinerzeit sitzungsleitenden Präsidenten im Kern, glaube ich, nicht verstanden haben.

Ich meine auch, dass die Autorinnen und Autoren Ihres Antrags das Gutachten nicht sinnhaft nachvollzogen haben, welches die Anmerkungen des Vizepräsidenten Keymis vom 4. Dezember 2015 vollinhaltlich bestätigt hat. Ich zitiere von Seite 21 des Gutachtens:

„Insgesamt spricht einiges dafür, dass sich die Nicht-Ansprache der Zuhörerschaft zu einem parlamentarischen Brauch oder gar Gewohnheitsrecht verfestigt hat: Einmal als Anstandsnorm des parlamentarischen Miteinanders; über den Gehalt einer Höflichkeitsnorm hinaus aber auch zum Schutz der Würde des Parlaments als zentraler Institution des Parlamentarismus.“

Das, meine Damen und Herren, liebe Piratenfraktion, zielt auf den Kern der Bemerkung, die Vizepräsident Keymis am 4. Dezember 2015 machte.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn ...

Stefan Engstfeld (GRÜNE): Nein, ich möchte einmal im Zusammenhang vortragen.

Vizepräsident Oliver Keymis: Keine. Okay. Bitte schön.

Stefan Engstfeld (GRÜNE): Ich möchte seine Passage von damals noch einmal zitieren. Er sagte:

„Wir sprechen hier in diesem Parlament nicht mit den Zuschauern. Das ist im Parlamentarismus ganz klar so geregelt. Das hat damit zu tun, dass wir aus Weimar gelernt haben. Ich will es einmal ganz deutlich sagen: Es ist nett, wenn Sie die

Leute begrüßen, obwohl es falsch ist; es entspricht nicht dem parlamentarischen Brauch.“

(Beifall von Eckhard Uhlenberg [CDU])

Meine sehr geehrten Damen und Herren, so ist es und nicht anders.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Unsere Parlamente arbeiten dem Prinzip nach als sogenannte Kollegialorgane. Kollegialorgane sind Organe, die mit einer Mehrheit grundsätzlich gleichberechtigter Organwalter, also Parlamentarierinnen und Parlamentarier, besetzt sind. Wir alle als gewählte Volksvertreterinnen und Volksvertreter nehmen gemeinsam die dem Kollegialorgan zugeordneten Aufgaben und Zuständigkeiten wahr. Unsere Willensbildung erfolgt nach dem in unserer Geschäftsordnung festgelegten inneren Organisationsrecht, wo vieles detailgenau im Miteinander geregelt ist und schließlich die Mehrheitsentscheidung für die Beschlussfassung ausschlaggebend ist.

Das ist der tiefere Sinn unseres freiheitlich-demokratischen Systems, solange es als parlamentarische repräsentative Demokratie verfasst ist.

Der Gutachter schreibt auf Seite 7 – ich zitiere –:

„Rechtstheoretisch gründet die Parlamentsöffentlichkeit dann auch auf dem Repräsentationsprinzip.“

Weiter heißt es:

„Im Regelfall dient die Debatte weniger der Herbeiführung einer Entscheidung, sondern vielmehr dazu, die Gründe der Zustimmenden wie Ablehnenden transparent zu machen. Das Plenum bietet das Forum, um die Gründe für die jeweilige Entscheidung öffentlichkeitswirksam klar- und darzustellen.“

Die Öffentlichkeit ist also Adressatin der öffentlichen Parlamentsdebatte, aber nicht Teilnehmerin der Debatte.

„Ohne Öffentlichkeit keine Repräsentation, ohne Repräsentation keine Legitimation.“

So lautet nach dem vorliegenden Gutachten das unverzichtbare Prinzip des deutschen Parlamentarismus.

Ausdrücklich „bestimmt die Hausordnung des Landtags NRW“ für die Besucherinnen und Besucher von Plenardebatten

„ein Verbot für Bekundungen des Beifalls, des Missfallens und sonstige laute Äußerungen. Sie sind auf die Rolle eines passiven Zuhörers beschränkt.“

Auch wenn dies in der Paulskirche 1848 noch nicht galt, so kann, wie der Gutachter auf Seite 9 schreibt – ich zitiere –,

„doch davon ausgegangen werden, dass sich bereits unmittelbar nach der Paulskirche das Ruhegebot für die Tribünen als Grundsatz parlamentarischer Ordnung entwickelte bzw. verfestigte.“

So wurde es also bereits am 28. März 1849 für die Zweite Kammer des Preußischen Landtags festgelegt und auch danach immer wieder übernommen, ob in Weimar oder im bayerischen Landtag, im Bundestag oder bei uns im Landtag Nordrhein-Westfalen.

Für die Abgeordneten gilt die – so schreibt der Gutachter auf Seite 13; ich zitiere –

„parlamentarische Ordnung“, ein Sammelbegriff für alle einschlägigen Regeln, insbesondere auch ungeschriebenes Gewohnheitsrecht und Parlamentsbräuche. ... Prägend für die heute geltenden Regeln waren dabei auch die Erfahrungen mit den Feinden der Demokratie in den Parlamenten der Weimarer Republik.“

Genau hierauf bezog sich seinerzeit die Anmerkung des Vizepräsidenten Keymis. So nett die Begrüßungen gemeint sind: Sie widersprechen dem parlamentarischen Brauch.

(Beifall von den GRÜNEN)

Nicht die Mitbegrüßung der Tribüne mindert die von Ihnen angeführte Politikverdrossenheit, sondern die Inhalte und die Glaubwürdigkeit der vorgetragenen Positionen werden von den Gästen auf der Tribüne bewertet.

Liebe Piraten, unterstellen Sie den Menschen wirklich, dass sie sich mehr von der Begrüßung angesprochen fühlen als von der Sinnhaftigkeit unserer politischen Aussagen? Sie müssen den Menschen hier von diesem Pult aus nicht erklären, was wir hier verhandeln – genau diesen Versuch machte der Kollege Bayer am 4. Dezember 2015 –, sondern Sie sollen hier darlegen, warum Sie diese oder jene politische Maßnahme für richtig oder falsch halten.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die Menschen, die uns zuhören, können das einordnen.

Meine Damen und Herren, wir verhandeln hier stellvertretend für die Menschen, die uns dieses Mandat dafür erteilt haben. Wir beraten uns mit den Menschen in den Versammlungen und Veranstaltungen überall im Land, an denen wir teilnehmen. Wir telefonieren mit unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern. Wir tauschen uns über alle Foren und Formen des Internets mit ihnen aus. Wir schreiben uns, und wir sprechen abends in der Kneipe mit anderen Menschen.

Hier aber ist der Ort der repräsentativ-parlamentarischen Demokratie. Hier beraten wir uns als politische Kolleginnen und Kollegen, als Mandatsträgerinnen

und Mandatsträger über die beste politische Lösung. Aber ganz bewusst lassen wir unsere Auftraggeber außen vor. Das ist repräsentativ-parlamentarische Demokratie, das sichert Einigkeit, Recht und Freiheit.

Eindrucksvoll zeigt uns das Gutachten mit den dort aufgeführten Bezügen zur historischen Entwicklung, wohin es führt, wenn wir diese gut eingeführten parlamentarischen Bräuche infrage stellen. Das Stichwort lautet: Weimar.

Nicht Sie als Piratenfraktion stellen mit solchen Auflösungstendenzen des geübten Brauches eine Gefahr für unsere Demokratie dar. Aber nach Ihnen kommen vielleicht andere Parteien auch in dieses Parlament und berufen sich dann auf die von Ihnen schleichend benutzten und geduldeten neuen direkten Kommunikationsformen.

(Michele Marsching [PIRATEN]: Genau davor haben Sie Angst!)

Die neuen anderen Parteien reden dann zum Beispiel über die versammelten Abgeordneten hinweg mal eben die, ich zitiere „Bürger des Landes“ jeweils zu ihrem Redebeginn an, so wie es NPD-Abgeordnete im Schweriner Landtag tun.

Der Unterschied zwischen dem freundlich gemeinten Begrüßen und dem politische Missachtung des Parlamentarismus ausdrückenden Begrüßens des Volkes an sich verschwindet so schnell wie manche Fraktion, die einst in ein Parlament gewählt wurde.

Deswegen sagen wir Ihnen an dieser Stelle, wie es auch Vizepräsident Keymis am 4. Dezember 2015 getan hat: Wehret den Anfängen!

Wir stimmen der Überweisung des Antrages in den Hauptausschuss zu. Den Inhalt dieses Antrages aber lehnen wir ab; denn das nordrhein-westfälische Parlament braucht vor allem stand- und meinungsfeste Politikerinnen und Politiker, die sich nicht Moden oder Mätzchen anpassen, sondern die sich der Freiheit und der parlamentarischen Demokratie nicht nur verpflichtet fühlen, sondern sie mit den Menschen in unserem Land gemeinsam leben. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN, der SPD, der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Engstfeld. – Es gibt eine Kurzintervention, angemeldet von Herrn Kollegen Bayer. Herr Bayer, 1:30 Minuten für Sie.

Oliver Bayer (PIRATEN): Vielen Dank. – Herr Präsident! Gerade Ihr letzter Satz „Wehret den Anfängen!“ ist genau das, was man meiner Meinung nach nicht aus dem Gutachten ziehen soll, und was an der Stelle auch gefährlich ist, weil man daraus komplett

falsche Schlüsse zieht. Sie haben auch teilweise verdreht dargestellt, was im Gutachten steht. Wichtig ist vor allem die Intention, und es ist nicht mit Weimar zu vergleichen, wenn man hier Zuschauer anspricht, Dinge erklärt oder Dinge nach außen bringt und Öffentlichkeit hat.

Es gibt sehr strukturelle Unterschiede, die auch nicht automatisch nach Weimar führen. Den Schluss des Gutachtens haben Sie zitiert, praktisch das, was am Ende herauskommt. Da macht das Gutachten zwar keinen Fehler, aber das Gutachten beschränkt sich nur auf absolute Zahlen und sagt: Okay, wenn 20 % der Abgeordneten es machen und 80 % nicht, dann ist wohl die Situation so, dass es üblich ist, es nicht zu machen, also Fazit ...

Man müsste sich, um es genau zu beurteilen, aber ansehen, wie der Trend ist. Ändert sich etwas? Wieso ändert sich etwas usw.? Wie ist es in den einzelnen Parlamenten? – Da reicht die allein Datenlage des Gutachtens nicht aus. Ich interpretiere das anders. Ich nehme die Aussagen, die vorher im Gutachten gemacht wurden, und sage: Wenn der Trend aber dahin geht, dass es zunimmt, dann spricht das Gutachten im Grunde für meine Argumentation.

Man könnte ein Folgegutachten machen.

Stefan Engstfeld (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Kollege Bayer, für diese Kurzintervention, die jetzt auch akustisch deutlich besser zu verstehen war als der erste Anlauf. Ich möchte mich gegen den Anfang Ihrer Ausführungen verwehren. Ich habe nicht die Aussagen aus dem Gutachten verdreht, so wie es gerade behauptet wurde; das sehe ich nicht so.

(Beifall von den GRÜNEN und Nadja Lüders [SPD])

Natürlich kann man wahrscheinlich das eine oder andere anders herauslesen. Aber diese Unterstellung möchte ich doch zurückweisen. Ich habe Ihrer Rede zugehört, Sie haben meiner zugehört. Wir haben da unterschiedliche Schlüsse und Argumentationswege. Ich habe die Gefahren, die wir sehen, dargestellt, und dabei bleibe ich auch. – Ich freue mich auf die Debatte im Ausschuss.

(Beifall von den GRÜNEN, der SPD und der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Engstfeld. – Die nächste Rednerin ist für die FDP-Fraktion Frau Kollegin Freimuth.

Angela Freimuth (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Was unter einer fortschrittlichen Debattenkultur zu verstehen ist, mag aus der Sicht des einen fortschrittlich sein, aus der Sicht des anderen nahezu strukturkonservativ. Begriffe wie

„fortschrittlich“ und „modern“ sagen also für sich genommen erst einmal noch nichts aus, sie sind inhaltsleer. Sie werden vielmehr erst durch die Rahmenbedingungen ausgefüllt, unter denen sie verwendet werden, und werden von dem gesamtgesellschaftlichen Konsens geprägt, insbesondere in der Gestalt, die dieser durch die Rechts- und Verfassungsordnung erfährt.

Das Recht ist nicht starr, wie wir alle wissen, sondern entwicklungsfähig und vermag auch gesellschaftliche Veränderungen abzubilden. Es hat allerdings in der Gestalt sowohl des Grundgesetzes als auch der Landesverfassung Nordrhein-Westfalen bestimmte Grundentscheidungen getroffen, die gerade eben auch für die Staatsorganisation und damit auch für den Parlamentarismus von hoher Bedeutung sind.

Sowohl das Grundgesetz als auch die Landesverfassung haben sich für eine parlamentarisch verankerte Regierung entschieden. Diese Regierung steht dem Parlament als Institution nicht antagonistisch gegenüber, wie das zum Beispiel im politischen System der Vereinigten Staaten von Amerika der Fall sein dürfte. Denn dort befinden sich auf der einen Seite der unmittelbar vom Volk gewählte Präsident und die ihm zuzurechnende Exekutive und das Parlament mit seinen beiden Kammern auf der anderen Seite.

In einem derartigen System, in dem der Präsident sogar das Inkrafttreten von Parlamentsgesetzen mittels Veto aus eigener Machtvollkommenheit verhindern kann, kommt auch der Debattenkultur in einem Parlament eine ganz andere Bedeutung zu, als es eben im Modell der parlamentarisch verankerten Regierung der Fall ist.

Bei aller Liebe zu den USA, die ich durchaus habe, finde ich, dass sich unser parlamentarisches System an der Stelle auch für unser Land bewährt hat.

Im System der parlamentarisch verankerten Regierung wählt nämlich das Parlament – in Nordrhein-Westfalen geschieht dies auf der Grundlage von Art. 52 Abs. 1 unserer Landesverfassung – die Ministerpräsidentin bzw. den Ministerpräsidenten.

Hier in NRW, anders zum Beispiel als im Deutschen Bundestag, muss der oder die Gewählte sogar selbst Mitglied des Parlamentes sein, in gewisser Weise auch eine in Kauf genommene Durchbrechung der strikten Gewaltenteilung. Für die parlamentarische Arbeit und die parlamentarischen Strukturen sind die Mehrheitsverhältnisse innerhalb des Parlamentes von hoher Bedeutung. Nur der- oder diejenige, dem die Parlamentsmehrheit vertraut, kann das Amt des Regierungschefs innehaben.

Die Verfassung überantwortet dem Parlament im Sinne des Gewaltenteilungsgrundsatzes die Kontrolle der Regierung, funktionell damit auch den Abgeordneten der regierungstragenden Fraktionen,

entscheidend aber den Abgeordneten der Opposition, und gibt ihnen auch Minderheitenrechte, um diese Kontrolle auch ausüben zu können. Die Trennlinien verlaufen bei Statusgleichheit im Mandat zwischen der Regierung und der oder den sie tragenden Fraktionen auf der einen und den Oppositionsfraktionen auf der anderen Seite.

Besonders anschaulich hat diese Struktur das Bundesverfassungsgericht mit seiner Entscheidung aus dem Jahr 2005 zur vorzeitigen Auflösung des 15. Deutschen Bundestages aufgezeigt. Ich darf daraus zitieren:

„In diesem Verhältnis zwischen der Regierung und einer ihr personell und sachlich verbundenen Parlamentsmehrheit einerseits und der in Opposition zur Regierung stehenden parlamentarischen Minderheit andererseits entfaltet sich der parlamentarische Willensbildungsprozess. Dieser Prozess wird durch Fraktionen im Bundestag maßgeblich geformt und gestaltet.“

Und etwas weiter:

„Der Bundeskanzler ist aber regelmäßig in besonderem Maße auf eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem oder den Fraktionsvorsitzenden der ihn tragenden Mehrheit im Parlament angewiesen. Die Führung der Fraktion wird darauf hinwirken, dass aus der Freiheit des Mandats ein wirksamer und einheitlicher Wille erwächst, der im Fall der die Regierung unterstützenden Fraktionen mit der Konzeption der Bundesregierung vereinbar ist.“

Und dann, ganz entscheidend:

„Grundsätzlich bedürfen der Bundeskanzler und seine Regierung einer verlässlichen parlamentarischen Mehrheit. Verlässlich bedeutet in diesem Zusammenhang, dass der Kanzler für das von ihm vertretene politische Konzept eine prinzipielle und ausreichende parlamentarische Unterstützung erwarten darf.“

– So das Bundesverfassungsgericht. Eine derartige verfassungsrechtliche Konzeption verlangt, dass eine Politik, deren Richtlinien nach dem Grundgesetz der Bundeskanzler und nach der Landesverfassung der Ministerpräsident bestimmt, im Parlament in erster Linie erklärt, öffentlich debattiert und auch kontrovers erörtert wird. Die von der parlamentarisch verankerten Regierung gewählten politischen Ansätze und Ziele müssen der öffentlichen Debatte standhalten, sich der Kritik der Opposition stellen und sich vielleicht auch entgegenhalten lassen, nicht immer die optimale oder sachgerechte Lösung darzustellen. Dies aufzuzeigen, ist das parlamentarische Recht und die parlamentarische Aufgabe der Oppositionsfraktionen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, vor dem Genannten erscheint es als eine

Unverfrorenheit, die Debatten in diesem Haus als Showdebatten zu verunglimpfen, deren Ausgang von elitären Zirkeln in Partei- und Fraktionsspitzen prädestiniert sei. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wer entrollt denn Transparente und trägt sie als T-Shirts? Ist das nicht viel eher ein Beitrag zu einer Showdebatte?

(Beifall von der FDP, der CDU und den GRÜNEN)

Insofern erlaube ich mir den Hinweis, dass ich es nicht für sinnvoll und für zielführend erachte, wenn parteiliche Herausforderungen hier auf den Parlamentarismus im Ganzen übertragen werden.

Sie haben selbst Ansätze benannt, die der aktuellen gesellschaftlichen und technologischen Entwicklung auch entsprechen, die Umsetzung der Kremser Erklärung, die Liveübertragung von Sitzungen im Internet, die Verwendung persönlicher Begrüßungsformeln und zum Beispiel auch das gerade wiederholt genutzte Instrument der Kurzintervention. Das sind alles Veränderungen, in Ihrem Sprachgebrauch Modernisierungen, die hier im nordrhein-westfälischen Parlamentarismus auch gezeigt haben, dass er eben nicht starr und unveränderlich ist, informelle Regeln enthält. Er hat aber das zu respektieren, was die Verfassung vorgibt.

(Beifall von der FDP)

Wenn Sie mit dem Antrag hier versuchen, ein Bild zu vermitteln – das passiert –, mit dem Sie die repräsentative Demokratie als antiquiert oder überholt darstellen, dann, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen der Piraten, widerspreche ich Ihnen ganz ausdrücklich.

(Beifall von der FDP und der SPD – Michele Marsching [PIRATEN]: Das ist Ihr gutes Recht!)

Mit der Skizzierung eines solchen nicht zutreffenden Bildes spielen Sie – ich unterstelle Ihnen gar nicht, dass Sie das wollen – letztlich jenen Kräften in die Hände, die den Parlamentarismus, der sich als die stabilste Form in unserer Geschichte erwiesen hat, ablehnen.

Wir werden der Überweisung des Antrags zustimmen. Ich teile aber ausdrücklich nicht die Feststellungen in Ihrem Antrag und auch nicht die Forderungen. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP, der SPD und der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Freimuth. – Wenn Sie noch einmal zum Pult zurückkämen, wäre das freundlich. Herr Dr. Paul hat eine Kurzintervention angemeldet. Wir wollen natürlich auch die dritte Kurzintervention heute hier nutzen. – Herr Dr. Paul, bitte.

(Zurufe von den PIRATEN)

Dr. Joachim Paul (PIRATEN): Vielen Dank, Herr Präsident! Frau Freimuth, ich möchte Sie um eine Erklärung bitten. Sie haben am 31. Januar 2009 die Debatte um die WestLB hier im Plenum eine traurige Showdebatte genannt, und gerade eben kritisieren Sie, dass wir diesen Begriff im Antrag verwendet haben. Können Sie mir sagen, wie das für Sie zusammenpasst?

(Beifall von den PIRATEN)

Angela Freimuth (FDP): Lieber Herr Kollege Paul, es ist eine Auseinandersetzung hier innerhalb des Parlamentes gewesen. Insofern habe ich an der Stelle auch die Debatte innerhalb des Parlamentes, das, was einzelne Kollegen auch gemacht haben, mit dieser Beschreibung gemeint.

Ich will Ihnen aber durchaus noch eines mit auf den Weg geben, weil mir das vorhin beim Kollegen Bayer aufgefallen ist. Die Kurzintervention bietet auch die Möglichkeit, zu verschiedenen Dingen eine Aussage zu treffen.

Herr Kollege Bayer, die Mehrheit, auch in einem Parlament, hat nicht immer recht. Die Minderheit hat aber auch nicht automatisch das moralische Recht auf ihrer Seite. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP, der CDU und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Freimuth. – Ich habe noch einen Redner auf der Liste, und das ist der Kollege Marsching von der Fraktion der Piraten, der Fraktionsvorsitzende.

(Daniel Düngel [PIRATEN]: Gibt es zeitig Essen, oder was?)

Michele Marsching (PIRATEN): Vielen Dank, Herr Präsident! Ich habe so viel mitgeschrieben. Ich weiß gar nicht, ob ich das in 3:50 Minuten hinbekomme.

Demokratie ist die beste aller Regierungsformen – frei nach Churchill –, und zwar so lange, bis wir eine bessere gefunden haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer auf der Tribüne und zu Hause! Ich möchte auf drei Punkte eingehen, die der Kollege Bayer gerade genannt hat.

(Angela Freimuth [FDP]: Und die, die unterwegs sind!)

– Zu denen, die unterwegs sind, dazu komme ich gleich.

Ja, Herr Kollege Hendriks, frei reden nach Stichwortzetteln. Ich versuche das einmal einigermaßen, auch bei so vielen Notizen.

Punkt eins: Es wurde über die Offenheit geredet. Die Offenheit, die wir uns vorstellen, ist aber auch, so aufzutreten, wie man auf der Straße aufgetreten ist, sich den Menschen so darzustellen, wie man sich draußen auf der Straße darstellt, und das Parlament nicht nur als teuerstes Theater Nordrhein-Westfalens zu verstehen, wo jeder seine Rolle spielt, und dann geht man hinterher raus, und draußen macht man etwas völlig anderes.

(Beifall von Lukas Lamla [PIRATEN])

Offenheit, meine Damen und Herren, ist eben auch die Offenheit gegenüber Mindermeinungen. Das ist auch die Offenheit gegenüber etwas Neuem, gegenüber etwas Ungewohntem, dass man sich Argumente anhört, dass man die nicht weglacht.

Heute Morgen bei der Aktuellen Stunde – ich hatte mich kaum hingesetzt; die Aktuelle Stunde fing an – war es das beste Beispiel. Da waren die Kolleginnen und Kollegen von den rot-grünen Fraktionen so laut, dass man den Redner von der Oppositionsfraktion fast gar nicht verstehen konnte. Und ich sitze drei Meter davon entfernt.

(Zuruf von Norwich Rüße [GRÜNE])

Das, meine Damen und Herren, ist Offenheit, und das ist auch Politik der ausgestreckten Hand, die hier immer wieder propagiert wird:

(Zuruf von Norwich Rüße [GRÜNE])

Eine Politik der ausgestreckten Hand wäre, zuzuhören und gute Ideen, auch der Opposition, einzubauen in die Anträge, sie auch einmal positiv abzustimmen und hier nicht immer die Politik der ausgestreckten Faust zu machen, in die man die Opposition reinlaufen lassen will.

(Beifall von den PIRATEN)

Wenn man zuhört, wenn man abwägt, dann kommt der Punkt, den der Kollege Hendriks auch gerade angesprochen hat. Dann muss man den Bürgern auch zeigen: Was tun wir hier warum?

Dann komme ich zum Punkt „Transparenz“. Ich gebe Ihnen in einem recht – ich komme beim Punkt „Nachvollziehbarkeit“ gleich noch einmal dazu –: Ja, eine einfachere Sprache hier, das wäre richtig. Zum Thema Transparenz: Ich habe nichts dagegen, wenn etwas im kleinen Kreis vorbereitet wird, zum Beispiel in der Referentenrunde, in Obleuterunden und Ähnlichem. Das Problem ist nur, dass hinterher die Argumente auch offen ausgetauscht werden müssen. Was nicht angeht, ist: Die Fraktionsspitzen treffen sich, kungeln irgendetwas aus, und das ist automatisch das Ergebnis, was hinterher rausgeht. Das wollen wir hier verändern.

(Zuruf von der CDU)

– Nee, wir haben ja auch nicht mitgemacht. War ja auch richtig so.

Zum Thema Streaming könnte ich etwas sagen, was Transparenz angeht. Wir haben hier viele Räume umgebaut. Streaming ist jetzt möglich. Wir könnten fast alle Sitzungen streamen und aufzeichnen. Dann kann man sich das auch, liebe Kollegin Freimuth, abends zu Hause ansehen, wenn man nicht mehr unterwegs ist. Denn dann sind die Aufzeichnungen ja da. Dann wäre es möglich, die Öffentlichkeit auch größer zu machen.

Denn dass „öffentliche Sitzungen“ bei uns im Parlament heißt, die Presse sitzt in der dritten Reihe, das ist uns zu wenig. Wenn ein Besucher von Bielefeld nach Düsseldorf fahren muss, um einer Debatte hier beizuwohnen, die ihn interessiert, dann ist das einfach nicht mehr zeitgemäß.

Ihre Argumente gegen Streaming möchte ich auch noch eben sagen. Die Argumente, die wir immer wieder hören, sind: Man kann da nicht so offen debattieren. Der Umkehrschluss wäre: Wir müssen die Öffentlichkeit hier ausschließen. Dann kann man nämlich die besten Debatten führen.

Das Dritte ist das Thema „Nachvollziehbarkeit“. Die Bürger wollen verstehen, was Politiker machen. „Politiker sind immer abgehoben, das sind die da oben, die machen eh, was sie wollen, und wir bekommen es nicht mehr mit“ – das darf nicht mehr sein. Wir haben ein Wahlsystem, da ist die Hälfte der Abgeordneten hier direkt gewählt, und die Bürger müssen nachvollziehen können: Was haben ihre Abgeordneten denn gemacht, welche Argumente haben sie vertreten, wie haben sie abgestimmt? Die technischen Möglichkeiten dazu gäbe es. Das haben wir hier auch schon einmal diskutiert und vorgeschlagen.

Ich möchte hier aber auch sagen, was das Gegenargument ist: Hier ist es oft so leer, und dann bekommen die Bürger mit, wenn Abgeordnete nicht da waren. – Ja. Auch wenn jemand reinen Gewissens ist, weil er bei einer Abstimmung nicht teilgenommen hat, soll das dokumentiert werden, und das sollen die Bürger bitte wissen.

Vieles haben wir hier schon angestoßen. Ich glaube, die Bürger wollen ein modernes Parlament. Wir sollten uns hier entwickeln, aber bitte in größeren Schritten und nicht so lange tippeln. Wir sollten den Bürgern zeigen, dass hier normale Leute im Parlament sind, Leute wie die da draußen.

Noch einen allerletzten Satz zum Kollegen Bovermann. Wir wollen keinen Wechsel des Systems. Aber: Ein krankes System ist nicht tot, ein krankes System kann geheilt werden. Ich sage: Für dieses System ist ein Update verfügbar. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Das war der Fraktionsvorsitzende, Herr Marsching, von der Piratenfraktion. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Damit kommen wir zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Antrags Drucksache 16/11689** an den **Hauptausschuss**, dort dann Beratung und Abstimmung in öffentlicher Sitzung. Wer stimmt dem so zu? – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Enthaltungen? – Alles nicht der Fall. Einstimmig so überwiesen. Herzlichen Dank.

Damit sind wir am Ende unserer heutigen Sitzung. Ich berufe das Plenum wieder ein für Mittwoch, den 11. Mai 2016, 10 Uhr. Ihnen allen einen angenehmen Abend, einen guten Nachhauseweg!

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 17:51 Uhr

*) Von der Rednerin bzw. dem Redner nicht überprüft (§ 102 GesChO)

Dieser Vermerk gilt für alle in diesem Plenarprotokoll so gekennzeichneten Rednerinnen und Redner.